C 21734 D



SPD-Parteiausschlüsse - jetzt Coppik? Seite 38

Arbeiterkampf

Jg.11 Nr. 213 23.11.81
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 3
Förderpreis DM 5,–

Bisher geheim:
SPD-Vorstand zur Partei 'Die Grünen'
Seite 40

'Null-Lösung'? Propaganda für Dumme!

Helmut Schmidt ist "tief befriedigt" ("Welt", 19.11.). Sein amerikanischer Kollege Ronald Reagan hat ihm eine große Freude gemacht. Wie man der gewöhnlich außergewöhnlich genau informier-
man der gewöhnlich außer-
gewöhnlich genau informierten "Bild" (19.11.) entnehmen kann, sind dem freudigen Ereignis bange Wochen vorausgegangen: *"Der Kanzler war bereit, seine Gesundheit zu riskieren – nur um Reagan zu sehen"*. Er wollte Reagan persönlich drängen, *"den Sowjets ein echtes Angebot im Tauziehen um die Mittelstreckenraketen zu machen"*. Die Ärzte rieten dem frischgebackenen Herz-
dem frischgebackenen Herz-
schrittmacher-Träger aber von einer Reise in die USA ab, und *"so blieb der Kanzler unruhig in Bonn zurück"*.

Fortsetzung Seite 3



„Reagan, die Todgeweihten grüßen Dich"

Amsterdam: 500 000

Nach Bonn war in den Niederlanden allenthalben zu hören „300.000? Das bringen wir auch!"

Die Demonstration am 21.11. in Amsterdam – unter der zentralen Parole „Keine Atomraketen in Europa" – übertraf die Bonner Zahl bei weitem: 500.000 Kriegsgegner nahmen die niederländische Hauptstadt in Besitz (zieht mensch noch in Erwägung, daß die Niederlande 13 Mio. Einwohner haben, die BRD aber über 60 Mio., dann war die Amsterdamer Demonstration fünfmal – ! – so groß wie die in Bonn!).

Es war auch sonst sehr „niederländisch" an diesem Tag: Die Bahn hatte alle (35) verfügbaren Sonderzüge eingesetzt und generell ermäßigte Rückfahrkarten für Amsterdam ausgegeben, von jedem niederländischen Bahnhof konnte mensch für runde 15 Mark zur Demo fahren. Die Amsterdamer Verkehrsbetriebe hatten an diesem Tag für Busse, Straßenbahnen und U-Bahn den Null-Tarif eingeführt. Das Fernsehen brachte eine dreistündige Direktübertragung der Kundgebung. Der Amsterdamer Fußballbund ließ auf Antrag der Vereine 40 Spiele ausfallen, um den Spielern die Teilnahme an dem Friedensmarsch zu ermöglichen. Sportvereine, deren Anträgen auf Terminverschiebung nicht stattgegeben worden war, traten ihre Spiele zum Teil in Anti-Atomwaffen-Trikots an.

Als die Demonstration auf dem Dom eintraf, läuteten die Glocken. Hinter dem Transparent „NATO-Soldaten gegen Atomwaffen" demonstrierten – trotz ausdrücklichen Verbots – 400 Soldaten und Reservisten

Fortsetzung auf Seite 2

2. Forum der Krefelder Initiative, 21.11.81 Dortmund, Westfalenhalle

Erklärung der Krefelder Initiative

Zum Krefelder Appell vom November 1980 bekennen sich heute 2 Millionen Deutsche! Sie alle eint die Entschlossenheit, die menschenbedrohende nukleare Aufrüstung zu stoppen und damit im eigenen Land zu beginnen, ohne auf erste Schritte anderer zu warten. Der Verzicht auf neue Nuklearwaffen der USA in Europa ist ohne Gefährdung unserer Sicherheit möglich, weil die Behauptung von einer zur „Nachrüstung" der NATO zwingenden „Vorrüstung" der UdSSR von den Tatsachen widerlegt wird.

Wir lehnen es daher ab, uns auf die irreführende Formel festlegen zu lassen, „wer Pershing 2 sagt, der muß auch SS-20 sagen", wie dies von selbsternannten Interpreten unserer Forderungen immer häufiger versucht wird.

Den von NATO und Bundesregierung konstruierten Zusammenhang zwischen diesen Rüstungsschritten gibt es nach unserer Überzeugung nicht. Das sowjetische Mittelstreckenpotential gegenüber Westeuropa und seine Modernisierung durch SS-20-Raketen müssen vielmehr im Zusammenhang mit den seit langem vorhandenen und mehrfach modernisierten westlichen Nuklearpotentialen entsprechender Reichweite „in und für Europa" gesehen werden.

Selbstverständlich halten wir auch diese Potentiale im Westen wie im Osten für nicht gerechtfertigt und ihre Aufstockung – z.B. durch Trident-U-Boot-Systeme, neue französische Nuklearwaffen im Westen, durch immer mehr SS-20-Raketen im Osten – für falsch.

Deshalb fordern wir den Verzicht auf diese Programme und ernsthafte Verhandlungen zum beiderseitigen schrittweisen Abbau aller schon vorhandenen nuklearen Waffen in und für Europa.

Doch glauben wir nicht, daß eine „Null-Lösung", wie Präsident Reagan sie propagiert, zu diesen wünschenswerten Ergebnissen führen kann, weil sie den Abbau vorhandener Mittelstreckenwaffen allein von der UdSSR fordert, auf westlicher Seite hingegen lediglich den Verzicht auf die am 12.12.1979 beschlossene „Nachrüstung", jedoch keine Reduzierung bereits verfügbarer A-Waffen mittlerer Reichweite vorsieht.

Wir verlangen daher von der Bundesregierung, daß sie sich für eine „Null-Lösung" einsetzt, die auch im Westen den Abbau vorhandener nuklearer A-Waffen anstrebt und erst damit den Erwartungen gerecht wird, die in der Bevölkerung mit einem zwar verheißungsvollen, bei der amerikanischen Zielsetzung jedoch irreführenden Schlagwort geweckt worden sind.

Von der Sowjetunion erwarten wir, daß der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breshnew, trotz der enttäuschenden Reaktion des Westens auf seine früheren Moratoriumsvorschläge einen Stopp der SS-20-Aufstellung für die Dauer der am 30. November 1981 beginnenden Verhandlungen erklärt. Wir glauben, daß ein Verzicht auf noch mehr Nuklearwaffen, wie wir sie von unserer Regierung fordern, auch der Sowjetunion ohne Beeinträchtigung ihrer Sicherheit möglich ist.

Weiter auf Seite 2

Flughafen Frankfurt

NO WEST!

Wer am 14.11. durch Wiesbaden demonstrierte, konnte sich wohl fragen, was eigentlich in diesem Land geschieht. Nur fünf Wochen nach der Bonner Friedensdemonstration schon wieder solche Massen. Und eine klare Sprache: „Keine Startbahn West – Hessische Bürger fordern Demokratie". So stand es auf den gelben Kartons, in denen die 220.000 beglaubigten Unterschriften für die Einleitung eines Volksbegehrens verpackt waren. Dies war keine Zusammenkunft, die an die Einsicht oder Nachsicht der Landesfürsten appellierte. Hier wurde ein Recht, eine Selbstverständlichkeit geltend gemacht: Nämlich daß nach allen Prozeduren des Staatsapparats das Volk selber zu entscheiden habe über den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Jahrelang hat die gebeutelte hessische Linke darauf gehofft, gewartet und auch ein bißchen hingearbeitet – Wiesbaden hat gezeigt, daß dies nicht umsonst war: Es gibt eine Tradition demokratischen Selbstbewußtseins in diesem Bundesland, vor allem in Südhessen. Dieses demokratische Selbstbewußtsein ist durch die Volksbegehren-Kampagne wieder zu neuem Leben erweckt worden. Es war unübersehbar und unüberhörbar präsent auf den Straßen und Plätzen der Landeshauptstadt. Die da marschierten und protestierten, klinkten sich aus einem zentralen Mechanismus des herrschenden Systems aus. Sie verweigern der sogenannten „repräsentativen Demokratie" eine bedingungslose Anerkennung und fordern, daß die Bürger selbst das letzte Wort in der Flughafenfrage haben müßten. Freude also nicht nur über die unerwartete Massenhaftigkeit des Startbahnprotestes. Freude auch darüber, daß es solche demokratischen Elemente in einem Land wieder gibt, das immer noch in vielerlei Hinsicht Züge eines nach-faschistischen Systems trägt.

Einen Tag später wird die Bewegung von der harten Realität des „Modell Deutschland" eingeholt: Die Herrschenden nehmen eine Verkehrsblockade der Startbahngegner vor dem Flughafen zum Anlaß für eine knallharte Gegenoffensive. In hunderttausendfacher Verbreitung berichten die Medien vom angeblich „blutigen Sonntag", den die Bürgerinitiativen zu verantworten hätten. In widerwärtiger Weise wird versucht, an einem der Sprecher des Widerstands, Alexander Schubart, Rache zu nehmen. Pressehetze, vor allem in der „FAZ", Ermittlungsverfahren wegen „Nötigung der Landesregierung" durch die Bundesanwaltschaft und Suspendierung vom Dienst durch den Frankfurter OB Wallmann folgen an einem einzigen Tag. Über 100 Festgenommene werden am 15.11. einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen; sie erwarten Verfahren wegen Landfriedensbruch, Nötigung, Sachbeschädigung usw. Die Bürgerinitiativen argumentieren nun aus der Defensive, verteidigen und rechtfertigen sich. Auf einen so harten und umfassenden Angriff waren sie offensichtlich nicht gefaßt. Kein Wunder: Noch nie (zumindest seit den Protestbewegungen der 50er Jahre) ist eine Protestbewegung in einem Bundesland derart in der Bevölkerung verankert und populär gewesen. Und noch nie ist eine solche Bewegung vom

Fortsetzung Seite 4



Fortsetzung von Seite 1

Erklärung der Krefelder Initiative

Darüberhinaus bekunden wir unsere Überzeugung, daß eine Friedenssicherung durch nukleare Abschreckung, also durch die Androhung von Völkermord mit Massenvernichtungswaffen, von Grund auf inhuman ist und mit dem Wunsch der Völker, in Frieden und Freiheit zusammenzuleben, unvereinbar bleibt.

Wir fordern daher eine Sicherheitspolitik, die sich nicht länger in verblendeter Überschätzung der Wirksamkeit von Waffen auf militärisches Denken beschränkt, sondern Sicherheit für alle mit vorwiegend politischen Lösungen zu gewährleisten sucht.

Abrüstung statt Abschreckung muß das wichtigste Ziel dieser Politik sein! Wir werden deshalb alles daran setzen, als ersten Schritt in diese von Vernunft und Menschlichkeit gewiesene Richtung den Verzicht auf die von der NATO beschlossene Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen der USA in Europa, vorwiegend in unserem Land, zu verwirklichen.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch die Menschen in den gleichermaßen gefährdeten Ländern Europas, sind aufgerufen, sich mit uns zu verbünden, damit wir gemeinsam verhindern, daß unser Kontinent zum Kriegsschauplatz hochgerüstet wird; damit wir im Gegenteil die entscheidende Wende herbeiführen, bis die atomwaffenfreie, rüstungsarme Welt geschaffen ist, die wir brauchen, um zu überleben.

Wir alle tragen Verantwortung, die Zeit drängt, unterschreiben auch Sie den Krefelder Appell!

Unterzeichner: Gerd Bastian, Petra Karin Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll, Josef Weber

Amsterdam: 500 000

Fortsetzung von Seite 1

in Uniform. Unter viel Beifall rief der Block: „Luns, du Schwein, wir kriegen dich schon klein" und „Weg mit der NATO – keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für das Militär".



Auf dem Hauptpodium traten im Kulturprogramm u.a. Hermann van Veen, Donovan und Biermann auf. Überall in der Stadt spielten auf kleineren Podien Rock- und Punk-Gruppen. Aufgerufen zur Demonstration hatte ein „Organisationskomitee", in dem etwa 20 kirchliche Gruppen, Friedensinitiativen und politische Parteien vertreten waren (außer den drei linken im Parlament vertretenen Parteien PPR, PSP und CPN auch die sozialdemokratische PvdA und die liberale D '66) sowie eine Reihe weiterer Gruppen wie die kleineren sozialistischen Organisationen SP und IKB und die sozialistische Soldatenorganisation BVD.

Daß die zentralen Forderungen des offiziellen Demonstrationsaufrufes nicht den Forderungen des Interkirchlichen Friedensrates (der als Initiator im Organisationskomitee eine wichtige Rolle spielte) nach vollständiger und einseitiger nuklearer Abrüstung nicht entsprach und nur gegen die Einführung n e u e r Atomwaffen gerichtet war, ist als Zugeständnis an Sozialdemokraten und Liberale zu die Einführung n e u e r Atomwaffen gerichtet war, ist als Zugeständnis an Sozialdemokraten und Liberale zu verstehen. Der allergrößte Teil der Demonstranten aber mocht bei dieser Einschränkung der Forderungen nicht mittun: Ihnen ging es – an der allgemeinen Stimmung, den Parolen und Transparenten abzulesen – nicht nur um Pershing II, Cruise Missiles und Neutronenbombe, sondern um die Atombewaffnung und die NATO-Kriegspolitik insgesamt.

Während der liberale Parlamentarier Aad Nuis (D '66) Reagans „Null-Option" als *„kleinen Schritt in die richtige Richtung"* verkaufen wollte und sich dafür ein deftiges Pfeifkonzert einhandelte, meinte die Fraktionsvorsitzende der radikalpolitischen Partei (PPR), Ria Beckers, Reagans *„Vorschläge"*, seien *„keineswegs ein 'historischer Schritt', wie er es selbst nannte ..., sie passen vielmehr in die globale Strategie der USA und in das bekannte Verhandlungskonzept"*. Ihrer Ansicht seien einseitige Abrüstungsmaßnahmen notwendig. – Auch der Pax-Christi-Vertreter, Boy Trip, warnte: *„Zu oft haben wir gesehen, daß Abrüstungsverhandlungen faktisch zu mehr Waffen geführt haben."* Der PSP-Parlamentarier Fred van der Spek fand *„Reden besser als Schießen, aber einseitige Abrüstungsmaßnahmen noch besser und dringend notwendig"*. Henk Branderhorst, der für die „Plattform radikaler Friedensgruppen" (ein Bündnis von zehn radikal-pazifistischen Gruppierungen) sprach, forderte ausdrücklich den Austritt der Niederlande aus der NATO, da die NATO den Niederlanden *„eine Politik, die die kreativen Kräfte freisetzt, um zu einer gerechten Weltgesellschaft zu gelangen"*, unmöglich mache.

Die nachmittägliche Massenkundgebung setzte sich bis in den späten Abend fort mit Festen und Meetings in Kultur-, Jugend- und Stadtteilzentren, in Kneipen und Kinos Amsterdams, der – zumindest an diesem Tag – Hauptstadt des Friedens und der Kriegsgegner.

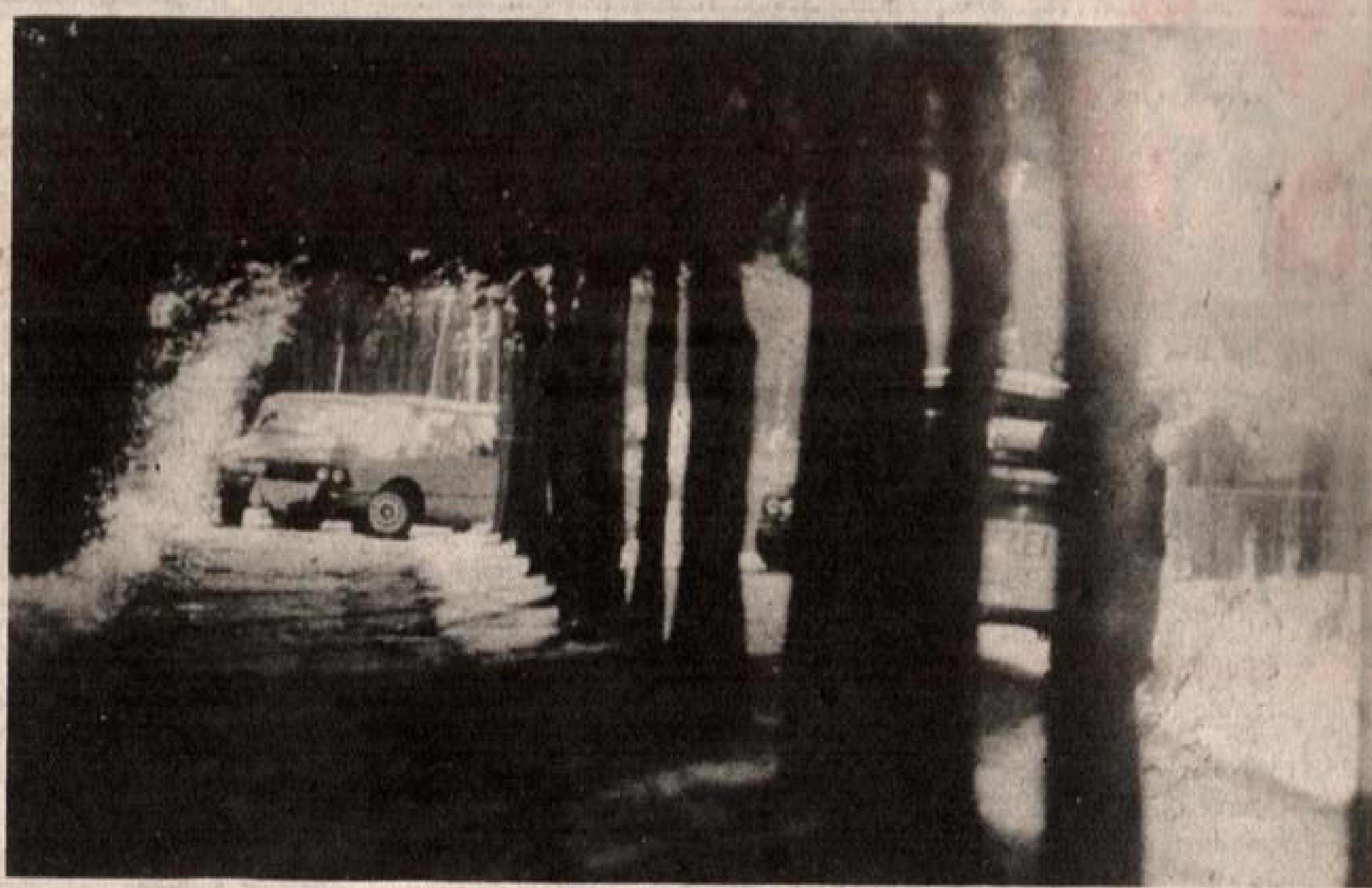
Niederlande-Kommission

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 20 oder 43 53 46; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 75; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 6.000

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Der Ort des Geschehens in München

„Staatsschutz"-Inszenierung geplatzt

Tandler, Innenminister von Bayern, gab nachträglich zu, was wir im AK sofort behauptet hatten: Die öffentlichkeitswirksame „Schießerei" zwischen Polizei und Neonazis in München am 20.10., bei der zwei Nazis erschossen und ein weiterer Nazi und ein Polizist verletzt wurden, war eine Staatsschutz-Inszenierung von vorn bis hinten!

Nachdem Tandler zunächst – nach drei Wochen Schweigen – zugeben mußte, daß die Nazis nicht einen einzigen Schuß abgegeben hatten, sondern nur die Scharfschützen des Fahndungskommandos wild herumgeballert hatten, wurden jetzt durch eine Veröffentlichung des „stern" weitere Einzelheiten der Inszenierung bekannt:

Der in der Wohnung des Nazi-Führers Busse (langjähriger Chef des nazistischen VSBD) mitverhaftete iranische Untermieter Ahmed Famili war Kontaktmann des „Verfassungs- nische Untermieter Ahmed Famili war Kontaktmann des „Verfassungs- schutzes" (VS). Er war früher als Drogendealer gefaßt und auf dieser Grundlage zu Spitzeldiensten erpreßt worden – eine der gewöhnlichsten Praktiken der Spitzel„anwerbung" bei der Polizei. Bereits drei Tage vor der Schießerei hatte Ahmed Famili den „Tip" über einen geplanten Banküberfall der Neo-Nazis an seinen VS-Kontaktmann weitergegeben. Der VS-Mann verlangte mehr Details über den geplanten Bankraub, den Namen der Bank und die Namen der Beteiligten. Er bekam alles. Dafür spendierte der VS 5.000 DM für den Ankauf des Autos, in dem der Raub am nächsten Tag ausgeführt werden sollte. *„Die Polizei baute schnell noch einen Peilsender ein"* („stern").

Mit anderen Worten: Nicht nur Busses VSBD-Aktivitäten, seine Verbindungen zur Hoffmann-Bande u.ä. waren dem bayerischen Staatsschutz bestens bekannt, sondern auch die geplante konkrete Aktion samt allen Beteiligten ... und Auto! Seit dem „heißen Tip" war Busses Wohnung rund um die Uhr „observiert" worden.

Und nun geschah, was der „stern" in sanfter sozialdemokratischer Gesinnung einen „ersten entscheidenden Fehler" nennt: **Obwohl der Staatsschutz beobachtete, wie Busse und seine fünf Kumpane die Wohnung für vier Stunden zum Einkaufen verließen – geschah nichts.** Der „stern": *„Hätte sie* (die Polizei) *die Wohnung besetzt und das Waffenarsenal kassiert, dann hätte sie die Busse-Bande bei der Rückkehr ... verhaften können".*

Der zweite „Fehler" folgte auf dem Fuße: *„Die Polizei sah zu, wie die Terrortruppe am Abend den Citroen mit Waffen belud und davonfuhr".*

Erst anschließend wurde der Naziwagen von zwei Bullen-Autos gestoppt – einer vorn, einer hinten: Eine Schießerei mit den nach Wissen der Polizei schwerbewaffneten Nazis war vorprogrammiert.

Weiter berichtet der „stern", daß die fünf Nazis sofort mit hocherhobenen Händen aus ihrem Citroen „stürzten" und sich wie befohlen „mit dem Bauch auf die Erde" legten. Dabei sei einem – aus Versehen – eine selbstgebastelte Handgranate aus der Tasche gekullert, *„genau vor ein Polizeifahrzeug. Daraufhin verloren die kampferprobten Anti-Terror-Polizisten die Nerven"*.

Was für Verionen da auch noch aufgetischt werden mögen, es bleibt dabei: P o l i z e i t a k t i s c h hatte die ganze Aktion nicht nur keinen Sinn, sondern war sogar für die eingesetzten Bullen lebensgefährlich. Lt. „FR" vom 20.11. wird jetzt sogar gegen sie wegen des Schußwaffengebrauchs ermittelt. Einen Sinn hatte die ganze Inszenierung nur als politische Propagandaaktion, um „starken Staat" gegen „den Terrorismus" zu demonstrieren und die Kritik wegen der Untätigkeit bzgl. Verfolgung von Nazis zum Schweigen zu bringen. Da gehören „Fehler" zur Strategie. **Der einzige wirkliche Fehler ist dem Staatsschutz unterlaufen, daß er seinen Spitzel Ahmed Famili nicht zum Schweigen bringen konnte, der lt. „stern" für sein Schweigen 30.000 DM haben wollte.** Mensch darf wirklich gespannt sein, was das noch passiert. In Sachen neo-nazistischer Terror gibt es schon einige Spuren, die sehr abrupt enden: Der angebliche „Einzeltäter" Gundolf Köhler kann nicht mehr reden, auch der Waffen-Sammler Lembke kann nicht mehr reden. Andere Spuren enden beim Verfassungsschutz, wie im Fall des Nazi-Waffenbeschaffers und VS-Agenten Lepzien. – Wir werden sehen!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von S. 1

'Null-Lösung'? Propaganda für Dumme!

Aber spätestens seit dem 18.11. ist zwischen Reagan und Schmidt alles klar: Reagan hat den Russen ein Angebot gemacht, mit dem wieder einmal demonstriert werden konnte, daß es für diesen Mann kaum etwas Wichtigeres gibt als den Frieden. Die Russen brauchen einfach nur ihre sämtlichen Mittelstreckenraketen zu verschrotten – und die USA würden auf die von ihnen ab 1983 geplante Stationierung von Pershing II und Cruise Missile in Europa verzichten. "Null-Lösung" nennt sich das. **"Reagan reicht Breschnew die Hand zum Frieden"** lobt die auch diesmal außergewöhnlich genau informierten "Bild" (19. 11.), muß aber tiefbetrübt schon am folgenden Tag mitteilen: **"'Njet!' Moskau zertritt den Friedens-Funken"**.

Überhaupt sind sich alle Kommentatoren von Rang einig, daß das Angebot Reagans an die Russen nicht bloß vom Geist tiefster Friedensliebe zeugt, sondern – vier Tage vor dem Besuch Breschnews in Bonn – auch ein genialer diplomatischer und werbepsycholgischer Schaczug ist. Kaum eine Stimme in Presse, Funk und Fernsehen, die sich den allgemeinen Jubelchören nicht anschließen mag. Das Lügen-Kartell demonstriert eine Funktionsfähigkeit, die in den kommenden Monaten und Jahren sicher noch auf manche harte Probe gestellt werden wird.

Neu ist an Reagans "Angebot" freilich nur die Verpackung als friedenspolitische "Null-Lösung". Wer ein bißchen zurückblättert, kann leicht feststellen, daß "hohe amerikanische Beamte" schon mindestens 10 Tage v o r der gefeierten Rede Reagans von der "Null-Option" als Verhandlungskonzept gesprochen hatten ("Welt", 9.11.). Wer noch weiter zurückblättert, kann entdecken, daß die Nukleare Planungsgruppe der NATO schon im Oktober die "Null-Lösung" als Verhandlungslinie für die Ende November beginnenden amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgespräche f e s t g e l e g t hatte ("Welt", 22.10.).

Und überdies enthielt bereits der NATO-Doppelbeschluß ("Nachrüstung") von 1979 die argumentative Variante, daß die "Nachrüstung" nur der Wiederherstellung des von der Sowjetunion durch "Vorrüstung" gestörten militärischen Gleichgewichts dienen solle – und daß folglich auf die "Nachrüstung" verzichtet werden könnte, sobald die Sowjetunion sich zum Abbau ihrer Mittelstreckenraketen bereit erklären würde. Von der SPD wurde schon seit Monaten argumentiert, daß die Drohung mit der NATO-"Nachrüstung" ab Ende 1983 eigentlich nur dazu gedacht sei, Verhandlungsdruck auf die Russen auszuüben.

Zahlensalat über die Mittelstrecken-Waffen in Europa

Der Rummel um die "Null-Lösung" von Reagan und Schmidt lebt von der Behauptung, daß die Sowjetunion im Bereich atomarer Mittelstrecken-Waffen dem Westen weit überlegen sei. Soweit besteht allgemeine Einigkeit. Sobald man aber ins Detail geht, herrscht totale Konfusion. Reagan beispielsweise behauptete in seiner epochalen Rede am 18.November, die Sowjetunion habe in diesem Bereich *"bei Anlegung aller objektiven Maßstäbe einen überwältigenden Vorteil in der Grössenordnung von sechs zu eins"* ("Welt", 19.11.). Nur zwei Tage später bezifferte BRD-Staatssekretär Becker das Verhältnis nur noch mit 3–4 : 1 zugunsten der Sowjetunion ("Welt", 21.11.). Verwirrend genug! Aber das Spektrum der Möglichkeiten ist noch größer: Am 24.9. hatte die "Welt" unter Berufung auf eine Zusammenstellung der Bundesregierung das Verhältnis sogar mit 8 : 1 angegeben. Dieselbe Zahlenangabe war auch in der "Welt" vom 28.7. zu finden. Andererseits schrieb die "Welt" am 5.8.: *"Moskau ist uns 4 : 1 überlegen"*. In diesem Fall war die Quelle eine Erklärung der Special Consultative Group der NATO – also ein Gremium, bei dem man eigentlich Informiertheit voraussetzen müßte. – Zur Abrundung sei noch erwähnt, daß nach sowjetischer Version eine **Überlegenheit des Westens um ein Drittel besteht, also ein Verhältnis 1,3 zu 1 zugunsten des Westens.**

In allen diesen Angaben ist tatsächlich immer von d e n s e l b e n Dingen, von Raketen und Bombenflugzeugen mit "mittlerer" Reichweite in Europa, die Rede! Daß sich Sowjetunion und NATO über die Zahlen nicht einig sind, wird niemanden wundern. Aber daß sich nicht einmal die NATO-Politiker einig sind, ob sie den Russen im Verhältnis 1 : 8 oder nur 1 : 3–4 unterlegen sind, ist bemerkenswert. Das Chaos demonstriert, daß man sich selbst innerhalb der NATO überhaupt nicht einig ist, von welchen Berechnungsgrundlagen man eigentlich ausgehen will, wenn man mit der Sowjetunion über "ausgewogene Abrüstung" spricht. Erst recht wird man sich natürlich mit der Sowjetunion über die Zahlen nicht einig werden. Und für das breite Publikum im Westen wird bei soviel Salat wahrscheinlich unentwirrbar werden, wer nun eigentlich Recht hat und wer der böse, abrüstungsunwillige Boykotteur kommender Verhandlungen ist.

Wie die stark unterschiedlichen Angaben zustande kommen, sei hier an ein paar Beispielen demonstriert:

Die „Welt" (3.11.81) errechnet ein Verhältnis von 402 Mittelstrecken-„Systemen" des Westens gegen 1410 der Sowjetunion, also ungefähr 1 : 3,5. In dieser Rechnung sind 160 Abschußrampen für SS 20 enthalten. Wenn man annimmt, daß diese "nachgeladen" werden können, also je Rampe z w e i SS 20 abgeschossen werden könnten, stellt sich das Verhältnis auf 402 gegen 1730, also gut und gern 4 : 1.

Eine auf das Frühjahr 1980 bezogene Statistik des Bundesverteidigungsministeriums gibt 386 "Systeme" des Westens gegen 1320 der Sowjetunion; in dieser Rechnung sind allerdings erst 100 SS 20 enthalten, und auf westlicher Seite fehlt gegenüber der zuerst zitierten Quelle ein französisches U-Boot mit 16 Atomraketen ("Frankf. Allgemeine",

ten, und auf westlicher Seite fehlt gegenüber der zuerst zitierten Quelle ein französisches U-Boot mit 16 Atomraketen ("Frankf. Allgemeine",
7.2.81).

Über ein Verhältnis von 4 : 1 zugunsten der Sowjetunion kommt ohne obzöne Tricks überhaupt keine Statistik hinaus; bei Angaben wie 6 : 1 (Reagan), 8 : 1 oder gar 10 : 1 (was auch schon publiziert wurde) wird man niemals detaillierte Aufschlüsselungen über das Zustandekommen der Zahlen finden.

Ein sinnvoller Vergleich wird sich ohnehin nicht auf die Trägersysteme, sondern auf die Zahl der zu verschiessenden, bzw. abzuwerfenden Sprengköpfe beziehen. Hier sollen die Berechnungen eines "Nachrüstungs"-Befürworters mit denen zweier "Nachrüstungs"-Gegner verglichen werden.

"Nachrüstungs"-Befürworter Theo Sommer errechnete in der "Zeit", daß 548 westlichen Trägersystemen 690 der Sowjetunion gegenüberstünden. Bei den Sprengköpfen seien es "im besten Falle" 1546 westliche gegen 1210 östliche (falls man davon ausgeht, daß pro SS-20-Rampe nur e i n e Rakete verschossen werden kann), und im "schlimmsten Fall" 1546 gegen 2290 (falls man drei SS-20-Raketen je Abschußrampe rechnet) ("Zeit", 24.4.81). Diese Rechnung enthält allerdings einen recht groben Fehler, weil Sommer einige hundert sowjetische Bomber nicht mitberechnet hat (peinlich, peinlich!).

Eine vom Juso-Vorsitzenden Willi Piecyk und General a.D. Bastian vorgelegten Studie geht davon aus, daß sich 558 Trägersysteme des Westens und 900 der Sowjetunion gegenüberstehen (darin enthalten 340 sowjetische Bombenflugzeuge). **Dies entspreche einem Verhältnis von 1906 zu 1780 Sprengköpfen z u g u n s t e n des Westens**("UZ", 26.8.).

Differenzen ergeben sich aus den Berechnungen der Flugzeuge beider Seiten, bzw. aus unterschiedlichen Kriterien, welche Flugzeuge überhaupt in eine Aufrechnung der Mittelstrecken-Systeme einzubeziehen sind. Eine weitere Differenz ergibt sich daraus, daß die USA ihre in europäischen Gewässern stationierten Poseidon-U-Boote in die Rechnung nicht einbeziehen.

Geht man spaßeshalber von einer extrem NATO-freundlichen Zählung ("Welt", 3.11.81) aus, so ergibt sich: Im Falle der "Null-Lösung" (Verschrottung der sowjetischen Mittelstreckenraketen, keine NATO-"Nachrüstung") stünden 1060 Atomsprengköpfe des Westens gegen 2020 der Sowjetunion. Dieses Verhältnis würde sich aber durch bereits beschlossene oder schon angelaufene Umrüstungen der britischen und französischen Atom-U-Boote erheblich verändern, nämlich auf 2368 zu 2020 zugunsten des Westens bereits bei Umrüstung auf die Trident I (10 Sprengköpfe pro Rakete); bei Umrüstung auf die Trident II (24 Sprengköpfe pro Rakete) wäre das Verhältnis noch entsprechend krasser. Hinzuzurechnen ist ein sechstes französisches U-Boot, das bereits in Bau ist, und ein siebentes, dessen Bau von Mitterand angeordnet worden ist. (Das wären weitere 320 Sprengköpfe bereits bei einer Trident I-Version).

Zu berücksichtigen wäre außerdem, daß im Falle einer solchen "Null-Lösung" auf Seiten der NATO fast nur schwer angreifbare Raketen-Trägersystene (U-Boote) stünden, auf Seiten der Sowjetunion hingegen fast nur – zudem größtenteils relativ 'alte' – Bombenflugzeuge, deren Chan-

fast nur schwer angreifbare Raketen-Trägersystene (U-Boote) stünden, auf Seiten der Sowjetunion hingegen fast nur – zudem größtenteils relativ 'alte' – Bombenflugzeuge, deren Chan-
ce, überhaupt zum Ziel zu kommen, nicht besonders hoch veranschlagt wird.

Selbst auf Basis einer extrem NATO-freundlichen Zählweise wird also deutlich, daß die "Null-Lösung" dem Westen einen enormen militärischen Vorteil verschaffen würde. Viel krasser stellt sich das natürlich dar, wenn man von Zahlenmaterial und Kriterien ausgeht, wie sie etwa in der Studie von Piecyk-Bastian verwendet wurden (wer mag, kann sich das anhand der Tabelle selbst mal hochrechnen).

Wie man sieht, gibt es z w e i Bereiche geplanter NATO-Aufrüstung im Mittelstrecken-Bereich, obwohl stets nur von dem e i n e n Teil gesprochen wird. Gesprochen wird von der "Nachrüstung", d.h. von der Stationierung von 464 Cruise Missile und 108 Pershing II ab Ende 1983. Nur d i e s e r Teil soll überhaupt Gegenstand der "Null-Lösung" sein. Daneben bedeutet aber die Umrüstung der Atom-U-Boote auf neue Raketen mit viel mehr Sprengköpfen eine weitere Aufrüstung der NATO, die zahlenmäßig sogar noch bedeutender als die umstrittene "Nachrüstung" ist. Und d i e s e Aufrüstung ist überhaupt nicht Gegenstand der Diskussion: **Die NATO hat sich bereits kategorisch geweigert, ihre in europäischen Gewässern stationierten Atom-U-Boote zum Verhandlungsgegenstand zu machen.**

"Null-Lösung" ist Propaganda für Kriegsrüstung

Die von der NATO mit gigantischem Medien-Rummel propagierte "Null-Lösung" würde eine so enorme Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses zum Schaden der Sowjetunion bedeuten, daß diese das "Angebot" nur ablehnen kann. Die Folge wird sein, daß ab 1983 die Stationierung von Cruise Missile und Pershing II beginnt – und daß die offizielle Propaganda die Schuld daran der Sowjetunion zuweisen wird, die sich gegenüber allen Angeboten zur Abrüstung und zur Friedenserhaltung widerspenstig gezeigt habe. Ob die Stationierung dann politisch durchsetzbar ist, hängt davon ab, wieweit es der Friedensbewegung gelingt, dieser Propaganda durch Information und Argumente Widerstand zu leisten und eine kritische Gegenöffentlichkeit aufzubauen. Die Friedensbewegung wird an dieser Aufgabe schon im Anfangsstadium versagen, wenn sie – wie derzeit sichtbar – s e l b s t zu antisowjetischer Propaganda und Desinformation beiträgt, etwa mit der Gleichsetzung von NATO-"Nachrüstung" und SS 20. Stattdessen könnte sich die Friedensbewegung bemühen, den Begriff "Null-Lösung" gegen Reagan und Schmidt zu wenden, indem sie für Verhandlungen über die Verschrottung a l l e r atomaren "Mittelstrecken"-Systeme, **also auch Einbeziehung der NATO-Atom-U-Boote**, eintritt.

Daß der SPD-Vorstand jetzt beschlossen hat, die "Nachrüstungs"-Diskussion vom nächsten Parteitag (Frühjahr 1982) weg auf einen Parteitag im Herbst 1983 zu verschieben, ist Teil einer Strategie, bei der

schlossen hat, die "Nachrüstungs"-Diskussion vom nächsten Parteitag (Frühjahr 1982) weg auf einen Parteitag im Herbst 1983 zu verschieben, ist Teil einer Strategie, bei der
die Friedensbewegung gespalten und teilweise desorientiert werden soll, und bei der die NATO schließlich mit dem Argument sowjetischer Abrüstungsunwilligkeit eine hinreichende Zustimmung in der Bevölkerung für die "Nachrüstung" bekommen will. (Eine sowjetische Invasion in Polen würde als zusätzlicher Propaganda-Faktor wirken).

Bei alledem ist zu berücksichtigen, daß es höchstwahrscheinlich nicht beim 1979 beschlossenen Umfang der NATO-"Nachrüstung" bleiben würde. Mit dem Argument, daß die sowjetische "Vorrüstung" bereits größer sei als 1979 einkalkuliert, wird man die NATO-"Nachrüstung" noch weiter nach oben treiben wollen. Dazu gehören beispielsweise Erwägungen, die Pershing 2 mit drei Sprengköpfen (statt nur mit einem) auszustatten ("Welt", 28.7.81). Vorbereitet wird ein globaler Konfrontationskurs gegen die Sowjetunion, bei dem das Risiko eines 'begrenzten' Atomkriegs in Europa zum Spieleinsatz gehört. In diesem Zusammenhang kriegt der Begriff "Null-Lösung" seinen richtigen Sinn.



Im Nato-Wald

Süddeutsche Zeitung

(aus „Spiegel", 1o.8.81)

Vergleich der Trägersysteme von Nato und Sowjetunion im europäischen Raum

NATO	Sowjetunion
18 französ. Bodenraketen SSBS 2	380 ältere Mittelstreckenraketen SS 4 und SS 5
50 brit. Vulkan-Bomber	160 SS 20
150 US-Bomber F-111	550 Bomber Badger und Blinder
40 französ. Bomber Mirage IV	200 Bomber Fencer
64 brit. U-Boot-Raketen	20 U-Boot-Raketen SSN 5
80 französ. U-Boot-Raketen	100 Bomber Backfire
402 Trägersysteme	1410 Trägersysteme (1730, falls jeweils z w e i SS 20-Raketen von einer Anlage abgeschossen werden können)

Extrem NATO-freundlich manipulierte Übersicht aus der „Welt" vom 3.11.81

Nukleare Mittelstreckenwaffen in und für Europa
Stand Frühjahr 1981[1]

NATO	Systeme	Gefechtsköpfe	UdSSR	Systeme	Gefechtsköpfe
USA:					
Schw. Kampfflugzeuge					
F 111	156	468	SS-20-Raketen	160	480
FB 111	66	264	SS-4-/5-Raketen	380	380
Flugzeugträgerbomber A 6 E / 7 E	30	60	Backfire-Bomber	40	200
U-Boot-Raketen[1] (Poseidon 3)	48	480	ältere Bomber[4]	300	700
			U-Boot-Raketen (SS N 5)	20	20
Großbritannien:					
Vulcan-Bomber	56	224			
U-Boot-Raketen[2] (Polaris A 3)	64	192			
Frankreich:					
Mittelstr.-Raketen	18	18			
Mirage-IV-Bomber	40	120			
U-Boot-Raketen[3]	80	80			
Insgesamt	558	1906		900	1780

1 Es wurden nur 3 Boote mit je 16 Raketen zugrundegelegt. General a. D. Schulze, bis Herbst 1979 NATO-Befehlshaber Europa-Mitte, gibt die Zahl dieser Boote im „ÖTV-Magazin" 6/81 jedoch mit „6" an, was eine Verdoppelung der Gefechtsköpfzahl auf 960 zur Folge haben würde.
2 Bei der beschlossenen Umrüstung auf das Trident-System tritt eine Vervielfachung in der Zahl der Gefechtsköpfe ein.
3 Bei der bevorstehenden Umrüstung auf Raketen mit Mehrfachsprengköpfen tritt eine Vervielfachung der Wirkung ein.
4 Ohne Flugzeuge der sowjetischen Marine, deren Einrechnung auch zur Einbeziehung weiterer Flugzeuge mit korrespondierender Aufgabenstellung führen müßte.

Tabelle aus der Broschüre von Piecyk/Bastian (nach „UZ", 26.8.81).

BILD-Kommentar

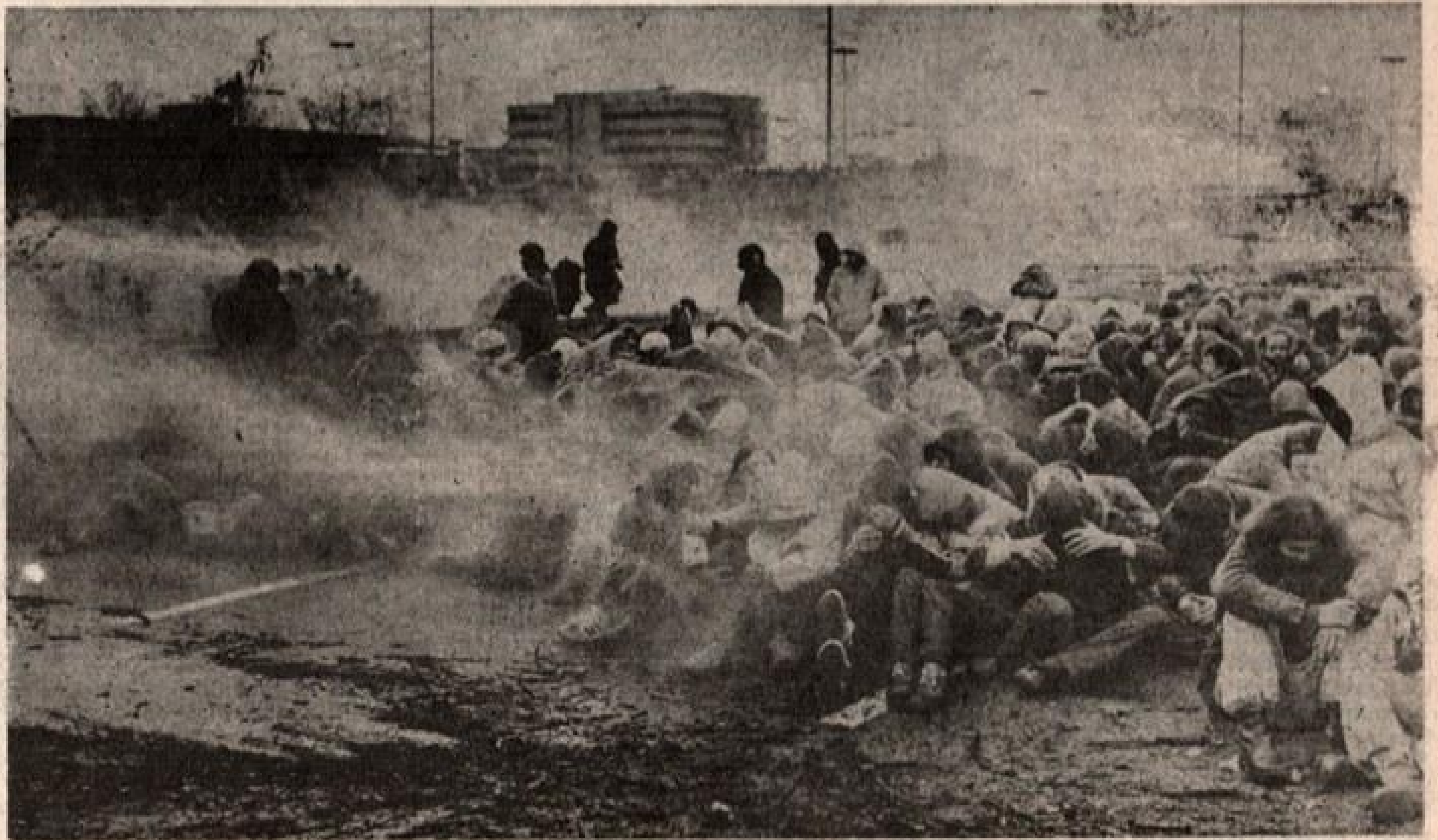
Jetzt ist Breschnew dran

US-Präsident Reagan will die Atomraketen in West- und Osteuropa auf Null bringen (Seite 1). Bringt er damit auch Eppler und seine Friedensmarschierer „auf Null"? Denn nach Reagans beeindruckender Rede muß auch dem letzten Zweifler klar werden, daß das Gemälde vom säbelrasselnden US-Präsidenten falsch war und ist.

Aber wichtiger als Eppler ist, was Breschnew nun macht. Wenn es stimmt, daß er „um den Frieden zittert" (Willy Brandt), wird er auf den Null-Vorschlag eingehen. Sagt er „njet", ist klar, wer schuldig am Wettrüsten ist. **Dem (hoffentlich nicht eintreffenden) „Nein" Breschnews müßte dann ein klares „Ja" des Westens zur Nachrüstung folgen.**

(aus „Bild", 19.11.81)

NO WEST!



Fortsetzung von S. 1

Staat derart rücksichtslos bekämpft worden. Börner blamiere den Wankelmut, den Albrecht in der Gorleben-Entscheidung gezeigt habe, schreibt die CDU-Presse anerkennend. In der Tat ist es ein einmaliger Vorgang, daß der erste Bauabschnitt der geplanten Startbahn bereits kahlgeschlagen wurde, während über die Zulassung des Volksbegehren noch nicht entschieden ist; daß die Regierung die eigene Verfassung ignoriert und mit nackter Gewalt durchsetzt, was sich demokratisch nicht mehr durchsetzen läßt. Sieg und Niederlage lagen an diesem Wochenende so dicht beieinander, wurden so intensiv durchlebt, daß die gemachten Erfahrungen noch keineswegs verarbeitet sind.

Die Bullen greifen an: Mit Wasserwerfern (s.o.)

Die vordergründigen Ergebnisse des 14.11. – 150.000 Demonstranten, 220.000 Unterschriften für den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens – reichen nicht aus, um den Stand dieser Kampagne zu bewerten. Interessant wird die Sache, wenn man die folgenden Fakten berücksichtigt:

– 200.000 Unterschriften konnte die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren (AGV) schon vor vier Wochen vorweisen (diese waren allerdings z.T. noch nicht beglaubigt). Sie waren das Ergebnis mehr oder weniger beharrlichen Sammelns seit dem 2. Juni, wobei wöchentlich im Durchschnitt ca. 10.000 Unterstützer hinzukamen.

– Seit dem Beginn der Rodungs- und Bauarbeiten im Wald (6.10.) ist die Zahl der eintreffenden Unterschriften lawinenartig angewachsen, obwohl kaum jemand mehr sammelte, da alle Aktivisten mit dem praktischen Widerstand voll ausgelastet waren. Zuletzt hat das AGV-Büro in Mörfelden-Walldorf gar keine ausgefüllten Listen mehr angenommen, da es für eine behördliche Beglaubigung zu spät sei (trotzdem hätte man sich zentral einen Überblick verschaffen sollen!).

– Unter denjenigen Unterschriften, die die Behörden zurückgewiesen haben, ist gleichwohl ein hoher Prozentsatz an hessischen Wahlberechtigten, die entweder ihren Hauptwohnsitz oder das Geburtsdatum falsch angegeben oder sich unleserlich eingetragen haben.

– Dies alles zusammengenommen,

– Dies alles zusammengenommen,

schätzen Verantwortliche der AGV die Zahl der insgesamt geleisteten (wahlberechtigten) Unterschriften unter den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens auf „über 300.000"! Deshalb ist es keineswegs Berufsoptimismus, wenn es in einem Flugblatt der AGV heißt: *„Wir sind heute mehr denn je davon überzeugt, daß es weit mehr als 20 % Startbahngegner* (so viele Unterschriften benötigt das Volksbegehren in seiner 2. Phase – Anm. AK) *und Umweltschützer in Hessen gibt, daß wir das Volksbegehren und erst recht den Volksentscheid gegen die Startbahn West gewinnen würden!"*



Wiesbaden am 14.11.

– Von den dem Landeswahlleiter überreichten Unterschriften kommen 190.000 aus Südhessen; die restlichen 30.000 entfallen etwa zur Hälfte auf Nord- und Mittelhessen. Hier ist also noch längst nicht alles ausgeschöpft.

– Schließlich wird der Widerstand gegen die Startbahn West entscheidend von Schülern mitgetragen, die noch unter 18 Jahre alt sind und am Volksbegehren daher nicht teilnehmen können.

Auch was die Zusammensetzung der Wiesbadener Demonstration angeht, lohnt es sich, zweimal hinzusehen. Alle Beobachter sind sich einig, daß mindestens 80 % der Teilnehmer aus Hessen waren. Damit ergibt sich ein erheblicher Unterschied etwa zur Brokdorf-Demo vom Februar d.J. Während Brokdorf der nationale Kristallisationspunkt für die gesamte westdeutsche Anti-AKW-Bewegung war und ist, war der Startbahn-Konflikt bis jetzt immer noch eine vorwiegend regionale Bewegung. So war es gar nicht zu übersehen, daß der Anteil „normaler Bürger" auf dieser Demonstration erheblich größer war als in Brokdorf oder auch in Bonn. Die „Szene-Sprache" kennt bei solchen Anlässen nur „Schüler und Studenten, Punks und Chaoten" einerseits und „ältere Bürger, Omas und Rentner" andererseits. Börner hingegen dürfte es mehr als vielen Linken aufgefallen sein, daß an dieser Demonstration einige 'zigtausend Arbeiter und Angestellte mit ihren Familien teilnahmen!

Einige Schlußfolgerungen liegen auf der Hand:

1. Die Mehrheit der BIs und auch der politischen Organisationen unter den Startbahngegnern war anfangs gegen diese Initiative gewesen. Während die Grünen, die Falken und der KB zu den ersten Unterstützern gehörten, hatten Jusos, KBW und DKP starke Bedenken, ob es möglich sein würde, entscheidend über die Stimmen der Grünen und Alternativen bei den letzten hessischen Kommunalwahlen (ca. 120.000) hinauszukommen. Heute kann festgestellt wer-

men. Heute kann festgestellt wer-

den, daß es „gute Chancen" gibt, bei Zulassung des Volksbegehrens auch die zweite Hürde mit den erforderlichen 800.000 Unterstützern zu überspringen. Zumindest ist die Chance so groß, daß sie im nachhinein die Einleitung dieser Initiative rechtfertigt.

2. Das Volksbegehren hat gewiß einen nicht zu unterschätzenden Anteil daran, daß eine Bewegung von dieser Breite und Vielfalt entstanden ist. Es hat vielen Menschen die Möglichkeit gegeben, ihren Protest zu artikulieren, was ohne diese Plattform so nicht sichtbar geworden wäre. Es hat über die Auseinandersetzung um die Verfassung und die demokratischen Rechte eine Eigendynamik gewonnen, die über den unmittelbaren Anlaß hinausreicht.

3. Es ist daher falsch und kurzsichtig, diese Ebene des Widerstands anstandslos aufzugeben, falls der hessische Staatsgerichtshof entscheiden sollte, das Volksbegehren sei „unzulässig", weil es sich bei der Flughafenerweiterung um eine Angelegenheit des Bundes (und nicht des Landes Hessen) handele. Ein Vorschlag zur weiteren Perspektive, der zur Zeit unter Startbahngegnern erörtert wird, lautet, *„ob wir nicht unsere verfassungsmäßigen Rechte gegebenfalls in eigener Regie wahrnehmen und das Volksbegehren eigenständig durchführen sollten. Diese Frage müßte jedoch noch sehr gründlich diskutiert werden"* (Flugblatt der AGV in Wiesbaden).



... und Spezialeinheiten, die mit großen Hubschraubern auf der Autobahn abgesetzt wurden, ...

Medienkrieg: „Der blutige Sonntag am Flughafen"

Vollkommen logisch trug Alexander Schubart auf der Hauptkundgebung in Wiesbaden vor, was die Menschen bewegte (und was die BI beschlossen hatte). Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Regierung den Wald abholzen lasse, während ein Volksbegehren darüber anhängig ist. Falls nicht bis zum Mittag des folgenden Tages ein Baustopp beschlossen werde, würden die Startbahngegner den Flughafen „inspizieren", um sich selbst ein Bild davon zu machen, *„ob er wirklich so klein ist, daß er eine weitere Startbahn benötigt"*. Diese Aktion solle gewaltfrei sein, und sie dürfe auf keinen Fall die Flugsicherheit in irgendeiner Weise beeinträchtigen. Umgehend lehnte die Landesregierung diese Forderung ab: Sie lasse sich nicht „erpressen".

Daraufhin zogen am Sonntag Tausende vor den Flughafen und in den Wald. Vor dem Terminal wurde gegen Mittag versucht, die Zugänge zu blockieren. Von hier durch Wasserwerfer und Schlagstockeinsätze vertrieben setzten sich die Startbahngegner auf die Autobahn A 3, die zu diesem Zeitpunkt freilich schon durch einen Stau 'befreundeter' PKWs fast vollständig blockiert war. Zur Unterstützung der Blockade wurden mit Holzstämmen und Ästen Barrikaden errichtet und – oh Graus! – zum Teil angezündet. Mit viel Geschick öffnete die Polizei an einigen Stellen

Fortsetzung nächste Seite



... wo sich sofort heftige Auseinandersetzungen entwickeln

Forts. v. voriger Seite

die Leitplanken und ermöglichte es so, daß unbeteilgte PKWs die Szene verlassen konnten. Nach dieser 'Entmischung' räumte der polizeiliche Gewaltapparat ab. Nur für wenige Augenblicke konnte der Ansturm der Sonderkommandos durch geworfene Steine und Äste aufgehalten werden. Parallel dazu wurde an dem umstrittenen Waldstück die Mauer angegriffen und stellenweise beträchtlich beschädigt. Ein paar Baumstämme als Rammböcke nutzend wurden die lächerlich dünnen Betonstreben dieses allzu billigen Fertigbauwerks durchbrochen. Knüppel, Farbbeutel und Steine wurden hier auch von Leuten aus Mörfelden-Walldorf über die Mauer geschmissen. Insofern fand an diesem 15.11. z.T. eine aktive Verteidigung von Startbahngegnern gegen die angreifende Polizei statt.

Wie im Chor heulte die bürgerliche Presse auf, stilisierte die Auseinandersetzungen zur „blutigen Schlacht" hoch und die Startbahngegner zu gewalttätigen Truppen, die am Vortag in Wiesbaden mit ihren wahren Absichten nur zurückgehalten hätten.

Doch was sind vereinzelt geworfene Äste gegen die Schlagstockeinsätze der Spezialeinheiten (unter denen sich, wie die BI behauptet, auch die GSG 9 befinden soll!)? Was sind ein paar Steine gegen Hubschrauberlandungen des Bundesgrenzschutz auf der Autobahn? Was sind schließlich Mollies (wenn überhaupt welche geworfen worden sind, was sehr umstritten ist) gegen Bundeswehr-Übungsgranaten, die von der Polizei auf die Menschen im Wald abgeschossen wurden?



Chaot provoziert Polizeibeamte durch lässiges Herumhängen

AUFBEGEHREN – VOLKSBEGEHREN
Benefizkonzert

ROCK

Dienstag, 8. Dezember, 19 Uhr
Festhalle Frankfurt
(Messegelände)

- **Frank Wolff + Kurorchester**
- **bots**
- **Johnny Tame**
- **Inga Rumpf**
- **Udo Lindenberg + Panik-Orchester**

Moderation: Henning Venske

Eintrittskarten 20 - 25 DM

Moderation: Henning Venske

Eintrittskarten 20 - 25 DM

All das ist nicht mehr, als daß Gruppen von Startbahngegnern ihren Selbstbehauptungswillen ausdrücken wollten. Nicht im entferntesten reicht dies an die Gewalttätigkeit des Staatsapparats heran, geschweige denn, daß es ihm gefährlich werden könnte. Die Tatsache, daß die Polizei die Zahl ihrer Verletzten mit einem Faktor 25 multiplizierte, um das Märchen vom „Ausbruch der Gewalt" schaurig zu untermalen, spricht für sich (siehe Artikel über die Medienberichterstattung).

Noch wenige Tage vorher hatten Börner und Gries die Bewegung verhöhnt: Die Zusage, das Kreischen der Motorsägen zu stoppen, hielt nicht mehr als zwei Tage. Sie hatten ihrerseits die Konfrontation herbeigeführt.

Doch die Bewegung war und ist verunsichert. Alexander Schubart erklärte seine Betroffenheit über die Verletzungen und insbesondere über den Tod einer unbeteiligten älteren Frau im Verkehrsstau. Die Aktion von Sonntag sei den BI's „aus dem Ruder gelaufen". Das ist eben der Unterschied: Während es kein Politiker, Polizeipräsident oder Einsatzleiter jemals fertiggebracht hat, Bedauern über die Opfer der Polizeieinsätze auszudrücken, ist ein Aschu spontan und ohne jegliche Kenntnis der näheren Umstände zutiefst erschüttert und bereit, Schuld auf sich zu nehmen, auch wenn der tragische Unglücksfall auf der Autobahn wahrscheinlich überhaupt nichts mit der Demonstration der Startbahngegner zu tun hatte.

Andere BI-Sprecher erklärten, die Aktionen im Wald gegen die Mauer seien vollkommen gerechtfertigt gewesen. Steine und Mollies auf Polizisten müßten hingegen abgelehnt werden.

Die Medien fanden bald heraus, daß es innerhalb der BIs Auseinandersetzungen bereits vor dem 15.11. gegeben hat, sodaß nun über alle möglichen Versionen spekuliert wird. Da in dieser Situation Geheimniskrämerei der Bewegung nur schaden kann und Mißtrauen schürt, plädieren wir dafür, die Entscheidungsabläufe

Da in dieser Situation Geheimniskrämerei der Bewegung nur schaden kann und Mißtrauen schürt, plädieren wir dafür, die Entscheidungsabläufe

dieser Tage in aller Offenheit zu diskutieren.

1. Am 11.11. beschloß das Plenum der BIs bei 800 Anwesenden und ca. 30 bis 50 Gegenstimmen und Enthaltungen, die Landesregierung „ultimativ" aufzufordern, bis zum Mittag des 15.11. einen Baustopp zu beschließen. Für die Bekanntgabe dieses Beschlusses in Wiesbaden handelte sich A. Schubart dann den Vorwurf der „Nötigung" ein. Auf diesem Plenum wurde allerdings beschlossen, sich bei Nichterfüllung dieser Forderung im W a l d zusammenzufinden.
2. Einen Tag später veränderte der Delegiertenrat der BI diesen Beschluß dahingehend, eine Flughafenblockade durchzuführen. Dabei wurde nicht eindeutig festgelegt, in welchen Aktionsformen dies zu geschehen habe. Eine Arbeitsgruppe sollte ein Flugblatt erstellen, das den Wiesbadener Demonstranten diese Aktion bekanntgeben sollte.
3. Nur wenige BI'ler erfuhren dann davon, daß im Flugblattext Passagen enthalten waren, die als Ankündigung einer Stör- und Besetzungsaktion „auf dem gesamten Flughafengelände" verstanden werden konnten. Von verschiedener Seite wurde kritisiert, daß eine Aktion a u f dem Flughafengelände den Vorwand für eine maßlose Polizeibrutalität und Repression liefern könnte und Börner darauf zusteuere, und eine solche Aktion in der Diskussion der BIs und Plena nicht vorbereitet worden sei. Alle BI'ler, die an diesem Freitag Kontakt miteinander aufnehmen konnten, waren sich einig darin, daß die Flughafenaktion auf eine Verkehrsblockade der Zufahrtswege und eine friedliche Besetzung des Terminals, falls sich die Möglichkeit dazu ergeben sollte, beschränkt werden müsse. So wurde es schließlich auf einem letzten Delegiertentreffen am Abend des 14.11., unmittelbar nach der Wiesbadener Demonstration, beschlossen.

Geschmack von Freiheit

Geschmack von Freiheit

Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Aktionen vom 15.11. die Herrschenden und vor allem die Flughafen AG so empfindlich getroffen haben, daß sie nun wutentbrannt zur Gegenoffensive blasen. Machen wir uns nichts vor: Die Polizei hatte die Situation rund um den Flughafen zu jedem Zeitpunkt fest im Griff. Die verlogene Kriegsberichterstattung über den 15.11. hat nur zeitweise den Kern der Sache überdeckt, auf den man sich nun wieder einschießt. Es sei eben ein Unding, wenn „die Straße" regieren wolle, wenn rechtmäßige Beschlüsse der Regierungen und Gerichte nicht mehr anerkannt würden. Das kenne man aus Weimar. Die dies sagen, sind dieselben, die den Neofaschismus an ihrer Brust nähren, um beizeiten auf ihn zurückgreifen zu können. Die SPD unterscheidet sich kaum von dieser Propaganda. Hier würden angeblich *„Prinzipien der Arbeiterbewegung"* angegriffen – anscheinend diejenigen, die es ermöglichen, daß das Kapital so ungestört regiert, wie es der Fall ist??

Es ist der Geschmack der Freiheit, der Wunsch nach Selbstbestimmung, den diese Leute am meisten fürchten. Darum auch konzentrieren sich die Angriffe so vehement auf die Person von Alexander Schubart, der zwar Ökologe, Alternativer und Sozialist ist; vor allem anderen aber einer der radikalsten Demokraten, die wir kennen. Mit aller Kraft (und über alle Kanäle) hat die SPD in den letzten Tagen versucht zu erreichen, daß er von seiner verantwortlichen Position in der AG Volksbegehren und der BI abgelöst wird. Im Kreis Groß Gerau hat beispielsweise die Kirche in dieser Richtung gearbeitet. So ist es halt mit der Nächstenliebe, wenn die Situation kritisch wird ... Doch bis auf ganz wenige Ausnahmen haben sich die Startbahngegner hinter ihn gestellt.

Von betrieblichen Vertrauenskörpern wurde bekannt, daß sie Aschu aufgefordert haben, weiterzumachen, „weil wir gerade deine radikale Position brauchen". Da zieht das nächste Gewitter für Börner, Gries und Wallmann herauf. Hoffentlich entlädt es sich rechtzeitig.

KB/Gruppe Frankfurt

Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt – Rhein-Main
„Rechtshilfegruppe"
Hamburger Allee 49, Tel.: 0611/701552, 6000 Frankfurt/M.

Am Sonntag, dem 15.11.'81, wurden in und um den Frankfurter Flughafen mindestens 128 Startbahngegner verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt. Wir suchen Zeugen, Fotos, etc. der diversen Polizeiaktionen. Bitte helft uns. Wegen einiger Vorfälle wollen wir Strafanzeige gegen die Polizei stellen. Wir bitten außerdem alle Verhafteten und Verletzten: Meldet Euch bei uns!

Besonders die Vorgänge in der „O-Ebene" (S-Bahn) wollen wir vollständig dokumentieren und ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Wer hierzu etwas sagen kann, gesehen hat, im Besitz von Fotos ist – schnell her zu uns ins BI-Büro!!!

Alle Angaben werden vertraulich behandelt. Für alle sachdienlichen Hinweise dankt Euch (und Ihnen) die Rechtshilfegruppe!

Mit freundlichen Grüßen

BI und Rechtshilfegruppe
i.A. Günter Frech

Sprechstunde der Rechtshilfegruppe: jeden Dienstag ab 18 Uhr im BI-Büro in der Hamburger Allee 49, Tel.: 0611/701552 oder über folgende Kontaktpersonen:

Günter 70 24 14 — Dieter 55 75 57
Karin 55 69 91 — Daniela 81 33 85

SPD tritt um sich und geht ab

Kurz und knapp eine Zusammenstellung:

— 31.10.: Der Landesgeschäftsführer der hessischen SPD, Leo Giani, bezeichnet Ausführungen in der Oktober-Nummer der „Umwelt-Express" (Zeitung der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren/AGV) als *„ein abschreckendes Lehrstück beispielloser Hetze"*. *„Ungeheuerlich und diffamierend"* soll nach Giani insbesondere die Feststellung sein, die Landesregierung plane *„augenblicklich einen kleinen Staatsstreich gegen die Verfassung"*. *„Unfaßbar"* findet Giani ferner folgendes Zitat: *„Wir Startbahngegner beugen uns nicht der Drohung mit staatlicher Gewalt und Terror... Mehr denn je sind wir entschlossen, der Demokratie in Hessen endlich zum Durchbruch zu verhelfen"*. *„Höhepunkt der Volksverhetzung"* sei die folgende Ausführung:

„Im Falle der Startbahn West steht außer Frage, daß hier ein Eingriff in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und in das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit geplant ist... Gegen eine solche pervertierte Auffassung von Rechtsstaat ist Widerstand geradezu demokratische Pflicht".

Der „AGV" geht es nach Meinung Gianis gar nicht um die Verhinderung der Startbahn-West, sondern um ... „politische Ziele" (?). Als „Beleg" der Satz: *„Wir werden dafür sorgen, daß die Landesregierung dies politisch nicht überlebt"*.

Den Tatbestand der „Volksverhetzung" erfülle auch ein weiterer Artikel aus dem „Umwelt-Express" mit der Überschrift *„Mit der dritten Startbahn in den dritten Weltkrieg?"* („FNP", 31.10. und „FR", 31.10.).

Allerdings will die SPD selber keine Anzeige stellen — das sei nicht Aufgabe der Parteien, sondern der Staatsanwaltschaft.

— 23.10.81: Als „gefährlich" bezeichnet der hessische Sozialminister A. Clauss (SPD) den *„plötzlichen Ruf nach plebiszitären Elementen wie Volksbegehren und Bürgerinitiativen"*. Witzigerweise erinnert der gleiche Clauss an die Prinzipien, die die Arbeiterbewegung erkämpft hat und

Volksbegehren und Bürgerinitiativen". Witzigerweise erinnert der gleiche Clauss an die Prinzipien, die die Arbeiterbewegung erkämpft hat und

die nicht zerstört werden sollten (?) („FNP", 26.10.).

— 7.11.81: Der stellvertretende Landesvorsitzende der SPD-Hessen, Willi Görlach, weist daraufhin, daß „individuelle Abweichungen" von Parteibeschlüssen wie zum Beispiel bei der Frage der Startbahn West „registriert" werden sollen. Diejenigen, denen das nicht passe, ruft Görlach auf, auszutreten (wir warten)... („FR", 7.11.). Am gleichen Tag ruft Görlach auf, sowohl Bauarbeiten als auch Demonstrationen bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs über das Volksbegehren einzustellen.

— 10.11.81: Der gleiche Beschluß (beide Seiten mögen eine Pause einlegen) wird vom DGB-Landesbezirksvorstand gefaßt.

— 11.11.81: Blitzbesuch Brandts bei den hessischen Genossen. Kein Moratorium beim Startbahnbau — sonst wackelt Schmidt. Die Landesregierung erklärt: *„Das Kabinett bedauert, daß der von Gries vorgeschlagene Weg der Gesprächsbereitschaft durch die Bürgerinitiativen brüsk verbaut worden ist"* („FR", 11.11.). Börner steht noch felsiger als Gries — die FDP wird rechts überholt. In den SPD-Ortsvereinen des Rhein-Main-Gebiets greift dumpfe Verzweiflung der Basis um sich.

— 12.11.81: Die SPD-Betriebsgruppe Flughafen begrüßt die Entschließung der Landesregierung sowie der SPD-Landtagsfraktion zum Ausbau des Rhein-Main Flughafens.

— 19.11.81: Fraktion und Vorstand der hessischen SPD erklären, *„wer, wie der Frankfurter Magistratsdirektor Schubart, einer demokratisch gewählten Regierung ein Ultimatum stelle, und dabei mit Gewalt drohe, der verstoße gegen die hessische Verfassung"* („FAZ", 19.11.).

— 20.11.81:

Die frankfurter SPD-Fraktion im Römer billigt die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Alexander Schubart und stellt sich damit hinter Wallmann.

Jan van Trott (ex-Juso-Vorsitzender in Frankfurt) erklärt: er habe *„Verständnis, ja Sympathie"* für die Wiesbadener Demonstranten, er empfinde jedoch *„Scham und Empörung"*, wenn sich *„irgend jemand, und sei es Schubart"* mit dem Mittel der Demonstration *„nicht begnügen wolle"*, sondern sich auf das *„Widerstandsrecht"* berufe. Die Auseinandersetzungen um die Startbahn-West würden „angeheizt" durch einen *„erschütternden politischen Opportunismus auf Seiten mancher führender Teile der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und der Grünen — aber auch der CDU — ge-*

politischen Opportunismus auf Seiten mancher führender Teile der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und der Grünen — aber auch der CDU — ge-

genüber der Substanz demokratischer Einrichtungen" („FR" und „FAZ", 20.11.).

Wir hätten ihn schon beinahe vergessen — den Schwachkopf auf den Spuren des Karsten Voigt. Aber, auch das gerät schon in Vergessenheit, er spricht für eine Partei (SPD Frankfurt), die den Startbahnbau „ablehnt". Und für eine Partei, die bis 1978 einen Aschu in ihren Reihen zählen durfte.

Krisendiskussion bei der Polizei abgeschlossen?

In der letzten Ausgabe des AK (Nr. 212) warfen wir die Frage auf: *„ ‚Polizei zersetzt?' — Wir träumen weiter"*.

Mittlerweile haben sich unsere „Vorurteile" bestätigt: Auf einer außerordentlichen Sitzung des Bundesvorstandes der GdP (Gewerkschaft der Polizei) in Frankfurt wurde Minister Gries schwer kritisiert: *„Es ist für die Polizeitaktiker gleichermaßen wie die Beamten vor Ort ein Unding, mit einem so verunsicherten Minister zusammenzuarbeiten"* (GdP Vorsitzender Schröder, „FR", 13.11.81). Gemeint ist der „historische" (humorige?) Dialog im Wald am 7.11. zwischen halbnackten BIlern und Gries.

Allerdings wurde auch versichert, daß bislang *„freilich keine Demoralisierungstendenzen bei den Beamten vor Ort"* festzustellen seien. Im Gegenteil sei die *„Motivation der Beamten hervorragend"*, *„natürlich stehe die Polizei grundsätzlich zu ihrem Auftrag und lege Polizeistock und Schild nicht demonstrativ aus der Hand"* („Frankfurter Personalratsvorsitzender der GdP Koppmann SPD, „FR", 17.11. 81. Das Problem sei halt, daß die Beamten zu wenige wären: *„Der Bürger aber habe auch ein Recht auf ausgeruhte Beamte und damit leistungsfähige Beamte"*. Dies ist nach Meinung Koppmanns im Moment nicht gegeben („FNP", 14.11.81).

Die Lösung der „Krise": Mehr Planstellen (das heißt noch mehr Polizisten) im Allgemeinen und insbesondere für die Startbahn; noch mehr „Untersützung" aus den anderen Bundesländern, mehr BGS und bessere Ausrüstung, um sich gegen die „Chaoten" wehren zu können.

Eine Riesenenttäuschung: Hatte doch die gesamte Szene („taz", „KVZ", „UZ", „Pflasterstrand" u.v.a.m.) fest damit gerechnet, der Polizeieinsatz am Flughafen werde bereits in den nächsten Tagen zusammenbrechen, da die „verunsicherten" und „tapsigen" Hundertschaften mit den Nerven am Ende wären. Und wo bleibt überhaupt die tiefgehende Spaltung zwischen „unseren" heimatlichen Kollegen in Uniform und den brutalen auswärtigen Bullen?

Immerhin — der Sprachgebrauch hat sich eingebürgert. Ein schlagstockschwingender Roboter aus Frankfurt ist halt ein „Bayer" und ein etwas zurückhaltenderer aus Göppingen ein „Hesse" ...

Tatbestand: Volksverhetzung

,,Da gab es den ebenfalls elf Jahre währenden Streit um den neuen Großflughafen Narita bei Tokio. Mit einer Flut von Meldungen und Berichten, mit Gewalt, Haß, Zerstörungen, Straßenschlachten und sechs Toten.

Im Mai 1979 ging der Flughafen in Betrieb, es folgten noch ein paar Sabotageakte. Seither ist das Thema aus den Faszikeln verschwunden. Eine beherzigenswerte Lehre – auch für den Minister Gries?"

Diese Aufforderung zum MORD schrieb ein ,,FAZ"-Journalist (F.K.) am 9.11. Er hätte es lieber gesehen, wenn der hessische Innenminister zwei Tage zuvor mit einer Massendemonstration im Flughafenwald ,,Naritamäßig" verfahren hätte, statt sich aufs Feld des Taktierens zu begeben (s. AK 212).

Seit der Flughafenblockade am 15.11. vergeht kein Tag ohne Mord- und Bombendrohungen insbesondere gegen Alexander Schubart, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren, und seine Familie.

Es ist in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte nicht das erste Mal, daß die bürgerliche Presse in einer Hetzkampagne Menschen zum Abschuß freigibt. Mensch erinnere sich nur an Rudi Dutschke.

Im Startbahn-Konflikt hat die Börnerregierung die Zeichen auf Härte und Kompromißlosigkeit gestellt. Da sehen die reaktonärsten Propagandisten eine Chance, schlafende Hunde zu wecken und den rechten Rand dieser Gesellschaft — innerhalb und außerhalb des Staatsapparats — aufzupeitschen.

Am 5.11. entlarvt ein Schreiber der ,,Frankfurter Neue Presse" (,,FNP") ein Komplott unter der Überschrift: ,,*Auf Frankfurt gezielt*".

,,*Mühsam über die letzten vier Jahre aufgebaut* (seit Wallmann dran ist — Anm. AK) *hatte sich das Image Frankfurts gebessert. ... Das ist nun vorerst dahin, der Mob auf den Straßen hat dafür gesorgt, und seit spätestens Montag abend kann kein vernünftiger Mensch mehr sagen, dies habe etwas mit der Startbahn zu tun. Niemand aber sollte auch sagen, daß dies ,Frankfurt' ist. ... Solche Zerstörungsmittel sind von langer Hand vorbereitet und geplant. Solches geht nicht von Frankfurt aus, sondern es richtet sich gegen Frankfurt und seine Bevölkerung*".

Nach den ,,Scheinasylanten" nun die ,,Scheinfrankfurter"

E.H. von der ,,FAZ" schreibt am 7.11. unter der Überschrift ,,*Unsozial*":

,,*Nicht nur Polizisten haben die Schnauze voll, wie der Gassenjargon sagt, auch den Bürgern steht der ,gewaltfreie Widerstand' mit seinen Begleiterscheinungen bis zum Hals. Geschäftsleute müssen bangen, ob ihre Unternehmen unbeschädigt bleiben, alle Arbeitnehmer fragen sich jeden Feierabend, wie und wann sie wohl nach Hause kommen. Zehnjährige Dreikäsehochs rennen mit Protestschildern und piepsen die Parolen eines noch nie von guten Geistern besessenen Stadtschülerrats. ... Es ist nicht zu fassen ... In diesem Land ist es leicht, wilden Mann oder wilde Frau unter extensiver Ausnutzung von Grundrechten zu spielen*". Geschmackvollerweise meint E.H. weiter:

,,*Jeder ,Solidaritäts'-Gewerkschaftler in Polen und jeder Dissident in der Sowjet-Union muß unvergleichlich mehr Mut aufbringen, von den Helden des Widerstands in der Zeit des Nationalsozialismus nicht zu reden*". Zwei Tage später erscheint an gleicher Stelle der eingangs zitierte Artikel. Nun müßten also auch Startbahngegner den ,,Mut" haben, ermordet zu werden, wenn es nach den Vorstellungen der ,,FAZ" ginge?! Übrigens —à propos ,,Mut": wieso unterzeichnen ,,FAZ"-Journalisten solche Artikel nur mit Kürzel?

Differenzierter drückt sich ein ,,FR"-Journalist am 10.11. aus (,,*Zwei Schritte vor — kein Schritt zurück*"):

,,*Stattdessen scheint eine angeschlagene Politikerriege Schritt für Schritt vor einem Volkszorn zu weichen, der verständlich ist, aber auch Gewalt, Haß und populistische Selbstherrlichkeit nährt. Nicht unbedingt Kraftnahrung für eine parlamentarische Demokratie. Unbehagen an der neuen Form von Basis-Demokratie ist berechtigt*".

Auch hier wird demnach ein härteres Durchgreifen gefordert, wird die Regierung zu (noch) mehr ,,Stehvermögen" ermuntert.

Selbstverständlich werden auch in den Leserbriefsparten der diversen Lokalausgaben Frankfurter Zeitungen entsprechende Leserbriefe gerne abgedruckt. Zum Beispiel folgender:

,,*Es ist unverantwortlich, wenn Lehrer ihre Schüler zu Demonstrationen, wie in Frankfurt und Darmstadt, auffordern... Wenn sich das Kultusministerium nicht unverzüglich von solchen Lehrern trennt, ist abzusehen, daß die Schüler von heute zu Chaoten von morgen erzogen werden. Es gibt genug arbeitslose Lehrer, daher dürfte es nicht schwer sein, solche zu finden, die unsere Kinder nicht politisch verderben*" (,,FNP", 10.11.).

Wovor die Börners und Wallmanns Angst haben, drückt die ,,FNP" (12.11.) klar aus:

,,*Würde an einem Punkt bewiesen, daß entschlossener, durch friedliche und gewaltsame Aktionen gestützter Widerstand auch gegen ein legitimiertes Vorhaben erfolgreich sein kann, dann würde das an allen Stellen wiederholt werden, wo ein Unternehmen in Angriff genommen werden soll*".

Klug schreibt die ,,FNP" dazu: ,,*Noch kennen wir den Ausgang des Ringens nicht*" ...

Am 15.11. meldet sich Django-Dregger in seinem Organ zu Wort:

,,*Wer als Demonstrant Gewalt anwendet, muß eine* s o f o r t i g e *Antwort des Staates zum Schutz der Bürger erhalten!*" (,,Bild", 15.11.).

Nach und nach spitzt sich die Kampagne auf eine Person zu: Alexander Schubart. So heißt es in einem ,,FAZ"-Kommentar vom 16.11. (,,*Der Sprecher*"):

,,*Einer der Aufwiegler, die die gewaltsame Blockade des Flughafens gestern von Mittag bis in die Nacht mitzuverantworten haben, ist mühelos namhaft zu machen:*

Es ist der Frankfurter Magistratsdirektor Alexander Schubart. ... Der Lorbeer für Infamie gebührt allerdings dem Magistratsdirektor ... Es ist nicht einzusehen, warum eine Landesregierung, sofern sie nicht von allen guten Geistern verlassen ist, einen Mann wie Schubart als Gesprächspartner für Ultimaten akzeptieren sollte. Bei dem Sprecher der Aktionsgemeinschaft Volksbegehren ist dieser von der hessischen Verfassung vorgegebene zweite Weg in schlechten Händen. Schaden nimmt die Demokratie". Der Pressesprecher von Gries nennt am gleichen Tag Alexander Schubart einen ,,*großen verbalen Kraftmeier*" und kündigt an, die Landesregierung werde prüfen, ob sich ,,*Schubart hat Sachen zuschulden kommen lassen, sie im strafrechtlichen Sinne relevant sind*" (,,FR", 16.11.).

Eins der Hauptmomente bei der Medien-Hetze seit der Flughafen-Blockade ist der angeblich durch den Stau verursachte Tod einer älteren Frau (Stichwort: Demonstranten versperrten dem Notarztwagen den Weg).

Nun ist einerseits bekannt, daß auf linken Demonstrationen n i e ein Krankenwagen an der Durchfahrt gehindert wird, und genau so war es auch an diesem Sonntag auf der Autobahn zu beobachten. Andererseits war wenige Tage später zu erfahren: 1. hat die Polizei selbst darauf verzichtet, einen Rettungshubschrauber zu alarmieren, und auch einen Krankenwagen zunächst ,,verfehlt". 2. wurde bei der Obduktion der Toten festgestellt, daß voraussichtlich jede Hilfe zu spät gekommen wäre. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft erklärte, daß sich aus diesem tragischen Unglücksfall kein strafrechtlicher Tatbestand gegen die Demonstranten ableiten ließe.

Doch ungeachtet irgendeiner Überprüfung von Tatsachen hieß es beispielsweise am 16.11.:

,,*Hat nicht jeder schon lange ein Todesopfer befürchtet? ... Die Bevölkerung hat Angst. Wo sind wir eigentlich, wenn Geschäftsleute bei fast jeder angekündigten Demonstration ihre Fenster vernageln müssen, ... wenn Polizisten in übelster Art provoziert werden, wenn Autobahnen lahmgelegt werden? ... Und es ist ein schon fast perverses Beispiel der Toleranz, wenn ein Mann wie Alexander Schubart, gut bezahlter Magistratsdirektor in Diensten der Stadt Frankfurt, versucht, unsere Demokratie mit schadenfeinigen Argumenten unter Druck zu setzen. ... Wer den Magistratsdirektor*
unsere Demokratie mit schadenfeinigen Argumenten unter Druck zu setzen. ... Wer den Magistratsdirektor
Schubart im Fernsehen argumentieren sieht, muß an allem guten Willen zweifeln" (,,FNP", 16.11.).

Besonders infam tut sich wie üblich ,,Bild" hervor:

,,*Jeden Morgen um 6.30 Uhr sitzt ein Herr im grauen Anzug und Regenmantel in der Linie 18 der Frankfurter Trambahn, liest Zeitung. Bei der Haltestelle ,Technisches Rathaus' springt er raus, denn hier arbeitet er: Magistratsdirektor Alexander Schubart [50], von Freunden ,Aschu' gerufen, Rechtsreferent mit 5000 Mark Gehalt im Frankfurter Planungsdezernat*" (,,Bild", 16.11.).

Über Schubarts Suspendierung freute sich die ,,Abendpost" am 17.11. mit der Schlagzeile:

,,*Jetzt ist der Demo-Chef dran!*".

Ganz im Sinne Wallmanns (nicht nur gegen Aschu solle ermittelt werden, sondern gegen alle weiteren sogenannten ,,Drahtzieher") heißt es dort auch:

,,*Sind die Sprecher der Bürgerinitiativen nicht auch Anstifter zu Rechtsbrüchen? Wenn das bejaht wird, muß sogar die erstmalige Anwendung des Artikels 18 des Grundgesetzes erwogen werden. Nach dieser Bestimmung kann das Bundesverfassungsgericht auf Antrag für einzelne Personen die Grundrechte zeitweilig außer Kraft setzen, falls sie von ihnen ,zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht' wurden. Es gilt, den proklamierten Bürgerkrieg zu verhindern*".

Am 17.11. liefert ,,Bild"-Frankfurt wieder ein Musterstück an ,,Unabhängigkeit" und ,,Überparteilichkeit": ,,Wallmann schickt Schubart in Zwangsurlaub", heißt es in der ersten, fetten Überschrift. Danach: ,,Wahnsinn in Frankfurt". Daneben in riesigen Lettern: ,,309 verletzt. Morgen neue Schlacht?" Drunter: ,,Wasserwerfer am OB-Bungalow".

Jeder Leser muß erstmal denken, am 16.11. hätte es wieder eine Schlacht in Frankfurt gegeben, und zwar vor Wallmanns Haus und mit 309 Verletzten. Es war aber nichts. Die Zahl der Verletzten bezieht sich auf Sonntag — Polizisten und Demonstranten inklusive ...

Zufrieden äußert sich die ,,FAZ" am gleichen Tag im Leitkommentar auf der Titelseite (,,*Verbrechen ohne Risiko*"):

,,*Was geschieht nach dem jüngsten Gewaltsonntag am Frankfurter Flughafen? Etwas immerhin. Der Generalbundesanwalt führt gegen den Frankfurter Magistratsdirektor Schubart ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Nötigung von Verfassungsorganen. Der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann betreibt gegen Schubart ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst*". Unverblümt heißt es: ,,*Wallmann ist Erfolg zu wünschen. Wenn das, was Schubart am Wochenende tat, mit den Pflichten eines Beamten vereinbar ist, dann muß man sich von der Vorstellung trennen, daß es solche Pflichten gebe ... Die energischen rechtlichen Schritte gegen Schubart entkräften den Vorwurf, die Kleinen packe man an, doch die Großen lasse man laufen*". Doch auch die ,,Kleinen" werden nicht vergessen:

,,*Hundert Verdächtige wurden festgenommen — das sind weniger als fünf Prozent aller an den Gewalttätigkeiten Beteiligten. ... Schon längst hätten sich die Politiker fragen müssen, ob der Staat für die Ordnungsaufgaben, die er heute zu bewältigen hat, die angemessene Ordnungsmacht besitzt. Ist die Polizei hinreichend stark, ist sie genügend ausgerüstet, so daß sie unterschiedlicher Gefahren Herr werden kann und nicht wie unlängst in der Nähe von Frankfurt vor der fürchterlichen Wahl steht:*
Zurückweichen oder schießen?"

Umweltminister Schneider (SPD) am gleichen Tag:

Von ihren blutigen Gelüsten kommt die ,,FAZ" nicht runter. Umweltminister Schneider (SPD) am gleichen Tag:

,,*Die treibenden Kräfte der Startbahngegner seien verlogen... Sie redeten von Demokratie, seien aber darauf aus, die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung zu zerstören ... Das Ultimatum ... bezeichnete Schneider als Erpressungsversuch ,wie von gemeinen Kriminellen'* " (,,FAZ", 17.11.).

Auch SPD-Fraktionsvorsitzender Winterstein meinte: ,,*Die Eskalation sei von verantwortlichen Leuten der Startbahngegner bewußt in Kauf genommen worden, weil von diesen seit Monaten in hetzerischer Weise Aufrufe gegen die Institutionen des demokratischen Staates und seiner Repräsentanten ergangen seien. Besonders hervorgetan habe sich dabei der BI-Sprecher Alexander Schubart*" (,,FR", 17.11.). In der ,,Bild" vom 17.11. erklärt OB Wallmann (eigenes Wahlmotto: ,,*Er setzt durch, was Bürger wollen*"): ,,*Nach Mitteilungen der Polizei soll Herr Schubart persönlich*
Wahlmotto: ,,*Er setzt durch, was Bürger wollen*"): ,,*Nach Mitteilungen der Polizei soll Herr Schubart persönlich*
am Barrikadenbau teilgenommen haben". Zufälligerweise hat aber Alexander Schubart genügend Zeugen, die beweisen können, daß er sich ganz woanders aufhielt: nämlich zuhause, aufgrund totaler Erschöpfung.

Am 20.11. ist wieder die ,,FAZ" (E.H.) dran:

,,*Ob den hundert Festgenommenen vom letzten Sonntag jemals der Prozeß gemacht wird, steht dahin. Die Erfahrung lehrt, daß nichts geschehen wird*". Apokalyptisch heißt es im Schlußsatz dieses Artikels (,,*Heuchelei der Alternativen*"):

,,*Der Untergang des Abendlandes steht nicht vor der Haustür, wohl aber dämmert eine alternative Demokratie am Horizont der Massenbewegungen*". Mysteriöse Andeutungen bringt die ,,Mainzer Allgemeine Zeitung":

,, ... *Mit rechtlichen Schritten allein wird der Staat jedoch höchstens einzelnen Rädelsführern, die sich Gesetzesverletzungen schuldig gemacht haben, beikommen können. Wer die organisatorisch und taktisch offenbar perfekte Leitung der Störkommandos im Wald, am Flughafen und auf den Autobahnen in der Hand hatte, verbirgt sich einstweilen im Dunkeln*" (zitiert nach ,,FAZ" vom 19.11.).

Dies ist nur ein Querschnitt der Presseveröffentlichungen der letzten Tage.

Der Ruf nach einem harten Durchgreifen ist unüberhörbar — es soll nach dem Willen der ,,FAZ"-Journaille und anderer dabei nicht bei der Kriminalisierung von Einzelnen, auch nicht von Hunderten bleiben — am besten sollte die ganze Startbahngegner-Bewegung verboten werden. Nicht die vermeintlichen ,,Gewalttaten" jagen ihnen soviel Angst ein, sondern die ,,Basisdemokratie", diese ,,alternative Demokratie am Horizont der Massenbewegungen". Es könnte ja sein, die Massen bekämen Geschmack an ihrer eigenen Kraft, nach dem Motto:

Alle Macht geht vom Volke aus!

KB-Gruppe Frankfurt

---

109 verletzte Polizisten! Blut, Terror, Feuerknüppel! Schnief, jaul, kreisch!

Zur Illustration brachte ,,Bild Frankfurt" am 17.11. dieses erstaunliche Foto.

Da haben die Anti-Flughafen-Terroristen einem ,,*jungen Wachtmeister*" also regelrecht die Fresse poliert. Nur der Mund ist dem armen Kerl unversehrt geblieben. Aber er ,,*macht weiter*", und das schon einen Tag nach der Verletzung! Unsereins hätte sich wenigstens ins Bett gelegt, aber wir können ja auch nix ab und mimen immer gleich die Todkranken (wie die ,,FAZ" gelegentlich bemerkt). Aber diese Beamten — einfach toll: ,,*alle wieder bei ihren Einheiten*" und die Uniform hat er auch schon angelegt. Von wegen Krankfeiern.



Bild, 17.11.81

109 Polizisten wurden verletzt, 4 mußten ins Krankenhaus: Handgelenkbruch, Rißwunden und Gehirnerschütterung. Jetzt sind sie alle wieder bei ihren Einheiten. „Es war mein erster Einsatz, aber ich mache weiter", sagt der junge Wachtmeister (oben).

V i e r waren es also gewesen, die ins Krankenhaus mußten. Was war eigentlich mit den restlichen 105? Beileibe keine leichten Verletzungen: Die ,,FR" meldete, eine Hundertschaft habe sich im Wald die Augen ausspülen müssen, als ihnen der Wind ihr eigenes Tränengas zurückblies. Also kommt das mit den 109 ja ungefähr hin...

Bleibt die Frage, was der abgebildete Polizist erleiden mußte. Der ,,Handgelenkbruch" kann es kaum gewesen sein, eher die ,,Gehirnerschütterung". Warum dann aber das ganze Gesicht weggipsen? Also war er vielleicht einer der beiden, denen ,,Rißwunden" zugefügt wurden? Eine recht harmlose Bezeichnung für den grauenvollen Tatbestand, der auf dem Foto festgehalten ist.

Oder sollte hier doch ein flinker ,,Bild"-Layouter schlicht mit Tipp-ex am Werk gewesen sein, um die plumpeste Fälschung des Jahres zu fabrizieren?

Solidaritätsaktionen

Marburg

Am Mittwoch, den 18.11. kam Holger Börner nach Marburg. Er sollte – so sah es das Protokoll vor – zuerst dem Marburger Bürgermeister Drechsler im Rathaus das Bundesverdienstkreuz überreichen und dann im Schloß eine Ausstellung eröffnen. Jedoch, es kam ein wenig anders.

Einige hundert Startbahngegner/innen hatten sich vor dem Rathaus versammelt, um ,,ihrem Landesvater" einen ,,würdigen Empfang zu bereiten.

Nach einer guten Stunde des Ausharrens auf dem Marktplatz vor dem Rathaus kam die Meldung durch, Börner hätte sich gleich zum Schloß begeben. 1000 -1500 Startbahngegner/innen blieben ihm auf den Fersen, setzten sich dann ebenfalls in Richtung Schloß in Bewegung und sperrten ihrerseits die drei Zugänge zum Schloß ab. An zwei der drei Sperren gelang es, den Zugang gänzlich abzusperren. An der dritten Sperre kam es zu zwei Knüppeleinsätzen der Polizei, einmal um einigen ,,Ehrengästen" den Weg ins Schloß frei zu kämpfen, ein zweites Mal um Börner, nachdem er sich lange Zeit nicht herausgetraut hatte, eine Gasse durch ,,sein Volk" zu bahnen, sodaß er das Schloß – ohne von ,,seinen Landeskindern" behelligt zu werden – verlassen konnte. Viel Beifall gab es für eine Blaskapelle, die eigentlich auf dem Empfang spielen sollte, sich dann jedoch dazu entschloß, für die Demonstrant/inn/en zu musizieren. Börner und Konsorten können sich nicht nur in Mörfelden-Walldorf, sondern in ganz Hessen nicht mehr unbehelligt blicken lassen.

KB/Marburg

Düsseldorf

Wenn auch etwas spät, kam es auch in Düsseldorf zu Solidaritätsaktionen mit den Startbahngegnern. Auslöser war eine Diskussion auf dem Autonomenplenum (vorwiegend Häuserkämpfer/innen) am 8.11., auf dem Leute von den Demos in Frankfurt und Dortmund berichteten. Am Vortag hatte es in Dortmund eine schlecht organisierte Demo mit ca. 700 Leuten stattgefunden, in deren Verlauf ca. 30 Leute festgenommen und sechs so zusammengeschlagen wurden, daß sie im Krankenhaus behandelt werden mußten.

In der Diskussion wurde klar, daß es sinnvoller gewesen wäre, diese Demo in Düsseldorf durchzuführen, da auch der Düsseldorfer Flughafen um eine weitere Startbahn erweitert werden soll. Es wurde beschlossen, den Zusammenhang Startbahn West und
eine weitere Startbahn erweitert werden soll. Es wurde beschlossen, den Zusammenhang Startbahn West und
Nato auf der am 14.11 vom Stadtjugendring veranstalteten und stark sozialdemokratisch beeinflußten Friedensdemonstration darzustellen. Mit einem Aufrufflugblatt wurde innerhalb einer Woche so gut mobilisiert, daß der autonome Block über ein Drittel der 1200 - 1500 Demonstranten ausmachte.

Die Bullizei, der autonomen und radikalen Linken ,,sehr liebevoll" zugetan, rief bei den Organisatoren der Friedensdemo an, um sie davor zu warnen, daß Düsseldorfs angeblich so gewalttätigen Autonomen auch zu dieser Demo aufrufen. Die Organisatoren erteilten der Bullizei jedoch eine Abfuhr und erklärten, sie fänden es richtig, wenn im Zusammenhang mit der Friedensdemo gegen die Startbahn West protestiert würde. Ebenso unproblematisch war es möglich, daß ein vierseitiges Flugblatt ,,Was hat die Startbahn West mit der Friedenbewegung zu tun?" zusätzlich zu den vorgesehenen Rednern bei der Auftaktkundgebung verlesen wurde. Und das, obwohl darin die SPD-Politik (Aufrüstung nach innen und Integrationsbemühungen gegenüber der Friedensbewegung) scharf angegriffen wurde. Die Bullizei hielt in der Innenstadt reichlich Knüppelgarden in Bereitschaft, hielt sich allerdings angesichts des breiten Spektrums der Demonstranten diesmal zurück. Mit sehr lauten Parolen wie ,,Startbahn West – Nato-Nest" und Nato zerschlagen – Yankees verjagen" bestimmte der autonome Block weitgehend den Charakter der Demo.

Detlef/Düsseldorf

Bremen

1200 Menschen demonstrierten am 14.11. in Bremen zur Solidarität mit den Startbahngegnern in Hessen. Die Zahl kam trotz der chaotischen Organisierung zustande. Während dieser Demonstration erprobte die Polizei eine neue Taktik: Sie waren diesmal während der Demo nicht zu erblikken, aber als ein Stein in die Scheibe einer Bank flog, wurde sofort ein ,Verdächtiger' festgenommen...

Rede von Alexander Schubart in Wiesbaden

Heute haben wir beim Landeswahlleiter für Hessen unseren Antrag auf Zulassung der 2.Phase unseres Volksbegehrens gestellt und damit das 1. ökologische Plebiszit in der Geschichte der BRD in sein entscheidendes Stadium gebracht. In der jetzt abgeschlossenen 1. Phase unseres Volksbegehrens haben wir einen anfangs kaum glaublichen Erfolg errungen: Wir haben mit unseren ca. 220000 bestätigten, wahlberechtigten Unterschriften fast das Doppelte der gesetzlich notwendigen Anzahl an Unterschriften erreicht. Doch Unterschriften alleine bringen nicht den gewünschten Erfolg. Hierzu bedarf es der Massenmobilisierung, bedarf es dieser Großdemonstration, für die ich vier Demonstrationsziele benennen möchte:

ERSTENS:
Wir wollen die Startbahn West verhindern. Dafür haben wir nicht nur gute, sondern überzeugende Gründe. Diese haben wir in vielen Informationsschriften, vor allem in der Begründung zu dem Gesetzentwurf, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, genannt. Diese Begründung enthält die umfassendste Auseinandersetzung mit dem Gesamtkomplex der Frankfurter Flughafenerweiterung aus ökologischer, arbeitsmarktpolitischer, strukturpolitischer und verkehrswirtschaftlicher Sicht. An dieser Stelle kann ich nur zusammenfassen: Der Eingriff in den Lebensraum der Bevölkerung einer ganzen Region, den der Bau und die Inbetriebnahme dieser Betonpiste zur Folge hätte, wäre verheerend, ja katastrophal. Die Startbahn 18 West ist nachweisbar in extremer Weise umweltunverträglich. Deshalb darf die Startbahn West nicht gebaut werden. Dafür stehen wir.

ZWEITENS:
Am Beispiel unseres Widerstandes gegen die Startbahn West wollen wir ein Zeichen setzen gegen die Gesamtheit an umweltfeindlicher Politik hier in Hessen. Dieser Politik aus Beton und Plutonium wird es ergehen wie Dinosauriern in der Kreidezeit: je größer sie wurden, desto lebensuntüchtiger wurden sie; schließlich mußten sie aussterben, weil sie sich vollständig in Widerspruch zu iherer natürlichen Umwelt entwickelt hatten. Der Börnerschen Gigantomanie prophezeihen wir das gleiche Schicksal. Sie wird in einer Sackgasse enden. Wir wollen dazu beitragen, daß landauf - landab der Ruf ertönt: Bis hier her und nicht weiter; jetzt gilt es, einen Punkt zu setzen.

DRITTENS:
Es geht uns auch um den Zusammenhang von Ökologie und

DRITTENS:
Es geht uns auch um den Zusammenhang von Ökologie und Frieden. Ökologie und Frieden gehen von demselben Grundprinzip aus: der Schutz des menschlichen Lebens vor Gefährdungen und Zerstörungen jedweder Art, insbesondere der Schutz vor Massentötungen des Menschen durch Menschen genießt absolute Priorität. Ökologie und Frieden haben aber auch einen sehr konkreten Bezug zur Startbahn 18 West: Je dürftiger die Argumente der Starbahnbefürworter über die Nutzbarkeit der Betonpiste für den zivilen Luftverkehr werden, desto deutlicher kommt der militärische Aspekt der Startbahn 18 West zum Vorschein. Hierzu hat es bei uns in den vergangenen Monaten viele Diskussionen und Erkenntnisse gegeben. Wir wollen es hier im Klartext sagen: wir haben schon einen unheimlich großen Widerspruch dagegen, unseren Lebensraum, unseren schönen Wald für irgendwelche wirklichen oder vermeintlichen Interessen des zivilen Luftverkehrs zerstören zu lassen. Erst recht ist es für uns unannehmbar, daß die geplante Startban West dereinst einmal als der große Abladeplatz für Cruise missiles, für Pershing II, für Neutronenbomben oder als Zwischenlandeplatz für irgendwelche Eingreiftruppen genutzt wird. Deshalb möchten wir zu unserer großen Zwillingsschwester, der Friedensbewegung sagen: Euer Kampf ist unser Kampf — aber unser Kampf muß auch Euer Kampf werden!

VIERTENS:
...demonstrieren wir heute dafür, daß die Volksrechte nach der hessischen Verfassung, das Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid, im Konflikt um die Startbahn 18 West überhaupt wahrgenommen werden können. Denn die Hessische Landesregierung, die unser Volksbegehren fürchtet, versucht jetzt, sehr schnell im Mönchbruchwald vollendete Tatsachen zu schaffen. Seit 2 Wochen haben Polizei und FAG, mitten in unserem Wald, auf einer Länge von 800 m und einer Breite von 600 m eine Betonmauer gezogen und haben innerhalb dieses Areals, dem ersten Viertel der geplanten Startbahn 18 West, mit ihrem Zerstörungswerk begonnen: Seit zwei Wochen kreischen draußen im Wald die Motorsägen.

Wir haben mit unserem Volksbegehren und Volksentscheid der Bevölkerung ganz Hessens und der Hessischen Landesregierung seit dem 30. Mai d.J. das Angebot gemacht, jetzt eine friedliche , demokratische und argumentative Entscheidungsphase über die Startbahn 18 West herbeizuführen. Daß wir dieses Angebot machten, war keinesfalls selbstverständlich. Denn eigentlich, so meinen wir, ist eine demokratische Entscheidung gegen die Startbahn West schon längst gefallen. Sie ist gefallen durch die unüberhörbare und einmütige Ablehnung dieses Monsterprojekts durch die betroffene Bevölkerung. Wir meinen, daß es mit einem wie immer definierten demokratischen Verständnis nicht vereinbar ist, der betroffenen Bevölkerung ein solches Großprojekt aufzuzwingen.

Die Landesregierung war nicht bereit, auf das eindeutige Votum der betroffenen Bevölkerung zu hören. Jetzt ist sie nicht einmal bereit, das Volksbegehren hinzunehmen. Sie will durch vollendete Tatsachen im Wald die Ausübung dieses Rechts unmöglich machen.



Für ihre Weigerung, das Volksbegehren anzuerkennen und das Moratorium herzustellen, hat die Landesregierung zwei Gründe angeführt, einen alten und einen neuen. Der alte Grund der Landesregierung war eine unbewiesene Rechtsbehauptung. Sie lautet: unser Gesetzentwurf, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, sei verfassungswidrig und folglich unser Volksbegehren nicht zulassungsfähig.

Wir haben natürlich der Rechtsbehauptung der Landesregierung, nachdrücklich widersrochen und wissen, daß unsere Position auch gut juristisch untermauert ist. Ich möchte an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten der juristischen Frage eingehen — das haben wir bei unzähligen anderen Gelegenheiten getan — sondern nur etwas Grundsätzliches und zum Verfahrensgang anmerken: Jetzt müssen die Entscheidungen fallen, ob unser Gesetzentwurf verfassungskonform und unser Volksbegehren zuzulassen ist. Diese Entscheidungen müssen unter ausschließlich juristischen Gesichtspunkten getroffen werden. Politische Kriterien, gar die Staatsraison des Landes Hessen, wie sie die Landesregierung definiert, müssen bei dieser Entscheidung außen vor bleiben. Wenn es hier in Hessen mit rechten Dingen zugeht, muß unser Volksbegehren zugelassen werden.

Lehnt die Hessische Landesregierung gleichwohl die Zulassung unseres Volksbegehrens ab — und darüber hat sie in den nächsten 4 Wochen zu entscheiden — werden wir selbstverständlich den Staatsgerichtshof anrufen. Der dann dort stattfindende Prozeß wird ganz gewiß der Prozeß des Jahres sein. Wir werden in diesen Prozeß nicht nackt, sondern gut gewappnet hineingehen. Alles, was in unseren Kräften steht, haben wir getan, und werden wir tun, um diesen Prozeß zu gewinnen. Doch vergessen wir auch nicht den Spruch: Auf offener See und vor Gericht ist jedermann in Gottes Hand!

Neuerdings führt die Landesregierung, allen voran der Ministerpräsident, für die Politik der vollendeten Tatsachen und für die Verweigerung des Moratoriums an, wir hätten das Volksbegehren verzögert. Zu diesem Punkt möchte ich aus unserer Antragsschrift zitieren, die wir vorhin dem Landeswahlleiter überreicht haben. Dort heißt es wörtlich:

„Nun ist uns dieser Tage vom Ministerpräsidenten vorgehalten worden, wir würden eine ausgesprochene Verzögerungstaktik betreiben, da wir schon viel früher in der Lage gewesen seien, den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens zu stellen. Daran ist nur soviel richtig, daß wir bereits am 28. September d.J. die gesetzlich erforderliche Anzahl an bestätigten Unterschriften in unserem Büro zusammen hatten. Es waren jedoch nicht taktische Erwägungen, sondern gute Gründe, die uns bewogen, am 14. November als Tag der Einreichung unseres Antrages festzuhalten.

Wir hatten niemals in Abrede gestellt, daß es auf Grund der Position der Landesregierung ein legitimes Interesse gibt, daß mit unserem Volksbegehren keine Verzögerungstaktik betrieben wird, und daß es deshalb kein ‚Endlosverfahren' geben kann. Wir hatten daher, gleich bei der Eröffnung des Zulassungsverfahrens des Volksbegehrens am 30. Mai d.J., in unserem Moratoriumsbrief der Landesregierung den Vorschlag gemacht, zugleich mit der Herstellung des Moratoriums einen festen Termin für die Antragstellung zu setzen. Was die Fixierung des Termins selbst anbelangt, so hatten wir in jenem Brief an das Wort des Ministerpräsidenten vom 6. Nov. 1980 angeknüpft, daß »vor Herbst 1981« kein einziger Baum für den Bau der Startbahn West fallen werde. Daran anschließend hatten wir ausgeführt: ‚Klärungsbedürftig ist freilich, welcher konkrete Zeitpunkt mit »Herbst 1981« gemeint ist. Wir gehen davon aus, daß dies ein Zeitpunkt ist, in dem die Bäume ihre Blätter verloren haben, und der auch etwa in der Mitte des kalendermäßigen Herbst liegt. Dies wäre der 15. November 1981.'

Auf diesen — oder irgend einen anderen — Terminvorschlag ist die Landesregierung mit keinem Wort eingegangen. Sie hat vielmehr unsere Moratoriumsforderung wegen der vermeintlichen Verfassungswidrigkeit des Gesetzes zurückgewiesen.

Nachdem die Landesregierung kein Interesse zeigte, mit uns zu irgendwelchen Vereinbarungen über den Termin der Erreichung des Antrages zu gelangen, haben wir uns selbst den 14. November als Einreichungstermin gesetzt und dies wiederholt in der Öffentlichkeit erklärt. Auf diesen Termin haben wir dann all unsere Vorbereitungen für den Abschluß der 1. Phase und die Antragstellung ausgerichtet und mußten an ihm aus vielerlei Gründen seit Sommer dieses Jahres festhalten.

Uns geht es nämlich zugegebenermaßen nicht darum, beim Landeswahlleiter nutzloses Papier abzugeben, sondern uns kommt es darauf an, einen Antrag mit politischem und juristischem Sinn und Verstand zu stellen und alles zu tun, um uns die Chance eines erfolgreichen Ausgangs des Volksbegehrens und des Volksentscheides offen zu halten. Dazu gehört die Großdemonstration aus Anlaß der Einreichung dieses Antrages, die wochenlanger Vorbereitungen bedarf und die man nicht auf einen beliebigen Tag legen kann. Ferner waren von uns eine Vielzahl von anderen Maßnahmen zu treffen, wie z.B die Erstellung der Gesetzesbegründung und dieser Antragsschrift. Dies alles bedarf seine Zeit, zumal wir nicht den Verwaltungsapparat zur Verfügung haben, wie ihn die Landesregierung hat. Wenn es einen früheren Termin der Einreichung dieses Antrages hätte geben sollen, so hätte ihn die Landesregierung spätestens im Sommer mit uns vereinbaren müssen. Dazu waren wir auch __ gegen die Herstellung des Moratoriums __ bereit".

Bei Licht besehen gibt also weder die vermeintliche Verfassungswidrigkeit unseres Gesetzentwurfs noch die angebliche Verzögerung bei der Einreichung unseres Volksbegehrensantrages eine hinreichende Legitimation für die Verweigerung des Moratoriums und für die Politik der vollendeten Tatsachen her. In Wirklichkeit sind es ganz andere Gründe, die wir hier in aller Deutlichkeit benennen müssen:

In der gegenwärtigen Phase der Auseinandersetzung um die Startbahn 18 West stehen sich zwei Mittel der Konfliktlösung unversöhnlich gegenüber: eine friedliche und politische oder eine militärisch-gewaltsame Lösung. Wir, die Startbahngegner, wissen sehr wohl und wollen es auch so, daß wir den Konflikt um die Startbahn West nur politisch und nicht militärisch gewinnen können und gewinnen werden. Unser Volksbegehren und der Volksentscheid ist der sichtbare Ausdruck dieser unserer Überzeugung. Auch unser gewaltfreier und aktiver Widerstand im Wald und in den Städten ist ein politischer und kein militärischer Widerstand: dieser Widerstand ist der Ausdruck unseres unbedingten Selbstbehauptungswillens gegenüber einer naturzerstörerischen Expansionsmaschinerie und hat eine politische Dimension.

Ganz anders die Hessische Landesregierung. Sie weiß, daß sie den Konflikt um die Startbahn 18 West nur militärisch und nicht politisch gewinnen kann. Deshalb fürchtet sie unser Volksbegehren wie der Teufel das Weihwasser und versucht, mit vollendeten Tatsachen im Wald unserem Volksbegehren die Grundlage zu entziehen. Deshalb hat sie seit dem 6. Oktober an der Okrifteler Straße und seit dem 2. November im Mönchbruchwald die größte Polizeiarmada, die es in Hessen je gegeben hat, gegen die größte Bürgerbewegung, die es ebenfalls in Hessen je gegeben hat, aufmarschieren lassen. Wir wollten eigentlich am 2. November unsere umfangreiche Gesetzesbegründung vorstellen und mit ihr in eine Offensive der Argumente gehen. Zur gleichen Stunde, als wir das auch taten, ist die Landesregierung, draußen im Mönchbruchwald, in eine Offensive der Gewalt gegangen. Die schlimmsten Resultate dieser Gewaltoffensive ist die Polizeiarmada, ist die Schandmauer und sind die kreischenden Motorsägen in unserem schönen Wald. Mit dieser Polizeiarmada, mit dieser Schandmauer, mit diesen Motorsägen im Rücken kann es kein Volksbegehren und wird es kein Volksbegehren geben. Unter diesen Verhältnissen ist aber auch ein von Druck freies Verfahren vor dem Staatsgerichtshof nicht möglich. Die sofortige Herstellung des Moratoriums ist für die Durchführung des Volksbegehrens und für das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof unabdingbar.

Heute stehen wir nun am Scheidewege, ob es eine militärische oder eine politische Lösung des Konflikts um die Startbahn 18 West geben wird.

Die militärische Konfliktlösung lautet: Mit den Polizeikräften im Mönchbruchwald werden weiter gegenüber unserem bislang erfolgreichen Volksbegehren vollendete Tatsachen geschaffen. Dies bedeutet: ökologischer Bürgerkrieg und eine schwere Verfassungskrise in Hessen.

Die Politische Konfliktlösung lautet: das Volksbegehren zuzulassen und das Moratorium sofort herzustellen. Unsere Moratoriumsforderung ist eindeutig:

1. sofortige Beendigung aller Bau- und Rodungsmaßnahmen an der Okrifteler Straße und im Mönchbruchwald
2. sofortiger Rückzug aller Polizeikräfte von der Okriftelerstraße und aus dem Mönchbruchwald
3. sofortige Beseitigung der Schandmauer im Mönchbruchwald.

Wir haben es schon vor 4 Tagen erklärt und wiederholen es an dieser Stelle:

Wir fordern die Landesregierung auf, binnen 24 Stunden, gerechnet von der Einreichung unsere Volksbegehrensantrages heute um 12.30 Uhr, uns ein verbindliches Friedensangebot im Sinne unserer Moratoriumsforderung zu machen. Unsere BI-Sprecherin, Doris Bartel, wird gleich an dieser Stelle sagen, was eintreten wird, wenn uns die Landesregierung bis Sonntag, 12.30 Uhr, kein befriedigendes Ange-
Stelle sagen, was eintreten wird, wenn uns die Landesregierung bis Sonntag, 12.30 Uhr, kein befriedigendes Ange-
bot machen wird. Für die Folgen wird die Landesregierung — und nur sie — die politische Verantwortung tragen. Wir werden dann in aller Schärfe die Frage stellen: will jetzt die hessische Landesregierung angesichts unseres in der 1. Phase erfolgreichen Volksbegehrens, angesichts der 220000 bestätigten Unterschriften zu unserem Gesetzentwurf, angesichts der Einreichung unseres Volksbegehrensantrages am heutigen Tage fortfahren, durch vollendete Tatsachen im Wald die Volksrechte nach den Artikeln 71, 72, 116 und 124 der hessischen Verfassung de facto außer Kraft zu setzen?

Dies wäre ein einmaliger Vorgang seit Ende des Faschismus in Deutschland!

Euch alle, die Ihr hier auf dieser Großdemonstration seid, fordern wir an dieser Stelle eindringlich auf:

- helft uns, unseren Lebensraum zu verteidigen!
- helft uns, die Volksrechte nach der Hessischen Verfassung durchzusetzen!
- hört genau hin, was Euch die Doris Bartel über den Ablauf des morgigen Tages, ab 12.30 Uhr, sagen wird!

Wir bleiben dabei: die Startbahn 18 West darf nicht gebaut werden. Dafür stehen wir.

• • •

Anmerkung AK: Nicht die BI-Sprecherin, wie es in dem Rede-Manuskript heißt, sondern A.Schubart selbst gab im Verlauf der Kundgebung den BI-Beschluß bekannt, am folgenden Tag – nach Ablauf des Ultimatums – den Protest vor den Flughafen zu tragen.

1951/52: Volksbefragung gegen Remilitarisierung

Das umstrittene Volksbegehren für einen Volksentscheid über den Ausbau des Frankfurter Flughafens (Startbahn West) gibt Anlaß, sich mit historischen Erfahrungen ähnlicher Initiativen in den fünfziger Jahren zu beschäftigen. Im Unterschied zu damals ist das hessische Volksbegehren eine landes- und keine bundespolitische Initiative, und es kann sich auch darauf stützen, daß ein solches Verfahren in der hessischen Landesverfassung vorgesehen ist (im Gegensatz zum Grundgesetz). Interessant ist jedoch, wie schon damals (mit Billigung der SPD) Elemente direkter Demokratie unterdrückt wurden. Und wenn der hess. Staatsgerichtshof die Zulässigkeit dieses Volksbegehrens ablehnt, dann steht durchaus die Frage, ob und wie gegebenenfalls eine autonome Initiative durchzuführen wäre. Die im folgenden beschriebene Repression, die die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung traf, sollte uns nicht von vornherein entmutigen. Aber es ist notwendig, darüber bescheid zu wissen.

Noch 1946 erklärte Adenauer: „*Wir sind einverstanden damit, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird, und daß wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterzogen werden.*

Ja, wir wollen noch weitergehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden sein würde, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert sein würden" („Rheinische Post", 30.12.1946). Auch 1949 sagte er: „*In der Öffentlichkeit muß ein für alle mal klargestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der BRD bin und damit auch gegen die Errichtung einer deutschen Wehrmacht*" („Deutsche Presse Agentur", 4.12.1949).

Der für den 1. Bundestag kandidierende Strauß meinte gar: „*Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfaulen*". Strauß hat seine Hände noch – dafür fault es bei ihm woanders ...

Zwar heißt es in der offiziellen Geschichtsschreibung, der Ausbruch des Korea-Krieges (Ende Juni 1950) habe die Frage der Wiederbewaffnung ausgelöst (1), Tatsache ist aber, daß die Wiederaufrüstung noch vor Konstituierung der BRD 1949 sowohl von amerikanischer als auch deutscher Seite (inklusive des SPD-Vorstands) beschlossene Sache war (2).

„*Ein deutscher Beitrag zu einer Verteidigungsarmee war in der Bundesrepublik ausgesprochen unpopulär*", schrieb Adenauer in seinen Momoiren („Erinnerungen 1945-1953", S. 385).

In der Tat:

Der „Spiegel" beispielsweise organisierte damals eine Umfrage dazu. Von den 33.000 Antworten waren 85,1 % nicht bereit, Soldat zu sein, 60,8 % gegen die Aufstellung von freiwilligen Verbänden, 82,6 % gegen die allgemeine Wehrpflicht und 81,5 % sprachen sich gegen einen Nato-Beitritt der BRD aus. Zur gleichen Zeit wurde vom Emnid-Institut ebenfalls eine demoskopische Untersuchung durchgeführt.

Auf die Frage: „*Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden oder, daß Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat werden würde?*", antworteten 74,6 % mit „Nein", 10 % mit „Ja", 14 % erklärten sich „unentschieden" (beide Umfragen im Januar 1950).

Im Mai 1950 antworteten 90 % von befragten Studenten der Universitäten München und Erlangen mit „Nein" auf die Frage: „*Angenommen, Deutschland hätte wieder eine Wehrmacht, würden sie dann Soldat sein wollen?*".

Bereits im Herbst 1950 begann in der Öffentlichkeit eine Diskussion um die Durchführung einer allgemeinen Volksbefragung zur Remilitarisierung. Einer derjenigen, die sich als erste dafür engagierten, war der damalige hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller, abgesehen vom maßgeblichen Anteil der KPD. Hierzu wurde unter der Parole „Rettet den Frieden" am 28. Januar 1951 ein erster Kongreß organisiert, an welchem ca. 1.700 Menschen teilnahmen.

Auf diesem Kongreß wurde ein „Vorbereitender Ausschuß gegen die Remilitarisierung Deutschlands" gewählt. Die Bundesregierung wurde von den Teilnehmern/innen aufgefordert, eine Volksbefragung durchzuführen mit der Fragestellung: „*Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?*"

Darüberhinaus wurde ein Manifest („Rettet den Frieden!") einstimmig angenommen:

„...Wir stellen fest, daß das deutsche Volk von außerdeutschen Mächten zur unmittelbaren Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gezwungen werden soll. Dieser Krieg würde in Deutschland beginnen und unser Volk als erstes mit seiner ganzen Schwere treffen. Deutsche würden gegen Deutsche kämpfen. Ein dritter Weltkrieg wäre zugleich ein deutscher Bürgerkrieg. Er würde zur Vernichtung unseres Landes und zur Auslöschung unseres Volkes führen... Diese tausendfachen Willenskundgebungen werden aber nur dann eine Wirkung haben, wenn das deutsche Volk vor aller Welt die Kriegsvorbereitungen durch eine einheitliche und machtvolle Manifestation ablehnt."



Das „Manifest" forderte ferner die Bundesregierung dazu auf, in Stadt und Land Volksbefragungsausschüsse zu gründen.

Die Delegation, die diese Aufforderung dem Bundeskanzler überbringen wollte, wurde nicht empfangen. Adenauer ließ in einem schriftlichen Bescheid mitteilen, eine Volksbefragung sei verfassungswidrig. Daraufhin beschloß der „Vorbereitende Ausschuß", die Abstimmung in eigener Regie durchzuführen.

Am 14. April 1951 wurde ein zweiter Kongreß in Essen veranstaltet. Auf dieser Tagung wurde ein „Hauptausschuß für Volksbefragung" gewählt. Im Anschluß daran wurde ein Massenflugblatt „Aufruf an alle Deutschen" veröffentlicht. Dort hieß es u.a.:

„*Remilitarisierung bedeutet Krieg. Entmilitarisierung bedeutet Frieden und eine glückliche Zukunft. Da die Regierung gegen den Willen des Volkes und im schärfsten Widerspruch zu den demokratischen Grundrechten die Durchführung einer Volksbefragung ablehnt, muß das Volk selbst entscheiden... Das deutsche Volk hat jetzt das Wort. In seiner Hand liegt eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung.*"

Kurz darauf, am 24. April 1951, gab die Bundesregierung das Verbot der Aktion bekannt: Ihre Durchführung sei ein „Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes", die Volksbefragungsausschüsse wurden zu verbotenen Vereinigungen erklärt, die Länderregierungen aufgefordert, ihre Tätigkeit zu unterbinden. In der Begründung hieß es ferner: Die Volksbefragung diene „*verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Sowjetunion*", die Volksbefragung sei eine Organisation, die „*unter weitgehender Tarnung und irreführender Koppelung zweier Fragen die Erschütterung der FDGO und die Beseitigung dieser Ordnung*" zum Ziele habe.

Drei Tage vor dem offiziellen Verbotserlaß hatte sich übrigens Herbert Wehner dafür stark gemacht in einer Stellungnahme gegenüber der „Welt": Die Volksbefragungsaktion „*muß als ungesetzlich unterbunden werden.*" Wehner rügte gar „*die mangelnde Aktivität der Bundesregierung in dieser Angelegenheit*". Diese Bewegung sei nämlich eine „*kommunistische*" bzw. „*von der SED inszenierte Machenschaft...*" („Die Welt", 21.4.1951).

Der „Hauptausschuß" erklärte öffentlich, die Volksbefragung trotz des Verbots weiterhin durchführen zu wollen und begründete dies in einem weiteren Massenflugblatt „Die Volksbefragung beginnt!":

„*...Entgegen den Lebensinteressen unseres Volkes haben die ausländischen und inländischen Rüstungsmagnaten und Kriegsinteressenten die Hetze gegen die Volksbefragung entfacht. Aus Furcht vor der Meinungsäußerung des Volkes hat die Regierung Adenauer das Grundgesetz gebrochen und ein Verbot der Volksbefragung erlassen. Wir erklären feierlich, daß ein solcher Beschluß der Bundesregierung keinerlei Gültigkeit besitzt und uns nicht bindet. Denn er basiert auf offenkundigem Rechtsbruch, auf der Vergewaltigung des elementarsten demokratischen Rechts der Bürger der Bundesrepublik, ihre Meinung frei zu sagen.* Die im Grundgesetz zugesicherte Freiheit der Persönlichkeit beginnt mit der Freiheit des Bürgers, selbst über Frieden oder Krieg zu entscheiden. ...Die Volksbefragung bedeutet nichts anderes als eine freie demokratische Willenskundgebung des deutschen Volkes...

Auf unserer Seite steht die überwältigende Mehrheit aller deutschen Menschen...

Aus allen diesen Gründen erklären wir feierlich:

Die Volksbefragung wird durchgeführt!

Kein Rechts- und Verfassungsbruch kann sie aufhalten."

Zusätzlich zum „Hauptausschuß" war auf dem 2. Essener Kongreß ein Präsidium, mit insgesamt 60 Mitgliedern, bestimmt worden. Vom April 1951 bis zum Spätsommer 1952 kam das Präsidium alle 3 bis 4 Wochen zusammen.

Vom „Hauptausschuß" wurde regelmäßig ein „Informationsdienst" über die gesamte BRD vertrieben. Schließlich wurde auch eine geschäftsführende Leitung bestimmt. Auf Landesebene wurden „Ausschüsse für die Volksbefragung" ins Leben gerufen.

Auf der Hohensyburger Tagung (Westfalen) wurde am 16. März 1952 das Ergebnis bekannt gegeben:

9.119.667 Ja-Stimmen.

Nach dieser Tagung nannte sich der Hauptausschuß um in „Hauptausschuß gegen Remilitarisierung, für den Abschluß eines Friedensvertrags" mit der Absicht, auf die Volksbefragung jetzt die Volksentscheidung folgen zu lassen.

„*Über 9 Millionen forderten: Keine Remilitarisierung – Friedensvertrag! Kein Terror konnte die Volksbefragung verhindern, das Ergebnis kommt einem Volksentscheid gleich;* Kriegsverträge sind null und nichtig...

So kann der ‚Hauptausschuß für Volksbefragung' mit vollem Recht der Welt erklären: die Adenauer-Regierung ist nicht befugt, im Namen der Bevölkerung der Bundesrepublik zu sprechen. Alle Verträge, die die Adenauer-Regierung und der Bundestag zum Zwecke der Remilitarisierung und Wideraufrüstung unterzeichnet haben oder anzunehmen gedenken, wie Schuman-Plan, Wehrgesetz und Generalvertrag, sind null und nichtig" („Informationsdienst" Nummer 57).

Einher mit dem Kampf gegen Remilitarisierung vollzog sich die schrittweise Illegalisierung der KPD bis zum Verbot 1956. Noch nicht einmal ein Jahr nach der Gründung der BRD verbot der „Adenauer-Erlaß" (vom 19.9.1950) Mitgliedern der KPD und weiterer Organisationen, u.a. FDJ und VVN („Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes"), den Zugang zum öffentlichen Dienst. Im Zusammenhang mit dem Verbot der Volksbefragung wurde zunächst, am 26. Juni 1951, die FDJ verboten. Kurz darauf, am 22.11.51, stellte die Bundesregierung Antrag auf „Feststellung der Verfassungswidrigkeit" der KPD beim Bundesverfassungsgericht. Einen Monat nach dem Beitritt der BRD zur NATO (Oktober 1954) wurde die Hauptverhandlung gegen die KPD eröffnet. Einen Monat nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, am 17. August 1956, wurde die KPD verboten.

In ihrer Begründung für den 1951 gestellten Antrag schrieb die Bundesregierung unter anderem:

„*Die kommunistischen Abgeordneten des Bundestages haben die Parole des aktiven Widerstandes gegen die Remilitarisierung ausdrücklich gebilligt*".

Eine knappe Zusammenfassung der Repressionsmaßnahmen gegen die Gegner/innen der Wiederaufrüstung der BRD:

- August 1950: Es beginnen erste öffentliche Diskussionen über die Wiederbewaffnung, sowohl von Regierungsseite als auf Massenebene. 12 von 16 der KPD nahestehende Zeitungen werden verboten.
- 11.8.50: Auf einer Zusammenkunft der Innenminister der Länder wird ein rigoroses Vorgehen gegen Remilitarisierungsgegner beschlossen.
- 11.9.50: „Adenauer-Erlaß".
- 24.4.51: Verbot der Volksbefragung.
- 26.6.51: Verbot der FDJ.
- 9. bis 11.7.51: Verabschiedung des sog. „Blitzgesetzes". Die Kategorien „Hoch- und Landesverrat" werden verschärft und ergänzt um ein neues Delikt „Staatsgefährdung".
- 22.11.51: Antrag der Bundesregierung auf Überprüfung der „Verfassungswidrigkeit" der KPD.
- November 1954: Eröffnung der Hauptverhandlung gegen die KPD.
- August 1956: Verbot der KPD.

Zwischen 1950 und 1955 wurden 35.189 Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche eröffnet, wegen Zugehörigkeit zur FDJ bzw. Beteiligung an Aktionen gegen die Remilitarisierung. Im gleichen Zeitraum wurden 6.429 Jugendliche aus den gleichen Gründen verhaftet und in 425 Prozessen zu 1.012 Jahren Gefängnis verurteilt.

Außerdem wurden 15.000 Jugendliche vorübergehend verhaftet wegen Beteiligung an Demonstrationen, Kundgebungen u.ä.m. gegen die Remilitarisierung.

Allein auf Grundlage des sog. „Blitzgesetzes" wurden zwischen 1952 und 1954 über 8.000 politische Verfahren eröffnet.

7 von den 11 Mitgliedern des Parteivorstandes der KPD konnten am Verbotsprozeß nicht teilnehmen: entweder saßen sie bereits in Haft oder hatten die BRD wegen bestehender Haftbefehle verlassen.

Die Zahl der Ermittlungsverfahren nach § 90a gegen KPD-Mitglieder zwischen 1954 und 1964 wird mit 100.000 bis 150.000 angegeben.

Dabei hieß es 1945 in einer Erklärung der Alliierten zur Yalta-Konferenz (Februar 1945):

„*Es ist unser unwandelbarer Vorsatz, den deutschen Militarismus und Nazismus zu zerstören und sicher zu stellen, daß Deutschland niemals wieder imstande sein wird, den Frieden der Welt zu beeinträchtigen. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen, den deutschen Generalstab für alle Zeiten zu zerschlagen, der wiederholt das Wiedererstehen des deutschen Militarismus in die Wege geleitet hat, alles deutsche Militärgerät zu entfernen oder zu zerstören, alle deutsche Industrie zu eliminieren oder zu kontrollieren, die für militärische Produktion genutzt werden könnte, alle Kriegsverbrecher einer gerechten und raschen Bestrafung zuzuführen*".

Oder gar in der Hessischen Landesverfassung (Art. 57):

„Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig".

KB-Gruppe Frankfurt

• • •

Anmerkungen

1. „*Die Ereignisse in Korea haben ... eine merkliche Auswirkung gehabt, und es besteht ein Gefühl der Hilflosigkeit, daß die Russen eines Tages die Macht ergreifen werden ... Wir müssen die Notwendigkeit der Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen ... Das Ausmaß der Bewaffnung und Ausbildung muß dem Ausmaß der Bewaffnung der Volkspolizei entsprechen*"; Adenauer, 17.8.1950, zitiert nach B. Engelmann **„Wie wir wurden, was wir sind"** (Seite 294).
2. „*Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen*"; R. Augstein, „Bilanz der BRD" (1961), zitiert nach **„Das lädierte Grundgesetz"** (Pahl-Rugenstein, 1977; Seite 8).
3. Weitere Zitate und Fakten aus den folgenden Büchern:
   - „Das lädierte Grundgesetz", s.o.
   - „Entstehung und Entwicklung der BRD, Restauration und Spaltung 1945-1955", R. Badstübner und S. Thomas, Pahl-Rugenstein 1975.
   - „Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik", U. Albrecht, Pahl-Rugenstein, 1980.
   - „Wie wir wurden, was wir sind", B. Engelmann, Bertelsmann, 1980.
   - „Geschichte in Geschichten", F. Noll und R. Booß Hrsg., Weltkreis-Verlag, 1980.
   - „Hochverrat und Staatsgefährdung", „Urteile des Bundesgerichtshofes", Verlag C.F. Müller, Karlsruhe, 1957.

3. Fortschreibung des Energieprogramms setzt auf Vervierfachung des AKW-Potentials

Energiesparen durch Atomkraft?

Bonn setzt weiter auf Energiesparen

Bei der Fortschreibung des Programms bekräftigt die Bundesregierung ihre Politik des „Weg vom Öl"

„Kernenergie muß weiter ausgebaut werden" / Lob für das Verbraucherverhalten

Kleinere Rolle der Kernkraft

Energieprogramm räumt Umweltschutz höheren Stellenwert ein

Eigene Energiepolitik gelobt

Wirtschaftsminister Lambsdorff weist auf Öl-Einsparungen hin

„Weg vom Öl" zeigt deutliche Erfolge

Atomkraft „nicht zu positiv"

Kabinett berät am Mittwoch 3. Energiefortschreibung

Energieprogramm

„Erfolgsbilanz kann sich sehen lassen"

Als „Provokation" (H.Ehmke) kann man in der Tat das bezeichnen, was unter Federführung des Bankiers und Grafen von Lambsdorff der „3. Fortschreibung des Energieprogramms" als Perspektive zugrundegelegt wurde. Der SPD-Experte und Enquete-Kommissionsvorsitzende Schäfer prophezeite sogleich, diese Lambsdorffsche „Absichtserklärung" käme so „nie durch". Jedoch: das große „Entsetzen in der Koalition über Lambsdorffs Entwurf" („Vorwärts") wandelte sich „erstaunlich" rasch in „breite Zufriedenheit" („Spiegel"), nachdem es Baum und Ehmke gelungen war, den Entwurf um einige verbale Platitüden über den Vorrang von Umweltschutz und Sicherheit zu bereichern, ohne jedoch dessen Substanz anzugreifen. Seitdem Graf Lambsdorff für den Fall der Ablehnung seines Entwurfs mit Rücktritt gedroht hatte, fügten sich auch die „Kernenergiegegner in der großen Regierungspartei ... weil sie verhüten wollen, daß die Koalition zusätzlich zu den Konflikten in der Finanz- und Sicherheitspolitik durch energiepolitischen Zündstoff gefährdet wird" („FAZ", 5.11.).

Auch die Unionsparteien vermerken anerkennend, daß man „dem linken Flügel von SPD und FDP über erhebliche Strecken widerstanden habe" und weisen nicht ohne Genugtuung darauf hin, daß die These vom „Restbedarf Kernernergie" (die 1980 noch in Schmidts Regierungserklärung enthalten war) nunmehr vollständig fallengelassen sei, „auch Abwärmeabgabe und Energieverbrauchsordnung würden nicht erwähnt, und die Enquete-Kommission ‚Zukünftige Kernenergiepolitik ' des Bundestages werde mit ihrer skeptischen Meinung zur Kernernergie zwar höflich angesprochen, ‚aber an keinem wesentlichen Punkt inhaltlich übernommen' " (so Oppositionssprecher Riesenhuber lt. „SZ" v. 5.11.).

Im folgenden (auf Grundlage von Presseberichten) eine Übersicht:

„Die an der Programmfortschreibung beteiligten wirtschaftswissenschaftlichen Institute in Berlin, Essen und Köln befürworten in ihrer Verbrauchsprognose bis 1995 einen Zuwachs an Kernkraftskapazität um rund 17.000 Megawatt über die derzeit in Bau befindlichen Kraftwerkskapazitäten hinaus" („SZ", 5.11.81). Im Bau sind AKWs in einer Größenordnung von 10.600 MW, genutzt werden derzeit 9.000 MW, sodaß mit der jetzt vorliegenden Planung die Plutoniumproduktion v e r v i e r -

ordnung von 10.600 MW, genutzt werden derzeit 9.000 MW, sodaß mit der jetzt vorliegenden Planung die Plutoniumproduktion v e r v i e r -

f a c h t werden soll. Ohne sich definitiv darauf festzulegen, wurde diese Planungsgrundlage von der Bundesregierung als *„plausible Einschätzung der weiteren Entwicklung"* gebilligt. Sie entspricht dem zusätzlichen Bau von 2 AKWs pro Jahr und einer jährlichen Atomstromsteigerungsrate von 11,7 %. Anders ausgedrückt: Statt bisher 3 % sollen zukünftig 17 % des Gesamtenergiebedarfs der BRD aus AKWs gewonnen werden, und auf dem Stromsektor soll der Anteil des Atomstroms von derzeit 11 % auf 33 % gesteigert werden. Dann übernimmt die Bundesregierung direkt die Forderungen der Kapitalistenverbände.

Denn eine Atomstromerweiterung in diesem Ausmaß forderte der Bund Deutscher Industrieller (BDI) schon seit geraumer Zeit: *„Zum einen könnten die Kosten der Grundlast-Stromversorgung in der Industrie verringert werden, zum anderen seien Investitionstätigkeit und Export nachhaltig anzuregen"* („FAZ", 15.10.81).

Langfristig wollen die Atomhaie weit über 50 % der Stromproduktion übernehmen, wobei die für Veredelungszwecke vorgesehene Braunkohle (derzeit 25 % der Stromproduktion) sowie Öl und Erdgas (derzeit 7,4 % und 18,7 %) vollständig durch Atomkraft verdrängt werden sollen. Die Atomlobby argumentiert gerade nicht mit der Energie„lücke", die durch Atomstrom geschlossen werden müsse, sondern generell mit der E r s e t z u n g bisheriger Energieträger durch AKWs:

„Das heißt: Der künftige Einsatz von Kernenergie wird sich nicht nach dem Restbedarf richten, der nach vorrangigem Einsatz von Verstromungskohle und Ausschöpfung aller Sparmaßnahmen bleibt, sondern bestimmt werden durch die Notwendigkeit, einen wesentlichen Teil der Stromerzeugungskapazität zu ersetzen. In der BRD sind hierdurch rund 50 % der Stromerzeugung in Frage gestellt" („Energiewirtschaftliche Tagesfragen" 10/81).

„Entsorgung nur soweit es die Wirtschaftlichkeit zuläßt" (MdB Schäfer)

Als Begleitmusik zur 3. Fortschreibung legte die Bundesregierung einen Bericht zur Entsorgung vor, *„bei deren Verwirklichung nach Meinung der Bundesregierung Fortschritte erreicht wurden"* („SZ", 5.11.).

Angesichts der bekannten Schwierigkeiten bei der Atommüllagerung ist dies geradezu ein Hohn. Der Ausbau des Atomprogramms in den vorgesehenen Dimensionen würde (nach DWK-Angaben) den Atommüllberg von derzeit 1.600 Tonnen auf 14.200 Tonnen vergrößern, wobei ab 1995 in jedem Folgejahr eine weitere Erhöhung um 1.100 Tonnen unvermeitlich wäre. Nach Angaben des Enquete-Kommissionsvorsitzenden Schäfer gäbe es für diesen Fall *„überhaupt keine Chance, unsere entsorgungspolitischen Richtlinien einzuhalten ... Dann müßte man ganz ehrlich sein und hinschreiben: ‚Entsorgung nur soweit es Wirtschaftlichkeit zuläßt' "* („Taz", 27.10.). Den vorgelegten Bericht der Bundesregierung bezeichnete Schäfer als „Gesundbeterei". Ebenfalls zur Begleitmusik dieser Fortschreibung gehören die zehn vom Nuklearkabinett verabschiedeten „Maßnahmen zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke", die die Einspruchsrechte der betroffenen Bevölkerung drastisch reduzieren sollen. Zukünftig soll es durch Standardisierung möglich sein, in einem einzigen Genehmigungsverfahren den Bau mehrerer AKWs in weiten Teilen parallel abzuwickeln, wobei die nach „einheitlichen Grundsätzen" zu erarbeitenden Unbedenklichkeitserklärungen der „Experten" gleich auf mehrere AKWs übertragbar sein sollen. Ebenfalls sollen Teilerrichtungsgenehmigungen reduziert werden, um das Verfahren zukünftig in „größeren Schritten" abwickeln zu können. Die bereits hierdurch massiv reduzierten Einwendungsmöglichkeiten sollen im Falle nachträglicher Veränderungen völlig wegfallen, wenn keine „neuen Gefahren" oder „nachteiligen Auswirkungen" drohen. Eine diesbezügliche „Novellierung der atomrechtlichen Verfahrensordnung" muß lediglich noch vom Bundesrat gebilligt werden („FAZ", 15.10.81).

GEPLANTE INBETRIEBNAHME VON AKW's AB 1981

1981	Grafenrheinfeld	1300 MW
1982	–	
1983	Krümmel	1316 MW
1984	Grohnde	1361 MW
	Grundremmingen Block B + C	2620 MW
	Hochtemperaturreaktor	
	Hamm-Uetrop	308 MW
1985	Mühlheim-Kärlich	1308 MW
	Phillipsburg II	1362 MW
1986	Schneller Brüter Kalkar	308 MW
	Lingen II	1300 MW
1986/87	Brokdorf	1362 MW
1988	Ohu II	1300 MW
1989/90	Neckarwestheim II	1300 MW
ab 1900	Biblis C	1303 MW
	Neupotz (Pfalz)	1330 MW
	Pfaffenhofen	1300 MW
	Hamm	1303 MW
	Whyl	1362 MW

(aus: Atomwirtschaft 11/81)

Der erste Konvoi von „Fließband-AKWs" soll sich von Lingen im Emsland über Hamm, Biblis C bis nach Neckar-Westheim, Isar II und Whyl erstrecken. Seit sechs Jahren liegen die Anträge für die Anlagen vor. Jetzt, so hoffen die Antragsteller, soll mit dem Rückenwind der Fortschreibung des Energieprogramms ein einziger TÜV, nämlich der bayrische, für alle anderen Gutachter zusammen die Sicherheit überprüfen, und der Bau soll spätestens 1983 beginnen" („HAZ", 9.11.81).

Weg vom Nahost-Öl!

Der geplante Ausbau des Atomprogramms ist Bestandteil der gigantischen Energieumstrukturierungspläne, mittels derer die BRD-Imperialisten autarker, d.h. unabhängiger von ausländischen Energielieferungen zu werden hoffen. Konkret geht es auch um eine Bereinigung der BRD-Außenhandelsbilanz, die nicht zuletzt durch die Verteuerung des Nahost-Öls derzeit mehr Import- als Exportausgaben aufweist:

Obwohl 1980 der Ölverbrauch in der BRD um ca. 12 % zurückging, stieg der Preis für die Rohölimporte dennoch von 47,8 Mrd. DM 1979 auf 66 Mrd. DM 1980 (vgl. „Phönix aus der Asche", Verlag links 2000).

Vor diesem Hintergrund wird die Zurückdrängung des Ölverbrauchs auf a l l e n Ebenen angestrebt:

Im **Strombereich** soll Öl und zunehmend auch Erdgas durch Atomstrom ersetzt werden. Beginnend mit den 90er Jahren soll auch der Kohleanteil bei der Stromerzeugung durch Atomkraft ersetzt werden.

Im **Verkehrsbereich** wird mittelfristig über Kohleverflüssigung und -vergasung die Verringerung des Anteils des herkömmlichen Benzins angestrebt. Sobald eine Kommerzialisierung der Kohleverflüssigung erreicht ist, soll Kohle schrittweise aus dem Strombereich herausgenommen werden, um sie *„für Veredelungszwecke zu reservieren"* (B. Breugel, vgl. AK 185, S. 11). Allerdings ist hier erst der Stand von Vorplanungen erreicht.

Im **Heizungsbereich** sind derzeit noch 53 % aller Haushalte direkt vom Öl abhängig. Dieser Anteil soll insbesondere durch Kombination von „Alternativ"- und Atomenergie zügig reduziert werden, wobei in der 3. Fortschreibung *„zu den vorrangigen Zielen der Ausbau der Fernwärmeversorgung auf der Basis der Kraft-Wärme-Koppelung als auch durch Abwärmenutzung im Bereich der Industrie"* gehört. Ausdrücklich begrüßt wird in der 3. Fortschreibung *„das Bestreben, auch einzelne Kernkraftwerke mit Hilfe der Kraft-Wärme-Koppelung künftig für die Fernwärme zu nutzen"* („SZ", 5.11.81).

Der ausdrückliche Verzicht auf die Erhebung einer Abwärmeabgabe deutet darauf hin, daß die Aufheizung der Umwelt durch die gigantischen Mengen industrieller Abwärme fortgesetzt werden soll, wird doch statt d e r e n Nutzung auf den „Bau verbrauchsnaher Kohlekraftwerke" gesetzt. Auch hier wird die Kombination mit Atomkraft angestrebt, die die nötige Prozeßwärme für die Vergasung der Kohle liefern soll. Das Fernwärmekapitel, so die anerkennende Bemerkung des „FAZ"-Kommentators, zeichne sich weiterhin *„dadurch aus, daß es frei von Illusionen bleibt, denen sich so viele Energiepolitiker der SPD hingeben. Die Bundesregierung stellt klar, daß die Fernwärme nur in Ballungsgebieten wirtschaftlich praktikabel ist, während in dünner besiedelten Gegenden Öl auch durch Elektrizität mit Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpen zurückgedrängt werden muß"* („FAZ", 5.11.). Zu diesem Zweck will zukünftig die Bundesregierung (im Rahmen „energiesparender Investitionen") die Vermarktung der Elektro-Wärmepumpen fördern.

Ich bin Energiesparer?

Im krassen Mißverhältnis zur massenhaft vermarkteten Energiesparideologie der Bundesregierung steht die Tatsache, daß mit der 3. Fortschreibung im alleinigen Interesse der Atom- und Stromkonzerne auf eine geradezu märchenhafte Energieverschwendung gesetzt wird. Während 1980 der Stromverbrauch um knapp 1 % anstieg und der Gesamtenergieverbrauch deutlich abfiel, rechnet die Bundesregierung künftig mit einem Gesamtenergieverbrauchsanstieg von 1 - 1,4 % sowie einem Stromverbrauchsanstieg von 2,7 - 3,2 % jährlich. Anders ausgedrückt:

Von derzeit jährlich 87 000 MW soll die Stromkapazität bis 1995 auf 120 000 MW steigen, wobei berücksichtigt werden muß, daß derzeit der Spitzenstrombedarf bei 50 000 MW

soll die Stromkapazität bis 1995 auf 120 000 MW steigen, wobei berücksichtigt werden muß, daß derzeit der Spitzenstrombedarf bei 50 000 MW

liegt und bei Normalauslastung (ca. 42 000 MW) ständig mehr als die Hälfte aller Kraftwerkskapazitäten brachliegen („Stromlücken und andere Märchen", Gegenwind-Verlag Göttingen). Dem „Spiegel" zufolge hat angesichts bestehender Stromhalden *„die Planung neuer Atommeiler für die Grundlast eigentlich nur einen Sinn: Es soll mehr Strom produziert werden, als derzeit gebraucht wird. Für das billige Überangebot aber, so die Bonner Idee, werden sich schon Abnehmer finden. Im Klartext: Die Heizung in den bundesdeutschen Wohnungen soll künftig verstärkt durch Atomstrom besorgt werden. Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was die Mehrheit der Enquete-Kommission des Bundestages in der vergangenen Legislaturperiode vorgeschlagen hatte: nicht mehr Strom für den Wärmemarkt, sondern Energieeinsparung durch schärfere Vorschriften für die Wärmedämmung der Wohnhäuser"* („Spiegel", 9.11.). Die massenhafte Einführung der Atomstromheizung ist genau das, was die Elektrizitätsmafia seit 1979 anvisiert, obwohl sie als die unökonomischste überhaupt bekannt ist, da sie etwa 75 % Wärmeverlust hat. Aber für die Energiemonopole gelten andere Gesetze – die der Profitmöglichkeit: *„Der Markt für die Stromanwendung im Haushalt ist abgegrast. Was noch bleibt ist der Wärmemarkt"* (Geschäftsbericht der RWE 1979/80). Allein der geplante Einsatz von 15 Mio. Elektrowärmepumpen bis zum Jahre 2 000 (bekanntlich will hierfür Albrechts Landesregierung zusammen mit der Industrie die Werbetrommel rühren, vgl. AK 172) hätte zur Folge, daß der Stromverbrauch der privaten Haushalte nahezu verdreifacht würde und die in der BRD zu installierende Kraftwerkskapazität samt der dazugehörigen Fernleitungsbestände zu verdoppeln wäre („Stromlücken und andere Märchen", S. 174 f.).

Das scheinbar Paradoxe und Unlogische, aber eben nur scheinbar, an dieser Expansions- und Verschwendungspolitik besteht darin, daß derzeit die bei der Stromerzeugung in Form von Abwärme anfallenden Energieverluste theoretisch bereits ausreichen würden, um nahezu den gesamten Wärmebedarf für die Raumheizungen in der BRD zu decken! In Anbetracht dieser Politik kann es nicht verwundern, daß den zumindest hierzulande weniger profitträchtigen *„regenerativen Energiequellen keine große Bedeutung zugemessen wird. Sie sollen im Jahre 2 000 etwa 5 % des dann erwarteten Energiebedarfs decken, wobei auch dabei der Beitrag der Wasserkraftwerke enthalten ist. Nur ein geringer Abschnitt des Energieprogramms widmet sich dieser Problematik"* (BdW vom 16.10.81). Anzumerken wäre hierzu, daß bereits 1979 der Stromanteil durch Wasserkraft bei 5 % lag, so daß für Sonnen- und Windenergie der Anteil übrigbleibt, der an Wasserkraft nicht proportional zugebaut wird.

Reduziert und mit neuen Akzenten versehen wurde anläßlich der 3. Fortschreibung auch das vor einigen

portional zugebaut wird.

Reduziert und mit neuen Akzenten versehen wurde anläßlich der 3. Fortschreibung auch das vor einigen

Jahren eingeleitete Energiesparprogramm, das insbesondere die Bezuschussung von Wärmedämmungsmaßnahmen regelte. Nunmehr will die Bundesregierung *„sich auf ergänzende Maßnahmen beschränken, insbesondere auf die Aufklärung über Energiesparen (!) und die finanzielle Förderung energiesparender Maßnahmen, allerdings begrenzt und konzentriert auf neue Technologien wie Wärmepumpen, Wärmerückgewinnungsanlagen und Solaranlagen sowie auf Fernwärmeanschlüsse"* („FAZ", 5.11.).

Marktwirtschaftliches Sparen über mehr Spielraum in der Preisgestaltung

„Die Bundesregierung will auch künftig an ihrer vorwiegend marktwirtschaftlich orientierten Politik der Energieeinsparung festhalten" („SZ", 5.11.). Konkret habe diese Politik dazu geführt, daß zwischen 1973 und 1980 *„bei einem realen Wirtschaftswachstum von 17,5 % der Energieverbrauch lediglich um 3,1 % gestiegen sei. Der Mineralölverbrauch habe in der gleichen Zeit sogar um 12 % abgenommen, um weitere 10 % sei der Ölverbrauch in diesem Jahr zurückgegangen"* („FR", 5.11.).

Was hier Lambstorff als *„energiepolitische Erfolgsbilanz, die im internationalen Vergleich ihresgleichen suche"*, präsentiert, reduziert sich für die Masse der Bevölkerung auf die Tatsache, daß beispielsweise die heimischen Preissteigerungen für Heizöl *„im internationalen Vergleich ihresgleichen suchen"* und im EG-Rahmen sogar unübertroffen sind.

In dieser „marktwirtschaftlichen" Orientierung (die wiederum die Mehrheit der SPD verdrieße), liegt nach Meinung der „FAZ" das eigentlich „Bemerkenswerte dieses Energieprogramms".

Der BDI wußte diese Orientierung damit zu würdigen, *„daß nur so eine flexible und effektive Anpassung der Strukturen von Energieverbrauch und*

Fortsetzung nächste Seite

Forts. v. voriger Seite

Energieangebot an die veränderte Weltenergielage...erwartet werden könne" („Handelsblatt", 5.11.).

Wie bereits in AK 185 aufgezeigt wurde („500 000 000 Dollar..."), spielt tatsächlich die „marktwirtschaftliche" Verteuerung der Energiepreise eine Schlüsselrolle bei der Umrüstung der Energiestruktur des BRD-Imperialismus auf Technologien, „*die zwar zur Zeit noch nicht marktwirtschaftlich rentabel sind, es aber bei steigenden Energiepreisen mit Sicherheit werden*" (Guido Brummer lt. „FR" v. 25.3.80). So gilt beispielsweise die Kohleverflüssigung bzw. -vergasung nach offiziellen Angaben erst dann als gesichert, „*wenn die Erdöl- und Erdgaspreise langfristig um 1 bis 2 Prozent schneller steigen, als die Kohlepreise*" („HAZ", 25.3.81). In welchen Größenordnungen die Bevölkerung zukünftig durch die Energiekonzerne noch geschröpft werden soll, verdeutlichte im Februar 81 der Chef des bundeseigenen VEBA-Konzerns Bennigsen-Foerder: Ihm zufolge seien „*rund 600 Mrd. DM Investitionen bis zum Jahre 2 000 – 30 Mrd. pro Jahr – zur Sicherung unseres Energiesystems erforderlich, davon der Löwenteil von 350 Mrd. DM für Stromerzeugung, Stromverteilung und Stromaufwendung ... Die hohen Strominvestitionen seien eine Voraussetzung dafür, Öl und Gas insgesamt zurückdrängen zu können.*" Um für diese Aufgabe „*die Selbstfinanzierungskraft der Unternehmen zu erhalten oder wiederherzustellen*", rief Benningsen-Foerder die Energieunternehmen dazu auf, „*Spielraum in ihrer Preisgestaltung zu behalten. Bennigsen sprach ausdrücklich vom notwendigen ‚Mut zum Gewinn' in der Energiewirtschaft*" („HAZ", 16.2.81).

Das Ende des „Bürgerdialog Kernenergie"

Parallel zur 3. Fortschreibung wurde bezeichnenderweise der zuvor mit jährlich 6,1 Mio. DM durch das Bundesforschungsministerium ausgehaltene „Bürgerdialog Kernenergie" „*umgewandelt in einen ‚Bürgerdialog Energie' sowie ‚Forum des technischen Wandels'. Im Haushalt 1982 des Forschungsministeriums sind 3,5 Mio. DM Fördergelder vorgesehen. Über den ‚Bürgerdialog Energie' sollen gefordert werden: Information und Diskussion über die Nutzung der Kernenergie und die damit zusammenhängenden Fragen einschließlich der Einsatzmöglichkeiten anderer Energiequellen, Durchführung von Kongressen und Dokumentation der öffentlichen Diskussion und Auswertung audiovisueller Hilfsmittel*" („Blick d.d. Wirtschaft", 11.11.81).

und Diskussion über die Nutzung der Kernenergie und die damit zusammenhängenden Fragen einschließlich

Nach wie vor hofft man also in Bonn über den Dreh „anderer Energiequellen" und ähnlichem die vom BBU diesbezüglich bereits zur Schau gestellte „Einigung im zukünftigen gemeinsamen Vorgehen" über die Runden zu retten (s. Energiebroschüren-Artikel in diesem AK).

Bekanntlich gelang es der Bundesregierung bereits im Rahmen der Enquete-Kommission, eine „faire Vermittlung" anstelle „polarisierender konfrontativer Ja- und Nein-Diskussion" (so R. Ueberhorst) zu demonstrieren, indem man die Frage der Energieeinsparung in den Vordergrund und die AKW-Problematik in den Hintergrund rückte.

Prof. Hans Michaelis, einer der führenden Ideologen der Atommafia erläuterte unter seinesgleichen diese Taktik folgendermaßen:

„*Politiker nehmen das Wort Kernenergie immer weniger in den Mund, um sich denselben nicht zu verbrennen – und handeln bisweilen gleichwohl in richtiger Erkenntnis!*" („Energiewirtschaftliche Tagesfragen" 10/81).

In den Massenmedien wird auch die 3. Fortschreibung des Energieprogramms unter dem Stichwort „Energiesparen hat Vorrang" zum Besten gegeben, wobei der SPD-Energie und Weißwaschexperte Steger in einem „FR"-Interview vom 3.11. zweifellos den Vogel abschoß mit der Behauptung: „*Wer angesichts der Probleme bei der Entsorgung, der gegenwärtig extrem hohen Finanzierungslücke und den großen Unsicherheiten beim Bedarf von einem beschleunigten Ausbau der Kernenergie träumt oder sich fürchtet, ist nicht auf dem Boden der Realität.*" Immerhin hätte, so Steger, „*als grüner Utopist gegolten...wer z.B. vor drei, vier Jahren prognostiziert hätte, welch positive Würdigung die Energieeinsparung jetzt im Energieprogramm der Bundesregierung erfahren würde.*"

So unsicher es in der Tat ist, ob die Bundesregierung ihre Atompläne umzusetzen in der Lage sein wird (wobei dies nach wie vor in erster Linie vom Widerstand der Bevölkerung abhängt), so sicher dürfte spätestens diese 3. Fortschreibung des Energieprogramms den Beweis erbracht haben, daß die nationalgefärbte „Ich bin Energiesparer"-Kampagne allein dem Zweck dient,

- die expansive und atomare Verschwendungspolitik der Bundesregierung zu verschleiern und
- die auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragene Preissteigerungskampagne zugunsten profitträchtiger Umstrukturierungsprogramme ideologisch abzusichern.

In dieser Hinsicht sollte die 3. Fortschreibung auch alle diejenigen Ökologen und Anhänger rationeller Energietechniken gegen die Politik

In dieser Hinsicht sollte die 3. Fortschreibung auch alle diejenigen Ökologen und Anhänger rationeller Energietechniken gegen die Politik der Bundesregierung auf die Barrikaden bringen, die sich vorerst nicht mit der Vorstellung anfreunden können, daß den forcierten Autarkiebestrebungen dieses Staates der Drang nach außenpolitischem Spielraum auch in Hinblick auf geplante kriegerische Abenteuer zugrundeliegt. Es wäre Aufgabe der Anti-AKW-Bewegung, hier deutlich Zeichen zu setzen.

Ein Genosse aus Lüneburg

Es geht auch anders!

Kritik zur geplanten Massenbroschüre der Anti-AKW-Bewegung

„Es geht auch anders! Energieversorgung ohne Atomkraft" – so lautet der Titel einer sechzehnseitigen Energiebroschüre, deren Probeentwurf seit einigen Wochen in den BI's vertrieben und diskutiert wird. Die Broschüre war auf der Bremer Anti-AKW-Bundeskonferenz beschlossen worden, und Vertreter von rund 20 BI's haben daran mitgearbeitet. Als Kontakt zeichnen bislang der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und die Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA). Nach Abschluß der Diskussion soll die Broschüre in Form einer Hauswurfsendung in der gesamten BRD vertrieben werden. Die Erstauflage soll 500.000 Exemplare betragen und über eine Spendenkampagne finanziert werden. Wie es in einem BI-Rundbrief heißt, handelt es sich um eine „Kampagne nie gekannten Ausmaßes". Die Kosten der ersten Auflage (Vierfarbdruck) betragen mindestens 100.000 DM, 1-2 Stellen sollen dafür bezahlt werden, die Kampagne mit Veranstaltungen, Konzerten etc. begleitet werden. Als Vorbild dient eine Kampagne der dänischen OOA, die im letzten Jahr eine 16-seitige vierfarbige Energiesparbroschüre mit dem Titel „Dänemark ohne Atomkraft" an alle dänischen Haushalte verteilte.

Angesichts der Bedeutung dieser Kampagne ist es nur zu begrüßen, daß die Autorengruppe ihren Entwurf vor der Drucklegung zur Diskussion gestellt hat. Dieser demokratische Stil wäre bekanntlich bei einem Verein wie dem BBU alles andere als selbstverständlich. Allerdings mangelt es auch nicht an Kritikpunkten.

So besteht unseres Erachtens überhaupt kein Grund, derartige Zugeständnisse und Auslassungen der eigenen Positionen vorzunehmen, wie dies leider in dem Entwurf gemacht wird. Bei der Möglichkeit des Energiesparens wird teilweise auf Sparmodelle zurückgegriffen, die direkt Eingang gefunden haben in staatliche Sparkampagnen. Das sollte und muß u.E. noch vor dem Start dieser Kampagne diskutiert werden.

Unsere Gründe gegen Atomenergie

Unsere Gründe gegen Atomenergie

Vor allem auf den ersten beiden Seiten werden unsere Gründe gegen die Atomkraft vorgetragen, weitere tauchen im Text auf („Warum werden Atomkraftwerke gebaut", Seite 10/11). Wir wollen hier nicht Details der angegebenen Gefahren der Atomenergie, der nicht funktionierenden Entsorgung etc. behandeln, auch nicht die unsinnige Darstellung, daß es die Wissenschaftler gewesen seien, die sich aus schlechtem Gewissen nach Hiroshima der Forschung auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung zugewandt hätten.

Kritisieren muß man auch, daß jeder Hinweis, daß die „friedliche" Nutzung der Atomenergie und deren Export auch benutzt wird, um durch Atomanlagen an den Aufbau von Atomwaffen heranzukommen, vollkommen „übersehen" wird. Die Darstellung, daß Atomkraft zum Atomstaat führe, ist ebenfalls vollkommen daneben geraten. Dort wird der Atomstaat auf die „notwendige" Kontrolle der gefährlichen Anlagen reduziert. Wie im Repertoire der Herrschenden wird die Gefahr des Plutonium-Klaus, mögliche Erpressungen und Sabotage als Ursache angegeben. Jeder Hinweis auf den Atomstaat als Instrument, um demokratische Entscheidungen und Proteste gegen Atomenergie zu unterdrücken, wird „vermieden" und „vergessen". Stattdessen wird (auf der Rückseite) behauptet, wir hätten bereits so viel erreicht, daß wir nicht nur zum Stopp bzw. zur Verzögerung von Atomanlagen beigetragen hätten, sondern sogar „viele Atomanlagen ... verhindert" hätten. Welche, möchten wir da fragen? Das gilt ja leider nicht einmal für das AKW Whyl, dessen Genehmigung durch das Gericht in Kürze zu befürchten ist.

Weiterhin wird allen Ernstes als Kritik gegen AKWs vorgetragen, daß sie wegen der kaum nennenswerten Uranvorkommen in der BRD nicht „die Abhängigkeit vom Ausland" beseitigen würden. An anderer Stelle wird beruhigend darauf hingewiesen, daß der „größte Teil" der Ölvorräte „im Hoheitsgebiet der westlichen Industriestaaten" liege. Das wesentliche für AKW-Betreiber sind aber nicht unbedingt Uran-Vorräte im eigenen Land, sondern daß diese in Regionen lagern, wo Regimes herrschen, die dem Imperialismus besser als die Völker im Nahen Osten gesonnen sind (z.B. Südafrika, Brasilien, Australien, Kanada, USA etc.). Die ganze Hetze gegen die „Abhängigkeit" und „Erpressbarkeit" der BRD durch andere Länder bzw. durch die „Scheichs" gehört ja eher zu den finstersten Kapiteln des Chauvinismus.

Genauso fraglich ist die These der Broschüre, daß jeder Erdölnutzung „überflüssig" gemacht werden soll. Es reicht doch, nachzuweisen, daß AKWs selbst dann für die Energieversorgung überflüssig sind, wenn kein Tropfen m e h r Öl verbraucht wird.

Fernwärme und Wärmekraftkopplung und andere Alternativen

Neben der künftig möglichen Verwendung von Wind- und Sonnenenergie und Biogasanlagen wird auf zwei Broschürenseiten vor allem auf die Wärmekraftkopplung in Heizkraftwerken gesetzt, in denen gleichzeitig Strom und Fernwärme produziert wird und daher die Energieausnutzung verdoppelt werden könnte und die Verschwendung von Energie entsprechend reduziert würde. Sinnigerweise wird auch aufgezeigt, daß überhaupt nichts passierte, würde man heute alle AKWs stillegen, weil derzeit erhebliche Überkapazitäten in der Stromversorgung vorhanden sind.

Nicht vergessen wird in der Broschüre ebenfalls, daß die Industriewärme wegen der Monopolstellung der Stromversorgungsunternehmen als Abwärme verpufft und daraus allein 21.000 MW (mehr als doppelt soviel wie derzeit durch alle AKWs) an Stromkapazität gewonnen werden könnten bzw. auch kurzfristig soviel wie aus 6 AKWs. Gerade diesem Potential müßte man natürlich besondere Aufmerksamkeit widmen. Und in diesem Zusammenhang sollte genauer herausgearbeitet werden, wie z.B. durch das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 die Monopolstellung der EvU's festgeschrieben wird, die einer Abnahme von Industriestrom oder industrieller Abwärme im Wege steht.

Nur dadurch kommt die Anti-AKW-Bewegung nicht in Kürze in den Zugzwang, allen geplanten Bauten

dustrieller Abwärme im Wege steht.
Nur dadurch kommt die Anti-AKW-Bewegung nicht in Kürze in den Zugzwang, allen geplanten Bauten

von Kohlekraftwerken (und das sind sehr viele) nicht vorbehaltlos zustimmen zu müssen, obwohl auch Kohlekraftwerke erhebliche Umweltverschmutzer und Krebserzeuger selbst mit neuen Filteranlagen und Verbrennungsverfahren bleiben. Diese Industrieabwärme könnte nämlich nicht nur Strom erzeugen, wie die Broschüre schreibt, sondern genausogut Fernwärme liefern (siehe auch Fernwärmeartikel in diesem AK). Doch dies wird in ‚Vorbildern', den Untersuchungen, die bei der Erstellungen Pate gestanden haben, „übersehen".

Für vollkommen unsinnig halten wir allerdings die Aussagen zur Durchsetzbarkeit solcher alternativer Pläne: Zu dieser Frage heißt es richtig: Dies hänge „*von den Menschen ab, die sich für ihn einsetzen. Der Bau eines Blockheizkraftwerkes oder der Ausbau eines Fernwärmenetzes ist kein technisches Problem!*". Doch dann wird es euphorisch: „*Städte und Gemeinden müssen dieses Thema aufgreifen und vielleicht gegen die Interessen der großen Energiekonzerne durchsetzen.*" Mit der Durchsetzbarkeit der Interessen der Bevölkerung hat nun mal die Anti-AKW-Bewegung ihre Erfahrungen gemacht, die jetzt nicht zugunsten modischer Hoffnungen beiseite gelegt werden sollten (Wurden deshalb die Erfahrungen im Kampf der Anti- AKW-Bewegung in der Broschüre vollkommen vergessen?).

Rationellere Energieverwendung – aber wie?

Die Broschüre greift zu Recht die Energiesparkampagne der Bundesregierung an, von der bekanntlich der Aufkleber „Ich bin Energiesparer" in ‚Schwarz-Rot-Gold' stammt. Es wird richtig darauf hingewiesen, daß Energiesparen im Haushalt häufig durch höhere Ölpreise erzwungen wird, es wird kritisiert, daß dieses Energiesparen mit Verzichtslosungen propagiert wird, während z.B. bei Neubauten nicht einmal bei den Wärmedämmschutzmaßnahmen der schwedische Standard in der BRD vorgeschrieben wurde.

Nicht berücksichtigt wird, daß Industrie und Behörden die größten Energieverbraucher sind. Da dies nicht einmal erwähnt wird, wundert es nicht, daß vollkommen einseitig vom Sparen im Haus die Rede ist. Positiv ist dabei, daß auf Sparvorschläge wie Heizung runter drehen, Stromspitzen vermeiden, Licht sparen etc. völlig verzichtet wird (das ist ja leider auch schon alternative Mode geworden).

In dem Beispiel Energiesparen im Haus wird angegeben, wie durch Wärmedämmung, Fußbodenheizung etc. 60 % Energie gespart werden könnte bzw. durch eine andere Konstruktion elektrischer Geräte 50 % Strom. Bei der Frage der Durchsetzung solcher Maßnahmen (allein durch Auflagen möglich und nicht in Form eines „Verbraucherwettbewerbs", wie es derzeit betrieben wird) muß zusätzlich beachtet werden, daß Forderungen auf den Haushalt bezogen auch die Möglichkeit bieten, die Kosten derartig kostspieliger Installationsmaßnahmen einseitig dem Verbraucher bzw. Mieter aufzulasten. Wer soll so eine Fußbodenheizung bezahlen? Da müßte doch wohl einiges klargestellt werden, gerade in einer Broschüre, mit der versucht werden soll, breitere Teile der Bevölkerung zu erreichen.

Bundesregierung und Sparmaßnahmen

Die Frage, wie solche Energiesparmaßnahmen durchgeführt werden sollen, halten wir noch aus einem anderen Grund für zentral wichtig. Über weite Teile unterscheiden sich nämlich die Vorschläge (auf den ersten Blick hin zumindest) nur wenig von Sparvorschlägen, die heute von seiten der Regierung und auch der Industrie propagiert werden. In dem Artikel „Bonner Perspektiven" wird nun pauschal behauptet, die Bundesregierung setze auf „hohen Zuwachs im Energierohstoffverbrauch" und habe sich somit „weitgehend die Ziele der Energiewirtschaft nach mehr Umsatz zu eigen gemacht". So allgemein galt das nur für das Energieprogramm v o r der sogenannten Ölkrise. Seither ist in diesem Sektor auch staatlicherseits „Sparen" Trumpf.

Wieweit damit für die Konzerne auf Lasten der Bevölkeung Geld zu machen ist, haben die Ölkonzerne vorgeführt: Die sieben Schwestern,

Wieweit damit für die Konzerne auf Lasten der Bevölkeung Geld zu machen ist, haben die Ölkonzerne vorgeführt: Die sieben Schwestern,

die großen Ölmultis, haben inzwischen über 50 % der Kohlevorräte aufgekauft. So muß nicht nur bei der Energieverschwendung sondern auch beim Energiesparen darauf geachtet werden, auf wessen Kosten dieses Sparen durchgeführt werden soll. Darauf ist aber in der Broschüre überhaupt nicht geachtet worden.

Zu denken geben sollte den linken Teilen in den BI's und auch Jo Leinen selbst, wenn sie die „pfiffige" Idee verkünden, man müsse sich (allein) darauf beschränken, der Bundesregierung Zugeständnisse bei rationelleren Energiesparmaßnahmen abzuringen. Als Träger einer „*offensiven energiepolitischen Diskussion ..., um Maßnahmen zur rationellen Energienutzung sowie alternativer Energiequellen durchzusetzen*", so Jo Leinen vom BBU-Vorstand, will der BBU „*eine Einigung im zukünftigen gemeinsamen Vorgehen*" mit der Bundesregierung erzielt haben. Das Bundesforschungsministerium hat umgekehrt dem BBU in einer Pressemitteilung bescheinigt, er habe „*mit dazu beigetragen, das Verständnis für Energiesparen und den Einsatz alternativer Quellen zu verstärken*", man sehe gar „*für wesentliche Bereiche der Energiediskussion eine Unterstützung der Politik der Bundesregierung*" (so in der „taz" vom 2.4.81). Das liegt nun leider nicht daran, daß sich die Bundesregierung hier Unterstützung im Kampf gegen die Energiemonopole gesucht und auch gefunden hätte.

Bevor wir auf die Hintergründe dieser Fehler kommen, wollen wir unsere Kritikpunkte noch einmal zusammenfassen:

+ Wir vermissen jeden Hinweis darauf, wie bisher die Forderung „Weg mit dem Atomprogramm" vom Staat behandelt bzw. unterdrückt und kriminalisiert worden ist.
+ Es muß vollkommen eindeutig hervorgehoben werden, daß die AKWs heute ohne jeden Nachteil stillgelegt werden könnten, und daß sogar aus der heute verpufften und verschwendeten Energie noch erheblich mehr Reserven vorhanden sind als aktuell gebraucht werden. Hier hat v o r r a n g i g vor allen anderen Maßnah-

Fortsetzung nächste Seite

Es geht auch anders! Kritik zur geplanten Massenbroschüre der Anti-AKW-Bewegung

Im Hintergrund: Schlechte Ratgeber!

Forts. v. voriger Seite

men jede alternative Energiepolitik anzusetzen. Andernfalls kommt die Anti-AKW-Bewegung in die Gefahr, unkritisch neue Kohlekraftwerke zu propagieren, die ja auch bedeutend zur Umweltverschmutzung beitragen. + Außerdem werden leichtfertig „Sparmaßnahmen" im Energiesektor propagiert, dessen Kosten einseitig der Bevölkerung aufgelastet werden können bzw. heute schon werden.

Zweifelhafte Gutachter als Vorbild

Der „Fehler", der hier gemacht wird, läßt sich leicht auf eine Hauptquelle zurückführen. Die Autoren der Energiebroschüre bestreiten es auch gar nicht, daß ihr Entwurf im wesentlichen auf die vom Freiburger Öko-Institut 1980 vorgelegte Drehbuch-Studie mit dem klingenden Namen „Energie-Wende" zurückgeht. Dort sind wesentliche Prämissen der jetzigen imperialistischen Energie-Politik als Grundlage mitverwendet worden (s. AK 202), nichts desto trotz hat insbesondere die „taz" solche Thesen seit einiger Zeit mit vollem Herzen propagiert, während andere an der Anti-AKW-Broschüre Mitwirkende, wie der Göttinger Arbeitskreis, es bisher leider versäumt haben, diese Studien einer kritischen Untersuchung in ihrer Zeitung zu unterziehen. In der Studie wird die „Abhängigkeit" vom Öl keineswegs rein unter ökologischen Gesichtspunkten betrachtet, sondern als Abhängigkeit bezeichnet, mit der die BRD „aus dem Ausland erpreßbar" und enge den außenpolitischen Handlungsspielraum ein, heißt es dort.

Genau diese Argumentation ist aber zur Zeit das zentrale propagandistische Kettenglied der Bourgeoisie, um ihr

Genau diese Argumentation ist aber zur Zeit das zentrale propagandistische

Kettenglied der Bourgeoisie, um ihr Energieprogramm in die Tat umzusetzen. Spekuliert wird dabei darauf, bei der Bevölkerung einen breiten Konsens („Wir sitzen alle in einem Boot!") darüber herzustellen, daß es absolut unumgänglich ist und großer Opfer von „uns allen" bedürfe, aus dieser „Abhängigkeit" herauszukommen. Nicht zuletzt wurde dies deutlich in einer bekannten Rede des VEBA-Vorstandsvorsitzenden Benningsen-Foerder, in der er von der bis dahin gültigen, von ihm selbst als zu platt eingeschätzten Argumentation („Die Lichter gehen aus", „AKWs sind sicher!" etc.) abrückt. Nach seiner Ansicht muß der Bevölkerung vor Augen gehalten werden, in welcher Situation die BRD aufgrund ihrer Abhängigkeit und Erpreßbarkeit steckt, damit sie – wenn sie nicht militärische Aktionen zur Sicherung der Existenzfähigkeit „unserer" Wirtschaft in Kauf nehmen will – bereit ist, alle Anstrengungen aus gesamtstaatlicher Verantwortung zu akzeptieren, um aus diesem Dilemma herauszukommen.

In diesem Zusammenhang sollen alle Optionen offengehalten werden: Neben verstärkter Anwendung von Möglichkeiten der rationellen Energieversorgung und regenerativen Energiequellen natürlich auch der Ausbau des Atomprogramms, Einsatz von Kohlever„edelungs"anlagen etc. *„Notwendig ist ..., daß wir die polarisierende, konfrontative Ja- oder Nein-Diskussion in einen Prozeß überführen, der sowohl von Befürwortern als auch von Kritikern und Skeptikern als faire Vermittlung akzeptiert werden kann"* (R. Ueberhortst, SPD und Vorsitzender der Enquete-Kommission im Bericht derselben). Im „Pfad 4" des Enquete-Kommissions-Gutachten der Bundesregierung taucht dann auch der Nachweis auf, daß man sich mit hilfe alternativer Energien und Rationalisierungsmaßnahmen von dieser „Erpressungsmöglichkeit" befreien könne. Wir unterstellen den Autoren der Energiebroschüre nicht, daß sie auf den Leimpfad der kritischen Gutachter in der Enquete-Kommission gegangen sind, die sich für das Linsengericht eines „fairen" Wettbewerbs zwischen alternativen Energieformen und der Atomindustrie die Duldung der Atomenergie in diesem Wettstreit abkaufen ließen und behaupteten, auf diesem Weg die „Energiewende" in der BRD herbeiführen zu können (s. Kasten dazu). Tatsächlich aber sollte sich die Anti-AKW-Bewegung davor hüten, allzu leichtfertig in das große Tuthorn des Sparens zu blasen, ohne dagegen Front zu machen, daß solche Sparmaßnahmen nicht auf Kosten der sozialen Lage der Masse der Bevölkerung gehen dürfen.

Die „Fehler", die wir in diesem Artikel zur geplanten Energiebroschüre „Es geht auch anders" zusammengetragen haben, lassen sich sehr leicht auf ihre Ursache zurückführen. Der Großteil geht darauf zurück, daß die Autoren eingestandenermaßen als Vorlage die Drehbuchstudie „Energie-Wende" verwendet haben, die 1980 von Mitarbeitern des Freiburger Öko-Institutes veröffentlicht wurde. Diese Studie bzw. diese Thesen haben teilweise sehr weit Eingang in die Diskussion gefunden: Sie werden kritiklos in der „taz" propagiert, sie standen Pate bei dem Konzept eines Bielefelder „Alternativplans" der Bunten Liste. Andererseits gibt es kaum kritische Stellungnahmen dazu. So hat sich der „Atomexpress" des Göttinger Arbeitskreises (um eine der einflußreichsten Zeitschriften der Anti-AKW-Bewegung zu nennen) bisher mit solchen Thesen noch gar nicht auseinandergesetzt. Wir wollen hier deshalb einige Hintergründe dazu angeben:

Die „Energie-Wende" will — so der Titel — *„Wachstum und Wohlstand ohne E r d ö l und Uran"* erreichen (s. dazu auch AK 202). Während in der Ökologie-Bewegung die Schonung von Rohstoffen und somit auch des Öls aus ökologischen Gründen gepredigt wird, machen sich die Autoren der Energie-Wende vollständig die politischen Voraussetzungen des BRD-Imperialismus zu eigen. *„Uns"* mache — so die Studie — *„die Abhängigkeit vom Öl aus dem Ausland erpreßbar, zwingt zu Zugeständnissen, engt den außenpolitischen Handlungsspielraum ein"*. Tatsächlich ist heute Öl als Energierohstoff immer noch konkurrenzlos billig. Damit andere Energierohstoffe nicht vollständig von der Bildfläche verschwinden, sahnt der Staat durch Steuern kräftig ab, die Gewinne der Ölmultis suchten schon immer ihresgleichen. Seitdem aber auch die Rohstofflieferländer einen nennenswerten

Ölmultis suchten schon immer ihresgleichen. Seitdem aber auch die Rohstofflieferländer einen nennenswerten

Anteil daran gefordert und auch teilweise durchgesetzt haben, ist das Gezeter der Imperialisten groß: Seit der „Ölkrise" paart sich eine Politik des „Weg vom Öl" mit direkten Kriegsvorbereitungen gegen diese Länder. Die Imperialisten suchen eine „Streuung" bei den Rohstofflieferungen zu erreichen, wobei die Uran-Lieferländer und die Kohlelieferanten als „stabiler" gelten (was sich bei Verträgen mit Südafrika, Brasilien, Australien, Kanada etc. leicht nachvollziehen läßt). Tatsächlich sehen die Imperialisten die beste Möglichkeit, wieder zu einer „Stabilisierung" des Nahen und Mittleren Osten zu kommen, darin, deren Lieferanteil (mit Ausnahme von Saudi-Arabien u.a.) drastisch zu reduzieren.

Mittels ökologischer Vorstellungen soll nun diese Propaganda „Weg vom Öl" bzw. des Energiesparens, was nur über eine riesige Preisverteuerung für den Verbraucher durchsetzbar wäre, in die Anti-AKW-Bewegung eingeschmuggelt werden. Dabei wird dort mit allem Eifer übersehen, daß die „Alternative" Kohle konkret noch viel mehr zur Umweltverschmutzung beitragen würde. *„Deren Glaubwürdigkeit, die sagen, wir wollen eine Zukunft ohne Kernenergie möglich machen, ist jetzt in ihrem Engagement zur Förderung des Energiesparens und der erneuerbaren Energiequellen zu messen"* erklärte R. Ueberhorst, SPD-Bundestagsabgeordnete und dann vorübergehend Westberliner Umweltsenator, der die 'Enquete-Kommission' der Bundesregierung bei deren Abschlußbericht geleitet hatte. Die Enquete-Kommission hatte unter Beteiligung 'kritischer Wissenschaftler' den Auftrag, ein Gutachten über die „Zukünftige Energiepolitik" des BRD-Imperialismus zu erstellen. In dem Bericht werden dann auch mehrere Möglichkeiten, sog. „Pfade" vorgestellt. „Pfad 4" liefert das Eingeständnis einschließlich der Atommafia, daß nicht bestritten werden könne, daß eine zukünftige Energieversorgung ohne AKWs und Öl möglich wäre, wie es auch in der „Energie-Wende" des Freiburger Öko-Institutes dargelegt wurde. Die Enquete-Kommission verfolgte damit aber auch ein weiteres Ziel, das — so Ueberhorst — darin besteht, *„daß wir die polarisierende, konfrontative Ja- oder Nein-Diskussion in einen Prozeß überführen, der sowohl von den Befürwortern als auch von den Skeptikern als faire Vermittlung akzeptiert werden kann"* (zit. nach „Wie Phönix aus der Asche"). Und tatsächlich empfahlen alle Wissenschaftler und Parteienpolitiker einträchtig *„eine größtmögliche Intensivierung energiepolitischer Maßnahmen zur Förderung von Energieeinsparungen und zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen"*. Die nukleare „Option" soll dabei gleichzeitig bis 1990 offengehalten werden, d.h. es soll kräftig weitergebaut werden. Dies fand auch die Zustimmung der AKW-„Skeptiker" Prof. Altner (SPDler im Freiburger ÖkoInstitut), Prof. v. Ehrenstein (Uni Bremen) und Prof. Meyer-Abich (Uni Essen). Prof. Bossel, Mitautor der Freiburger Energiewende verteidigte dies ohne Wenn und Aber: *„Der skizzierte Kompromiß auf Zeit erfordert von den Kritikern der Kernenergienutzung eine Duldung der im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke inclusive aller Risiken, die mit dem Betrieb einer begrenzten Anzahl von Reaktoren verbunden sind. Aus unserer Sicht sollte die nukleare Option vor allem dadurch aufrechterhalten werden, daß sicherheitstechnische Verbesserungen, vorkommerzielle Testungen und Forschungen zur Entwicklung neuer Reaktorlinien durchgeführt werden"* (aus Öko-Mitteilungen, Sept. 80). FDP-Kommissionsmitglied Laermann feierte im Bundestag dieses Ergebnis offen als Möglichkeit, *„die Widerstände gegen die notwendige Entwicklung zu überwinden"*. Prof. Altner erhielt gleich noch den Forschungsauftrag zur kritischen Begutachtung der „Deutschen Reaktorsicherheitsstudie" zugesprochen (Volumen, 1,6 Mio DM).

Tatsächlich ist natürlich von der Bundesregierung keineswegs beabsichtigt, konsequent „Alternativenergien" einzusetzen, sondern durch eine Kopplung des Atomprogramms mit einer Energiesparkampagne und Alternativenergien eine *„Struktur"* zu schaffen, die *„von der großen Mehrheit der Bevölkerung politisch getragen werde"*. Es sei nicht gleichgültig, *„ob vom Standort einer kerntechnischen Anlage 5.000 oder 500 Personen weggetragen werden müssen..."* (DGB-Vorstandsmitglied Pfeiffer in „Atomwirtschaft" 7/81).

Der neue Dialog wird deshalb von der Bundesregierung heftig betrieben. Das Bundesforschungsministerium würdigte deshalb die Bemühen des BBU um *„eine Einigung im zukünftigen gemeinsamen Vorgehen"* (so Jo Leinen) und bescheinigte ihm *„für wesentliche Bereiche der Energiediskussion eine Unterstützung der Politik der Bundesregierung"* (zit. nach „taz" vom 2.4.81).

All dies sollte zumindest dazu angetan sein, daß sich die Anti-AKW-Bewegung k r i t i s c h e r die Quellen für ihre Kampagne alternativer Energiemöglichkeiten anguckt ...

Zur weiteren Diskussion

22.000 DM wurden bislang für die geplante Energiebroschüre gesammelt, täglich gehen im Schnitt 200,— DM ein, 9.000 DM sind für den Vorabdruck des ersten Entwurfes ausgegeben worden, 3.000 Broschüren wurden verteilt.

Rund 80 % der Zuschriften seien zustimmen, ein Teil befaßt sich mit Detailverbesserungen, bis Anfang November gingen aber auch rund 150 grundsätzlichere Kritiken ein.

Zum weiteren Verfahren hat die Broschüren-Redaktion deshalb folgendes beschlossen: Auf einer 'Zwischenredaktionssitzung' am 29.11. will die Bremer Gruppe Gete, die grundsätzliche Kritik am Aufbau geäußert hat, dies an einem Kapitel in Form eines alternativen Vorschlags formulieren. Die bisherigen Änderungsvorschläge werden auf die Möglichkeit hin gesichtet, wie sie eingearbeitet bzw. berücksichtigt werden könnten. Am 12.12. soll dazu ein öffentliches Redaktionstreffen stattfinden. Die Verabschiedung und Erstellung wird sicher nicht mehr in diesem Jahr zu erwarten sein. Die Redaktionsgruppe schreibt dazu, dies sei *„kein Grund zum Klagen, eher im Gegenteil"*. Die erstaunlich große Resonanz auf das Projekt sei eher ein Antrieb, die Kritiken „sorgfältig" zu prüfen und den zweiten (endgültigen) Entwurf *„nicht übers Knie zu brechen"*.

Der Artikel-Komplex in diesem AK versteht sich natürlich auch als ein Beitrag zu dieser Diskussion.

Kontakte:

BBA — Energiebroschüre —
St. Pauli-Str. 10/11
2800 Bremen
Tel: 0421 / 70 01 44

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Marienstr. 10
Postfach 45
3400 Göttingen
Tel: 0551 / 770 01 58

Spenden:

R. Röpling
Ulmenstr. 10
4600 Dortmund
PSchA Dortmund, BLZ 440 100 46
Kto-Nr 520 20 - 461
oder Volksbank Dortmund,
BLZ 441 600 14
Kto-Nr 2036 076 700

Alternative Energiepolitik am Beispiel Hamburgs

Als im Juni 1981 Hamburgs Bürgermeister Klose zurücktrat, war er an der Hamburger Energie-Mafia gescheitert. Die großen Konzerne im Aufsichtsrat der HEW und ihre Gefolgsleute in der SPD sperrten sich gegen einen Kurs in der Energiepolitik für Hamburg, der:

- **auf den Bau des AKW Brokdorf zu verzichten vorgab,**
- **trotz allem 50 % des Energiebedarfs aus Atomstrom bestreiten wollte (statt 70 % mit Brokdorf),**
- **und einen schwerpunktmäßigen Ausbau des Fernwärmenetzes für Hamburg vorsah.**

Kloses Pläne fanden nicht die Gegenliebe der Energie-Profiteure, die in Hamburg voll auf die AKWs setzen, Klose mußte gehen.

Die Macht der Energie-Konzerne und ihrer Lobby in den bürgerlichen Parteien war deutlich geworden. Sie hatten kein Interesse an einer Energiepolitik, die zumindest in Teilen beanspruchte, die Interessen der Masse der Stromverbraucher zu berücksichtigen.

In die Fußstapfen Kloses bei der Propagierung der Fernwärme für Hamburg hoffen jetzt die Grünen zu treten und sie wollen offenkundig den „Reform"kurs in der Energiepolitik fortsetzen. Dabei führt ihr Versuch, sich als die sachliche Alternative zur herrschenden Energiepolitik darzustellen — und nicht in erster Linie als die politische, die auch beim Namen nennt und angreift, wer heute Verbesserungen zugunsten der Bevölkerung verhindert — zu u.E. schwerwiegenden Fehlern, die ihr Konzept teilweise noch hinter die SPD-Diskussionen zurückfallen lassen.

Fernwärme in Hamburg

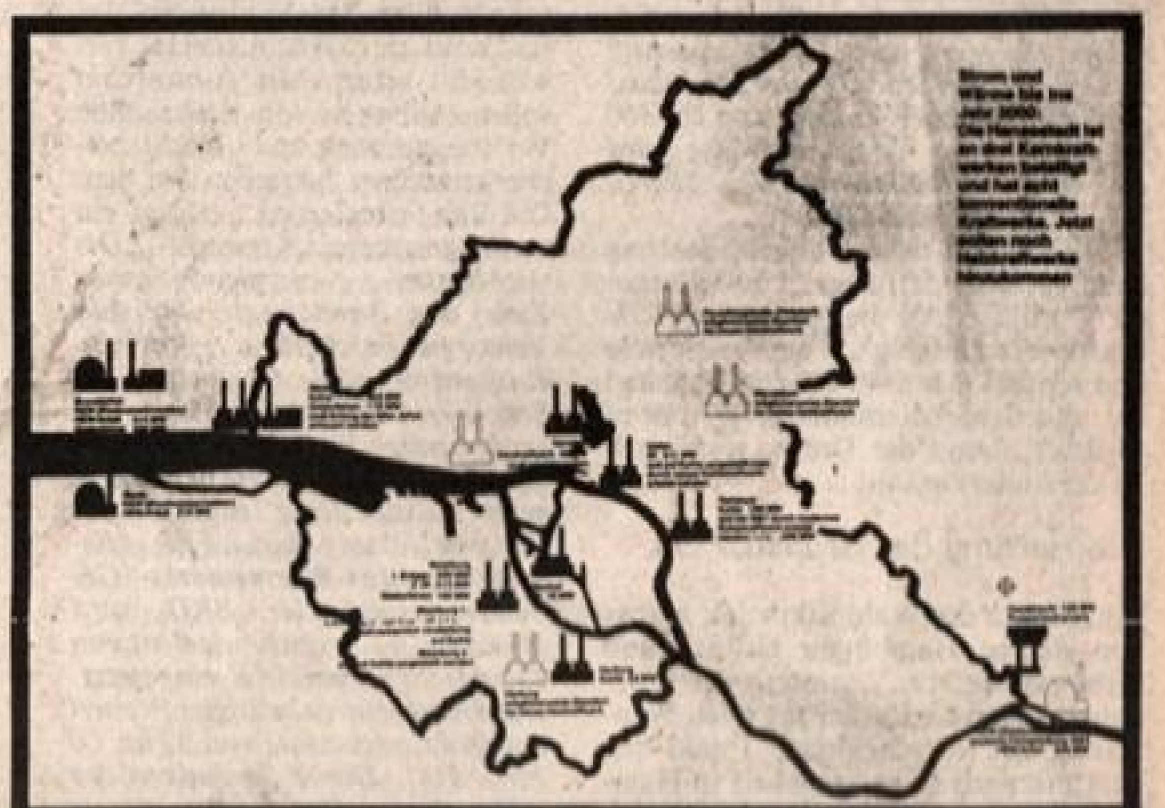
Nach den Plänen des Senats soll auch in Hamburg die Fernwärme ausgebaut werden. Aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm, das von Bund und Ländern gemeinsam getragen wird, sind für den Ausbau der Fernwärme in Hamburg 29 Millionen DM vorgesehen. Der Senat verkündete dies unter der Parole „Weg vom Öl", um eine Einsparung von 4,65 Mio Tonnen Heizöl zu erzielen. Bisher wurde die Fernwärme von den Energieversorgungsunternehmen weitgehend torpediert bzw. kurzgehalten. Doch aufgrund der steigenden Energiepreise und des Ziels, die „Ölabhängigkeit" zu verringern, wird sie stärker gefördert als bisher.

In der BRD werden zur Zeit 7 % der Heizungen mit Fernwärme gespeist (Papier des Wirtschaftssenators Steinert), in Hamburg sind es derzeit 8 %, das bedeutet 186.000 Wohneinheiten, von denen 120.000 Einheiten für Gewerbenutzung eingesetzt werden (Steinert).

Nach Vorstellungen der HEW soll der Fernwärmeanteil auf 19 % erhöht werden.

Nach Vorstellungen von Senator Steinert soll in Hamburg zunächst eine Erweiterung des Fernwärmenetzes auf 330.000 Wohneinheiten angestrebt werden. Dafür und weil bei einer jährlichen Zuwachsrate von 2,5 % der Stromhöchstlast die Kraftwerkskapazität 1987 nicht mehr ausreichen würde, muß nach Meinung von Senator Steinert ein neues Kraftwerk her. Vier Standorte sind für die neuen Heizkohlekraftwerke schon auserwählt worden: Haferweg (Altona) statt des veralteten Kraftwerks Karoline (das nebenbei bemerkt vor allem der Messeerweiterung im Wege stehe wie das gesamte Karolinenviertel). Für das veraltete Heizkraftwerk Tiefstack ist ein neues in Wandsbek geplant und eines darüber hinaus in der Feuerbergstraße in Ohlsdorf sowie ein weiteres für Harburg (alle in einer Größenordnung bis 400 MW). Steinert ist darüber hinaus von der Notwendigkeit eines Großkraftwerkes überzeugt, das die Versorgungslücke, die in den 90er Jahren angeblich blüht, schließen soll. Ein Kohlekraftwerk in einer Größenordnung von ca. 600 MW schwebt ihm dabei

Fortsetzung nächste Seite



Titelseite einer sechsseitigen Informationschrift vom März 1981 (noch in der Ära Klose/Bissinger)

Forts. v. voriger Seite

vor. Einen Vorteil sieht er darin, *„daß Hamburg dann zu etwa 50 % bei der Stromerzeugung von Kernenergie und zu 50 % von Kohlekraft abhängig wäre"*. Doch kommt er schließlich zu dem Schluß, daß es *„für HEW und die Stadt nicht ratsam"* sei, *„aus dem bereits begonnenen Kernkraftwerksbau Brokdorf auszusteigen"*. U.a. sind seine Argumente dafür: Preisvorteil bei der Stromerzeugung (die Frage bleibt, für wen?) und *„keine Emissionsbelastung für Hamburger Gebiet ... wie es durch den Bau eines weiteren Kohlekraftwerkes der Fall sein würde"*.

Bekanntlich kam der ehemalige Bürgermeister Klose ohne das AKW Brokdorf aus: *„Der Hamburger Senat hat deshalb beschlossen, ein weiteres Kohlekraftwerk überwiegend zur Stromversorgung und drei neue Heizkraftwerke zu bauen, die unsere Strom- und Wärmeversorgung bis Mitte der 90er Jahre sicherstellen. Für ein zusätzliches Atomkraftwerk Brokdorf gibt es aus Hamburger Sicht keinen Bedarf"* (‚wir hamburger', 7/81). Aktuell wird durch den neuen Bürgermeister Dohnanyi die Entscheidung um Brokdorf noch etwas in der Schwebe gehalten.

tat des Rundbriefs der BuLi-Parlamentsfraktion eindeutig hervorgeht, war diese noch vor nicht allzu langer Zeit gegen dieses Heizkraftwerk. Bisher ist aber nichts zu hören, ob die BuLi-Parlamentsfraktion die neue Linie der Grünen übernommen hat oder bei ihrer ursprünglichen Ablehnung geblieben ist.

In dem erwähnten Papier heißt es: *„Die Grünen geben der Kraft-Wärme-Kopplung eindeutige Priorität ... Heizkraftwerke sind der erste, aber entscheidende Schritt zu besserer Energieausnutzung, weniger Umweltbelastung und geringeren Heizkosten!"* (Reader zum kommunalpolitischen Kongreß, S. 81). Und weiter: „ ... *fordern die Grünen im Bereich der Strom- und Fernwärmeerzeugung folgende Projekte beschleunigt zu verwirklichen: Neubau eines 400 MW-Heizkraftwerkes in Tiefstack... Neubau zweier mittlerer Heizkraftwerke um 150 MW am Haferweg und in Ohlsdorf"* (ebd. S. 81/82).

Genau gegen diese Kraftwerke hat aber nun sogar die regierende SPD umweltpolitische Bedenken erhoben: Darüber hinaus besteht seit Bekanntgabe dieser Pläne eine BI Haferweg gegen das Heizkraftwerk, die bisher von der BuLi-Parlamentsfraktion zumindest verbal unterstützt wurde. Doch in ihrem Bemühen, dominant konstruktiv zu sein, werden nun im Sinne der ‚sachkundigen' Alternativvorschläge die Interessen der betroffenen Bevölkerung untergebuttert. Der KB hatte in einem Papier zu dem Kongreß die Forderung aufgestellt: *„Keine Heizkraftwerke gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung!"* (Reader, S. 71), eine Forderung, die auf dem kommunalpolitischen Kongreß mit dem Hinweis, das Kraftwerk müsse ja irgendwo stehen, kritisiert und angegriffen wurde.

Es ist schon erstaunlich, wie bereitwillig die Grünen die aus den Plänen der SPD übernommenen Standorte für Heizkraftwerke akzeptieren. Im Papier der Grünen wird nicht einmal kritisch hinterfragt, ob überhaupt die Notwendigkeit für ihren Bau besteht, so abgefahren ist man auf die Alternative. Dabei gilt auch für Hamburg, daß eine große Menge Industrie-Abwärme-Kapazität ungenutzt in die Luft und in Gewässer abgegeben wird, wodurch sie noch zusätzlich zur Umweltbelastung beiträgt. Die Zahlen für Hamburg sind uns nicht bekannt. Aber für die Bundesrepublik insgesamt weist eine geheime Studie der BP aus, daß die Kapazität so groß wie das gesamte Atomenergieprogramm (21.000 MW) ist. Für Nordrhein-Westfalen sagen selbst die Minister Farthmann und Jochimsen in einem Fernwärme-Papier, *„daß das verfügbare Abwärmepotential höher ist, als der gesamte Energieverbrauch aller Haushalte und Kleinverbraucher"* zusammen.

Ein erster Modellversuch im umweltverseuchten Duisburg ist angelaufen. Die beiden Städte Duisburg und Dinslaken haben die Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH gegründet, die aufbauend auf der Abwärme des Thyssen-Stahlwerks, der Sachtleben Chemie und dem Warmbandwerk Beeckerswerth beide Städte mit Fernwärme versorgt. Zusätzliche Kraftwerke für Hamburg zu fordern und dies zudem noch gegen den artikulierten Willen von Bürgern, ohne die bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, kennzeichnet das Hamburger Grünen-Papier. Nicht zuletzt dürfte die euphorische Übernahme des SPD-Linken-Konzepts darin begründet liegen, daß die grünen Alternativen Hamburgs nicht unwesentlich gerade auf eine Zusammenarbeit mit dieser SPD zielen.

Die Macht der Konzerne brechen

Wesentlich radikaler und auch besser haben es da die Jusos formuliert, wenn sie schreiben: *„Energieversorgung bedeutet nicht in erster Linie die Bereitstellung von Öl, Gas, Kohle, Strom etc.,sondern die vernünftige Erfüllung von sozialen Bedürfnissen* (z.B. *warme Räume, vernünftige Kochvorrichtungen, angemessene Transportmöglichkeiten etc) mit Hilfe von Energiedienstleistungen"* (Juso Broschüre, S. 23). Hierbei kommt mensch natürlich nicht drumherum, die Macht der Energiekonzerne anzugreifen. Zwar wird in dem Papier der Grünen gefordert, die HEW in Stadtwerke umzuwandeln, doch soll die Macht der Elektrizitäts-Versorgungs-Unternehmen (EVUs) ansonsten nicht angetastet werden.

Doch läßt sich ohne Not nachweisen, daß der entscheidende Hintergrund für die aktuelle Energieverschwendung und gleichzeitige Möglichkeit, mit der Energieerzeugung ungeheure Profite zu machen, in der einzigartigen Monopolstellung der Energiekonzerne begründet ist. Diese fußt auf dem sogenannten „Energiesicherungsgesetz", das im Faschismus erlassen wurde und die Erzeugung von Strom ausschließlich durch die EVUs vorsieht. Die EVUs haben die Möglichkeit, alle anderen Stromerzeuger, wie beispielsweise die Industrie, mit extrem niedrigen Tarifen von Stromeinspeisungen ins Netz abzuhalten. Dieses Gesetz sichert ihnen ebenso das alleinige Wegerecht für Leitungsnetze und gibt ihnen die Macht, bestimmte Energieträger festzulegen. Sondertarife mit der Industrie brauchen nicht veröffentlicht zu werden und können je nach Geschäftslage abgeschlossen werden.

Daher sind alle Forderungen nach alternativer Energiepolitik wirkungslos, wenn sie nicht mit der Forderung verknüpft sind,auch die Allmacht dieser Energiemonopole zu brechen.

In diesem Sinne wurde auch in dem KB-Papier zum Kongreß die Forderung nach Aufhebung des Energiesicherungsgesetzes erhoben.

All dies zeigt: Je konkreter eine Alternative Liste sich mit den Problemen der Energieversorgung beschäftigt, um so antikapitalistischer muß sie in ihren Forderungen werden, will sie eine echte Alternative zu den bürgerlichen Parteien sein.

Wird aber das Maß einer ‚sachkundigen, konstruktiven Alternative' zugrundegelegt, kann es, wie bei den Hamburger Grünen geschehen, leicht passieren, daß solch eine Programmatik nicht nur hinter Positionen z.B. der SPD oder der Jusos zurückfällt, sondern sich auch noch gegen die Bevölkerung richtet.

AKW-Nein-Kommission

Fernwärme und ihre Stellung im Energiekonzept der BRD

Sieht mensch sich weitere offizielle Begründungen für den Ausbau der Fernwärme — neben der Erhöhung der ‚Versorgungssicherheit' — an, kommen Gründe zum Vorschein, die nicht im Interesse der Bevölkerung liegen können. Laut Umweltsenator Curilla soll in Hamburg Fernwärme ausgebaut werden, um in bestimmten Stadtteilen die SO_2 -Belastung zu verringern, damit bestehende Industrieanlagen nicht schließen müssen bzw. neue Industrie angesiedelt werden könne. Hauptemmittent von SO_2 ist in Hamburg die Öl- und Raffinerieindustrie im Hafen. Anstatt von dieser schärfere Auflagen zu verlangen, soll die Bevölkerung an den Heizkraftwerkstandorten unter erhöhter Luftverschmutzung leiden.

Bei der WKK (Wärmekraftkopp- schaftlichen Berechnungen der Stadt vor Gericht erreichen woll- war der Brief von Anzeigen der
leiden.

Diese Position liegt zweifellos auf der Linie der Bundesregierung: *„Die Verminderung der Umweltverschmutzung aufgrund der Abwärmenutzung würde den Spielraum der Kommunen für Neuansiedlungen von Industriebetrieben beträchtlich erweitern"* (P. Reuschenbach, stellvertretender Vorsitzender des Bundestagswirtschaftsausschusses). Es geht also nicht um die dringende Verbesserung der Luftqualität in der BRD, sondern die geringe Belastung durch Fernwärmenutzung soll gleich wieder durch neue Industriegifte wettgemacht werden.

Aber die aktuelle Einführung der Fernwärme hat noch weitere Schattenseiten. So ist z.B. in der Diskussion, auch Atomkraftwerke auf Wärme-Kraft-Kopplung umzustellen, was auch bei fern von Städten gelegenen Standorten kein Problem ist, da durch Isolierung der Fernwärmeleitungen Temperaturverluste sehr stark reduziert werden können. Im Hamburger Raum ist an das rissige AKW Stade gedacht, da es so zuverlässig sei.

Doch auch die geplanten Heizkraftwerke, die einfach kleine Kohlekraftwerke sind, pusten enorme Giftmengen in die Luft.

Das in Hamburg geplante Heizkohlekraftwerk Haferweg z.B. will die HEW mit der sogenannten Sanierungsklausel durchsetzen, die besagt, *„daß alte Anlagen durch neue umweltverträglichere Anlagen ersetzt werden"* können. Geschlossen werden soll dafür die Karoline. Aber daß deshalb die Luft in Hamburg besser werden würde, ist nicht der Fall. So steht im Bunte Liste-Parlamentsfraktions-Rundbrief, Jan. 1981, zu lesen: *„Immerhin sieht die Planung einen wesentlich höheren Ausstoßwert an SO_2 vor als den der Karoline. So soll die Anlage Haferweg stündlich 960 kg (!) , also fast eine Tonne SO_2 ausstoßen, die Anlage Karoline dagegen hatte einen Ausstoß von ca. 680 kg/Std. Nur der Staubausstoß wird geringer, er sinkt von ca. 300 kg auf 113 kg. Möglicherweise wird dies als Ersatzmaßnahme zum höheren SO_2 -Ausstoß herausgeputzt."*

Aktuell hat diese Umweltbelastung dazu geführt, daß sogar Umweltsenator Curilla gegen die geplanten Heizkraftwerke Haferweg, Feuerbergstraße und Jenfeld massiven Protest eingelegt hat und Schornsteinhöhen von 150 m forderte, damit der Dreck ‚erst' nach 10 km runterkommt.

Die Haltung der Grünen

Seit Beginn der Wahldiskussion wurde von einigen Hamburger Grünen und insbesondere von Vertretern der Z behauptet, daß die Forderung nach Fernwärme der entscheidende Punkt für eine alternative Energiepolitik in Hamburg sei. Konsequent wird daher auch in einem Papier zum kommunalpolitischen Kongreß ein Heizkraftwerk am Haferweg gefordert. Wie aus dem Zi-

Bei der WKK (Wärmekraftkopplung) handelt es sich um eine seit langem bekannte Technologie, die sich durch eine besonders gute Ausnutzung des Brennstoffes auszeichnet. Bei der Stromerzeugung wird nur 1/3 des Energiegehaltes der Brennstoffe in elektrische Energie umgewandelt, die restlichen 2/3 gehen als Abwärme verloren.

Bei der WKK wird diese Abwärme mit Hilfe von Wärmetauschern abgezogen, um sie dann für Fernheizzwecke zu verwenden. Dadurch erhöht sich die Ausnutzung der Primärenergie auf 80 bis 85 %!

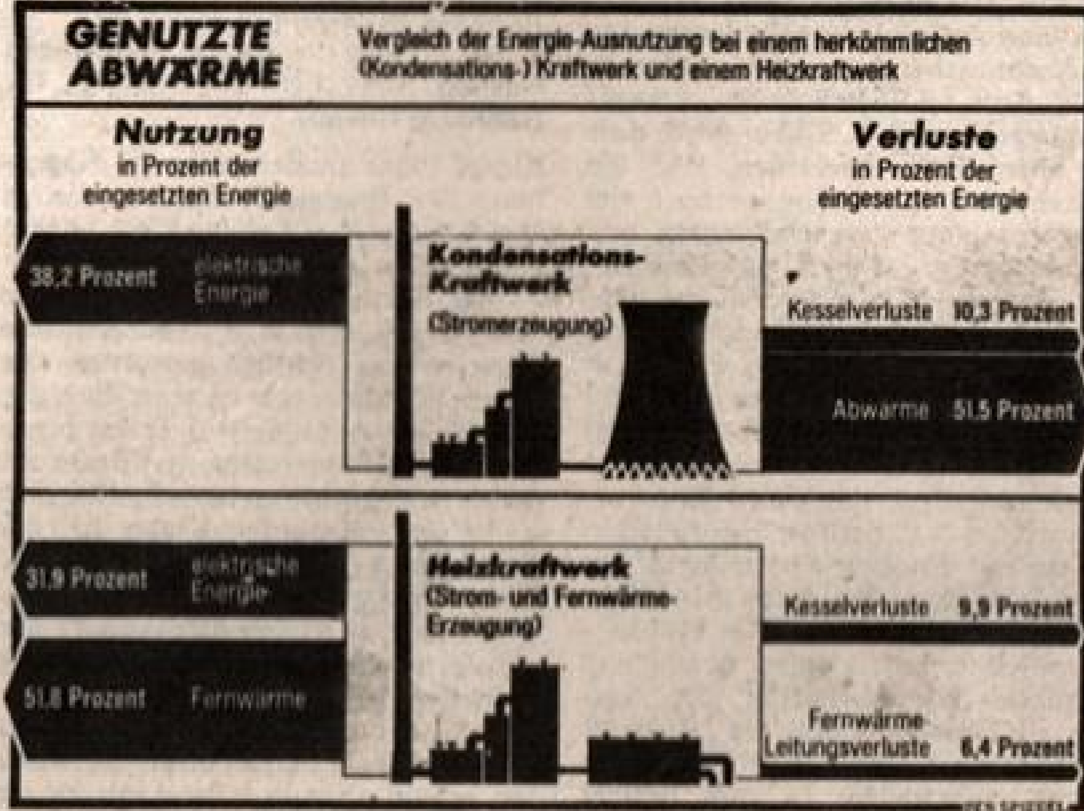
Der Ausbau von Fernwärme ist in Ballungsräumen am günstigsten. Hier kann vergleichsweise kostengünstig das notwendige Rohrleitungsnetz zur Wärmeverteilung ausgebaut werden.

Aus einer Studie des Bundesforschungsministeriums (BMFT) geht hervor, daß *„ca. 25 % des Raumwärmebedarfs in der Bundesrepublik zu wirtschaftlichen Bedingungen mit Fernwärme versorgt werden"* können.

Bei optimaler Nutzung der Fernwärme könnten etwa 27 Mio t leichtes Heizöl eingespart werden. Dies würde eine Devisenersparnis von 13 Mrd. (in Preisen von 1980), also etwa der Hälfte des Zahlungsbilanzdefizites der BRD, bedeuten („Bonner Energie-Report", 5/81).

Doch die langfristige Umstrukturierung der Energieversorgung der BRD unter dem Motto „Weg vom Öl" ist in ihren Mitteln nicht unumstritten. Energieversorgungsunternehmen und auch die CDU möchten diese Umstellung primär über das Eindringen der EVUs in den Wärmemarkt verwirklicht sehen. Mit Atomstrom sollen Millionen von elektrischen Wärmepumpen und Nachtspeicherheizungen betrieben werden. Die Bundesregierung verfolgt ein mehr gestreutes Konzept. *„Die wichtigsten energiepolitischen Ziele der Bundesregierung sind Versorgungssicherheit, Energieeinsparung und Ölsubstitution. Schon ein Überblick über die großräumige Verteilung der Wärmeenergiearten im Bundesgebiet zeigt beträchtliche Mängel der Bedarfsdeckung auf... Im Niedertemperatur-Wärmemarkt (Gebäudeheizung) der BRD wird jährlich ein Energieäquivalent von 130 Mio Tonnen SKE eingesetzt. Das entspricht zu heutigen Preisen einem Jahresumsatz von 60 bis 80 Mrd. DM. Durch Techniken der rationellen Energieverwendung und durch siedlungsstrukturell optimale Wärmeversorgungssysteme kann nach ersten wissenschaftlichen Berechnungen der Primärenergiebedarf für Heizzwecke auf etwa die Hälfte des heutigen Bedarfs gesenkt werden. Über 50 % der Gebäude der BRD werden gegenwärtig mit Öl beheizt"* (Arbeitsprogramm ‚Örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte', BMFT und Bundesministerium für Städtebau, Sept. 80). Die Bundesregierung fordert in diesem Programm die Gemeinden auf, *„Versorgungskonzepte zu entwickeln, um ein sinnvolles Zusammenwirken von Strom, Gas, der Nutzung des wirtschaftlichen Fernwärmepotentials auf der Basis von Kraft-Wärme-Kopplung und der industriellen Abwärme zu unterstützen"* (ebd.).

In fast identischer Richtung wurde auch auf dem letzten Städtetag argumentiert: *„Bei den*



Überlegungen zur Gestaltung der künftigen Stadtstruktur kommt dem Einsatz von Fernwärme besondere Bedeutung zu", und an anderer Stelle heißt es: *„Verstärkt ist heute die Verwendung der bei der Elektrizitätserzeugung in Kernkraftwerken sowie bei industriellen Prozessen anfallende Abwärme in die Überlegungen einzubeziehen"* (Deutscher Städtetag 81, AK II, Knappe Energie und Stadtentwicklung).

Abgesehen davon, daß Atomenergie als Abwärme- oder Stromlieferant immer in diese Überlegungen eingeschlossen ist, ergeben sich doch aus dieser Politik Reibungspunkte mit der Allmacht der Energiekonzerne. Erstes Beispiel dafür ist eine Klage der Stadt Krefeld gegen die RWE, mit der die Stadt vor Gericht erreichen wollte, aus Verträgen mit der RWE aussteigen zu dürfen. Dies war mit dem Ziel geplant, günstigere Verträge mit anderen EVUs abschließen, ein eigenes Kraftwerk zur Erzeugung von Fernwärme errichten und um später Strom vom „Schnellen Brüter" in Kalkar beziehen zu können („Spiegel", 8/79).

Den Ausbau der Fernwärme haben Teile der Versorgungsunternehmen und der Großindustrie in der BRD immer wieder zu torpedieren verstanden.

Beim sinnvollen Ausbau der Fernwärme müßten andere Versorgungsarten wie Strom oder Gas wegfallen. In Flensburg hat der konsequente Ausbau und die für die Verbraucher kostengünstigere Art der Fernwärme dazu geführt, daß die Entwicklung im Gasgeschäft entsprechend rückläufig ist. *„Die Gasabgabe ging von ihrem Höhepunkt im Jahre 1970 auf 25 % dieses Höchstwertes zurück. Da gleichzeitig die Gaskundenzahl von ursprünglich etwa 27 000 auf 5 500 Ende letzten Jahres gesunken ist, wurde eine Stillegung der Flensburger Gasversorgung zum 1. April nächsten Jahres beschlossen"* („Sonnenenergie", 2/81).

Die Ölgesellschaften, die sich in der letzten Zeit immer mehr in das Gasgeschäft einkauften, bangen um ihre Absatzmöglichkeiten. In Flensburg war beim Beginn des Fernwärmeausbaus ein offener Brief an die Ratsversammlung im „Flensburger Tageblatt" erschienen, der sich mit dem „Fehlverhalten der Stadtwerke" in Sachen Fernwärme befaßte. Umrahmt war der Brief von Anzeigen der einschlägigen Öl- und Gasgesellschaften („Spiegel", 16/81). Seit im Jahre 1969 die Stadt durch die Stadtwerke das Fernwärmenetz aufzubauen begann, haben inzwischen 90 % aller Flensburger Häuser einen Anschluß an das Fernwärmenetz. Für die Flensburger hat sich dieses Heizsystem auch positiv auf den Strompreis ausgewirkt. Sie zahlen *„gegenwärtig den halben Heizkostenpreis einer Gasheizung oder einer Ölanlage"* („Spiegel", 13.4.81).

Flensburg hatte den Vorteil, daß es unabhängig war von bundesdeutschen Elektrizitätsgiganten wie RWE, VEW oder NWK. Schon seit über 50 Jahren arbeiteten die Stadtwerke Flensburg mit dem genossenschaftlichen dänischen Energieversorgungsverbund Elsam zusammen, der in dänischen Städten schon lange die Wärme-Kraft-Kopplung (WKK) praktiziert („Spiegel", 13.4.81).

Auch in einigen anderen Städten gibt es mit Fernwärme entsprechende Erfahrungen. So zahlen z.B. die Bewohner in Dinslaken ca. 20 % weniger als sie für eine Ölheizung ausgeben müßten.

Wolfsburg ist wohl das älteste Beispiel für die Nutzung von Fernwärme. Im Rahmen einer autarken Energiepolitik wurde es schon im Faschismus zu nahezu 100 % mit Fernwärmenutzung ausgerüstet.

Heute geht es bei den Auseinandersetzungen um die Neustrukturierung der Energieträger nicht um den Einsatz ungefährlicher und besonders bevölkerungsfreundlicher Energieträger, sondern um volkswirtschaftlich sinnvolle. So sollen die energiepolitischen Ziele der Ölsubstitution und Versorgungssicherheit erreicht werden.

Wenn es um eine Position zu diesen Energieumstellungen und insbesondere zum Ausbau des Fernwärmenetzes geht, sind für uns die Betonung folgender Aspekte entscheidend:

— Die Politik „Weg vom Öl" dient nach außen nicht dazu, zu einem solidarischeren Verhältnis der BRD gegenüber den OPEC-Staaten zu gelangen, sondern ihnen wieder in einer stärkeren, ‚unabhängigeren' Position gegenübertreten zu können, mit dem Ziel, den Ölpreis der Erzeugerländer wieder zu senken.

Dies bedeutet für uns auch auf der kommunalen Ebene, diesen Hintergrund der Umstrukturierung aufzuzeigen und sie nicht kritiklos zu bejubeln oder sogar als Eingehen auf die Forderungen der Umweltschutzbewegung zu interpretieren.

Polizei kaputt? ...

Im Zuge der diesjährigen Einsätze der Polizei gegen Massenproteste in Brokdorf, Westberlin, Startbahn-West u.a. ist es zu Unmutsäußerungen in den Reihen der Polizei gekommen. Sie sieht sich zum „Prügelknaben der Nation" gemacht. Einzelne Polizisten haben Kritik an den Einsätzen. Entsprechende Verlautbarungen seitens der „Gewerkschaft der Polizei" (GdP), des „Bund deutscher Kriminalbeamter" (BdK) sowie einzelner Polizisten werden von interessierten Medien in die Öffentlichkeit getragen, um damit den demokratischen Charakter der Polizei zu belegen.
Von Teilen der Linken werden diese Vorkommnisse wieder einmal – wie früher vom KBW vor der großen Brokdorf-Demonstration 1977 – als Beweis für die „Ratlosigkeit", „Schwäche" und „Zerrüttung" des Polizeiapparates interpretiert, der vom Volkswiderstand, von der bloßen Anwesenheit von Zehntausenden „zersetzt", „gehemmt" und „entwaffnet" werde. Die linke Zersetzungs-Front geht von den Gewaltfreien über „Pflasterstrand", „taz", KBW bis hin zur DKP, derzufolge die Bullen von ihren Einsatzleitungen „mit Schlägen auf den Rücken zum Einsatz getrieben" werden mußten (siehe dazu AK 211).
Die in einigen Kreisen der Linken aktuelle Neuauflage reformistischer Staatstheorien, denen zufolge – wie z.B. bei Nicos Poulantzas – die Volkskämpfe sich im „modernen Staat" mehr und mehr „quer durch die Staatsapparate" ziehen, gibt dafür den passenden Hintergrund. War die vergleichbare Einschätzung des KBW vor der dritten Großdemonstration in Brokdorf 1977 Anlaß, zum Sturm auf den Bauplatz aufzurufen und den KB wegen angeblicher Abwiegelei und Kollaboration mit der Polizei anzugreifen, so dient dieselbe Einschätzung heute als Begründung für die Notwendigkeit gewaltfreien Widerstandes. „Aktive Gewaltfreiheit", so heißt es in einem Artikel des „Pflasterstrand", sei „mehr als ein moralischer Sieg". Es habe sich gezeigt, „daß die Polizeimaschine 10 000 Leute nicht beliebig aus dem Weg prügeln kann". Man könne „Symbole setzen", könne „so entschlossen sein, daß ein militärischer Sieg der Staatsmacht zu einer fürchterlichen öffentlichen Niederlage wird". Die Polizei habe „alle Hände voll zu tun (gehabt), ihre Feindbilder in den eigenen Reihen aufrechtzuerhalten".
Angesichts der in diesen Positionen enthaltenen Verharmlosung der Polizei und Unterschätzung der Möglichkeiten des Staates ist es angebracht, die Zersetzungs-Thesen an den Tatsachen zu prüfen.

Zunächst: Auch bei der Polizei wird protestiert, seit im Zuge der anhaltenden Regierungskrise die Einsätze gegen Massenproteste nicht mehr abreißen. Die Orte Brokdorf, Westberlin, Startbahn West uam. bezeichnen nicht nur eine quantitative Ausdehnung von Protesten, sondern auch deren qualitative Veränderung. In zunehmendem Maße beteiligen sich „normale Bürger/innen" an den Auseinandersetzungen. Zwar ist der Polizeiapparat seit Jahren für solche Einsätze aufgebaut und getrimmt worden; dennoch fühlen sich viele Polizisten gegenwärtig, wo sie erstmals praktisch auf protestierende Bevölkerung einzuprügeln haben, „verunsichert", „überfordert". Hinzu kommen z.T. Überstunden, Freizeit-Entzug u.ä.

Entsprechend artikulieren ihre Berufsverbände seit Anfang dieses Jahres verstärkt Unmut und Forderungen an die Politiker. Übergehen wir den BdK, den faschistoiden Konkurrenzverband der GdP, der seit Jahren in allen Fragen der „Inneren Sicherheit" ohnehin nur Verschärfungen gefordert hat, die z.T. noch jenseits von CDU/CSU-Forderungen liegen. Interessanter sind die Proteste der GdP, die übrigens seit 1978 dem DGB als Einzelgewerkschaft angeschlossen ist.

Bereits nach der Hamburger Brokdorf-Demonstration vom 2.2.81 sah die GdP *„die Belastung der Polizei an der Grenze des Zumutbaren"*. GdP-Vorsitzender Schirrmacher (inzwischen abgelöst durch Schröder) forderte, die Polizei dürfe nicht zum „Prügelknaben" gemacht werden („Hamburger Abendblatt" (HA), 4.2.81). Nach der Großdemonstration in Brokdorf quoll die Presse über vor Mitleid mit den Polizisten, die „nicht mehr aus den Stiefeln kommen", „sich im Dauerstress befinden" und den Angriffen der „Chaoten" ausgeliefert sind. Schirrmacher forderte die „Anwendung der bestehenden Gesetze". Die GdP Westberlin wurde vor dem Hintergrund der dortigen Ereignisse noch deutlicher: Sie forderte vom Senat, *„keine rechtsfreien Räume"* zu dulden und der *„Kapitulation des Rechtsstaats vor Rechtsbrechern"* mit *„eindeutigen politischen Entscheidungen entgegenzutreten"* (ebenda); darüber hinaus müsse man künftig *„vermummten und maskierten Gestalten das Recht auf Demonstration nehmen"*. –

Bisheriger Höhepunkt der GdP-Proteste ist die Ankündigung einer Demonstration wegen der Einsätze bei der Startbahn-West-Räumung. Unter der Parole „Wir haben die Schnauze voll" soll gegen „Überbelastung", „700 000 Überstunden" und schlechte Unterbringung protestiert werden. Der hessische GdP-Vorsitzende Koppmann forderte *„umgehend Entlastung durch Polizeikräfte aus anderen Bundesländern"* („Frankfurter Rundschau" (FR), 6.11.81). – Das deutet schon ein wenig die Richtung des Protestes an. Dazu später....

Inzwischen verlangte die GdP sogar *„umgehende Gespräche zwischen den verantwortlichen Politikern in Wiesbaden und den Vertretern der Bürgerinitiativen"* und *„humane Polizeieinsätze"* im Wald sowie *„menschenwürdige Unterkünfte für die Beamten"*. Koppmann warf dem hessischen Innenminister Gries sogar vor, er verletze seine „Fürsorgepflicht gegenüber den Beamten" und bezeichnete die Räumung des Hüttendorfes als „polizeitaktisch" falsch. Begründung: . . . da *„man wußte, daß dann über Telefonketten Massen von Menschen in den Wald kommen"*. Indirekt legte er dem Innenminister sogar den Rücktritt nahe (FR, 16.11.81).

Über diese GdP-Proteste hinaus haben auch einzelne Polizisten Reaktionen auf die Dauereinsätze gezeigt: In Westberlin veröffentlichten „12 Kollegen, bzw. ehemalige Kollegen" kurz vor der geplanten Räumungsorgie des neuen CDU-Senats einen Aufruf an die „Kollegen" unter der Parole: **„Polizeivollzug: Ja – Räumung: Nein!!!"**. Sie forderten „politische Lösungen" statt *„den stärker werdenden Protest ganzer Bevölkerungsschichten zu unterdrücken"*. Von ihren Kollegen forderten sie: *„Diskutiert in euren Einheiten und mit den Hausbesetzern ... Laßt euch nicht als willenloses Werkzeug gewisser Politiker und Spekulanten gegen die Interessen der Bevölkerung mißbrauchen"* („taz", 21.9.81).

Seit Ende Oktober hat sich ein Polizist in Westberlin unter die Paten für besetzte Häuser eingereiht. Er hat dafür mit Disziplinarmaßnahmen zu rechnen („taz", 12.11.81).

Last not least sind da die akuellsten Berichte aus Frankfurt und Umgebung über die allgemeine Unlust der hessischen Bullen, über angebliche Sabotage und Befehlsverweigerungen. In Sendungen des Fernsehens äußerten sich hessische Bullen auch kritisch zu den Einsätzen ihrer „Kollegen", insbesondere den Spezial-Kommandos. In einem Fall soll ein Polizist seinen Dienst quittiert haben.

Angesichts dieser – zweifellos beachtenswerten und z.T. auch erfreulichen Vorgänge in den Reihen der Polizei muß aber festgehalten werden:

Erstens:
Viel Lärm – wenig Konsequenz

Gemessen an dem Umfang der aktuellen Einsätze und ihrer Brutalität haben bisher erschreckend wenig Bullen tatsächlich das Handtuch geworfen. Es sind lediglich einzelne, die aus ihrer Unzufriedenheit Konsequenzen ziehen – obwohl das Ausmaß der Einsätze weit über frühere Anlässe hinausgeht. Genaugenommen handelt es sich um eine bekanntgewordene Dienstquittierung in Frankfurt, einen Paten in Westberlin und die Verfasser des „Offenen Briefs", von denen nicht bekannt ist, ob, wann und warum sie den Polizeidienst verlassen haben. Bemerkenswert ist, was gerade jener Pate aus Westberlin über die Chance von „Nachahmungstätern" unter seinen Kollegen äußert: Es gebe *„sicher auch Kollegen, die mit der Wohungspolitik nicht einverstanden sind, die aber gezwungen sind, ihren Dienst auszuüben, weil man ja nicht alles hinschmeißen kann, wenn einem irgendwas nicht paßt"*. „Privat" würden schon mal politische Gespräche geführt, aber die Kollegen seien „schlecht informiert". *„Zweifel kommen fast nie auf. Die Mehrheit der Polizisten scheint mir sowieso konservativer als der Rest der Gesellschaft zu sein . . ."* („taz", 12.11.81). Ähnlich äußerten sich kritische hessische Bullen in Fernsehinterviews über die Mehrzahl ihrer Kollegen.

Aber auch die kritischen Bullen, die die Anliegen der Demonstrierenden für diskutierenswert halten, ordnen sich – sehr handfest nachweisbar – unter, wenn der Einsatzbefehl kommt. Ihre Argumente: „Dienst ist Dienst", „Recht muß Recht bleiben", „Rücksicht auf Frau und Familie". Disziplinarischer Druck mit Hinweis auf die „beamtenrechtlichen Konsequenzen", sprich: Entlassung aus dem Dienst, tut vor dem Hintergrund wachsender Arbeitslosigkeit offenbar Wunder in der Kanalisierung von Unzufriedenheit in den Reihen der Polizei. Der hessische Innenminister Gries jedenfalls kann sich einen recht ruppigen Ton bei der Zurechtweisung der unzufriedenen Polizisten leisten: erstens sei *„der Polizeibeamte grundsätzlich auch zur Teilnahme an Einsätzen verpflichtet, ... deren Zweck seinen Auffassungen zuwiderläuft"* („Die Polizei", 11/81, S.367), und zweitens gehe es nicht an, *„der politischen Polizeiführung während laufender Großeinsätze ‚Forderungen aus dem Bereich der sozialen Fürsorge' abpressen zu wollen"* (FR, 16.11.81). – Gleichzeitig winkt er allerdings damit, daß er in einem Gespräch mit dem Finanzminister *„die Aufstockung der Mittel für die Bezahlung der Überstunden der Polizeibeamten um 2,2 Millionen Mark erreicht"* habe (ebenda).

In diesem Spannungsfeld zwischen Drohungen und Versprechungen haben sich 99,99 Prozent der Bullen ihre Kritik abkaufen lassen – wobei ihr Frust sich dann in doppelter Wut gegen die vermeintlichen Verursacher/innen ihrer beschissenen Situation entlädt. Der beklagte Dauerstress, Trennung von ihren Frauen, Angst vor Verletzungen uam. verwandeln sich derart für die politische Führung der Polizei in Mittel der „Motivation". Dazu gehört offenbar auch, unerfahrene Beamte „ins Feuer zu schicken", oder Einsätze zu befehlen, in denen kleine Einheiten provokativ verheizt werden, um die übrigen anzuheizen. Die Chancen für eine solche Motivations-Politik gegenüber der Masse der Polizisten werden sich in Zukunft nicht verringern, zumindest solange die Arbeitslosigkeit anhält. Was an Kritik trotzdem übrig bleibt, sieht die übergroße Mehrheit der unzufriedenen Polizisten – von den übrigen hier ganz zu schweigen – immer noch ausreichend durch die „gewerkschaftlichen" Forderungen der GdP abgedeckt, die damit eine eindeutig stabilisierende Funktion haben.

Zweitens:
GdP fordert „Innere Sicherheit"

Der aktuelle Protest der GdP läuft in erster Linie auf massive gesetzliche,

Fortsetzung nächste Seite



Das Foto zeigt die offensichtliche Hilflosigkeit, in die die Staatsmaschine sich durch den praktizierten gewaltfreien Widerstand versetzt sieht.

Georg Kreisler:

Schützen wir die Polizei...

Georg Kreisler:
Schützen wir die Polizei...

Wir ha'm den Tierschutzverein
wir ha'm den Kinderschutz
wir ha'm den Rentnerschutzverein
und der ist gar nichts nutz
wir haben außerdem den Mutterfreudenschutzverband
und einen Schutzverband fürs teure Vaterland
wir ha'm den Denkmalschutz
wir haben auch den Jugendschutz
und einen Schutzverband
der schützen soll vor Schund und Schmutz
doch es gibt jemand, den man überhaupt nicht schützt
ich möchte hoffen, daß man mich da unterstützt;

Schützen wir die Polizei
vor Verdruß und Schererei.
Wenn ein Räuber überrascht wird
und das Weglaufen vergißt –
ja, der schützt die Polizist' !
Oder sagen wir ein Student
geht spazier'n vorm Parlament,
ja, was denkt sich der dabei? –
Schützen wir die Polizei!
denn für Studenten haben wir ja sowieso nie Platz
die soll'n doch erst was lernen;
Vorher sind sie für die Katz;
und wenn sie protestieren
wer beschützt die Polizei?
Ja, was ist schon ein Revolver
und ein Knüppel oder zwei?
Statt der Funkstreifenwagen: Panzer!
Wer drin sitzt, kann zwar nichts sehn
doch es kann ihm nichts gescheh'n!
Außerdem an jeder Ecke zwei Kanonen für die Leut –
sie werd'n sehn, wie sich der Schutzmann drüber freut.
Drauf und dran! Gehn wir's an! Schützen jeden Mann!
Schützen wir die Polizei;
sie wär längst schon an der Reih!
Manchmal kann man sie bestechen
und ich weiß ja, es ist trist,
doch wer schützt den Polizist?
Und wer schützt ihn vor dem Schmerz
wenn er pfeift – und keiner hört's!
Oh, wir schützen jedes Tier,
schützen Steuerhinterzieh'r,
schützen Volksdemokratien,
schützen Schützenkompanien,
jeden Tag sind wir beim Schützen frisch dabei
schützen auch die Polizei!

Forts. v. voriger Seite

technische und personelle Aufrüstung des Polizeiapparats hinaus.

Die Forderung nach „politischen Lösungen" bedeutet für die GdP nicht Kritik an den politischen Zwekken der Einsätze in Brokdorf, Westberlin oder jetzt in Frankfurt, sondern an der Methode. Sie fordert sogar die „entschlossene Anwendung geltender Gesetze", um keine „Unsicherheit" bei den Polizisten aufkommen zu lassen. Für Brokdorf bedeutete das: Schirrmacher forderte die Durchsetzung des Demo-Verbots. In Westberlin mußte sich selbst Polizeipräsident Hübner wegen seiner „Unentschlossenheit" kritisieren lassen. Dabei wagte sich die GdP bis zu den CDU-Forderungen nach „Änderung des Demonstrationsrechtes" vor. Im Interesse des „Schutzes der Kollegen" setzt sich die GdP inzwischen auch für die Einführung von CS-Gas als „Distanzwaffe" ein. Unter der Überschrift: *„GdP zu CS: ‚Ein geeignetes Mittel unterhalb der Schußwaffe'; auch DGB-Vorstand steht hinter der GdP: ‚Was sollen sich Polizeibeamte noch alles gefallen lassen?'"* lobt die GdP Tandlers Vorschläge vom März dieses Jahres, insbesondere seine jetzt vorgenommene „Zurückhaltung" gegenüber den Gummigeschossen zugunsten der Konzentration auf CS. Originalton des GdP-Vorsitzenden Schröder: *„Es tut immer gut, wenn ein verantwortlicher Minister aus seiner Fürsorge für die Polizeibeamten handelt. Die GdP hat dieses Mittel in der Diskussion um die sogenannten Distanzwaffen stets für das geeignetere gehalten, um sachgerecht und angemessen reagieren zu können"* („Deutsche Polizei", 8/81, S.4) – kein Wort zu der Gefährlichkeit dieses Mittels. Und: der GdP-Vorsitzende *„bedauert(e), daß die Polizei aufgrund der zunehmenden Gewalttätigkeiten immer wieder gezwungen werde, sich auf neue Erscheinungsformen der Gewalt einzustellen"*. Diese Argumentation entspricht voll den Argumenten, die Oberscharfmacher A.Stümper, Landespolizeipräsident von Stuttgart, für die von ihm und anderen geforderte Rücknahme der „Liberalisierung des Demonstrationsrechts" bringt. Bei ihm heißt es: *„Man muß nüchtern erkennen, daß schon in der vergangenen Zeit für viele Polizeibeamte echte Notwehrsituationen entstanden waren, die zu einem u.U. folgenreichen Schußwaffengebrauch hätten führen können ... Verlangt man, daß auch noch bei weiterer Eskalation unsere Beamten die Nichtausschöpfung des derzeitigen rechtlichen Notwehr- und Nothilferahmens sowie fehlende Entscheidungen bezüglich geeigneter Waffen mit Verletzungen, unter Umständen sogar mit wesentlichen Dauerschäden bezahlen?"* („Kriminalistik", 10/81). Ferner, daß sich die GdP mit ähnlicher Begründung für die Umrüstung der Polizei von 7,5 mm-Pistolen auf 9 mm-Revolver einsetzt, ganz abgesehen von ihren sonstigen Forderungen nach Verbesserung der technischen Ausrüstung der Polizei(en), einschließlich Computerisierung – alles im Namen der protestierenden „Kollegen", versteht sich!

Auch die GDP-Forderungen nach Abbau der Überstunden zielen nicht etwa auf Verminderung der Einsätze, sondern erstens auf personelle Aufstockung der Polizei generell und zweitens auf stärkeren Einsatz von Bereitschaftspolizei und BGS.

Seit Monaten führt die GdP in Pressekonferenzen, in ihrer Zeitung, in Eingaben an die Bundesregierung usw. eine Kampagne gegen die „schamlosen" Sparpläne der Bundesregierung im Bereich „Innere Sicherheit". Gemeint sind angebliche Kürzungen von Planstellen beim BGS um 350, beim BKA um 45 Stellen (von rund 25 000 BGS- und 3500-4000 BKA-Stellen!). In „Deutsche Polizei" 8/81 hieß es: *„Dringende Warnung an Innen- und Finanzminister – Jetzt geht's aber los: Allenthalben ist Ebbe in den Staatskassen, und jetzt soll ausgerechnet die ‚Innere Sicherheit' dazu herhalten, die Löcher zu stopfen.... Jetzt gibt's offenbar auch noch zu viele Polizeibeamte. Unglaublich, aber wahr: Der deutsche Bundestag hat zur Haushaltssanierung die Stellen wie mit dem Rasenmäher gestrichen, also ohne Rücksicht auf die Aufgabenwahrnehmung. Und dies alles, wo die allgemeine Kriminalität steigt, die Krawalle auf den Straßen und kriminelle Begleiterscheinungen bei gesellschaftlichen Unruhen zunehmen und damit im Gefolge polizeiliche Einsätze notwendig werden"*. Eine Ausgabe später hieß es: *„Die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei verlieren zusehends die Motivation für ihren Beruf. Und wenn man jetzt glaubt, die Polizei als Angehörige des öffentlichen Dienstes auch noch melken zu können wie eine Kuh, dann kann ich für nichts mehr garantieren . . ."*

Wer noch an der Stabilisierungs- und Ausbau-Funktion der „gewerkschaftlichen Forderungen" der GdP für die „In nere Sicherheit" zweifelt, der lasse folgenden Absatz aus ihren „Leitlinien für die 80er Jahre" auf sich wirken: *„Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit, soweit die Polizei dafür zuständig ist, ist eng verbunden mit der sozialen Lage der Polizei, demzufolge ist auch die soziale Lage von wesentlicher Bedeutung für die Arbeitsmotivation, die aus ihr hervorgehende Berufsauffassung und Effektivität. Deshalb tritt die GdP für eine umfassende Verbesserung der sozialen Lage der Polizei ein"*. („Deutsche Polizei", 9/81).

Die Forderung der GdP nach „Überstundenabbau" durch massiveren Einsatz von BGS, Bereitschaftspolizei und Sonder-Einsatzkommandos, d.h. durch verstärkten Einsatz von kasernierten und nicht-kasernierten Sonderpolizei-Truppen, zielt zugleich auf die Herabsetzung der psychologischen Hemmschwelle durch ortsfremde und für die Niederschlagung von „Bandenunwesen" und Massenprotesten besonders ausgebildete und politisch formierte Polizeikräfte. Konsequenterweise wehrt sich die GdP besonders gegen „Einsparungen" beim BGS, beim BKA u.ä. In Ihren „Leitlinien für die 80er Jahre" hält es die GdP sogar für notwendig, ausdrücklich zu betonen, *„daß der Bundesgrenzschutz polizeilich weiter auszubauen ist"* und *„daß die originären Ermittlungszuständigkeiten des Bundeskriminalamtes bestehen bleiben"* müssen.

listik", 10/81). Ferner, daß sich die GdP mit ähnlicher Begrün- polizei und Sonder-Einsatzkommandos, d.h. durch verstärkten Einsatz



Ein Musterbeispiel „gewerkschaftlichen" Erfolges: Die BKA-„Bezirksgruppe"!

Drittens:
Sonderkommandos an die Front

Inzwischen haben in Frankfurt und Umgebung polizeiliche Sonderkommandos die „Arbeit" aufgenommen. Die berüchtigten Einsätze einer inzwischen von der Bewegung so getauften „Todesschwadron", einer Spezialeinheit von Nahkampf-Totschlägern im leichten Alu-Kampfanzug ohne den üblichen schweren Polizei-Klimbim, sind nur die Spitze des Eisbergs. Zunehmend sind es Sondereinheiten des BGS, der Bereitschaftspolizei und ihnen angeschlossenen MEKs, SEKs uam., die systematischen Terror ausüben mit dem Ziel der unmittelbaren Zerschlagung sowie langfristigen exemplarischen Einschüchterung des Widerstands. – Im Schatten solcher Einsätze mögen die „nur" aus dem „Überstundenfrust" hervorgebrochenen Prügeleien der normalen hessischen, Westberliner, schleswig-holsteinischen usw. Bullen manchen bereits als „Zersetzung" erscheinen.

Tatsächlich signalisieren die genannten Erscheinungen jedoch im wesentlichen die weitere Zuspitzung der seit Ende der 60er Jahre betriebenen politischen, ideologischen und strukturellen Umschichtung des Poli-

nannten Erscheinungen jedoch im wesentlichen die weitere Zuspitzung der seit Ende der 60er Jahre betriebenen politischen, ideologischen und strukturellen Umschichtung des Poli-

zeiapparats im Zuge seiner Ausrichtung auf die Niederschlagung von Massenprotesten. Im Kern geht es dabei um die Heraussonderung eines Verbunds zentralisierter/kasernierter und nicht-kasernierter Sonderpolizeien neben, bzw. durchaus im Sinne einer Führung über der normalen Schutz- und Kriminalpolizei. Aufgabe dieser seit 1969/70 beschleunigt herausgebildeten Sonderpolizeien ist – mit den Worten eines der heute führenden „Sicherheitsstrategen", A. Stümper – nicht mehr „nur repressiv", aber auch nicht „nur präventiv", sondern „operativ"; d.h. sie sollen „das Verbrechen" nicht nur durch Strafverfolgungsmaßnahmen unterdrücken oder durch Vorsorge/Voraufklärung verhindern, sondern „an der Wurzel" „ausschalten". Ihre tendenzielle Loslösung aus dem allgemein die BRD-Exekutive bindenden Legalitätsprinzip durch ihren Sonderstatus (mit Sonderausbildung, Sonderrechten, einem gesonderten zentralisierten Einsatz- und Führungsapparat) ist die notwendige Voraussetzung für eine direkt an den jeweiligen „Kriminalitäts"-Formen orientierte allseitige und flexible Einsetzbarkeit.

Dies ist auch der eigentliche Kern der „Reform"-Programme zur „Inneren Sicherheit" seit 1968/69: Zum einen die Durchführung einer Effektivierungs- und Rationalisierungskampagne des aus den 50er Jahren stammenden Polizeivollzugsdienstes, Streichung ganzer Reviere, Technisierung, Verbesserung der Ausbildung; zum anderen die Herausbildung eines gigantischen Sonder-Polizei-Apparats auf der Grundlage von Gesetzesnovellierungen zum BKA, BGS, VS u.a., Verordnungen über die Entwicklung von Sonder-Kommando-Strukturen im Rahmen des „Programms Innere Sicherheit 1972", neuer „Koordinationskompetenzen" des Bundeskanzleramtes für die Zentralisierung der Geheimdienste, und des Ausbaus eines Gesamt-„Lagezentrums" (siehe dazu auch AK 212, S. 11). Ein paar Zahlen können die Entwicklung verdeutlichen:

„Lagezentrums" (siehe dazu auch AK 212, S. 11). Ein paar Zahlen können die Entwicklung verdeutlichen:

Seit 1969 wurde im Zuge des allgemeinen rasanten Ausbaus des Polizeiapparats der Personalstand von Schutz- und Kriminalpolizei von ca. 110.000 auf ca. 150.000 erhöht. Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der Sonder-Polizei-Truppen von ca. 35.000 auf ca. 51.000. (Nicht mitgerechnet sind dabei der Ausbau des BKA, der Geheimdienste, der z.T. mit den Sonderpolizeien kooperierenden Privatpolizeien aller Art. Außerdem sind die heutigen Sonderkommandos darin mit ihrem niedrigsten Schätzwert von ca. 3.000 für 1977 enthalten, deren Zahl sich seitdem mit Sicherheit reichlich vermehrt hat.)

Auf jeden Fall verdeutlichen aber bereits diese Zahlen, daß der Ausbau des Sonder-Polizei-Sektors wesentlich zügiger betrieben wurde als der der normalen Polizei.

Viertens:
Bullen-Proteste – Treibsatz der Aufrüstung

Die aktuellen Unruhen bei der Polizei sind keineswegs eine neue Erscheinung und erst recht keine Steigerung früherer Prosteste. Mensch erinnere sich: Die großen APO-Demonstrationen, bei denen ab 1966/67 Polizei erstmals nach einer längeren Phase der relativen Ruhe wieder zur Niederhaltung politischer Massenunruhen eingesetzt wurde, führten in den Reihen der Polizei zu spontanen Unruhen: Ziviler Ungehorsam, Versammlungen, öffentliche Proteste, sogar nicht „gewerkschaftlich" organisierte, spontane Kundgebungen ... . 1969 marschierten mehr als 2.000 Bullen in Uniform unter der Losung „Gerechtigkeit für die Polizei" durch Wiesbanden. Sie forderten die Beendigung der *„ungerechte(n) polizeifeindlichen Besoldungspolitik durch Bund und Länder ... im Interesse der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung"* („FR", 23.1. 1969). 1970 sah sich die GdP-Führung mit einer Versammlung von über 1.500 Bullen in Dornheim/Hessen konfrontiert; Motto: „Vom Idealismus können wir nicht leben" und „Polizist der Zukunft: totgeschlagen" („FR", 10.10. 81). Der BdK drohte angesichts der „Überlastung" und der Entwicklung der „Kriminalität" mit „Kampfmaßnahmen" für „bessere Ausrüstung, mehr Personal" („HA", 28.9.81) ... . Auch damals lenkte die GdP die Proteste in „organisierte" Bahnen, darin ein echtes Kind der Gewerkschaftspolitik der BRD nach '45, wenn auch damals noch nicht im DGB. Die GdP organisierte lt. ihren eigenen Rechenschaftsbericht „25 Jahre GdP" („Deutsche Polizei" 10/75) 1969 elf Kundgebungen mit über 30.000 Teilnehmern, 1970 die bundesweite „Aktion Denkpause", 1971 wieder Kundgebungen mit über 30.000 Teilnehmern. – Ergebnis:

– 1967: Vorlage einer Denkschrift **„Kapitulation vor dem Verbrechen"**; es geht um *„erhebliche Verbesserungen in personeller Besetzung und Bewertung der Kriminalpolizei wie auch in der technischen Ausrüstung"*;

– 1968: Die GdP übersetzt den „Crime-Report" des FBI zur „Verbesserung der Verbrechensbe-

wie auch in der technischen Ausrüstung";
– 1968: Die GdP übersetzt den „Crime-Report" des FBI zur „Verbesserung der Verbrechensbe-

kämpfung";

– 1969: Die GdP setzt eine Ablehnung der „Stellenplanbindung" im Bundestag, d.h. massive Personalerhöhungen, durch;

– 1970: Die GdP legt in Ergänzung zur Kripo-Denkschrift von 1967 eine neue Ausarbeitung unter dem Titel „Polizei Notruf" vor, *„sie deckt Versäumnisse auf und bringt eine Reihe von Verbesserungsmöglichkeiten und -vorschlägen"*.

Mit vollem Recht kann die GdP schließlich formulieren: *„1972... Die Innenministerkonferenz verabschiedet ein langfristiges Sicherheitsprogramm. Wesentliche Anregungen aus den GdP-Denkschriften 'Kapitulation vor dem Verbrechen?' und 'Polizei Notruf' finden darin ihren Niederschlag"*. Eine ebenfalls 1972 vorgelegte Broschüre („Gebremste Polizei"), ergänzt durch ein entsprechendes „Aktionsprogramm", leitet die „Aus- und Fortbildung der Polizei auf wissenschaftlicher Grundlage" ein ... . Zu ergänzen ist noch: 1973 tritt die GdP *„mit Erfolg für die Erweiterung der Zuständigkeiten des Bundeskriminalämtes ein"*. 1974: *„Das Sicherheitsprogramm der Innenministerkonferenz wird im Einvernehmen mit der GdP im Interesse einer besseren Kriminalitätsbekämpfung erweitert."*

Kurz: Die sehr massive Beunruhigung der Polizei durch die Umstellung von der „Bürgerpolizei" der 60er Jahre auf die Bürgerkriegspolizei der 70er konnte nicht nur aufgefangen, sondern zu einem wesentlichen Antriebselement für diese Um- und Aufrüstung umgewandelt werden. Trotzdem waren die unmittelbaren Reibungsverluste im damaligen Umschichtungsprozeß unvergleichlich stärker als heute, d.h., 'zig Polizeibeamte verließen tatsächlich den

Fortsetzung nächste Seite

Keine Planstellenkürzungen beim BGS!

GdP fordert Realisierung des Personalstrukturgesetzes

„Der Bundesgrenzschutz erfüllt als jederzeit einsatzbereites Sicherheitspotential der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Funktion im Gefüge der Inneren Sicherheit. Die Gewerkschaft der Polizei steht voll inhaltlich hinter der Feststellung, daß der Bundesgrenzschutz neben den Länderpolizeien ein wesentlicher Garant der Inneren Sicherheit unseres Landes ist." So heißt es in den Fernschreiben an Bundeskanzler Schmidt, Bundesinnenminister Baum, Bundesfinanzminister Matthöfer und Bundesjustizminister Schmude. In den Fernschreiben protestierte die GdP gegen beabsichtigte Stellenplankürzungen im Bereich des Bundesgrenzschutzes.
Was war geschehen? Die GdP hatte Informationen erhalten, daß das Bundesfinanzministerium beabsichtigt, etwa 2500 Planstellen im Bereich des BGS für das Haushaltsjahr 1982 zu streichen. Darüber hinaus sollte für 1982 die Einstellungsquote von 2200 Polizeivollzugsbeamten auf 1000 gesenkt werden. In den folgenden Haushaltsjahren, so die Absicht des Bundesfinanzministeriums, sollen weitere Planstellenkürzungen und Reduzierungen der Einstellungsquoten erfolgen, mit dem Ergebnis, daß die Ist-Stärke im mittleren Polizeivollzugsdienst auf rund 16 000 bis zum Jahre 1989 absinkt.
Die GdP handelte schnell. Da eine Erörterung im Kabinett bevorstand, wurde auch der Bundeskanzler eingeschaltet. In den Fernschreiben bringt die GdP zum Ausdruck, daß eine Planstellenkürzung beim BGS eine ernste Gefährdung der Inneren Sicherheit mit sich bringen würde. Angesichts der angespannten Sicherheitslage verlangt die GdP eine Realisierung des BGS-Personalstrukturgesetzes. Dies bedeutet konkret: Schaffung neuer Planstellen. „Sollten die Vorstellungen des Bundesfinanzministers realisiert werden", heißt es wörtlich in den GdP-Schreiben, „ist nicht nur das Ausbauprogramm Innere Sicherheit ausgehöhlt, es ist dann vielmehr zu einem ‚Abbauprogramm Innere Sicherheit' geworden."
Auch ein mögliches Argument des Bundesfinanzministers, daß die Stellenreduzierung sich in einem „notwendigen Abbau der Überalterung" begründet, kann nicht gelten, weil gerade über 25jährige Polizeivollzugsbeamte mit ihrer Lebens- und Berufserfahrung in immer schwieriger werdenden polizeilichen Einsätzen dringend benötigt werden, heißt es weiter in den Schreiben.
Eine erste Reaktion liegt bereits von Bundesinnenminister Baum vor. Er dankt der GdP für ihre Initiative und versichert, daß er sich bei den Beratungen über den Haushalt 1982 allen Stellenkürzungen widersetzen werde. Über den weiteren Gang der Dinge werden wir berichten.

Immer um das Wohl der „Kollegen" besorgt...



GdP-Gewerkschafter im Bundesgrenzschutz tagten in Lage-Hörste

Mitglieder des BGS-Fachausschusses und aus dem BGS-Hauptpersonalrat tagten gemeinsam mit den hauptamtlichen Gewerkschaftssekretären, die für den Bereich des Bundesgrenzschutzes zuständig sind, in Lage-Hörste (NRW). Von Vorstandsseite nahmen die Kollegen Schirrmacher und Brugger teil. Ziel war die Verbesserung der Kommunikation untereinander sowie die Fortsetzung der Diskussion aktueller Fragen wie die Personalratswahlen 1982 und die optimale Organisationsstruktur. Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß dem Gewerkschaftsvorstand zahlreiche Vorschläge unterbreitet werden, die eine bessere Kommunikation und schnellere Umsetzung von Informationen garantieren sollen. Die Teilnehmer der Tagung zeigten sich über den Verlauf sichtlich zufrieden.

Schlaglichter

„Was fehlt, ist eine auf einer umfassenden Forschung beruhende Gesamtkonzeption mit Schwerpunkt einer echten Verbrechensvorbeugung. Besondere Bedeutung kommt dabei einer sorgfältig geplanten operativen Arbeit der Polizei zu. Die Schwerpunkte liegen insoweit in der Störung von Aufbau und Aktionen meist verdeckt arbeitender größerer Banden und krimineller Organisationen im logistischen Bereich, im Betätigungsfeld und in den Querverbindungen,...– Alfred Stümper in: „Verbrechensbekämpfung im Umbruch und die operative Arbeit" („Kriminalistik" 4/77).

„Dieser Begriff des Operativen umschließt nicht nur das präventive und repressive Element, er ist keine bloße Addition, sondern er ist ein Oberbegriff, er nennt eine neue Art polizeilichen Tätigwerdens ... Gerade hier kommt es ganz wesentlich nicht darauf an, eine oder einige bestimmte Taten beweiskräftig festzustellen, und zur Aburteilung zu bringen, (repressives Ziel), sondern darauf, daß eine solche kriminelle Organisation oder Bande umfassend in ihrer Aktivität zum Erlöschen gebracht werden kann (operatives Ziel)... A.Stümper in: „Prävention und Repression als überholte Entscheidung?" („Kriminalistik" 2/75).

Forts. v. voriger Seite

Dienst. (Eine genaue Zahl ist uns allerdings nicht bekannt.)

In den folgenden Jahren blieb die Durchführung der „Reform der Inneren Sicherheit", d.h. die Effektivierung zum einen, die Spezialisierung des Sonderapparats zum anderen, innerhalb der Polizei relativ problemlos. Der an der RAF hochgezogenen Anti-Terrorismus gab genügend Legitimation, den gesamten Apparat, insbesondere den Sonderapparat, auszubauen und in der „Terroristenjagd" praktisch einzuüben. Es sei hier nur an einen der Ausbildungs-Leitsätze der neu-auszubildenden Spezial-Truppen bei BGS, Bereitschaftspolizei und Sonderkommandos aller Art erinnert, den der damalige hessische Innenminister Bielefeld bei der Verabschiedung der Richtlinien für den Soko-Aufbau auf der Innenministerkonferenz 1972 prägte: **„Auch Terroristen sind Menschen; sie totzuschießen, will gelernt sein"** (AK 53). Strukturell war der zentralisierte Sonderpolizei-Apparat 1977 abgeschlossen. Seinen ersten Bewährungseinsatz im Sinne der „Sicherheitsstrategen" bestand er mit dem Krisenstab-gelenkten Einsatz der GSG 9 in Mogadischu und der Einbeziehung sämtlicher „Sicherheitsorgane" in die gigantische Terroristenjagd des „deutschen Herbstes" 1977. Es zeigte sich, daß der neugeschaffene zentralisierte Sonderpolizei-Apparat aktions- und gegenüber sämtlichen anderen „Sicherheits"- und Polizei-Gliederungen führungsfähig ist (siehe dazu „Russell-Buch" Nr. 5: "Nach Schleyer: 'Sonderkommandos' in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo").

Erneute Motivationsschwierigkeiten, schon unterhalb des Umfangs von '69/70, aber noch über den gegenwärtigen, traten jedoch trotzdem parallel zu diesen „Erfolgen" mit Beginn der Auseinandersetzungen um das Atomprogramm auf, wo der Polizei-Apparat erstmals in größerem Maßstab die Schwelle von „Übungen" zum praktischen Einsatz gegen Massenproteste überschritt. In Wyhl 1976 verweigerten noch ganze Hundertschaften der örtlichen Polizei den Befehl. In Brokdorf waren dann erstmals in aller Öffentlichkeit BGS sowie diverse MEKs in Zusammenarbeit mit Schlägertruppen der privaten Wachfirma Waco Nord eingesetzt. Trotz der damaligen Erwartungen des KBW, der Polizeiapperat werde in Brokdorf unter dem Ansturm der Massen zusammenbrechen, wurden Befehlsverweigerungen des Ausmaßes wie in Wyhl nicht bekannt. Bekannt ist allerdings aus einer später angefertigten Polizeianalyse unter dem Titel *„Belastung und Beanspruchung von Polizeibeamten bei länger andauernden Einsätzen in unfriedlichen Demonstrationen"* („Bereitschaftspolizei heute" 10/11/12 '80), daß es mit den nicht kasernierten Einheiten der Landespolizei Schleswig-Holsteins besondere Schwierigkeiten gab, die bei Kräften der Bereitschaftspolizei etc. nicht in dem Maße aufgetreten seien. Geklagt wird über *„fehlende Einsatzfreude"*, *„Schwierigkeiten beim Geführtwerden"* der *„50jährigen Polizeibeamten"* bzw. der *„Halbschuhpolizei"*, bei denen sich die *„Abwesenheit von Familie, mit den hier anzudeutenden Problemen Vater, Kinder, Schule, Haus, Garten ... direkt auf die Motivation auswirkt"*. Die Beamten seien überfordert durch die schlechte Unterbringung (*„mehrere Beamte in einem 'Bett'"*), *„durch Einnahme von Verpflegung aus Kochgeschirren, Einsatzgeschirren"*. Schließlich sei die Anforderung an „Selbstdisziplin" „unmenschlich hoch", *„wenn junge Frauen den räumenden Hundertschaften ihre Kinder entgegenhielten, mit der Aufforderung, doch auf diese Kinder einzuschlagen oder den Wasserwerfer gegen sie einzusetzen ... zumal unter dem Schutz dieser Frauen der Angriff mit Steinen auf die Polizei weiter fortgesetzt wird"*. Eine wesentliche Erkenntnis sei auch, daß sich „Beamte des Einzeldienstes" eher zum Schlagstockgebrauch provozieren ließen als *„junge Beamte der Bereitschaftspolizeiabteilung"*.

„Im Namen der Kollegen" schließt auch diese Untersuchung bereits mit dem späteren Schlachtruf der GdP: **„Die Polizei ... darf in diesem Staat nicht zum Prügelknaben in der zweifachen Bedeutung des Wortes werden ..."**.

Leitend für praktische Schlußfolgerungen aus dieser – und sicher noch weiteren der Öffentlichkeit noch nicht zugänglichen Untersuchungen – ist aber offenbar die Feststellung geworden: *„Es muß unterschieden werden zwischen geschlossenen Polizeikräften der Bereitschaftspolizei* (hinzuzufügen der BGS u.a.m. – d. Verf.) *und geschlossenen Einheiten aus zusammengezogenen Einzeldienstbeamten"*.

In den auf Brokdorf folgenden Großeinsätzen wurde bereits nach dieser Lehre verfahren:

– Beim Großeinsatz zur Verhinderung der Kalkar-Demonstration (nahezu parallel zu den Stammheim-Mogadischu-Ereignissen) waren BGS, Bereitschaftspolizeien der Länder und Sonder-Kommandos aller Art eindeutig die Herren der Szene, während die „Halbschuh-Polizei" als unterstützende Hilfskräfte bei der



großangelegten „Verkehrslenkung" unter Führung der „Kader"-Einheiten des Sonder- bzw. Bereitschafts-Polizeiapparats tätig war.

– Der Landkreis Gorleben wurde im Vorfeld der Räumung von Bohrloch 1004 von BGS-Einheiten und Sonderkommandos des VS und der Sonderpolizeien geradezu wie besetzes Land abgekämmt. Für den BGS, der lt. BGS-Gesetz nur auf besondere Anforderung zur akuten Unterstützung von Polizeikräften herangezogen werden, aber keine Dauerpräsenz daraus machen darf, wurde hierfür eigens Gorlebener Gesetz gemacht, nach dem dem BGS die Dauerpräsenz im Landkreis gestattet ist ... („Cilip" 8/9/10 '80). Zur Räumung des Bohrlochs 1004 wurden Bereitschaftskräfte aus der ganzen BRD zusammengekarrt, vor denen der Zweck ihres Einsatzes bis zum „Tag X" geheimgehalten wurde. Hiergegen protestierten nur noch zwei Polizisten durch nachträgliche Veröffentlichung von Einsatzbesprechungen. Ihr Protest wurde gerichtlich erstickt.

Letztendlich führte die relative Unruhe beim Übergang des Sonder-Polizei-Apparates aus seinem Übungs- und Aufbau-Stadium zu praktischen Einsätzen gegen Großdemos um die Wende 66/67 keineswegs zu einem Zusammenbruch des Staatsapparats und noch nicht einmal zu bemerkenswerten personellen Konsequenzen. Dagegen bildete die Steuerung dieser Unruhe durch die GDP auch in dieser Phase wieder ein wesentliches Antriebselement für „sicherheitspolitische" Forderungen. So wurden im Mai '77, unter dem unmittelbaren Eindruck von Brokdorf und Grohnde, die „Sofortmaßnahmen im Bereich Innere Sicherheit" verabschiedet; ein Jahr später die „Ausbauplanung Innere Sicherheit 1978 - '81", auf deren Einhaltung die GdP auch in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen wieder pocht. Beide Programme enthalten im Wesentlichen Maßnahmen für den personellen und technischen Weiterausbau aller Bereiche des Sonder-Polizei-Apparats, insbesondere erhebliche Haushaltsaufstockungen für die Erweiterung des BGS, der Bereitschaftspolizei, des VS und des BKA.

Hier mag die Wiedergabe des GdP-Eigenlobs „als Beleg genügen. In „Deutsche Polizei" vom November '77 heißt es unter der Überschrift „Arbeitsbeschaffungsprogramm: GdP fordert 25.000 Polizisten":

„Einerseits ist die Zahl der Arbeits-

„Einerseits ist die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet immer noch besorgniserregend hoch, andererseits fehlt es bei der Polizei an allen Ecken und Enden an Personal. Die Konsequenz daraus zeigte jetzt die Gewerkschaft der Polizei auf. Sie erarbeitete ein Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm im Bereich der Inneren Sicherheit, das den Regierungen und Parlamenten in Bund und Ländern Mitte August übergeben wurde. Auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf erläuterte GdP-Vorsitzender Helmut Schirrmacher und GdP-Vorstandsmitglied Siegfried Brugger das Programm. Danach fehlen im Bundesgebiet z.Zt. mindestens 25.000 Polizeibeamte."

Die aktuellen Auseinandersetzungen in den Reihen der Polizei sind genausowenig „Zersetzungs"produkte wie es die von 1969/'70 oder die von 1976/'77 waren, sondern sind wie diese zunächst einmal ideologischer und politischer Ausdruck des mit der Herausbildung des Sonder-Polizei-Apparats einhergehenden „Elite"bildungsprozesses in der westdeutschen Polizei. Es handelt sich dabei um die Herausbildung einer an den Zielen der besonderen Aufstandsbekämpfungs-Einheiten orientierten Führungsstruktur und um einen negativen Ausleseprozeß, der letztendlich die Kräfte aussondert, die sich der terroristischen Zielsetzung des Apparates nicht unterordnen oder nicht ausreichend in dessen Sinne funktionieren.

Das alles läßt wenig Raum für Illusionen. Nicht etwa, daß die „Skrupel" von Polizisten gegen diese Entwicklung nicht zu fördern und zu nutzen wären! Nur denke niemand, daran würde der BRD-Staatsapparat ernsthaft Schaden nehmen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Vom Idealismus können wir nicht leben"

Demonstration südhessischer Polizeibeamter / Pfiffe für Politiker / 17. Säule des DGB gründen

Von unserem Korrespondenten Reinhard Treber

DORNHEIM (Kreis Groß-Gerau). Um die Problematik ihres Berufes deutlich zu machen — einerseits dienstliche Überlastung, zum anderen keine leistungsgerechte Bezahlung — und um Reformvorschläge durchzubringen, hatte ein gemeinsamer Initiativausschuß der beiden Polizeigewerkschaften GDP und ÖTV ...

marsch am 15. Oktober in Frankfurt wurde mit dem Sprechchor „viel zu spät" quittiert.

In seinem Einleitungsreferat zur Sachdiskussion rügte Polizeikommissar Horst Münscher (Groß-Gerau) die den Politikern zugedachten Pfuirufe und Pfiffe. Noch sei man in der Lage, die Probleme der Polizei deutlich und verantwortungsbewußt zu sehen und diese ...

gewertet. Den Strelitz-Plan, „Polizei Sicherheit in Hessen", mit Vorausschau auf Jahre stempelte ein Polizeisprecher als unrealistisch. „Was wir brauchen, ist nicht ein Plan für 1985, sondern ein Plan, der die Mängel heute behebt", rief Karry aus.

Als der Personalratsvorsitzende vom ...



Ein Musterexemplar demokratischen Protestes: Polizeiprügel und doch immer noch das „kleinere Über" – will das jemand bestreiten?!

„Die Polizei wird sich nicht drücken!"

Gegen den Einsatz der Bundeswehr bei Antikernkraft-Demonstrationen hat sich die Gewerkschaft der Polizei ausgesprochen. Ihr Vorsitzender Helmut Schirrmacher erklärte, die



Helmut Schirrmacher

Polizei „darf und wird sich" vor der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht drücken. Außerdem lasse das Grundgesetz einen Bundeswehreinsatz im Innern des Landes nicht zu. (dpa)

2 : 0 für Antifaschisten — Rock on!

Das 1:0 erzielten die Antifaschisten am 17.6.80 in Phillipsthal/Eschwege, als die NPD unverrichteter Dinge nach Hause gehen mußte. Zum dritten Mal in Folge war ihr Deutschlandtreffen geplatzt.

Bereits am 4. Juli 80 läutete die NPD die juristische Rückrunde ein.

Nach einem „Ermittlungsaufruf" in ihrer Zeitung landete eine Flut von NPD-Anzeigen garniert mit Zeugenaussagen und Fotos im Briefkasten der Staatsanwaltschaft in Fulda. Jeder mögliche Paragraph des Strafgesetzbuches wurde bemüht. Von Landfriedensbruch über Nötigung und Verleumdung bis zur Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129). Mit letzterem sollte Rock gegen Rechts verfolgt werden. Unverblümt äußert die NPD ihr Interesse an einer strafrechtlichen Verfolgung der Antifaschisten gegenüber der Staatsanwaltschaft in einem Brief vom 26.7.80: *„Angesichts der Tatsache, daß nunmehr das Deutschlandtreffen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) – zum dritten Mal gewaltsam verhindert worden ist, besteht die Notwendigkeit, die Ermittlungsarbeit zu beschleunigen und besonders gründlich zu führen. Es muß festgestellt werden, daß gerade in der letzten Zeit bei den öffentlichen NPD-Versammlungen immer wieder Gegendemonstranten Gewalt anwenden, um die Veranstaltungen einer verfassungsmäßigen Partei zu verhindern. Die Ermittlungsorgane dieses Staates sind aufgerufen, der zunehmenden Eskalierung der Gewalt auch mit staatlichen Mitteln Einhalt zu gebieten."*

Die eindringlichen Worte an die Staatsanwaltschaft sind aber nicht von Nöten, der ermittelnde Staatsanwalt Wachter erweist sich als guter Interessenverwalter der NPD. So gut, daß der Verteidiger eines angeklagten Antifaschisten nicht umhin kann, in der Verhandlung festzustellen, Staatsanwalt und NPD ziehen an einem Strang. Den Denunziationen der NPD wird blind Glauben geschenkt, jedem noch so dümmlichen Hinweis wird nachgegangen. Selbst zu der § 129-Anzeige gegen Rock gegen Rechts wird ernsthaft ermittelt. Dazu ein Aktenvermerk der Staatsanwaltschaft vom 14.1.81: *„Nach den durchgeführten Ermittlungen, insbesondere der Auswertungen der Informationsblätter der Initiative Rock gegen Rechts und der Vorgänge des Regierungspräsidenten in Kassel, reichen die Beweismittel nicht aus, einen hinreichenden, d.h. einen eine Verurteilung wahrscheinlich machenden Tatverdacht zu begründen."*

Anzeigen von Antifaschisten dagegen sind kurzlebig, sie werden eingestellt.

Nazis demolieren das Auto eines Antifaschisten zu einem Totalschaden. Die Anzeige dazu wird wegen „Nothilfe" eingestellt. Nach Meinung des Staatsanwaltes eine angemessene Reaktion der Nazis! Vor Gericht landet letztlich der betroffene Antifaschist. So auch derjenige, der am 17. Juni von einem Nazi angefahren und schwerverletzt wurde. Seine Anzeige gegen den Nazi landete ebenfalls im Papierkorb.

Auch die Solidaritätsarbeit war vor den Verfolgungen der Staatsanwaltschaft nicht sicher. Aus einem Demo-Transparent (Freispruch für alle, sonst gibt's Krawalle) konstruierte sie ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Nötigung von Rechtspflegeorganen. Damit aber nicht genug. Auf der Demo hatte sich der Schriftsteller und Rechtsanwalt Peter Chotjewitz für die Transparentträger verbürgt, worauf ihre Personalien nicht festgestellt wurden. Als Chotjewitz die Namen später nicht mehr einfielen, startete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung gegen ihn.

Aus dem umfangreichen Material der NPD pickte sich Staatsanwalt Wachter schließlich sechs Antifaschisten raus, die er stellvertretend für Tausende vom 17.6.80 verurteilt sehen wollte. Mit wackeligen Anklageschriften und viel Vertrauen in die NPD-Zeugen ging er vor die Schranken des Gerichts. Bekanntlich herrscht auch bei der Justiz das Motto, eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Dann will es schon was heißen, wenn z.B. Richter in anderen Städten, bei Zeugenvernehmungen, anbetrachts der Aktivitäten der Staatsanwaltschaft, kopfschüttelnd fragten, was das eigentlich soll.

Bisher ist viermal freigesprochen bzw. das Verfahren eingestellt worden. In den noch ausstehenden zwei Fällen wird sehr wahrscheinlich auch das Verfahren eingestellt, nachdem das Gericht die Anklageschriften zurückgehen ließ und bereits angesetzte Verhandlungstermine absagte.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 17.6.80 wurde nur ein Teilnehmer der geplanten NPD-Kundgebung verurteilt. Bei einer Polizeisperre fiel er mit einer Gasschreckschußpistole auf.

Damit steht es 2:0 für die Antifaschisten. Die juristische Revanche der NPD ist gescheitert.

F., KB Kassel

Nürnberger Prozesse: »Das Schlimmste, was man einem Staatsanwalt vorwerfen kann« ...


Staatsanwälte in Bedrängnis: Klaus Hubmann (links) und Otto Horn. Foto:

. . . ist in Nürnberg offensichtlich passiert: Aktenunterdrückung und -manipulation seitens der Staatsanwaltschaft. Der sich da so entrüstete – Oberstaatsanwalt Horn – hatte damit sein Pulver auch schon verschossen. Er konnte tatsächlich n i c h t s an Fakten aufbieten, um diesen schwerwiegenden Vorwurf (darauf stehen für Beamte Knaststrafen nicht unter 5 Jahren!) der Rechtsanwälte zu entkräften.

Der Hintergrund für die Vermutung der Anwälte, zu Beginn des Prozesses keine vollständige Akteneinsicht erhalten zu haben, ist folgender Sachverhalt: Obwohl die berühmten ,,Nürnberger Krawalle'' am 5. März abliefen und bereits am 6. März fünf Nürnberger Ermittlungsrichter ,,aufgrund vorliegender Ermittlungsergebnisse'' 141 Haftbefehle unterzeichneten, waren in den Ermittlungsakten,


Die Rechtsanwälte Eberhard Kempf und Uwe Mäffert im Gespräch mit Sebastian Cobler (von links nach rechts)

die der Richter und die Verteidiger erhalten hatten, die Vernehmungsprotokolle der Polizeibeamten auf den 31. März, also drei Wochen danach, datiert. Die Anwälte argumentierten nun, entweder habe es schon am 6. März Vernehmungsprotokolle von Polizisten gegeben – denn aufgrund welcher ,,Ermittlungsergebnisse'' hätten sonst die Haftbefehle ausgestellt werden können – oder es hätte überhaupt keine ,,Ermittlungsergebnisse'' gegeben, die fünf Ermittlungsrichter hätten also einfach gelogen. Die Anwälte beantragten am 3. Prozeßtag demnach volle Akteneinsicht. Die Staatsanwälte reagierten darauf mit demonstrativer Empörung. Von ,,Sabotage am Verfahren'' war die Rede, von ,,verfahrensfremden Erwägungen'', ja sogar von ,,Blasphemie'' (Gotteslästerung) sprach Staatsanwalt Klaus Hubmann. Über Nacht wurde den beiden Staatsanwälten aber offenbar klar, daß Beschimpfungen nicht ausreichten, der Logik im Antrag der Anwälte entgegenzutreten. Am nächsten Tag gaben sie im Gerichtssaal ,,zerknirscht'' ein ,,bedauerliches Versehen'' und eine ,,Panne'' zu und zogen protokollierte Aussagen von 10 Polizeibeamten, die am 6. März vernommen worden waren, aus der Tasche.

Die Verteidiger forderten sofort eine Einstellung des Verfahrens. *,,Der Skandal liegt auf dem Tisch''* (RA Kempf, Frankfurt), hinter dieser ,,Panne'' stecke System, die *,,in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte einmalige Massenverhaftung soll durch einen ebenso einmaligen Eingriff im nachhinein gerechtfertigt werden''*. Zu den frisch aufgetauchten Vernehmungsprotokollen meinten die Anwälte, wenn diese von vorneherein vorgelegen hätten, hätte das Verfahren überhaupt nicht eröffnet werden können. Denn es gebe in den Ausagen der Polizeibeamten vom 6. März bemerkenswerte Ungereimtheiten im Vergleich mit den entsprechenden Stellen der späteren Aussagen. Die Polizei-Aussagen vom 31. März seien im Hinblick auf die Anklageerhebung ,,geglättet'' und in einzelnen Formulierungen so verändert worden, daß die vorliegende Anklageschrift überhaupt erst möglich wurde. *,,Damit haben sich die Staatsanwälte die Eröffnung des Verfahrens erschlichen''*, so die Rechtsanwälte.

Da eine Verfahrenseröffnung mit unvollständigen Akten ein Revisionsgrund sein kann, wurde auch der sonst nicht zimperliche Richter Manger vorsichtig: Er forderte von der Staatsanwaltschaft eine schriftliche Erklärung, daß nun wirklich keine weiteren Akten mehr vorliegen und erklärte: *,,Das Gericht braucht eine Denkpause in dieser Angelegenheit''*.

Die Verteidigung erklärte noch am selben Tag, daß ihrer Meinung nach immer noch Akten zurückgehalten würden. Die Denkpause nutzten offenbar auch die Herren Staatsanwälte. Sie ,,fanden'' bis zum nächsten Prozeßtag tatsächlich noch einmal zwei Aussageprotokolle, erklärten dazu natürlich, diesmal seien es die allerletzten.

Das glaubte zu dem Zeitpunkt keiner mehr. RA Maeffert (Hamburg) brachte die Stimmung im Saal auf den Punkt: Er zitierte eine Überschrift aus der ,,Süddeutschen Zeitung'' vom 19. März: ,,Strauß will nichts von Pannen wissen''. Maeffert: *,,Ich schließe mich diesen Äußerungen von Herrn Strauß an. Ich will auch nichts von Pannen wissen!''*

Die Rechtsanwälte begründeten noch einmal ihren Antrag auf Einstellung dieses Verfahrens. Sie konnten unter anderem beweisen, daß die Behauptung von der ,,Panne'', mit der die Staatsanwaltschaft sich rausgeredet hatte, eine Lüge gewesen sein mußte. So hatte z.B. einer der Polizeibeamten, von dem nun die dritte Aussage gefunden worden war, zu Beginn seiner zweiten Vernehmung erklärt: *,,In Ergänzung meiner Aussage vom 6. März mache ich folgende Angaben.''* Das heißt, Staatsanwalt Hubmann, der diese Vernehmung geführt hatte, mußte gewußt haben, daß vom betreffenden Beamten bereits eine Aussage existierte. Wie entscheidend die Polizeiaussagen vom 6. März sind, wurde von RA Ophoff (Nürnberg) an einem Beispiel deutlich gemacht. Bereits vor Monaten war die KOMM-Mitarbeiterin Angela G. wegen Meineids zu anderthalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil Polizeibeamte behauptet hatten, auf der Demonstration eine Person erkannt zu haben, die nach Aussage von Angela die ganze Zeit im KOMM gewesen war. Einer dieser Polizisten hat am 6. März – wie sich jetzt herausstellt – erklärt, er könne keinen der Demonstranten identifizieren!

Nach den langen Ausführungen der Anwälte befand sich die Staatsanwaltschaft in einer völligen Defensivposition. Staatsanwalt Hubmann hatte bereits seit drei Sitzungsterminen überhaupt nichts mehr gesagt, obwohl er ständig angesprochen und angegriffen wurde. Oberstaatsanwalt Horn war gerade noch in der Lage, mit theatralischer Geste (Hand ans Herz usw.) ,,alle Vorwürfe zurückzuweisen'', aber das war auch alles.

Am 7. Verhandlungstag standen die Staatsanwälte vollends unter Sperrfeuer. *,,Man hatte den Eindruck, nicht die Angeklagten, sondern die Staatsanwälte sitzen auf der Anklagebank''*, beschrieb ein Redakteur des Südfunk Stuttgart die Stimmung im Gerichtssaal. In einer brillanten Analyse, einem systematischen Vergleich der drei vorliegenden Aussagen eines Beamten vom 6., 23. und 31. März sowie der Anklageschrift, beschrieb RA Maeffert den ,,Abgrund'' an Manipulationen und Tricks, die letztendlich zu d e r Anklageschrift geführt haben, die sich die Staatsanwälte wünschten. Er wies nach:

1. Staatsanwalt Hubmann hatte bei der zweiten Aussage des Polizisten gewußt, daß es bereits eine Aussage vom 6. März gab.
2. Das ist gezielt vertuscht worden, denn der Beamte hat bei seiner dritten Aussage (die lag ursprünglich als einzige den Anwälten vor) nicht mehr zu Beginn gesagt: ,,In Ergänzung ...'', sondern sofort mit seiner Aussage begonnen, so daß jeder Verweis auf frühere Vernehmungen fehlte.
3. Derselbe Beamte hatte in seiner dritten Vernehmung Aussagen gemacht, die sich fast wörtlich in der Anklageschrift wiederholen, in seinen ersten beiden Vernehmungen aber vollständig fehlen.

Rechtsanwalt Ehrig (Westberlin) stieß noch einmal nach. Er überraschte den ganzen Saal mit der Vorlage einer Liste von 38 Polizeibeamten, die allesamt Aussagen zu der Demonstration am 5. März gemacht hatten, über deren Vernehmungen aber bisher kein einziges Protokoll von der Staatsanwaltschaft vorgelegt worden war. Die Liste enthielt nicht nur Namen und Vornamen der Beamten, sondern auch Dienstgrad und Dienststelle. Diese Enthüllung versetzte den sowieso schon stark angeschlagenen Staatsanwälten den vorläufigen Rest, sie verzichteten auf eine Stellungnahme. Nach dieser geballten Ladung von neuerlichen Vorwürfen vertagte Richter Manger seine für diesen Tag angekündigte Entscheidung über den Einstellungsantrag der Verteidigung. Er brauchte wohl wieder einmal eine Denkpause. Bereits nach Beendigung dieses Prozeßtages erklärten die Rechtsanwälte, daß sie gegen die Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Aktenunterschlagung stellen.

Die Nürnberger Justiz hatte sich das sicherlich alles ein bißchen einfacher vorgestellt . . .

KB/Gruppe Nürnberg

Schmücker-Prozeß:

Keine Verlegung von Ilse Schwipper

Ob es die ,,Unschuldsvermutung'' der Menschenrechtskommission oder ob es die erdachte Möglichkeit eines Befreiungsversuches ist – beides ist allemal Grund genug, um der schwerkranken Ilse Schwipper auch die kleinste Hafterleichterung zu verweigern. So jedenfalls, wenn das Westberliner Kammergericht zu entscheiden hat. Mit einem absurden Beschluß hob es die Entscheidung der Großen Strafkammer auf, Ilse aus der Lehrter Straße in den Frauenknast Lichterfelde zu verlegen.

Von einer Hafterleichterung konnte an sich gar keine Rede sein: Es ging darum, daß Ilse Schwipper nach der Auflösung der Station IV in der Lehrter Straße nicht wieder in eine Station kommt, die wegen des starken ,,Durchgangsverkehrs'' (ständige Verlegungen) emotionale Kontakte nahezu unmöglich macht und die wegen des hohen Anteils der Drogenabhängigen jeden (noch) nicht abhängigen Menschen zwangsläufig stark gefährden muß. Die Bedingungen in Lichterfelde (Söhtstraße) hätten in etwa denen der Station IV in der Lehrter Straße entsprochen. Wenige Tage vor der schon terminierten Verlegung von Ilse legte die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Beschwerde ein (s. AK 211).

Mit dem jetzigen Beschluß hat das Kammergericht nicht zum ersten Mal ein Musterbeispiel juristischer Willkür demonstriert – an einer Frau, die seit über sieben Jahren in Untersuchungshaft sitzt.

Nach Aktenlage entschied das Kammergericht: Eine Verlegung in die Söhtstraße komme schon wegen des Trennungsgebotes der Untersuchungsgefangenen von Strafgefangenen nicht in Betracht, denn in der Söhtstraße sitzen zur Zeit nur strafgefangene Frauen. *,,Dieser Grundsatz* (der Trennung, AK) *zieht die notwendigen Folgerungen daraus, daß Untersuchungsgefangene als unschuldig gelten. (Art. 6 Abs. 2 Menschenrechtskonvention) ... auch um dem möglichen Vorwurf zu begegnen, daß die Gerichte und Vollzugsbehörden zwischen Untersuchungsgefangenen und Strafgefangenen nicht unterscheiden. Daß die Angeklagte selbst den Antrag gestellt hat, in die Vollzugsanstalt Lichterfelde verlegt zu werden, ist ohne Bedeutung''* (aus dem Beschluß vom 2. 11. 81). Und auch die Tatsache, daß Ilse auch in der Lehrter Straße mit Strafgefangenen zusammenkomme, *,,führt zu keinem anderen Ergebnis''*.

Diese ,,bestechende Logik'' kommentierte der ,,Tagesspiegel'' (11. 11. 81) in einer Glosse so: *,,Das Kind darf nicht in den Regen, weil es naß werden könnte; daß es unter der Traufe steht, spielt dabei keine Rolle.''*

Schon einmal mußte die ach so geachtete ,,Unschuldsvermutung'' dafür herhalten, Ilse ein verbrieftes Recht für Strafgefangene vorzuenthalten: weil sie nicht Strafgefangene ist, durfte sie nicht die im Strafvollzugsgesetz vorgesehene Stationssprecherin werden, obwohl sie dazu gewählt worden war.

Aber nicht nur die Menschenrechtskonvention verbiete eine Verlegung, sondern auch die Notwendigkeit einer (tot)sicheren Verwahrung, die im Knast Lichterfelde nicht gewährleistet sei: *,,Daß die Angeklagte bisher keine Anstalten zur Flucht getroffen und sich in der Haft diszipliniert verhalten hat, mindert das Sicherheitsrisiko entgegen der Ansicht des Strafkammervorsitzenden nicht ... Es ist auch ohne Bedeutung, ob der Kreis der Personen, zu denen die Angeklagte Beziehungen unterhält, klein und überschaubar ist. Befreiungsversuche brauchen nicht von diesen Personen auszugehen.''*

,,Ohne Bedeutung'' ist die Lieblingsfloskel des Kammergerichts. Ohne Bedeutung war für das Kammergericht auch, daß Ilse nach jahrelanger Isolation schwer krank ist und nach ärztlichen Gutachten allenfalls bei einer Therapie in Freiheit Hoffnung auf Wiederherstellung ihrer Gesundheit hätte. Im Sommer hob das Kammergericht einen Haftverschonungsbeschluß der Strafkammer auf (s. AK 205). Die Fluchtgefahr bleibe trotz der dringenden Therapiebedürftigkeit bestehen, eine Therapie könne sie schließlich auch im Untergrund machen. Ohne Bedeutung war im damaligen Beschluß auch die sieben Jahre Untersuchungshaft von Ilse, die jedem Geschwätz von ,,Unschuldsvermutung'' Hohn sprechen.

Antirepressions-Kommission des KB/Westberlin

Westberlin:

Gefangene aus dem Drogenknast beenden ihren Hungerstreik

Die vier Gefangenen aus dem Knast Schönstedtstr., einer Außenstelle der Jugendvollzugsanstalt Plötzensee für Drogenabhängige und -gefährdete, haben am 14. 11. ihren Hungerstreik abgebrochen.

Sie waren seit dem 7. Oktober im Hungerstreik, um eine Veränderung ihrer hochsicherheitstraktähnlichen Haftbedingungen zu erreichen. Ihre Minimalforderungen hatten sie in einem 25-Punkte-Katalog zusammengefaßt; u.a. forderten sie den Abbau der Trennscheibe, den Abbau der Fliegengitter vor den Fenstern, die Zulassung eingebrachter Gegenstände, mehr Zusammenschluß unter den Gefangenen, kein Teilnahmezwang an den anstaltsinternen ,,Verhaltensänderungsprogrammen'', keine Therapieauflagen nach der Entlassung und Entlassung – wie in anderen Gefängnissen auch – nach Zwei-Drittel der Haftzeit.

Die Gefangenen brachen ihren Hungerstreik ab, nachdem es am selben Tag zu Gesprächen zwischen ihnen bzw. ihrem Anwalt und der Justizverwaltung gekommen war. Diese Gespräche fanden erst statt, als Versuche, den Hungerstreik zu verschweigen und zu zerschlagen gescheitert waren.

Wochen zuvor waren die Gefangenen einzeln in das Moabiter Gefängniskrankenhaus verlegt und voneinander isoliert worden. Einer der Hungerstreikenden wurde denn auch vorzeitig aus der Haft entlassen.

,,In einem Zwischenbescheid hatte die Justizverwaltung ihnen (den Hungerstreikenden – Anm. AK) *zugesagt, die Forderungen in Bezug auf die konkreten Haftbedingungen zu überprüfen. Am Sonnabend wurde den Gefangenen in einem Gespräch zugesagt, daß die drogenabhängigen Häftlinge von möglichen Vollzugslockerungen nicht generell ausgenommen werden sollten. So würde in Zukunft individuell beispielsweise die Möglichkeit des Paketempfanges und Hafturlaubs geprüft. Dagegen werden nach Angaben eines Justizsprechers vorraussichtlich die Trennscheiben bei Besuchen als besondere Sicherheitsmaßnahme gegen das Einschmuggeln von Drogen bleiben.''* (Tsp, 17.11.81).

Tatsächlich hat der Senat bislang von dem Konzept Schönstedtstr., das auf Isolation, Zwangstherapie und Anpassung im Namen der ,,Drogenfreiheit'' setzt, keinen Abstand genommen. Für die gefangenen Jugendlichen bedeutet dies, daß ein Großteil der unmenschlichen Haftbedingungen weiter fortexistiert. Trotz des großen Einsatzes der Gefangenen – sie haben immerhin 38 Tage für ihre Forderungen gehungert – sind die Zusagen des Justizsenats auf Haftverbesserungen relativ vage geblieben. Demgegenüber steht, daß die Gefangenen mit ihrem Hungerstreik eine große Öffentlichkeit erreicht haben. So hat sich die AL, ein Großteil der Westberliner Drogenberatungsstellen und Gefangene aus anderen Gefängnissen mit den Hungerstreikenden solidarisiert. Die ,,Vereinigung Berliner Strafverteidiger'' bezeichnete das Therapiekonzept in der Schönstedtstr. als ,,zutiefst reaktionär'' und forderte: *,,Jeder Ansatz zur ‚zwangsweisen Therapie' müsse ersatzlos fallengelassen werden.''* (TAZ, 10.11.81)

Antirepressions-Kommission KB/Westberlin

Seit Januar 1981 macht Peter Jürgen Boock Schlagzeilen: Als bisher „hochkarätigster" Aussteiger aus der RAF, mit „Insider-Informationen" als Enthüller angeblicher RAF-Kamikaze-Aktionen. Aber auch als jemand, der sich nicht zum Kronzeugen erpressen lassen wolle.

Während Rebmann, die Bundesanwaltschaft und das BKA nichts unversucht lassen, Boock in die Kronzeugen-Rolle zu zwingen, will Bundesjustizminister Baum dem Aussteiger Boock „Resozialisierung durch Wiederaufnahme in unsere Gesellschaft" (1) angedeihein lassen, was heißen soll: bessere Haftbedingungen als die RAF-Gefangenen und das berühmte „faire Verfahren".

Am 23.10. versuchten BKA-Beamte und Bundesanwälte, Peter Jürgen Boock als Belastungszeugen im Wisniewski-Prozeß zu präsentieren. Sie bezogen sich dabei auf eigene Aufzeichnungen, die sie nach Gesprächen mit Boock gemacht hätten. Boock selber bezeichnet diese Aufzeichnungen als konstruiert, verweist darauf, daß es keine schriftlichen Aussagen von ihm gibt, streitet jedoch im übrigen Gespräche mit BKA und Bundesanwälten nicht ab. Unbestreitbar ist Peter Jürgen Boock Opfer der Erpressungsmanöver von BKA und Bundesanwaltschaft. Leider ebenso unbestreitbar ist, daß Boock in der Anti-Terrorismus-Kampagne auf der Baum-Mahler-Linie einen aktiven Part übernommen hat.

Nach Erscheinen seines „Spiegel"-Interviews im Januar 1981 schrieb Boock in einem Leserbrief an die „TAZ": „Wenn Ihr Fragen habt, stellt sie. Alle, die an den großen ‚Deal' glauben, sollen sich bei einem Rechtsanwalt mal über meine Haftbedingungen etc. erkundigen. An alle, die mich nicht vorschnell in die Ecke stellen, solidarische Grüße" (2). Dieser Aufforderung zu Fragen und darüberhinaus zur Auseinandersetzung und Kritik an Peter Jürgen Boock und auch an der Gruppe „Solidarität mit Peter Jürgen Boock" soll nachgekommen werden.

Die notwendige Schärfe dieser Kritik haben Boock und seine Freunde selbst zu verantworten. Mit „menschlichem Verständnis" allein wird Boock die Erpressungen von BKA und Rebmann, die Umarmungstaktik von Baum samt „Spiegel", seinen Prozeß und die vielen Jahre Knast nicht überstehen.

Peter Jürgen Boock

Aussteiger zwischen Baum und Rebmann

Zur Chronologie

Am 22.1.81 wird Boock in Hamburg zusammen mit seiner Freundin Angelika Steffenhagen verhaftet. Er leistet bei seiner Verhaftung keinen Widerstand. In der Presse ist davon die Rede, daß Boock ein Jahr früher die RAF bereits verlassen hat, seit dieser Zeit unter einem anderen Namen in Hamburg lebt, sein Geld mit Gelegenheitsarbeiten verdient usw.

Einige Tage später wird sein Freund Martin R. ebenfalls verhaftet. Der Haftbefehl gegen ihn und Angelika Steffenhagen lautet auf dringenden Tatverdacht der Strafvereitelung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Gegen Boock selber wird wegen Ponto, Schleyer und des versuchten Raketenwerfer-Anschlags auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe (im Sommer 1977) ermittelt.

Am 23.2. erscheinen ein „Spiegel"-Interview mit Boock unter der Überschrift *„Im Schützengraben für die falsche Sache"* (3) und Peter Boocks „Enthüllungen" über eine angeblich von der RAF für den 28. Februar in Heidelberg geplante „Finale Aktion". Lediglich in kleinen Meldungen berichtet die Presse zwischen der Verhaftung und dem Zeitpunkt des „Spiegel"-Interviews, daß Angelika S. und Martin R. am 11.2. entlassen wurden und daß die Aussetzung des Haftbefehls von Rebmann persönlich beantragt wurde.

Nur die „TAZ" bringt am 23.2. (Erscheinungsdatum des Interviews) eine kurze Notiz, daß Boock zwischenzeitlich in einer nicht näher bezeichneten „südwestdeutschen Anstalt" gewesen ist (4) und daß die Bundesanwaltschaft seine Verlegung damit begründete, *„daß das mutmaßliche RAF-Mitglied bei möglichen Vernehmungen durch die Bundesanwaltschaft schneller verfügbar ist"* (4).

Am 26.3. spricht die „TAZ" davon, daß Boocks Verteidiger Hannover Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den ermittelnden Staatsanwalt bei der Bundesanwaltschaft, Dörfler, gestellt hat wegen der Methoden, *„mit denen sein Mandant zum neuen Kronzeugen gezwungen werden soll. Dabei sollen sich die Behörden der Nötigung und der versuchten Anwendung unerlaubter Vernehmungsmethoden bedienen"* (4). *„Daß die Beweislage im Komplex Schleyer große Lücken aufweist, wird an dem Prozeß gegen Stefan Wisniewski in Düsseldorf ersichtlich. Diese Beweislücken zu schließen, dürfte das Hauptanliegen des Bundesanwalts sein. Peter Boock soll dafür herhalten. Entsprechend rabiat sind auch die Praktiken. Obgleich Boock bei seiner Festnahme erklärte, keine Angaben zur Person und zur Sache machen zu wollen, erschienen kurze Zeit später Beamte, um ihn an den Standort der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zu fliegen. Der Flug mußte abgebrochen werden, da Boock in dem Hubschrauber eine starke Nierenkolik erlitt. Er wurde in das Haftkrankenhaus Hohenasberg eingewiesen"* (4). Weiterhin berichtet die „TAZ", daß Boock Mitte März erneut von Dörfler zu Aussagen erpreßt werden sollte: indem ihm mit der Streichung der Besuche seiner Freundin und mit Einlieferung in eine psychiatrische Anstalt gedroht wurde. Die Beschwerde von RA Hannover enthält laut „TAZ" massive Anschuldigungen über die Behinderung der Verteidigung. *„Ich erwarte den Versuch, meinen Umgang mit Herrn Boock an einem verkehrsmäßig schwerer zugänglichen Ort weiter zu erschweren. Ich kenne auch zur Genüge den Versuch, durch Postbeschlagnahmungen und Abhörung von Telefonen und Gesprächen oder durch Umfunktionierung des Mandanten, Material zur Kriminalisierung des Verteidigers zu erlangen"* (4).

Am 2.6. wurde Boock nach Frankenthal verschubt, worauf Boocks Körper mit Zusammenbrüchen reagierte: *„Flash-Backs als Folge der langen Drogenzeit. Es kann dabei bis zum tödlichen Gehirnschlag kommen"* (5). Daraufhin wurde er am 19.6. nach Hohenasberg verlegt, was die von Anfang an von der Verteidigung und Boocks Freunden befürchtete Verlegung nach Stammheim (von der Bundesanwaltschaft beantragt) sehr realistisch werden ließ (5/6).

Seit August befindet sich Boock wieder in Hamburg. Die Ereignisse im Wisniewski-Prozeß Mitte/Ende Oktober sind das vorläufig letzte Kapitel im Fall Peter Jürgen Boock.

Boock zwischen Baum und Rebmann

Inzwischen versuchen Rebmann und seine Behörde alles nur Erdenkliche, um endlich einen Kronzeugen Boock zu produzieren, den sie auch dringend benötigen, wenn die Prozesse gegen Wisniewski und Siglinde Hofmann (angeklagt wegen Ponto) auch nur den dünnsten Anstrich von Rechtsstaatlichkeit bekommen sollen. Während Rebmann zwischenzeitlich auch behauptete, Boock sei gar kein Aussteiger, wenn er nicht zur Sache aussage, bekam er auf dieser Linie Flankenschutz eines Produkts seiner Erpressungsmethoden und dankbaren Mitarbeiters: Volker Speitel, seit neuestem Kronzeuge außer Dienst, plauderte im „Stern" Nr. 35 (jedem bundesdeutschen Magazin sein Ex-Terrorist) unbeschwert über die RAF, über sich als Kronzeugen, warum er nun die Nase voll hat, und alles im Stil des ehrlichen Maklers und rundherum zufrieden mit sich selbst. **„Ich habe heute keine Abgrenzungsprobleme zu Müller und Ruhland mehr, mir ist das egal. Ich glaube heute, daß es keine andere Form des Aussteigens gibt als meine"** (7).

Damit hat er ausnahmsweise recht. Denn ein Aussteiger in den Fängen der bundesdeutschen Staatsschutzbehörden wird nicht mit Samthandschuhen angefaßt. Er wird bearbeitet, erpreßt und gequält, bis er aussagt. Und weigert er sich, wird sogar sein Tod in Kauf genommen. Im Fall Boock ist laut Rebmann „der Suicid eine Verantwortung, mit der die Bundesanwaltschaft leben muß".

Herr Baum, der seinerzeit via „Spiegel" und in Eintracht mit Horst Mahler die Terroristen zur Umkehr aufrief, ihnen das berühmte faire Verfahren versprach, hat sich zwar auch neuerdings in der Aussteiger-Postille wieder dafür stark gemacht; sein Dilemma (und auch das Dilemma derjenigen, die ihm glauben), ist bloß, daß er nichts, aber auch gar nichts Konkretes anbieten kann. Während er am 19.10. im „Spiegel" zum Besten gibt: *„So müssen z.B. die persönlichen Beziehungen eines Aussteigers, sein persönliches Umfeld, das bei der Resozialisierung eine Rolle spielt, berücksichtigt werden, etwa auch für die Frage, wo er inhaftiert ist oder wo er angeklagt wird"* (8), ziehen Rebmanns Bundesanwälte im Wisniewski-Verfahren ihre persönlichen Aufzeichnungen über Gespräche mit Peter Jürgen Boock aus der Tasche und erklären ihn zum Kronzeugen. *„Je genauer die Verteidigung nachfragt, desto eindeutiger formuliert Zeis angebliche Äußerungen Boocks. Es endet damit, daß er behauptet, Boock habe auf den Vorhalt aus seinem Haftbefehl, wonach er am Tage vor der Schleyer-Entführung an einem konspirativen Treffen in Wuppertal teilgenommen hatte, mit einem klaren ‚ja' die Existenz dieses von Speitel beschriebenen Treffens und u.a. Wisniewskis Teilnahme daran bestätigt"* (9). Boock dazu: *„Ich sehe in diesem Zusammenhang die mir untergeschobenen Aussagen als Versuch an, die Glaubwürdigkeit Speitels wiederherzustellen, weil nur mit diesen Aussagen die ansonsten dürftige und nicht schlüssige Beweisführung der Bundesanwaltschaft aufrecht erhalten werden kann"* (9).

Demgegenüber gibt Baum nichts weiter als seine persönliche Meinung und bestenfalls wohlklingende Empfehlungen kund: *„Er* (der Aussteiger, Anm. AK) *muß sich darauf verlassen können, daß er trotz Verurteilung zu lebenslanger Haft nach einer bestimmten Zeit, und zwar früher als die anderen, wieder freikommt. In diesem Sinne s o l l t e n Aussteiger, auch wenn sie an Morden beteiligt waren, mit milderer Strafe rechnen können. Dies wäre doch schließlich auch ein Anreiz"* (8).

Peter Jürgen Boock, seine Anwälte und seine Freunde haben auf Baum gesetzt und (zumindest bisher) v e r l o r e n. Dazu sagt Boock: *„Ich habe ... den Leuten gesagt, sie sollten aussteigen. Aber bei diesen Bedingungen, die jemand im Fall seiner Verhaftung drohen, muß ich das jetzt eigentlich durch eine Warnung ergänzen, sodaß sich in dieser Hinsicht niemand Illusionen macht"* (10).

Das ist im übrigen nicht erst seit heute klar. Nicht einmal Herr Mahler, der Vorreiter in Sachen Entsolidarisierungskampagne, konnte z.B. sein Wiederaufnahmeverfahren durchsetzen. Das „faire Verfahren" blieb ganz selbstverständlich auf der Strecke. Astrid Proll wurde zwar vom Mordvorwurf freigesprochen (eine Sache, die sich Herr Baum immer so gerne an den Hut heftet), aber nur, weil sie eindeutig nicht geschossen hatte. Verurteilt wurde sie aber dennoch: Wegen Bankraubs, und aufgrund Ruhlands Aussage!

Die sogenannte Baum'sche Linie war und ist nichts weiter als der Versuch, mit leeren Versprechungen RAF-Mitglieder dahin zu bringen, daß sie mit Geschichten über die Unmenschlichkeit der RAF, über deren angeblich unterdrückerische Strukturen (bis hin zu Morddrohungen gegen Abtrünnige), und über angeblich geplante RAF-Aktionen j e d e n Gedanken und j e d e Diskussion über gewaltsamen Widerstand ersticken.

Peter Jürgen Boock – lediglich ein Aussteiger?

In der Beurteilung von Peter Boock darf nicht stehengeblieben werden bei bitteren Stellungnahmen, daß die Baum'schen Versprechungen hohl waren und sind: *„Über Peters Kopf werden jetzt möglicherweise wichtige Machtkämpfe ausgetragen, die das kommende gesellschaftspolitische Klima entscheidend mitbestimmen ... Im Fall, daß sich der harte Kurs von Rebmann durchsetzt, werden sich viele gezwungen sehen – um dem drohenden Knast zu entgehen – unterzutauchen. Für die Genossen aus der RAF gibt es dann kein Aussteigen mehr... Es radikalisiert sich der Staat und zwingt uns zu handeln, indem wir uns auf den Staat beziehen, unsere Radikalisierung vom Staat ableiten – und somit nichts Eigenes entwickeln können. ... Insofern verspricht uns die Baum'sche Linie eine Politik nach unseren Bedürfnissen und nicht nach denen des Staates zu entwickeln und auszurichten. Ob das dann Wirklichkeit wird, was der bundesdeutsche Innenminister nicht erst seit Mahler andeutet, wird sich gerade bei unserem Freund Peter Jürgen Boock auswirken"* (Gruppe Solidarität mit Peter Jürgen Boock) (11).

Boock und seine Freunde argumentieren auf der Linie, daß einer, der aus der RAF ausgestiegen ist, der ein neues Leben begonnen hat, der mit dem „Spiegel"-Interview vor der RAF warnt und anderen RAF-Mitgliedern ebenfalls das Aussteigen nahelegt, dafür vom Staat belohnt werden müsse. Sie fordern von der Linken, auf dieser Linie Druck zu machen, mit Boock solidarisch zu sein, wo er doch so ehrlich ist, nicht Kronzeuge werden will und Rebmanns Pressionen ausgesetzt ist. Auf dieser Linie erhalten sie die Unterstützung des „Spiegels", der sich um seinen Prominenten-Aussteiger sorgt und potentielle Nachfolger (auch fürs „Spiegel"-Geschäft) abgeschreckt sieht. Die Linke aber hat ein Recht darauf, daß Peter Boock die Karten auf den Tisch legt. Dazu Fakten, Vermutungen und auch die geforderten Fragen:

1. Daß Boock nicht mehr Mitglied der RAF ist, wurde der interessierten Öffentlichkeit durch Hans Joachim Klein bekannt gemacht, selbstverständlich wiederum im „Spiegel", im Herbst 1980. Klein legt zumindestens nahe, daß er bei diesem Ausstieg bzw. der Realisierung dieses Ausstieges seine Finger im Spiel gehabt hat. Laut „Spiegel" vom 26.1. sei Boock, nachdem er die RAF im März 1980 verlassen habe, auf der Flucht vor Polizei und RAF und ohne Geld, auf die Idee gekommen, sich die Mittel zum Überleben durch Bankraub in einer westdeutschen Großstadt zu beschaffen. *„Ehe es dann soweit war, konnten ihn Freunde davon abhalten. Sie boten ihm Hilfe, sofern er bereit sei, seine Waffe herzugeben. Boock ging erleichtert auf das Angebot ein und setzte sich ab – zunächst ins Ausland"*.


Peter J. Boock

2. Nach seiner Verhaftung meldete nur die „TAZ" in einer kurzen Notiz, daß Boock in Frankenthal von BKA und Bundesanwaltschaft aufgesucht worden war. In späteren Erklärungen der Initiative ist zwar von Erpressungen gegen Boock die Rede, wird auch davon gesprochen, daß er nach Karlsruhe verschubt werden sollte und wegen einer Nierenkolik im Hubschrauber nach Frankenthal kam; der Zeitpunkt wird jedoch nicht genannt. Erst nach den Vorfällen im Wisniewski-Prozeß und der „FR"Berichterstattung darüber, kann der zeitliche (und inhaltliche?) Ablauf richtig konstruiert werden. Demnach ist Boock am 6.2. in Frankenthal von Bundesanwalt Zeis vernommen worden, ebenso von Bundesanwalt Dörfler und dem BKA-Beamten Walter. Er hat sich auf die Gespräche eingelassen, weil ihm damit gedroht wurde, daß sonst seine Freunde weiterhin in Haft blieben. Am 11.2. wurden Angelika S. und Martin R. entlassen. Am 13.2. erhielt „Spiegel"-Redakteur Hans Wolfgang Sternsdorff die Genehmigung zum Interview.

3. Das Interview selber besteht aus zwei Teilen. Teil Nr. 1 beschreibt Jürgen Boocks „Erlebnisse" in und mit der RAF. Die einzelnen Punkte sind für uns nicht (und wahrscheinlich für niemanden) überprüfbar. Haupttenor des Interviews ist zum einen der Gruppenzwang in der RAF; zum zweiten: ein Aussteigen aus der RAF berge die Gefahr, umgebracht zu werden; zum dritten: Boock habe sich seinerseits RAF-Aktionen deshalb entziehen können, weil er drogenabhängig gewesen sei; er sei deswegen und wegen seiner damals schon vermuteten, von ihm aber nicht ausgesprochenen Distanz zur RAF-Politik seit 1979 nicht mehr an Diskussionen beteiligt worden. D i e s e (und ausschließlich diese) Kritik an einer Organisation, deren Mitglied Boock jahrelang war, die ihn laut eigenen Aussagen während der Schleyer-Entführung aus Belgien nach Bagdad verschubt hat, und das immerhin auch zu Boocks eigener Sicherheit, die ihm (den unsicheren Kandidaten und Drogenkranken) jahrelang auch in der Illegalität hat überleben helfen, ist nicht sauber und kann es auch nicht werden. Und ist politisch nur in dem Sinn, daß die RAF als eine Organisation von Monstren dargestellt wird. Mit einer politischen Auseinandersetzung, wie sie unter Linken geführt werden sollte, hat das Interview nicht das Entfernteste gemein. Peter Jürgen Boock und seine Freunde müssen wohl oder übel begreifen, daß nicht zuletzt mit dieser Art von Aufarbeitung der eigenen politischen Vergangenheit als jahrelanges Opfer der RAF Peter Boock selber die auf ihn zukommenden Jahre der Haft kaum wird bestehen können.

4. Der 2. Teil des Interviews enthält die angeblich geplante „finale Aktion" im Heidelberger Schloß. Boock gibt im „Spiegel" bekannt, daß er befürchtete, die RAF werde am 28.2.81 im Heidelberger Schloß anläßlich des dort jährlich stattfindenden Faschingballs amerikanischer Militärs, einschließlich deutscher Gäste, die gesamte Gesellschaft als Geisel nehmen, damit versuchen, die Haftentlassung ihrer Gefangenen zu erpressen, und – falls die ganze Angelegenheit schief läuft – das Schloß samt Amerikanern, Besuchern und RAF-Mitgliedern in die Luft sprengen. Von dieser angeblich geplanten Aktion will Boock Kenntnis haben (nur ob der Zeitpunkt nicht vielleicht auch erst 1982 ist, kann er nicht ausschließen), o b w o h l er gleichzeitig behauptet, seit Mitte 1979 nicht mehr an Diskussionen beteiligt worden zu sein. Da trifft es sich gut, – der „Spiegel", nicht w i r stellen diese Verbindung her – daß das BKA im Oktober 1980 in Heidelberg in einer konspirativen Wohnung ein Strategiepapier der RAF gefunden hat, wo von militärischen Aktionen gegen US-Militärs und Bundeswehr die Rede ist, außerdem Pläne, Skizzen und Karten von Heidelberg, Ramstein und den Hammond Barracks in Mannheim.

Pech für Peter Jürgen Boock, daß der „Spiegel" hiermit die angebliche „finale" Aktion beweisen will. Das Strategiepapier, das in großen Auszügen in der Presse zitiert und dokumentiert wurde, enthält die Neuausrichtung der RAF-Politik weg vom Knastkampf hin zu Aktionen gegen US-Militär und auch Bundeswehr, und es wurde geschrieben angesichts der sich damals erst in den Anfängen befindenden Friedens- und antimilitaristischen Bewegung.

5. Das Interview erschien zum Zeitpunkt des letzten RAF-Hungerstreiks und war somit objektiv ein In-den-Rücken-fallen. Damit aber nicht genug: Boock zieht eine direkte Verbindung vom Hungerstreik zu der angeblich geplanten „finalen Aktion": *„Aber jetzt durch den Hungerstreik hat sich das im Grunde nur konkretisiert. Ich sehe da einen ursächlichen Zusammenhang"* (3).

Es ist sicherlich nicht zu gewagt spekuliert, wenn wir unsererseits einen Zusammenhang zwischen den Frankenthal-Gesprächen und dem „Spiegel"-Interview 1. und 2. Teil sehen. Es ist auch nicht dahergeholt, wenn wir registrieren müssen, daß Boock und auch seine Freunde sich relativ häufig an die Linke gewendet haben, Boock per Interview und Leserbrief an die „TAZ", die Freunde über Aufrufe zur Unterstützung und mit Informationen über die BKA-Erpressungen und Boocks schlechten Gesundheitszustand, wir jedoch erst anläßlich des Vorgehens der Bundesanwaltschaft im Wisniewski-Prozeß über Zeitpunkte und einige Inhalte der Gespräche mit BKA und Bundesanwaltschaft erfahren.

Peter Jürgen Boock hat immer wieder betont, daß er kein Verräter ist und nicht werden will. Seine öffentlichen Aussagen – so kritisch wir sie sehen – waren kein Verrat, sie waren Rufmord und politische Denunziation. **Für eine Solidarität der Linken muß Boock allerdings die Karten auf den Tisch legen: über die Gespräche mit BKA und Bundesanwaltschaft, über das Zustandekommen des Interviews, was es mit dieser „finalen Aktion" auf sich hat und einiges mehr. Wir können ihm das nur raten, vor allem um seiner selbst willen. Die Staatsschutzbehörden haben noch lange nicht ihr Pulver verschossen; Prozeß und Verurteilung und lange Jahre Knast stehen Boock erst noch ins Haus. Um das zu überstehen, ist mehr notwendig als einige Artikel in bürgerlicher und auch linker Presse.**

Anti-Repressionskomitee des KB/West-Berlin

Quellen:
1 Spiegel vom 19.1.81
2 TAZ 9.3.81
3 Spiegel vom 23.2.81
4 TAZ 23.2.81
5 TAZ 10.7.81
6 FR 11.7.81
7 Stern Nr. 35, 20.8.81
8 Spiegel vom 19.10.81
9 TAZ 20.10.81/FR 24.10.81
10 Spiegel vom 31.8.81
11 TAZ 20.7.81
12 Spiegel vom 26.1.81

Verfolgung von Kriegsgegnern

„KRIEG DEM KRIEGE — STOPPT STRAUSS" — unter dieser Losung wurde in Köln zum vergangenen 1. Sept. von Gewerkschaftern zu einer Demonstration aufgerufen. 2000 Menschen waren diesem Aufruf gefolgt. Presserechtlich verantwortlich zeichnete für Flugblätter und Plakate Hans Müller, HBV-Mitglied in Köln.

Strauß ließ das ‚Delikt' verfolgen und erreichte, daß Hans Müller am 22.6.81 zu 900 DM Geldstrafe verurteilt wurde. Am 17.11. beginnt der Prozeß in 2. Instanz. Für Hans Müller hat sich inzwischen ein Solidaritätskomitee gebildet, das eine Dokumentation zu dem Fall herausgebracht hat (c/o, SJD-Die Falken, Severingwall 32; 5 Köln 1).

Ein Unterzeichnerkreis fordert die Einstellung des Verfahrens bzw. einen Freispruch von dem Vorwurf der „Beleidigung" von Strauß. Jakob Moneta erklärt, er müsse andernfalls mit in das Verfahren einbezogen werden, wenn man sich seinen Redetext auf der damaligen Kundgebung anschaue (der Text wird in der Broschüre zitiert). Tatsächlich wurde Müller von der Justiz vollkommen willkürlich herausgegriffen, denn zu der Kundgebung unter dieser Parole hatte ein großer Kreis von Kölner Gewerkschaftern n a m e n t l i c h aufgerufen, weil der Kölner DGB selbst keine Demonstration durchführen wollte.

Solidaritätsspenden an:
Norbert Blumenhofen, PSchA Köln, BLZ 370 100 50 Nr. 2274 96-503
Stichwort: 1.9.80

•••

Als am 19.6. Apel auf dem Kirchentag über „Frieden" reden wollte, kam es zu Protestaktionen. Einige Demonstranten hatten sich selbst mit Tierblut übergossen, einige Blutbeutel landeten auch auf Apels eintreffenden Wagen.

Am 30.11. beginnt um 9.20 Uhr in Hamburg im Strafjustizgebäude am Sievekingplatz in Raum 201 b dazu ein Prozeß gegen Detlef Bunke, der wegen „Landfriedensbruch" und „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" verknackt werden soll. Zu den Vorfällen haben die Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomkrieg, AG Gegen Katastrophenmedizin (am Unifachbereich), Beschäftigte im Gesundheitswesen gegen Atomrüstung und Mitarbeiter der Christen in der Verantwortung eine gemeinsame Broschüre herausgebracht; sie ist zu beziehen über:

Thomas Tolksdorf, Paulsenplatz 8, 2 HH 50
Spendenkonto: Sonderkonto - P - c/o T. Tolksdorf, 11502-200 PSchA Hamburg

reich), Beschäftigte im Gesundheitswesen gegen Atomrüstung und Mitarbeiter der Christen in der Verantwortung eine gemeinsame Broschüre herausgebracht; sie ist zu beziehen über:

Thomas Tolksdorf, Paulsenplatz 8, 2 HH 50
Spendenkonto: Sonderkonto - P - c/o T. Tolksdorf, 11502-200 PSchA Hamburg

(sollten die Spenden mehr als die Prozeßkosten einbringen, werden sie an Medico International für Nicaragua und die Bevölkerung El Salvadors weitergeleitet).

•••

Knast für Kriegsdienstverweigerung
Solidarität mit Thomas Hansen!

Thomas Hansen, 21-jähriger Schlosser aus Gelsenkirchen ist Kriegsdienstverweigerer. Er versteht darunter eine Ablehnung aller Kriegsdienste, womit er den Zivildienst einschließt.

Verlauf der Kriegsdienstverweigerung von Thomas
— Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer durch alle drei Instanzen;
— In der letzten Instanz (Verwaltungsgericht) erklärt Thomas erstmals, daß er auch eine Ableistung des Zivildienstes ablehnt.
Endgültige Ablehnung ohne Widerspruchsrecht;
— Am 1.7.81 Einberufung in die Wildeshauser Wittekindkaserne. Verweigerung der Befehle, Uniform anzuziehen und sich die Haare schneiden zu lassen. 6 Wochen Bau, anschließend Dienstverbot. Kompanie stellt Antrag auf Entlassung.
— Am 24.8. erster Prozeß vor dem Oldenburger Amtsgericht: 2 Monate Strafarrest auf Bewährung.
— Am 25.8. erneuter Befehl. Nach Verweigerung weitere 3 Wochen Bau. Einstweiliges Dienstverbot.
— Ablehnung der Entlassung durch den Divisionskommandeur.
— Am 7.10. erneute Verurteilung vor dem Oldenburger Amtsgericht: 6 Monate Strafarrest ohne Bewährung.
— Am 8.10. wiederum Befehl. Nach Verweigerung erneutes Dienstverbot und Anklage zum dritten (!) Verfahren.

Zwei Verurteilungen in einer Sache und kein Ende abzusehen.

Solange die Bundeswehr eine Entlassung verweigert, kann sie Thomas nach Belieben immer wieder hinter Gitter bringen.

Alles weist darauf hin, daß die Bundeswehr entschlossen ist, an Thomas ein Exempel zu statuieren. Damit wird die Sache zu einem Präzedenzfall. Für alle Kriegsgegner muß das bedeuten:

Breite Solidarität mit Thomas ist notwendig!

Wir rufen auf, die Informationen über den Fall von Thomas weiterzuverbreiten, um eine möglichst breite Öffentlichkeit darüber zu gewährleisten.

Wir rufen auf, folgende Forderungen zu unterschreiben und weitere Unterschriften dafür zu sammeln:
— Freispruch für Thomas Hansen und Entlassung aus der Bundeswehr!
— Keine mehrfache Bestrafung für die Verweigerung!
— Uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung!
— Abschaffung der Militärjustiz!

Gebt diese an uns weiter — wir werden sie u.a. an Herrn Apel als Thomas obersten Dienstherrn weiterleiten.

Prozesse kosten Geld. Spenden auf Konto Nr. 361 448 333, Stadtsparkasse Gelsenkirchen, BLZ 420 500 01!!!

Für weitere Informationen wendet Euch an:
Gruppe Delmenhorster Antimilitarist(inn)en c/o Orthstr. 8, 2870 Delmenhorst, Telefon 04221/16208
oder: Helmut Pinnefeld, Nollenpad 5, 4660 Gelsenkirchen Buer, Telefon 0209/32539

Aus einem Solidaritätsflugblatt

•••

Folgenden Brief erhielten wir von Thomas Wulf, dessen Prozeß wegen „Wehrkraftzersetzung" am 19.11.81 in Hamburg beginnt. Wir drucken diesen Brief hier ab. Anfragen an ihn leiten wir gern von der Redaktion weiter.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen!

Am 19. November 81, um 9.00 Uhr beginnt gegen mich erneut das Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung (§ 89 StGB) vor der großen Strafkammer des Landgerichtes Hamburg. Ort: Schleidenstr. 9 - 11, 2 Hamburg 76.

Nachdem im vorigen Jahr die Staatsschutzkammer Hamburg mich in demselben Verfahren freisprechen mußte, hat der Bundesgerichtshof dieses Urteil aufgehoben, damit der Revision der Staatsanwaltschaft stattgegeben, mit dem Ergebnis der Neueröffnung dieses Verfahrens.

Ich schreibe Euch an mit der Bitte dazu beizutragen, eine Öffentlichkeit für diesen Prozeß herzustellen: die Prozeßtermine anzukündigen, über den Prozeß zu berichten, in die Auseinandersetzung um den § 89 einzusteigen, Solidarität zu üben, was nicht nur für mich persönlich von Bedeutung ist, sondern meiner Ansicht nach auch für die sozialen und demokratischen Bewegungen in der BRD.

Angeklagt war ich zunächst vor der Staatsschutzkammer, „in Hamburg in der Zeit vom 14.3.1977 - 6.12.78 fortgesetzt handelnd
a) auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig eingewirkt zu haben, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben, und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und gegen Verfassungsgrundsätze eingesetzt,
b) durch dieselbe Handlung in drei Fällen andere beleidigt zu haben, indem er in den im Hamburger Bereich an Soldaten der Bundeswehr verbreiteten Druckschriften „Volksmiliz" ... (23 Ausgaben d. Verf.), die vom „Soldaten- und Reservistenkomitee" in Hamburg als deren Publikationsorgan in regelmäßigen Abständen herausgegeben worden sind und deren presserechtlich Verantwortlicher der Beschuldigte ist, vor einem die gesellschaftlichen Verhältnisse herabsetzenden Bildes von der Bundesrepublik Deutschland, durch Diffamierung der Bundeswehrführung und der Offiziere die Bundeswehr als imperialistische, gegen das Volk gerichtete Armee darstellt, deren wahre Funktion nicht in der Verteidigung der Interessen des Volkes, sondern in der Durchsetzung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Kapitalistenklasse der Imperialisten, der Herrschenden innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland mit kriegerischen Mitteln liege, die Bundeswehr als ein imperialistisches Militärzuchthaus bezeichnet, ... wobei der Beschuldigte die Soldaten durch derartige Darstellungen dazu bringen wollte, sich den an sie gestellten Anforderungen in einer als volksfeindlich dargestellten Bundeswehr zu widersetzen und er ihre Bereitschaft, sich für dienstliche Belange und allgemein für die Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben einzusetzen, untergraben wollte,
c) in der Ausgabe der „Volksmiliz" Nr. 21 vom 20.11.77 die Offiziere der 3. Panzerdivision als „Offiziersgesindel" und darüber hinaus den Oberstleutnant Benischke sowie die Hauptleute Graumann, Glatz und Bahlmann als „Diese herausragenden Kreaturen im Offiziersgesindel ..." und als „Vier der übelsten Schinder aus der Röttigerkaserne" bezeichnet, deren dienstliche Tätigkeit u.a. in „Schikane", „Gehässigkeit" und „Unterdrükkung" bestehe....

Vergehen, strafbar nach §§ 89 Abs. 1, 92 Abs. 3 Ziff. 2 und 3, 185, 194 StGB.

Strafanträge sind gestellt worden von Generalmajor Burandt und von Roder am 13.12.77 bzw. 26.6.78 wegen Beleidigung der Offiziere ihres Befehlsbereichs ... und von Oberstleutnant Brauer am 28.1.1978 wegen Beleidigung..."

Soviel aus der Anklageschrift.

Um kurz zu dem Inhalt Stellung zu nehmen. Es kann in der Stellung gegen den Prozeß nicht darum gehen, mit den Inhalten im Einzelnen übereinzustimmen, z.B. mit der Forderung nach Volksbewaffnung oder mit dem drastischen Sprachgebrauch der Zeitung, mit verschiedenen Einschätzungen darin, sondern es geht um die Möglichkeit der systematischen Darlegung antimilitaristischer Auffassungen gegenüber den Soldaten der Bundeswehr, um die Möglichkeit, Meinungen zu vertreten, die über den Horizont der bürgerlichen Verfassung hinausgehen, um die Möglichkeit, ihre Kämpfe für soziale und demokratische Forderungen zu unterstützen.

Dies zu verhindern, ist dieser Prozeß in Hamburg zwar der erste seit Jahren, dafür aber eingebettet in eine Serie von Wehrkraftzersetzungsprozessen in Schleswig-Holstein seit 1977, mit Urteilen von Gefängnis ohne Bewährung bis zu hohen Geldstrafen.

Die Anklage gegen mich konnte von der Staatsschutzkammer nicht aufrechterhalten werden. Eine tatsächliche presserechtliche Verantwortlichkeit oder eine Redakteurstätigkeit bei der Zeitung war nicht nachzuweisen.

Das Urteil des BGH hat jetzt die Aburteilungsgrundlage entschieden vereinfacht: „Entscheidend ist aber nicht, ob den Angeklagten die strafrechtliche Verantwortlichkeit als verantwortlicher Redakteur trifft, was, wie das Landgericht zu Recht ausgeführt hat, nicht allein nach dem Impressum beantwortet werden kann (BGH NJW 1980, 67) -, sondern ob er an der Verbreitung von Druckwerken strafbaren Inhalts vorsätzlich mitgewirkt hat. Dies ist aber schon bei demjenigen der Fall, der sich bereiterklärt hat, im Impressum als Verantwortlicher genannt zu sein, wenn er als formal presserechtlich Verantwortlicher in Kenntnis dessen, daß ein auf die Bundeswehr verfassungsfeindlich einwirkender und beleidigender Schriftinhalt zu erwarten ist, mit Billigung dieses strafbaren Inhalts an der Tat mitgewirkt..."

Damit steht jeder (nicht nur bei der antimilitaristischen Arbeit) unter ständiger Strafandrohung, der allein aus Gründen seines demokratischen Verständnisses heraus seinen Namen in das Impressum irgend eines Druckwerks setzen läßt. Für den § 89 ist das Urteil des BGH ein weiterer Schritt, ihn für die Justiz „dicht", „praktikabel" zu machen.

Soweit einige Erläuterungen zu dem Prozeß. Für weitere Auskünfte und Material stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Wulf

Weitere Verhandlungstage
(gleicher Ort, gleiche Zeit)

Dienstag, 24. Nov. 81
Donnerstag, 26. Nov. 81

Material stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Wulf

Weitere Verhandlungstage
(gleicher Ort, gleiche Zeit)

Dienstag, 24. Nov. 81
Donnerstag, 26. Nov. 81
Dienstag, 1. Dez. 81
Donnerstag, 3. Dez. 81
Dienstag, 8. Dez. 81
Donnerstag, 10. Dez. 81
Dienstag, 15. Dez. 81

▫▫▫





Hamburg am „Volkstrauertag": Bezeichnenderweise am berüchtigten „Kriegerdenkmal" am Dammtorbahnhof





Hamburg am „Volkstrauertag": Bezeichnenderweise am berüchtigten „Kriegerdenkmal" am Dammtorbahnhof versammelten sich obskure bzw. schräge Gestalten, um ihrer „Kameraden" zu gedenken: Bundeswehrleute, „Traditionsverbände", die kriminelle Vereinigung HIAG u.a. Knapp hundert Antimilitaristen störten lautstark dieses Spektakel. Was zu einigen kleinen Händeln führte.

Bundeskonferenz der Friedensinitiativen

am 23. - 25. Januar 1982 wird in Osnabrück das erste bundesweite Treffen möglichst aller autonomer Friedensinitiativen stattfinden können. Das Treffen ist von dem Kreis vorgeschlagen worden, der zur Bonner Demonstration den ‚Alternativen Aufruf' getragen hat, das Treffen soll aber möglichst viele Friedensinitiativen einbeziehen.
Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 5.12.81 um 10.30 Uhr in Göttingen in der ESG statt...
Kontaktadresse: Gabi Nickstadt, Dielinger Str. 43, 45 Osnabrück, Tel.: 0541/28426 Mo.-Fr. 16 - 20 Uhr
Spendenkonto: Friedenskongreß 3207255 Stadtsparkasse Osnabrück

▫▫▫



Counterforce:

Die Rüstung zur atomaren Ausschaltung der Sowjetunion

Die heute angehäuften Atomwaffen reichen aus, um die Menschheit gleich mehrmals zu vernichten. Trotzdem wird das atomare Wettrüsten noch b e s c h l e u n i g t . Kein geringerer als George Kennan, ehemaliger US-Beauftragter, hat darauf hingewiesen, daß selbst ein Viertel der heutigen Atomwaffen an der gegenseitigen Vernichtungsmöglichkeit nichts ändern würden. Doch die weitere Anhäufung atomaren Vernichtungspotentials ist keineswegs blindes Rüstungsfieber, wie es oberflächlich betrachtet erscheinen mag. Seit die SU gegen Ende der 50er Jahre in der Lage ist, die USA direkt mit dem Einsatz von Atomwaffen zu bedrohen, rüsten die US-Militärs einer atomaren Überlegenheit hinterher. Seit Mitte der 70er Jahre spätestens rüsten die USA zielstrebig auf eine atomare Überlegenheit hin, um s ä m t l i c h e Raketenstellungen und andere strategische Einrichtungen der Sowjetunion mit einem sicheren atomaren Killerpotential zu bedrohen. Auf dieser Fähigkeit beruhen alle strategischen Überlegungen eines ‚begrenzten' Atomkrieges bzw. eines ‚Entwaffnungsschlages' gegen die Sowjetunion. Dieses wollen wir geschichtlich nachweisen bzw. wollen auch für diese Überlegenheit quantitative Angaben machen, auch wenn dadurch Teile des Artikels notgedrungen etwas schwerer verdaulich werden.

Der Sputnik-Schock

Die Behauptung der NATO-Strategen, daß ab 1983 ein „gefährliches

war es nachgerade ‚logisch', daß die USA eine erhebliche Raketenüberle-

ben machen, auch wenn dadurch Teile des Artikels notgedrungen etwas schwerer verdaulich werden.

Die Behauptung der NATO-Strategen, daß ab 1983 ein „gefährliches Fenster" entstünde und die Sowjetunion ihrerseits die Fähigkeit erlange, die Interkontinental-Raketen der USA zu vernichten, ist genau die Propaganda-Lüge, um das eigene Aufrüstungsprogramm an atomaren Zielwaffen zu rechtfertigen und durchzusetzen. Am Ende dieses Programms, d.h. noch in den 80er Jahren, wollen die USA dieses „Traumziel" der möglichen atomaren Ausschaltung der Sowjetunion weitgehend erreicht haben.

Doch die Anhäufung von atomaren Zielwaffen, die punktgenau Raketenstellungen der SU ausschalten können, reichen allerdings dabei keineswegs. Es bliebe der SU z.B. in jedem Falle die Möglichkeit, die eigenen Interkontinentalraketen zumindest teilweise zu starten, während die US-Raketen noch im Anflug sind („launch on warning"). Doch auch hier ist die USA dabei, ein Raketenpotential aufzubauen, daß durch Ü b e r r a s c h u n g s schläge auch diese Lücke schließt: Dazu gehört insbesondere die „Nach"-Rüstung mit Cruise missiles und Pershing-Raketen, aber genauso auch die Umrüstung der Atom-U-Boot-Raketen auf Zielwaffensprengköpfe. Diese Raketen können ebenfalls auf Flugbahnen nahe der Erdoberfläche programmiert werden (depressed Trajektories) und sind damit ebenso für Überraschungsschläge geeignet.

Tatsächlich gehen die US-Strategen aber davon aus, daß zur eigenen Schadensbegrenzung in den USA ein Raketenabwehrsystem vonnöten wäre. An dessen Verwirklichung wird ebenfalls mit Hochdruck gearbeitet. Bevorzugt wird ein Abwehrsystem von Laserhochleistungswaffen, die im Weltraum stationiert werden sollen, und die mit dem neuen Raumtransporter installiert werden könnten (s. Artikel in diesem AK dazu, der den Stand der Entwicklung darlegt).

Dann verbleiben weiterhin die U-Boot-Raketen der SU. Doch auch hier ist längst eine ähnliche Aufrüstung der USA in vollem Gange. Dies soll aber nicht Gegenstand der Untersuchung dieses Artikels sein. Doch bereits heute sind die USA in der Lage, den Großteil sowjetischer U-Bootraketen durch einen Erstschlag auszuschalten. Nur 11% der SU-Marine operiert ständig in offenen Gewässern und muß dabei erst einmal US-Sucheinrichtungen und Minensperren durchfahren, um die USA überhaupt mit den Raketen erreichen zu können. U-Boote sind über Sucheinrichtungen unter Waser und über Satelliten weitgehend ortbar geworden (s. dazu „Spektrum der Wissenschaft" 4/81 bzw. die Zusammenfassung davon in Z-Zeitschrift Nr. 11). Zur Verbesserung dieses Systems sind im neuen US-Kriegsetat allein 7 Milliarden Dollar bereitgestellt worden.

Der Sputnik-Schock

Das Atomwaffenmonopol der USA war bereits zu Beginn der 50er Jahre durch die Sowjetunion durchbrochen worden. Allerdings war die SU lange Zeit nicht im Besitz entsprechender Trägerwaffen, um die USA selbst ernsthaft mit einem Atomwaffeneinsatz bedrohen zu können. Für den Kriegsfall sah die Strategie der USA in dieser Zeit vor, die SU mit einem vernichtenden Bombardement von Atomwaffen zu überziehen (Strategie der massiven Vergeltung). 1957 startete dann die SU noch vor den USA den 1. Satelliten. Damit war klar, daß die SU auch ihrerseits in Kürze die USA durch Interkontinentalraketen würde atomar bedrohen können („Sputnik-Schock"). Doch schon bevor es dazu kam, begannen die USA mit dem Bau von 600 B-52-Bombern. Kennedy entdeckte 1958, noch als Senator, das Zeitalter der „Raketenlücke" (1). Diese erste „Nachrüstungskampagne" war eins der zentralen Wahlschlager Kennedys, mit dem er dann 1960 US-Präsident wurde. 1960 hatte die Sowjetunion tatsächlich einen erfolgreichen Test einer mehrstufigen Interkontinentalrakete durchgeführt, die Flugweite der Rakete betrug 12.500 Kilometer. Doch selbst 1961 besaß die SU immer noch keine serienreife Rakete; ihre Fernbomber vom Typ „Bär" konnten nur mit Mühe Teile des US-Territoriums erreichen (2).

Trotzdem, das Zeitalter der einseitigen atomaren Umzingelung der SU durch US-Atombomber war beendet. Seither bzw. endgültig von 1967/68 an besitzen beide Mächte die Fähigkeit einer gesicherten Zerstörungsmöglichkeit des gegnerischeren Industriepotentials und großer Teile der Bevölkerung („Mutual Assured Destruction" heißt das im Militärlatein). Dies war die militärpolitische Voraussetzung der gegenseitigen „Abschreckung" (durch den Einsatz von Atomwaffen) und leitete auf politischer Ebene unter Kennedy die Phase der „Entspannungspolitik" ein. Die ökonomischen Beziehungen zum Comecon wurden ausgebaut, beiderseitige Abkommen auf militärischem Gebiet wurden geschlossen (beginnend mit dem Teststoppabkommen, d.h. der Beendigung der Atomwaffenversuche in der Atmosphäre (1963).

Die „Raketenlücke" – die 1. Nachrüstungs-Lüge

Doch gleichzeitig leiteten die USA unter Kennedy mit der Lüge von der „Raketenlücke" eine gigantische atomare Aufrüstung ein. Als die USA bereits über 50 Interkontinentalraketen (ICBM) verfügten und davon schon 32 auf U-Booten stationiert hatten (SLBM = sea launched ballistic missiles), wurde die Zahl der sowjetischen Interkontinentalraketen auf 100 hochgelogen. „*Nach offiziellen Vorhersagen würde das Raketenarsenal* (der SU - Anm. AK) *bis 1961 gar die stolze Zahl von 500 erreichen. Tatsächlich verfügte die Sowjetunion während der kubanischen Raketenkrise im Oktober 1962 nur über etwa 70 mit flüssigen Treibstoff betriebenen Interkontinentalraketen* [*von etwas zweifelhafter Zuverlässigkeit*]" (Brzezinski: „Das war der kalte Krieg", 1972 (3)). Um sowjetische Städte und Industriezentren zerstören zu können (Counter value), d.h. im Sinne „besserer" Abschreckung war dieses Aufrüstungsprogramm vollkommen sinnlos und überflüssig.

Das Programm war vielmehr der 1. Versuch der USA, das sowjetische Raketenpotential zu bedrohen und ausschalten zu können (Counter force). Eine neue Atomstrategie wurde aus der Taufe gehoben.

Der 1. Counter-Force-Versuch der USA

McNamara, Kriegsminister unter Kennedy, hatte in seiner Ann Arbor-Rede (vom 16.6.61) diese Strategie begründet: „*Unsere Streitkräfte können in unterschiedlicher Weise eingesetzt werden. Wir können zu einem einzelnen massiven Vergeltungsschlag gezwungen sein. Oder wir können unsere Vergeltungsstreitkräfte zur Schadensbegrenzung bei uns selber und unseren Verbündeten einsetzen, indem wir die Stützpunkte des Feindes zerstören, bevor er die Zeit hat, einen zweiten Angriff zu starten. Wir können versuchen, einen Krieg unter günstigen Bedingungen zu beenden, indem wir unsere Streitkräfte als Verhandlungswaffe anbieten - unter Androhung weiterer Angriffe. In jedem Fall, unsere große Reserve gesicherter Zerstörung würde einem Feind den Ansporn geben, unsere Städte zu vermeiden und den Krieg zu beenden. Unsere neue Politik gibt uns die Flexibilität zwischen mehreren unterschiedlichen Operationsplänen zu wählen, aber sie erfordert nicht, irgendeine Verpflichtung aus Respekt zur Strategie oder zu Zielen einzugehen. Wir sind nur verpflichtet zu einem System, das uns die Fähigkeit gibt, unsere Streitkräfte in kontrollierter und wohlüberlegter Weise einzusetzen, so um optimal die Interessen der USA, unserer Verbündeter und des Restes der freien Welt zu verfolgen*" (4).

Im Sinne dieser Strategie, die Raketenstützpunkte der SU zu bedrohen, war es nachgerade ‚logisch', daß die USA eine erhebliche Raketenüberlegenheit anstrebten, was bei einer Betrachtung der Vernichtungsfähigkeit der damaligen Atomraketen leicht einsichtig wird.

E i n e Rakete kann maximal e i n e gegnerische Rakete zerstören, d.h. ihr Counterforcewert kann maximal 1 sein. Ob sie dies Ziel erreicht, hängt ab von:

1. der Zielgenauigkeit,
2. der Stärke des Sprengkopfes und dessen Zuverlässigkeit,
3. der Zuverlässigkeit der Rakete
4. der Art des Zieles, ob es sich z.B. um einen Bunker oder um eine freistehende Rakete handelt.

Die Zielgenauigkeit der Raketen lag damals weit über 5 km.

Diese große Zielungenauigkeit konnte nur durch die Stärke des Sprengkopfes ausgeglichen werden. Da in der Realität die Zuverlässigkeit der Raketen nie 100 % beträgt, war der Counterforcewert einer Rakete nicht 1, sondern höchstens 0,2 - 0,3. Gehen wir z.B. von einem Counterforcewert von 0,2 aus, so sind zur gesicherten Zerstörung einer Rakete 5 angreifende Raketen nötig (5 x 0,2 = 1).

Die USA mußten also eine bedeutende Überlegenheit i n d e r A n z a h l d e r R a k e t e n erreichen, zumal in einem Counterforce-Angriff nicht alle Raketen verwendet werden können, denn es muß eine Reserve für die gesicherte Zerstörung der Sowjetunion zurückbleiben. Für diese Reserve, den sog. Zweitschlag, hielt McNamara 400 atomare Gefechtsköpfe für ausreichend. Friedensforscher Afheld berechnet dafür 100 1 MT (MT = Mega-Tonne = 1 Mio Tonnen herkömmlichen Sprengstoff) Gefechtsköpfe, Dieter S. Lutz kommt sogar bei optimaler Ausnutzung der starken Konzentration der Industrie- und Bevölkerungszentren auf ganze 65 1 MT Gefechtsköpfe (5).

Diese Reserve wurde durch die U-Boot gestützten Raketen (SLBM) gebildet. Die Anzahl der Raketen (ICBM) ist also ein Maß für den ersten US-Counterforce Versuch:

Das Ende des 1. Counterforce-Versuches

Dieser erste Counterforce-Versuch hat ein grundsätzliches Problem: bei einem Counterforcewert von z.B. 0,2 sind 5 US-Raketen nötig, um 1 sowjetische zu zerstören. Umgekehrt: jede weitere sowjetische Rakete erfordert weitere 5 US-Raketen.

Wurden für die Zerstörung einer sowjetischen Abschußrampe ursprünglich 3 1 MT-Gefechtsköpfe für ausreichend gehalten, so änderte sich dies mit der Verbunkerung der Raketen.

„*Einige Fachleute halten bei stark eingebunkerten Abschußrampen 18 - 24 Geschosse von je 10 MT für erforderlich*" (6). Das wäre mindestens das 12000fache der Hiroshimabombe gewesen. Dazu führte McNamara 1963 aus: „*Auch wenn wir unsere Streitkräfte verdoppeln und verdreifachen, wir würden nicht in der Lage sein, schnell genug alle oder fast alle der gehärteten ICBM Silos zu zerstören. Aber selbst wenn wir das könnten, wir kennen keinen Weg, gleichzeitig die U-Boot gestützten Raketen des Feindes zu zerstören. Wir erwarten nicht, daß die USA oder die Sowjetunion diese Fähigkeit in absehbarer Zukunft anstreben. Weiterhin müßte, um den Schaden in den USA zu begrenzen, eine solche Streitmacht von einem ausgedehnten Raketen-Abwehrsystem begleitet sein und viel komplizierteren Zivilschutzprogrammen als bisher überlegt worden sind. Und selbst dann können wir Opfer, die in die Zehnmillionen zählen, nicht ausschließen*" [7].

D.h., die erste Counterforce-Möglichkeit war durch die SU bald zu durchkreuzen. A. Legault und G. Lindsay kommen zu dem Schluß: „*Bis 1966, also fünf Jahre lang, besaßen die Vereinigten Staaten also das Potential und ein rationales Motiv für einen ersten Schlag gegen das sowjetische Raketenpotential, zumindest sobalb man die ICBM isoliert betrachtet. Man sollte nicht vergessen, daß dieser Schlag nie erfolgte*" (8).

Schaubild 1





Allerdings fehlten dafür auch andere sichere Voraussetzungen:

- Die Aufklärung zur Zielortung und Feststellung der Zielvernichtung war vor der Satellitenaufklärung nur mit Flugzeugen (U-2, SR-71) möglich (9).
- Die 107 sowjetischen U-Boote waren „nur knapp zur Abschreckung der Vereinigten Staaten" ausreichend, obwohl sie im Extremfall durch „ein Trommelfeuer von Unterwasserkernexplosionen" auszuschalten gewesen wären (10).
- Mit der Verbunkerung der sowjetischen Raketen (ICBM) reichte die Zielgenauigkeit nicht mehr aus.

Aber erst die bedeutende Aufrüstung der Sowjetunion ab 1967/68, die Erhöhung der Zahl der ICBM und die Einführung U-Boot gestützter strategischer Raketen (SLBM) 1968 hat die Sowjetunion eindeutig aus der Gefahrenzone bewegt.

Die Sowjetunion konnte nun der USA mit Sicherheit mit der atomaren Zerstörung drohen.

Weil die Erlangung einer Counterforce-Fähigkeit auf Basis einer q u a n t i t a t i v e n Überlegenheit der USA unmöglich geworden war, hat der US-Imperialismus deshalb den 1967 erreichten Stand von 1054 ICBM und 656 SLBM eingefroren. An diesen Zahlen hat sich bis heute kaum etwas geändert.

Umgekehrt folgt: seit 67/68 bewegt sich die Kriegsvorbereitung auf der qualitativen Ebene. Der entscheidende technische Durchbruch ist die Entwicklung der Mehrfachsprengköpfe und die Verbesserung der Zielgenauigkeit.

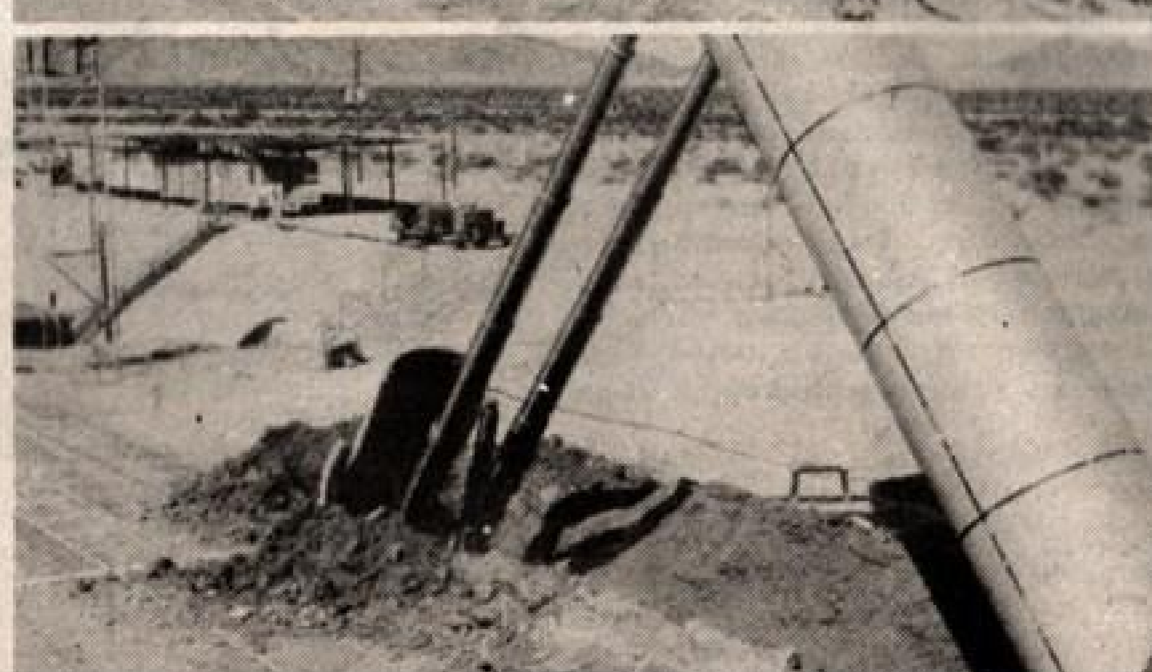
Der „qualitative" Rüstungswettlauf: die Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen

„Die MIRV-Idee ist ursprünglich zur Erhöhung der amerikanischen Treffergenauigkeit im Rahmen des „Counterforce" Konzepts zu Beginn der 60er Jahre entwickelt worden und nicht, wie vielfach behauptet, um das sowjetische ABM-System besser durchdringen zu können" (11) (ABM = Raketenabwehr).

und nicht, wie vielfach behauptet, um das sowjetische ABM-System besser durchdringen zu können" (11) (ABM = Raketenabwehr).









Die MX - Rakete durchbricht an einer beliebigen Stelle die Erdoberfläche richtet sich auf und wird gestartet.

Die MX - Rakete durchbricht an einer beliebigen Stelle die Erdoberfläche richtet sich auf und wird gestartet.







Was ist MRV, MIRV?

Wir haben gesehen, daß eine Rakete theoretisch eine gegnerische Rakete zerstören kann, der Counterforcewert einer Rakete maximal 1 sein kann.

In der Praxis betrug dieser Wert Anfang der 60er Jahre ca. 0,3 - 0,2, so daß z.B. bei einem Counterforcewert von 0,25 4 Raketen zur Zerstörung einer gegnerischen Rakete erforderlich sind.

MRV (Multiple Re-entry Vehicles) bedeutet nun, daß eine Rakete mehrere Gefechtsköpfe hat, die sich nach dem Prinzip des Schrotschusses um ein Ziel herumstreuen. Statt 4 Raketen mit einem Counterforcewert von 0,25 reicht jetzt eine Rakete mit 4 Gefechtsköpfen.

Durch MRV nähert sich der Counterforcewert einer Rakete gegen 1.

Bei einem Angriff auf ein Feld von verbunkerten Raketen oder Befehlszentralen, die einen gesicherten Mindestabstand haben, können trotzdem auch große Gefechtsköpfe nur ein Ziel zerstören. **(s. Abb. 1 + 2)**

Der entscheidende nächste Schritt ist die Entwicklung der MIRV (Multiple Independently Targetted Reentry Vehicles). Bei diesem Sprengkopftyp kann jeder Gefechtskopf einzeln und unabhängig auf ein anderes Ziel gelenkt werden.

Dadurch wird der Counterforcewert einer Rakete größer als 1 **(Abb. 3)**

Eine 10 MIRV-Rakete kann also einen Counterforcewert von maximal 10 erreichen.

Es gilt: bei gleichbleibender Anzahl der US-Raketen steigt trotzdem der Counterforcewert der US-Atomstreitmächte erheblich an.

Die Einführung der MIRV Gefechtsköpfe begann 1970.

Das 1. SALT-Abkommen

Parallel zu dieser Entwicklung hat der US-Imperialismus ab 1968 Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT) (und zwar über die Anzahl der Raketen) mit der Sowjetunion eingeleitet. Durch den sowjetischen Einmarsch in die CSSR und das amerikanische Massaker in Vietnam zunächst noch erschwert, konnten sie erst im November 1969 offiziell in Helsinki eröffnet werden. Das erste SALT-Abkommen wurde 1972 unterzeichnet.

Durch SALT erreichte der US-Imperialismus:

1. Er konnte sich durch Friedensverhandlungen politisch aufbessern.
2. Die US-Kriegsvorbereitung wurde hinter „Abrüstungs"verhandlungen versteckt. Obwohl der Counterforcewert einer Rakete durch MIRV größer als 1 wird, bleibt auch eine z.B. 10-fache MIRV-Rakete immer nur ein Trägersystem, also ein Ziel.

Die USA hatten zu diesem Zeitpunkt einen erheblichen Vorsprung, denn die SU führte MIRV-Raketen erst 1975 ein.

Da die SALT-Gespräche ideologisch immer als Entspannungspolitik und Rüstungskontrollen verkauft wurden, muß selbst in bürgerlichen Kreisen beachtliche Konfusion entstanden sein.

H. Schmidt definiert 1971 noch einmal allen Ungläubigen Entspannungspolitik:

Sie *„ist nichts anderes als eine – lassen sie mich ein Wortspiel wagen – Ergänzung der Sicherheitspolitik des Gleichgewichts mit anderen Mitteln, um Clausewitz zu variieren, oder wenn sie das Wortspiel genau hören wollen: unter Einmischung anderer Mittel. Das Maß unserer Sicherheit, das Maß der gemeinsamen Sicherheit des Westens soll nicht verringert, sondern durch zusätzliche, durch neue außenpolitische Impulse erhöht werden"* (12).

Auch W.G.Baudissin wird es 1970 zu wirr. Ausdrücklich stellt er klar: der englische Begriff „arms controll" sei im Deutschen mit „Rüstungskontrolle" oder „Rüstungsbegrenzung" unzutreffend übersetzt. Für das, was unter dem Code-Namen SALT abläuft, schlägt er den Begriff „kooperative Rüstungssteuerung" vor (13). Eine derartige „Rüstungssteuerung" ist notwendig, da in einem Counterforce-Krieg nicht mehr, wie im 1. und 2. Weltkrieg, die Überlegenheit und Abnutzung des industriellen Potentials, sondern die Vernichtung des militärischen Potentials entscheidend ist. Die Bedeutung des industriellen Potentials kippt aufgrund der extrem kurzen Zeitdauer eines 3. Weltkrieges nach vorne, in die Zeit vor dem Krieg, um. Der Rüstungswettlauf selber gewinnt dadurch strategische Bedeutung, denn im Schlagabtausch wirkt sich nur die in Qualität der Raketen und gespeicherten Angrifsscenarios vergegenständlichte Überlegenheit des Industriepotentials aus. Die bes-

sich nur die in Qualität der Raketen und gespeicherten Angrifsscenarios vergegenständlichte Überlegenheit des Industriepotentials aus. Die bes-

seren Waffen entscheiden. Die richtige Einfädelung und Umsetzung technischer Neuerungen ist somit von kriegsentscheidender Bedeutung („technischer Durchbruch").

Ab 1970: Das Ende der „Entspannung" wird vorbereitet

Während des Vietnamkrieges hatte Nixon verschiedentlich auf das US-Dilemma hingewiesen:

1970: *„Soll einem Präsidenten im Falle eines nuklearen Angriffs als einzige Wahl der Befehl zur Massenvernichtung der Zivilbevölkerung des Gegners bleiben angesichts der Gewißheit (!), daß darauf ein Massenschlachten der Amerikaner folgen würde?"* (14).

1971: *„Die unterschiedslose Massenvernichtung von Zivilisten auf der Gegenseite darf mir und meinen Nachfolgern nicht als die einzige Möglichkeit auf Herausforderungen verbleiben. Das gilt besonders für den Fall, (!) daß eine solche Antwort die Wahrscheinlichkeit in sich birgt, einen nuklearen Angriff auf unsere eigene Bevölkerung auszulösen"* (14).

Wie vorsichtig der US-Imperialismus allerdings vorging, zeigt, daß noch 1971 *„das Pentagon und die konservative Führung des Verteidigungsausschusses im Senat (...) zwei Anträge des reaktionären Senators Buckley aus New York (...) ausdrücklich mit der Begründung ablehnten, daß die Sowjetunion dadurch den Eindruck gewinnen könne, die Vereinigten Staaten planten eine Strategie des ersten Schlages"* (15).

„(Senator Stennis:) Die Erläuterungen zu diesem Antrag enthalten das Wort ‚Counterforce'. Diejenigen, die mit diesen Begriffen vertraut sind, wissen, das bedeutet im Grunde eine Erstschlagskapazität. Wir haben uns immer im Rahmen der Abschreckung bewegt. Darüber reden wir bei den SALT-Gesprächen. ... Hier haben Sie, was (das Verteidigungsministerium) in seinem Positionspapier zu den vorliegenden Anträgen (sagt): „... Das Verteidigungsministerium kann die vorliegenden Anträge nicht unterstützen. Es ist die Position der Vereinigten Staaten, kein Waffensystem zu entwickeln, dessen Einführung mit einigem Recht von den Sowjets so interpretiert werden könnte, als verfüge es über eine Erstschlagskapazität. Die Einführung eines solches Systems könnte die Sowjets veranlassen, selbst zuerst zuzuschlagen."

„(Senator Stennis) ... wir brauchen diese Verbesserungen der Zuladungs- und der Steuerungskapazitäten jetzt nicht, wir brauchen diese Art der vorgeschlagenen Verbesserungen auch nicht, um die Option zu haben, militärische Ziele – also nicht Städte – anzugreifen. (...) Der einzige Grund, Programme zu unternehmen, wie sie in dem Antrag vorgesehen sind, wäre der Wunsch, feindliche Raketen in ihren Silos zerstören zu können, bevor sie gezündet werden. Das bedeutet einen Erstschlag der USA ..." (15).

1974: USA rüsten zum atomaren Entwaffnungsschlag

Erst im Januar 1974 verkündet A. Schlesinger das neue US-Konzept der „Realistischen Abschreckung". Es ist die offizielle Verkündung, daß die USA wieder die Möglichkeit des entwaffnenden Erstschlags ansteuern.

Denn eins war nach der Niederlage in Vietnam klar:

„Ohne ein sicheres Fundament nuklearer Abschreckungsstreitkräfte würde unsere übrige Macht in der Welt von heute nicht viel gelten" (16).

Ideologisch wurde auch dieser Counterforce-Versuch mit der Bedrohungslüge eingeleitet. Nach der Me-

(16).

Ideologisch wurde auch dieser Counterforce-Versuch mit der Bedrohungslüge eingeleitet. Nach der Me-

thode „Haltet den Dieb" wurde auf eine „erdrückende Überlegenheit" der Sowjetunion in der Zahl der Raketen hingewiesen. Tatsächlich hatte die SU nur eine Mehrzahl von Raketen, aber umgekehrt sah es bei den Sprengköpfen aus. Selbst H. Kissinger scheint das zu weit gegangen zu sein. Am 26. April 1974 erklärte er: *„Wenn man nicht auf die Trägerwaffen, sondern auf die abschießbaren Sprengköpfe sieht, dann hat sich der Vorsprung der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion während der Laufzeit des SALT Interim-Abkommens vergrößert und wird sich während der ganzen Periode des Interim-Abkommens noch weiter vergrößern. Und man wird von Sprengköpfen getroffen – nicht von Trägersystemen"* (17).

Daß Counterforce 1974 wieder offizielle US-Strategie wird, liegt daran, daß 1. eine bedeutende Überlegenheit in der Zahl der Gefechtsköpfe schon bestand (siehe folgende Tabelle)

Tabelle 1

	USA				Sowjetunion			
	ICBM	SLBM	Bomber	RV	ICBM	SLBM	Bomber	RV
1962	294	144	600	...	75	...	190	...
1963	424	224	630	...	90	107	190	...
1964	834	416	630	...	190	107	175	...
1965	854	496	630	...	224	107	160	...
1966	904	592	630	...	292	107	155	...
1967	1.054	656	600	1.710	570	107	160	747
1968	1.054	656	545	1.710	858	121	155	959
1969	1.054	656	560	1.710	1.028	196	145	1.355
1970	1.054	656	550	1.938	1.299	304	145	1.746
1971	1.054	656	505	3.386	1.513	448	145	1.887
1972	1.054	656	455	4.626	1.527	500	140	1.983

RV = Re-entry vehicle = Einzelsprengköpfe *(ohne Bomber) (30)

2. wichtige technologische Bedingungen schon erreicht waren bzw. sich abzeichneten.

„Ein großer Teil der Anstrengungen zur Verbesserung von Kommunikation und Kontrolle wird schon seit 1970 unternommen. Ihr Resultat war die Schaffung der technologischen Bedingungen für die Veränderung der Zielstrategie" (18).

Schlesingers Konzept der Abschreckung erfordert militärisch die Counterforce-Fähigkeit, gezielte begrenzte Schläge gegen militärische Ziele ausführen zu können. Wie so etwas aussehen soll, erklärt Schlesinger:

„Ich glaube, Herr Senator, wenn wir mit der sowjetischen Führung während des Krieges kontinuierlich kommunizieren und ihnen peinlich genau den begrenzten Zweck unserer Aktion – einschließlich des Wunsches, einen Angriff auf ihre städtische industrielle Basis zu vermeiden – beschreiben, daß ... die politische Führung auf beiden Seiten unter starkem Druck stehen wird, weiter Vernunft zu bewahren" (19).

Die technologischen Vorbedingungen für eine derartige Kriegsführung sind laut R. Hermann (20):

1. Zielprogrammierung und Bahnverfolgung der eigenen Interkontinentalwaffen; Verfügbarkeit aller relevanten Daten in Realzeit; (...) Das bedeutet auch, daß das Potential „gesicherter Zerstörung" (sog. Zweitschlagkapazität (s.o.)) nicht mit einem bestimmten Teil des strategischen Potentials selbst identifiziert werden kann (das möglicherweise durch einen gegnerischen Erstangriff erheblich reduziert werden könnte); die verschiedenen strategischen Optionen liegen nur als Zielprogramme vor, die zu jeder Zeit von jedem Teil des strategischen Potentials durch „Reprogrammierbarkeit" ausgeführt werden können.

Nach Angaben von 1976 war seinerzeit eine Reprogrammierung der ICBMs bzw. deren Gefechtsköpfe (RV; Re-entry vehicle) innerhalb von 20 Minuten möglich (21).

2. Zentrale Kontrolle aller Interkontinentalwaffen unter jeder Kriegsbedingung.

3. Kenntnis der Lage der gegnerischen landgestützten Raketen.

4. Informationen über Abschußwerte, Flugbahnen, Aufschlagsort, Explosionscharakteristika und zahlenmäßige Stärke eines gegenerischen Angriffs.

ge Stärke eines gegenerischen Angriffs.

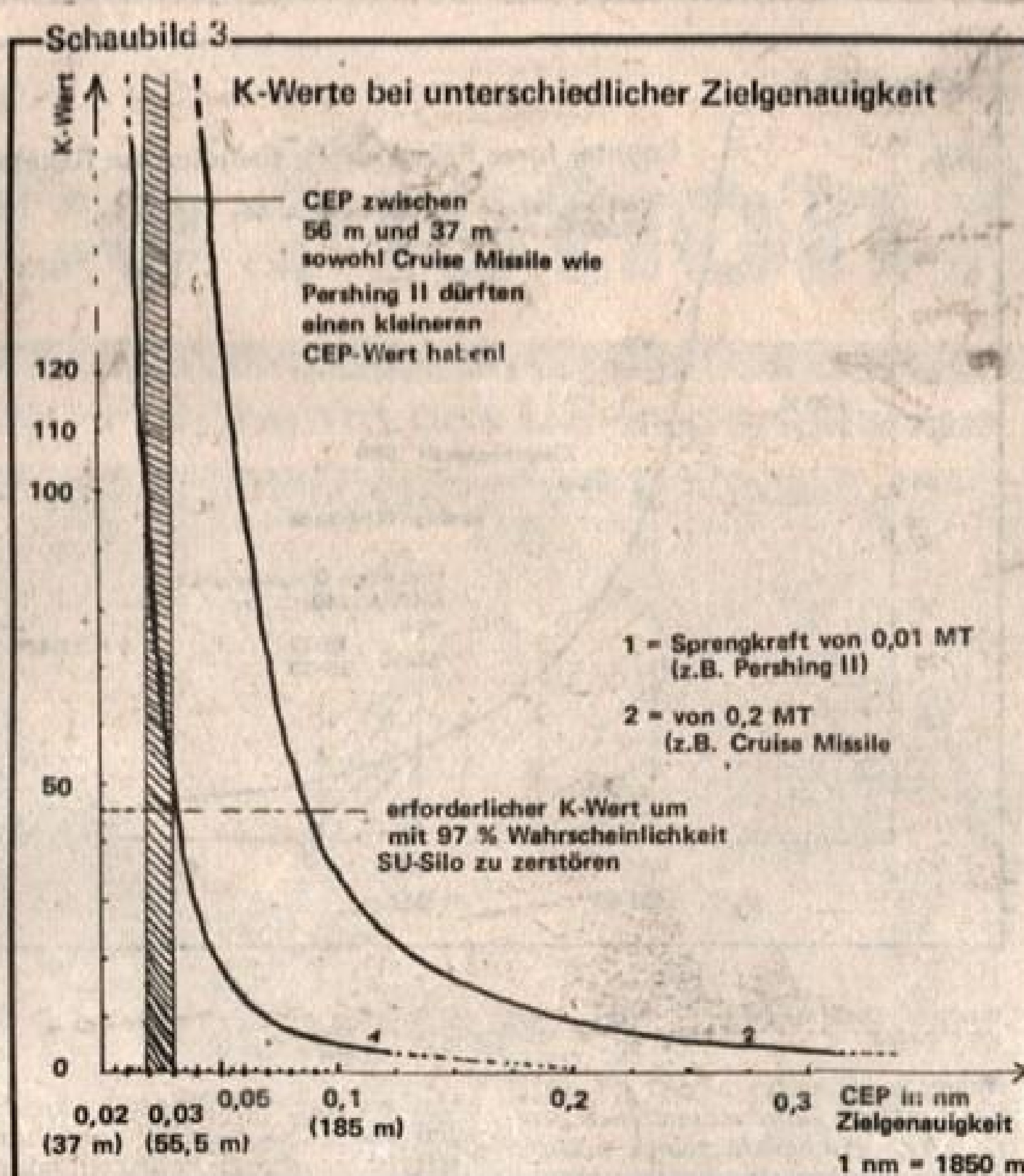
5. Zielgenauigkeit.

Bei einem Angriff auf eine Stadt ist es letztlich unbedeutend, ob die Rakete eine Zielgenauigkeit von einigen hundert Metern oder fünf km hat. Bei der gewaltigen Zerstörungswirkung der Atombomben handelt es sich jedesmal um einen Volltreffer.

Die Bunker der Interkontinentalraketen hingegen halten einen Überdruck von mehreren 100 psi (30) stand und sind gegen die Hitzeauswirkung von Atomexplosionen nahezu immun. Die Zielgenauigkeit, mit der ein Sprengkopf das verbunkerte Ziel trifft, ist also entscheidend, denn geht ein Atomsprengkopf nicht in unmittelbarer Nähe des Bunkers nieder, so bleibt dieser unzerstört. Selbst ein 1 MT Gefechtskopf, das ist das 66fache der Hiroshima-Bombe, muß innerhalb eines Radius von weniger als 650 m auftreffen, um z.B. eine verbunkerte amerikanische Minuteman-Rakete zu zerstören.

Der entscheidende technische Durchbruch für einen Counterforce-Krieg ist die Entwicklung der MIRV-Technologie. Durch sie kann z.B. eine 10fach verMIRVte Rakete einen maximalen Counterforce Wert von 10 erreichen. Um diesen Wert faktisch zu erreichen, muß jeder einzelne Sprengkopf einen Counterforcewert von 1 haben. *„Aber grundsätzlich gilt, daß bei Zielgenauigkeiten, die schlechter sind als 370 m CEP (Der CEP-Radius gibt den Kreisumfang an, innerhalb dessen die Rakete mit 50% Wahrscheinlichkeit ihr Ziel trifft), kein „sinnvolles" MIRV-System eine bedeutende Zerstörungskapazität gegen gehärtete Ziele erreicht und daß bei Zielgenauigkeiten, die besser sind als 185 m CEP, praktisch jede Rakete, auch solche mit relativ geringem Wurfgewicht eine Zerstörungsfähigkeit gegen Raketensilos erreicht"* (22).

D.h. für uns, daß eine schlichte Gegenüberstellung der Zahl der Raketen nichts (in Zahlen: 0) mehr über die Kriegsvorbereitung aussagt. Um die Kriegsgefahr deutlich zu machen, müssen also die qualitativen Seiten gegenübergestellt werden.



Die Bunker-Knack-Fähigkeit eines Sprengkopfes (K-Wert)

Diese Bunkerknackfähigkeit des einzelnen Sprengkopfes wird als „Letalität", K-Wert bezeichnet. Der K-Wert ist abhängig von
1. der Härte des Bunkers,
2. der Druckwirkung des Sprengkopfes = Yield, Y,
3. der Zielgenauigkeit des Sprengkopfes, in CEP, angegeben in „Nautischen Meilen" (1 nm = 1850m).

Die Härte des Bunkers nehmen wir zunächst als gegeben an.

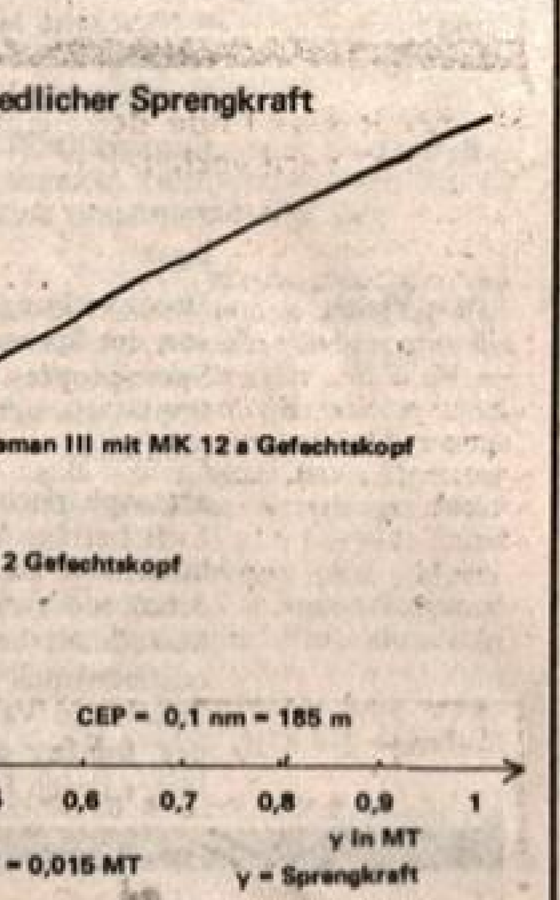
Die Druckwirkung des Sprengkopfes hängt nicht direkt von der Stärke des Sprengkopfes ab (in MT TNT). Je stärker der Sprengkopf, desto mehr Druckwirkung verpufft gewissermaßen. Mathematisch ausge-

desto mehr Druckwirkung verpufft gewissermaßen. Mathematisch ausge-

drückt gilt: Die Druckwirkung des Sprengkopfes ist proportional der 3.Wurzel aus dem Quadrat der Sprengkraft:

$$(K) \sim \sqrt[3]{y^2}$$

D.h.: wenn ein 0,2 MT Sprengkopf durch einen 2 MT Sprengkopf ersetzt wird, die Sprengkraft also 10fach größer wird, ist die Druckwirkung nur 4,6fach ($=\sqrt[3]{10^2}$) größer.



Die Erhöhung der Sprengkraft steht also im Rahmen der imperialistischen Kosten-Nutzen-Logik in keinem Verhältnis zu der erreichbaren Steigerung der K-Werte. Die Zielgenauigkeit wird in CEP (Circular Error Probability) angegeben. Ein CEP von 2 km bedeutet, daß 50% aller angreifenden Raketen in einem Radius von 2 km auftreffen. Je kleiner dieser CEP-Wert, desto größer die Zerstörungsfähigkeit des Sprengkopfes. Doppelte Treffgenauigkeit bedeutet 4fache Zerstörungskraft. Mathematisch gilt: der K-Wert ist indirekt proportional zum Quadrat der Entfernung vom Ziel.

$$(K) \sim \frac{1}{(CEP)^2}$$

(Verdreifachte Treffgenauigkeit heißt 9-fache Zerstörungsfähigkeit.)

Mathematisch würde der K-Wert unendlich groß werden, je mehr der CEP gegen Null geht, und die neue Waffengeneration mit Endphasenlenkung wie Persking II und Cruise Missile haben einen CEP von unter 30 m (0,016 nm).

In der Realität gibt es einen maximalen K-Wert, der dann erreicht ist, *„wenn der CEP-Wert kleiner ist als der durch die Explosion des Sprengkopfes verursachte Krater, da ein Silo innerhalb des Kraters mit Sicherheit zerstört wird"* (23).

Dies zeigt auch, daß für die Sowjetunion der Bau härterer Bunker gegen eine verbesserte Zielgenauigkeit völlig sinnlos ist, da die Härtung der Bunker nur begrenzt ist. Die Bunkerknackfähigkeit eines Sprengkopfes (K) hängt ab von der Sprengkraft (Y) und der Zielgenauigkeit (CEP):

$$K = \frac{\sqrt[3]{y^2}}{(CEP)^2}$$

(Diese Formel setzt sich aus den beiden obigen Proportionalitäten zusam-

(Diese Formel setzt sich aus den beiden obigen Proportionalitäten zusam-

men.)

Eine 10fache Sprengkraft (Y) bewirkt eine 4,6fache Zerstörungsfähigkeit (K). Eine 10fach bessere Zielgenauigkeit aber einen 100fachen K-Wert.

Dies hat für die MIRV-Technologie (Counterforce Fähigkeit) zur Folge, daß mit der Verbesserung der Zielgenauigkeit die Sprengkraft des einzelnen Sprengkopfes abnehmen darf und diese Gewichtsersparnis für eine größere Anzahl Einzelsprengköpfe genutzt werden kann. Hinzu kommt, daß die US-Sprengköpfe bei gleichem Gewicht höhere Sprengwirkung haben.

Die beschriebene Formel stellt die Bunkerknackfähigkeit des einzelnen Sprengkopfes dar. Multiplizieren wir sie mit der Zahl der Einzelsprengköpfe einer Rakete (= n), so haben wir die Zerstörungsfähigkeit einer Rakete. Multiplizieren wir dies noch mit der Anzahl der Raketen (= m), so haben wir die Zerstörungsfähigkeit der ganzen Atomstreitmacht. Vergleichen wir den dabei erhaltenen Wert mit dem Wert der Anzahl und Härte der sowjetischen Bunker, so sehen wir, ob ein Counterforce Krieg der USA gegen die Sowjetunion möglich ist (und umgekehrt, s. Rechnung Tab. 1 und 2).

Dem Counterforce Wert der US-Raketen von 29 526 steht ein zur Zerstörung aller sowjetischen Silos bei 90% Wahrscheinlichkeit erforderlicher Wert von 26 300 gegenüber.

Dem Counterforce Wert der SU-Raketen von 21 105 steht bei gleicher Wahrscheinlichkeit ein zur Zerstörung aller US-Silos erforderlicher Wert von 54 170 gegenüber.

Schon auf der Grundlage der SIPRI Zahlen von 1977 besaß der US-Imperialismus eine ansatzweise Counterforce Fähigkeit.



Gezündete Cruise Missile

Diese Fähigkeit ist in den letzten Jahren enorm gestiegen:

1. bei ungenauen Treffern gilt:
„Eine Nuklearexplosion verursacht neben den obengenannten Effekten den sogenannten EMP (Elektromagnetischen Impuls), d.h. in der Nähe des Detonationspunktes entstehen

Tabelle 2

Tabelle 2

Erforderlicher totaler K-Wert zur Zerstörung aller US-Silos und SU-Silos mit 97% und 90% Wahrscheinlichkeit 1974

	Silohärte in psi	erforderlicher K-Wert pro Silo 97 %	90 %	Siloanzahl S	K x S 97 %	90 %
USA-Silos	1.000	108	71	550	59.400	39.050
	300	45	30	450	20.250	13.500
	300	45	30	54	+2.430	+1.620
					82.080	54.170
SU-Silos	300	45	30	ca. 400	18.000	12.000
	100	20	13	ca. 1.100	+22.000	+14.300
					40.000	26.300

Tabelle 3

K-Wert der US-Raketen 1977

Raketentyp	Sprengkraft in MT	CEP in nm	K.-wert	Zahl der Sprengk. (n)	Zahl der Raketen (m)	n · m = N	K · N
ICBM							
Titan II	10	0,5	12,0	1	54	54	648
Minuteman II	2	0,3	17,6	1	450	450	7.920
Minuteman III	0,2	0,2	8,6	3	550	1.650	14.190
SLBM							
Polaris A-3	0,2	0,5	1	3	176	528	528
Poseidon C-3	0,04	0,3	1,3	10	+480	+4.800	+6.240
					1.710	7.482	29.526

K-Wert der SU-Raketen 1977

Raketentyp	Sprengkraft in MT	CEP in nm	K.-wert	Zahl der Sprengk. (n)	Zahl der Raketen (m)	n · m = N	K · N
ICBM							
SS-7	5	2	0,73	1	30	30	21,9
SS-8	5	1,5	1,3	1	19	19	24,7
SS-9	20	0,7	15	1	263	263	3.945
SS-11 mod 1	1	1	1	1	790	790	790
SS-13	1	1	1	1	60	60	60
SS-11 mod 3	0,2	1	0,34	3	60	60	60
SS-18 mod 1	20	0,3	81,9	1	50	50	4.095
SS-19	1	0,3	11	6	140	840	9.240
SS-17	1	0,3	11	4	40	160	1.760
SLBM							
SS-N-5	1	keine Angaben		1	24	24	zu vernachl.
SS-N-6 mod 1	1	1,5	0,44	1	544	1.632	718*
SS-N-6 mod 2	0,2	1,5	0,16	3			
SS-N-8	1	0,8	1,6	1	+244	+244	+390
					2.264	4.292	21.105,8

* Unter der für die SU günstigen Annahme, daß alle SS-N-6 3-fach vermirvt sind, bei K = 0,44

(30)

elektrische und magnetische Felder. Die komplizierten elektronischen Einrichtungen der ICBMs und der Abschußvorrichtungen können durch diese Felder, unter der Voraussetzung, daß ein Silo nicht gegen sie abgeschirmt ist, zerstört werden, selbst dann, wenn das Silo durch den Detonationsdruck unbeschädigt blieb. Die gewaltigen Bewegungen der Luftmassen in der Nähe der Explosion, der EMP und die großen Mengen an Trümmern und Staub, die schnell in die obere Atmosphäre aufsteigen und die enorme Radioaktivität, die von dem Feuerball ausgeht, verursachen einen im Hinblick auf „Counterforce"-Angriffe relevanten Effekt: „Interference". Interference bedeutet, nach der Explosion eines Nuklearsprengkopfes am gegenerischen Silo ist es nahezu ausgeschlossen, bereits nach kurzer Zeit einen weiteren Sprengkopf gegen das gleiche Ziel zu richten, falls der erste Sprengkopf das Ziel nicht zerstören konnte.

Die obengenannten Effekte machen gleichfalls das Abfeuern der angezielten gegnerischen Rakete unmöglich („pin-down"). Der Pin-Down-Effekt im Zusammenhang mit den durch den EMP ggf. verursachten Beschädigungen an der gegnerischen ICBM läßt einen Bombereinsatz gegen Raketensilos möglich erscheinen. Bomber können mit großer Genauigkeit Einsätze gegen Silos fliegen"(24).

2. Die qualitativen Verbesserungen der US-Raketen seit 1977

Z.B. hat die Umrüstung der Minuteman III Raketen ihre Zielgenauigkeit von 0,2 auf 0,1 nm verbessert. Zusätzlich werden bei 300 MinutemanIII die Mk 12 Sprengköpfe mit 0.17 MT durch Mk 12a Sprengköpfe mit 0.35 MT ersetzt.

Bei 236 Minuteman III Mk 12 und 300 Minuteman III Mk 12a ergibt allein diese Verbesserung einen Counterforcewert von mindestens 66 425 (der Counterforcewert der gesamten US-Raketen betrug 1977 nur 30 000).

3. Einführung der Endphasenlenkung

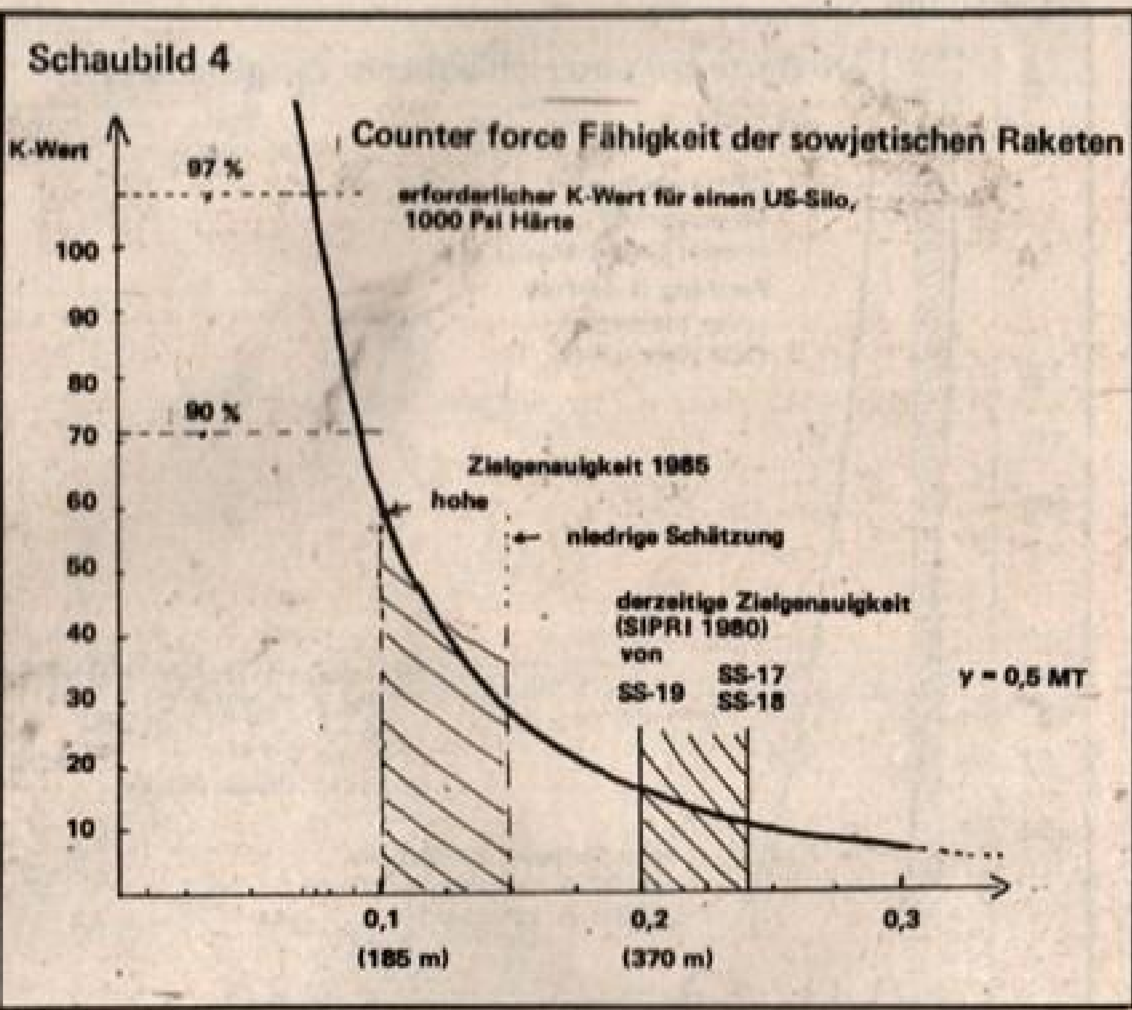
Diese Technik hat folgende Vorteile: Der Sprengkopf tastet mit einem Radarvideogerät das Ziel ab, vergleicht das dabei erhaltene Bild mit einem im Bordcomputer gespeicherten Zielfoto und steuert sich so selbst ins Ziel.

Die Endphasenlenkung ist für die Raketentechnik ein qualitativer Schritt, da für ein genaues Zielen kein exakt vermessener Abschußort mehr erforderlich ist. Die Raketen werden mobil.

Endphasenlenkung soll z.B. für die Einzelsprengköpfe der MX oder Trident II Raketen eingeführt werden. Ein derartiger Einzelsprengkopf würde einen CEP von 30 - 50 m haben (15).

Bis 1985 wird die USA 120 B-52 mit je 12 Cruise Missile ausgerüstet haben. Bei einer Sprengkraft von 0,2 MT pro Cruise Missile und einer Zielgenauigkeit von mindestens 50 m = 0,027 nm ergibt diese Umrüstung

0,027 nm ergibt diese Umrüstung



einen zusätzlichen K-Wert von 675 546 !

Navigations-Satelliten soll ab Mitte der achtziger Jahre einsatzbereit sein. (...) GPS ermöglicht seinen militärischen Benutzern eine Positionsbestimmung in allen drei Dimensionen, und zwar zu jeder Zeit und jedem Ort in der Welt einschließlich des Weltraums bis in Höhen von einigen tausend Kilomentern, mit einer Genauigkeit von 10 Metern. (...) Dieses System erlaubt allen Streitkräften genaue Korrekturen von Waffenbewegungen und Flugbahnen. ICBMs und SLBMs können mit Hilfe des GPS wahrscheinlich extrem hohe Zielgenauigkeiten (CEP in Metern von einigen Zehnergrößen) erreichen" (26).

Gert Krell spricht von einem CEP in Metern „von einigen Zehnergrössen". Untersuchen wir diese Frage noch aus einem anderen Blickwinkel.

Der Mark 12a Sprengkopf der neuen Minuteman III mit einem CEP von 0,1 nm und einer Sprengkraft von 0,35 MT gilt als eindeutiger Silokiller (27). Sein K-Wert ist ca. 50. Nehmen wir diesen Wert und die Sprengkraft der Poseideon C-3 und Trident 1, so können wir die Zielgenauigkeit bestimmen, wo auch diese Gefechtsköpfe eindeutige Silokiller werden.

Poseidon C-3 mit einer Sprengkraft von 0,04 MT pro Einzelsprengkopf erreicht den erforderlichen K-Wert bei einem CEP-Wert von 90 m (0,048 nm), die Trident 1 mit einer Sprengkraft von 0,1 MT pro Einzelsprengkopf erreicht diesen Wert bei einem CEP-Wert von 120 m(0,066nm). Allein ein CEP-Wert von 100 m würde einen K-Wert von 382 650 ergeben. Stimmt die Behauptung von Krell, so werden ab 1985 weitere 5 920 Einzelsprengköpfe eindeutige Silokiller.

sprengköpfe eindeutige Silokiller.

5. Werfen wir einen Blick auf die SU-Atomstreitkräfte:

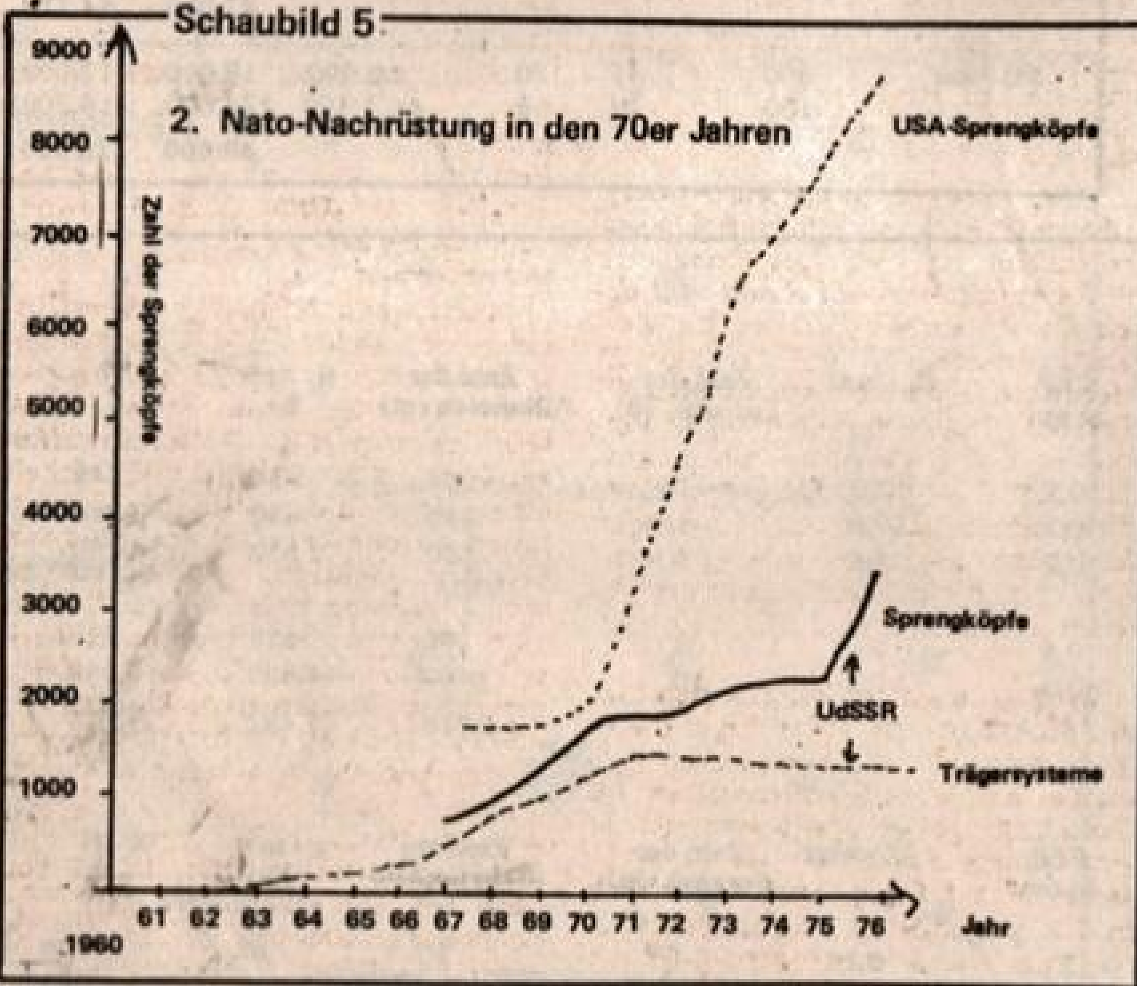
Daß angesichts derartiger Entwicklungen und Pläne des US-Imperialismus selbst bürgerlichen Politikern mulmig wurde, zeigt der Antrag der liberalen Senatoren McIntyre (der Mitglied des Verteidigungsausschusses und Vorsitzender des Unterausschusses für Forschung und Entwicklung war) und Brooke, die neuen US-Strategie abzulehnen (1975).

McIntyre: „*Kurz gesagt, die „counterforce"-Vorschläge sind die gefährlichste destabilisierende Bewilligungsvorlage, die meinem militärischen Forschungs- und Entwicklungsausschuß in den sechs Jahren seines Bestehens vorgekommen ist. ... Die Debatte über diese Bewilligungs-Vorlage kann im wahren Sinne des Wortes Leben und Tod für die Menschheit bedeuten. Und darum bitte ich inständig darum, daß der Senat sie zurückweisen und statt dessen bestehen möge auf der bewährten Politik der nuklearen Stabilität, gesicherten Überlebensfähigkeit unserer strategischen Streitkräfte, wirklichen militärischen Stärke, die allen zukünftigen sowjetischen Bedrohungen begegnen kann, und Verhandlungsstärke, (...)*" (18).

Selbstverständlich wurde dieser Antrag mit 49 zu 37 Stimmen abgelehnt. Er zeigt aber, daß sich der Imperialismus durchaus über den verbrecherischen Charakter seiner Pläne im Klaren ist.

Das Schicksal des Antrages zeigt aber auch, daß „inständiges Bitten" nicht immer zum Ziel führt.

Ein Genosse aus Oldenburg überarbeitet von der Anti-Militarismus-Kommission



4. Da sich bei den U-Booten der Abschußort beständig verändert und die Standorte des U-Bootes bis Abschuß der Rakete unter Wasser nur ungenau bestimmt werden können, war auch der Abstand zum Atomziel ungenau zu bestimmen, deshalb waren SLBM bisher für zielgenaue Angriffe ungeeignet. Mit der Endphasenlenkung (bei Trident II) würde auch dieser Unterschied aufgehoben. Aber schon bis 1985 soll durch ein Satellitensystem die Positionsbestimmung der U-Boote entscheidend verbessert werden.

„Das amerikanische Global Positioning System (GPS) aus 24 NavStar

Die Sowjetunion hat zwar auf die Nato-Nachrüstung mit einer „Vorrüstung" in der 2.Hälfte der 70er Jahre reagiert und die Zahl ihrer Sprengköpfe erhöht, aber die ca. 2 - 3fache Überlegenheit der Nato konnte sie nicht wettmachen. Weiterhin stehen sich in einem US-Counterforce-Krieg nicht die Zahl der Gefechtsköpfe gegenüber, sondern der Zahl der US-Einzelsprengköpfe steht die Zahl der SU-Trägersysteme gegenüber. Die aber bleibt durch SALT konstant!

Zur Counterforcefähigkeit der sowjetischen Raketen hält G.Krell für ein „sinnvolles MIRV-System" eine Mindestzielgenauigkeit von 370m (0,2 nm) für erforderlich.

Anmerkungen:

Anmerkungen:

1 J.F.Kennedy: „Der Weg zum Frieden", herausgegeben von Allan Nevins, Düsseldorf 1961, S.47/9
2 s. „Spiegel" vom 6.7.81, S.136/7
3 in: „Die Zeit" Nr.47, 24.Nov.1972, zit. n. D.S.Lutz, Die Rüstung der Sowjetunion, Nomos 1979 S.28/29
4 Ann Arborrede McNamara in: Europa Archiv 14/1962
5 in: Legault/Lindsay, Dynamik des nuklearen Gleichgewichts S.115, dort McNamara und Afheld. D.S.Lutz in: Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Kap.: Wieviel an Vernichtung ist genug? S.76 - 84 f
6 General Beaufre, S.54
7 zit. n. Klaus-D.Schwarz, Amerikanische Militärstrategie 1945 - 78, in: Sicherheitspolitik, 3.Aufl. 1978, S.355 u.371
8 Legault/Lindsay (Anm. 5)' S. 133
9 K.D.Schwarz, S. 360, 371
10 A.Legault, S. 135, 117
11 Ullrich F.J.Mies, Destabilisierungsfaktoren des gegenwärtigen Abschreckungssystems; d.Implikationen d. 1974 Modifikation d. US-Nuklearstrategie für global-strate. Stabilität, Haag & Herchen Frankf. 1979 S.22
12 H.Schmidt, Bundestagsreden, Bonn 1971, S.253
13 W.G.Baudissin, in: Europa Archiv 1/70 S.5 „*... doch geben diese termini den wirklichen Bedeutungsinhalt nicht oder nur höchst unzureichend wieder. Sie verengen diese Strategie auf Teilgebiete, die nicht einmal notwendige Bestandteile einer „arms control" sein brauchen. Statt dessen dürfte der Begriff „kooperative Rüstungssteuerung" besser der inhaltlichen Aussage entsprechen*".
14 Ullrich Mies, S.23
15 zit. n. Gert Krell, „Counterforce": Auf dem Weg zum 'humanen' Nuklearkrieg ?! in: Sicherheitspolitik Heute 2/75, Osang, S.284
16 Schlesinger, in: Europa Archiv 10/74, S. 216
17 in G.Krell, S.289
18 Rene Hermann, in: Europa Archiv 7/1974, 29/74
19 G.Krell, S.281
20 R.Herman, EA 29/74
21 Ullrich Mies, S.143

ANHANG

Counter force	Atomwaffenschlag gegen Raketenstellungen und andere militärstrategische Einrichtungen.
Counter value	Atomwaffenschlag gegen Zentren der Bevölkerung und der Industrie.
Massive Vergeltung	Kriegsstrategie der USA während der Phase ihrer absoluten militärischen Überlegenheit. Danach sollte der SU ein vernichtender Atomschlag versetzt werden; rund um die SU waren entsprechende Bomberstaffeln stationiert.
Mutural Assured Destruction	Beiderseitige Fähigkeit der USA und der SU, sich gegenseitig atomar zu vernichten. Dieses „Gleichgewicht des Schreckens" erreichte die SU endgültig erst 1967/68 und droht es heute wieder zu verlieren. Politisch war diese Phase durch die „Entspannungspolitik" gekennzeichnet.
Zweitschlagsfähigkeit	Die Fähigkeit, auch nach einem atomaren Erstschlag gegen das eigene Raketenpotential noch den Großteil der gegnerischen Städte und Industrie vernichten zu können (= second strike capability).
launch on warning	Interkontinentalraketen haben eine Flugzeit von rund einer halben Stunde, genügend Zeit, um die eigenen Raketen nach dem Versuch der Vernichtung durch Interkontinentalraketen zu starten. Dies nennt man dann „launch on warning". Die SU besitzt dazu allerdings nur die Fähigkeit für jeweils einen kleineren Teil der Raketen. Solange diese noch mit Flüssigbrennstoff betrieben werden, können sie nur zeitweise aufgetankt sein, sonst würden sie (wegen der Brennstofferwärmung) explodieren. Die letzten entsprechenden US-Raketen (vom Typ Titan) werden ausgemustert.
depressed Trajection	U-Boot-Raketen können auch auf flachen Flugbahnen abgeschossen werden. Das verkürzt zwar deren Reichweite, ermöglicht aber einen Überraschungsschlag. Es muß bezweifelt werden, ob die SU überhaupt in der Lage ist, ihre U-Boote unentdeckt bis an die US-Küste heranfahren lassen zu können.
preemtive Strike	= Entwaffnungsschlag (Vernichtung von Raketeneinrichtungen durch einen Erstschlag)
ICBM	Inter-Continental-Ballistic-Missiles = Interkontinentalraketen
SLBM	Sea-Launched-Ballistic-Missiles = seegestützte Raketen
ABM	Anti-Ballistic-Missiles = Raketenabwehrsystem
CM	Cruise Missiles = Marschflugkörper gibt es als see-, land- und luftgestützte Version (SLCM, GLCM, ALCM)
SALT	Strategic Arms Limitation Talks = Rüstungsbegrenzungsverhandlungen. SALT I wurde 1972 unterzeichnet, im wesentlichen wurde damit die A n z a h l der Raketen begrenzt. Da die USA bereits seit 1970 Mehrfachsprengköpfe einführte, wuchs die Zahl der Atomsprengköpfe weiter sprunghaft an. SALT II wurde 1979 unterzeichnet, aber von den USA nicht mehr ratifiziert.
MRV	Multiple Re-entry Vehicles = Mehrfachsprengköpfe einer Rakete; von den USA 1970 eingeführt, von der SU 1975
MIRV	Multiple Independently Targetted Re-entry Vehicles Mehrfachsprengköpfe, die unterschiedliche Ziele ansteuern
Kilo- Megatonne	1.000, 1.000.000 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffes (TNT) entsprechende Sprengwirkung einer Atomwaffe
Pin-down-Effekt	Nach einer Atomwaffenexplosion kann nach kürzerer Zeit keine selbst unzerstörte Rakete in deren Wirkungsbereich gestartet werden, dies nennt man den pin down Effekt
CEP	Circular Error Probability: Kreise, innerhalb dessen Raketen eines bestimmten Typs mit 50 % Wahrscheinlichkeit landen; Maßeinheit die Zielgenauigkeit
nm	= Nautische Meilen = 1.850 Meter (in der US-Fachliteratur üblicherweise verwendete Maßeinheit, auch hier übernommen)
K-Wert	Bunkerknackfähigkeit eines Sprengkopfes, auch „Letalität" genannt, ein Meßwert für die Vernichtungsfähigkeit eines Raketensilos bzw. anderer verbunkerte Anlagen
Y = Yield	Druckwirkung des Sprengkopfes, vor allem abhängig von der Sprengkraft, aber auch von der Zündhöhe eines Sprengkopfes. Inzwischen haben die USA auch Sprengköpfe, die sich erst in den Boden bohren und dann explodieren.
psi	atmosphärischer (Über)druck, der Normaldruck der Luft beträgt 14,7 pound pro Quadrat-Inch auf Meereshöhe. Ein Überdruck von 5 psi bedeutet den Normaldruck x 5 (wird in der BRD in atü gemessen). Hier als Maßeinheit benutzt, die angibt, bei welchem Explosionsüberdruck ein Raketenbunker zerstört wird (s. Tabelle). Die Verbunkerungsfähigkeit ist begrenzt. Selbst der Bunker des US-Bomberkommandos in über 100 Meter tiefen Felsen hält nicht mehr als 3.000 psi stand.

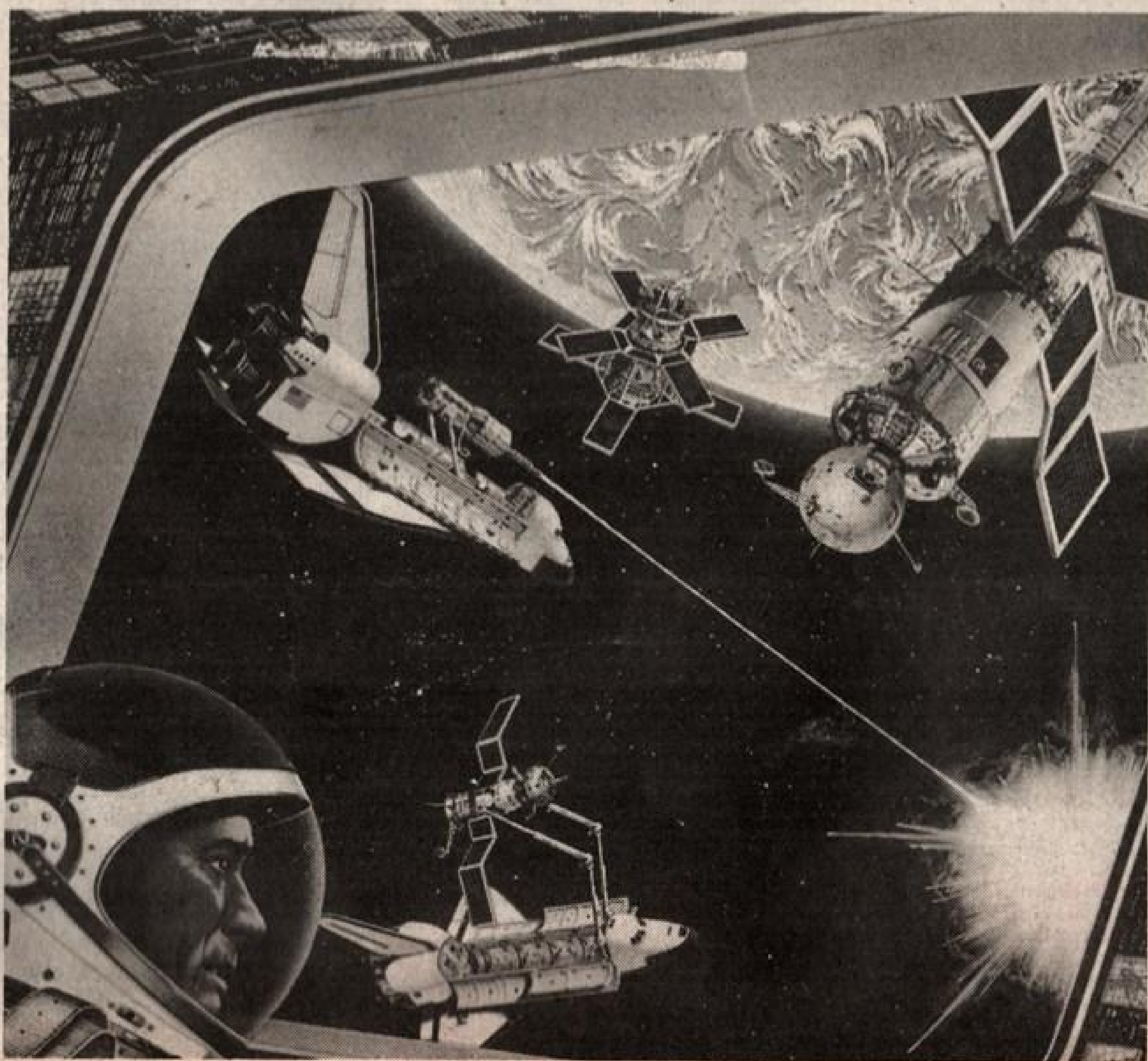
Pin-down- Nach einer Atomwaffenexplosion kann nach kürzerer

22 G.Krell/ Dieter S.Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Nomos 1980 Krell, S.118
23 Ullrich Mies, S.84
24 ebd., S.83/84
25 Frank Barnaby, Der Atomkrieg rückt näher, in „Zeit" 10.10.80
26 Krell/Lutz, Nuklearrüstung im ... S 140
27 z.B.: SiPri 77, Rüstungsjahrbuch SIPRI 80/81, S.29
28 zit. n. G.Krell, S.294
30 Zu den Tabellen:
4 aus: Ullrich Mies, S.16, Einzeldaten aus Military Balance, 72/73, 77/78, 78/79, Sipri 1976
Die Werte der Tab. 7 und 8 nach Ullrich Mies, S.85 - 88

Tab.10: die Skizze zeigt auch, daß das MX-Programm der USA derzeit noch nicht erforderlich ist, denn selbst nach der hohen Schätzung würde 1985 erst ein Teil der US-Minuteman Silos bedroht sein (300 psi Härte) Tab.7
Eine luftstationierte MX würde allerdings den Vorteil bringen, der Sowjetunion nur eine 10 minütige Vorwarnzeit aufgrund des flacheren Anflugwinkels zu belassen. Dieses System nennt sich FOBS (Fractional Orbit Bombardment System) und wird in Legault/Lindsay, Dynamik des nuklearen Gleichgewichts, und auch Baudissin, Europa Archiv 1/70 erwähnt.

Science Fiction?

Das Weltraum-Waffen-Programm des US-Imperialismus



„Die Revolution in der strategischen Verteidigung findet jetzt statt und setzt ein Potential frei, das größer ist als das der Entdeckung der Atomwaffen. Zu gegebener Zeit werden neue Waffen strategisch-politische Optionen eröffnen, die Massenvernichtungswaffen auf den Müllhaufen der Geschichte verbannen. Das ganze Konzept der strategischen Verteidigung beruht auf dem Grundsatz des Schutzes menschlichen Lebens und Eigentums und nicht auf der Kontinuität der garantierten Massenvernichtung ... Die Strategie der garantierten gegenseitigen Selbstvernichtung ist überholt. Der Raum ist zum potentiellen Kriegsschauplatz geworden ... Die USA haben endlich begonnen, die Bedrohung ernst zu nehmen und Europa sollte dankbar sein, da nur die Supermächte dieses Rennen austragen und der Gewinner diesen Planeten beherrschen wird".

Das sind die makabren Aussagen eines Mannes namens Stewart Menaul, **Berater des britischen Kriegsministeriums, über den „Krieg im Weltraum – Tatsache oder Utopie".** In dankenswerter Offenheit trägt dieser Stratege den Stand und die weitere Entwicklung der Weltraumwaffen zusammen, die die nukleare Kriegführung nach Meinung des Autors entscheidend verändern wird. Dabei geht es nicht um einen Krieg, der sozusagen stellvertretend im Weltraum geführt wird, sondern es geht um die Entwicklung von Strahlenwaffen, die in der Lage sein sollen, alle Arten von see-, boden- oder luftgestützten Interkontinentalraketen zu vernichten, eh sie ihre verheerende Zerstörung auf der Erde verrichten können.

Es handelt sich also im militärischen Sprachgebrauch um Raketen-Abwehrsysteme, die im Weltraum stationiert werden, um eine Art Weltraum-Abfangjäger, die alle möglichen Varianten von Erst- und Vergeltungsschlägen des Gegners (der Sowjetunion) zunichte machen sollen.

Daß der US-Imperialismus in seiner Forschung schon sehr weit vorangekommen ist und es eine Frage der Zeit ist, wann es zur Stationierung solcher Weltraumwaffen kommt, geht aus einer Übersicht hervor, die zeigt, daß der „Krieg im Weltraum" noch in diesem Jahrhundert bei weitem nicht nur Science-Fiction ist.

Im Januar 1981, kurz nach dem Amtsantritt Reagans, legte das Pentagon **dem amerikanischen Kongreß einen Bericht über Lichtstrahlen-Waffensysteme und über raumgestützte** Hochenergielaser-Kampfstationen vor. In diesem Bericht wird u. a. hervorgehoben, daß *„der gegenwärtig erreichte technologische Entwicklungsstand bei raumgestützten Laser-Waffensystemen die vorhandenen strategischen Nuklearwaffenarsenale gefährden und die Raumstationierung selbst einer nur bescheidenen Zahl chemischer Laser mit 4 m Linsenweite und einer Energie von 5 Megawatt eine große Anzahl von Flugzeugen und ballistischen Raketen einem nachteiligen Risiko aussetzen könnte".*

In dem Bericht wird weiter festgestellt, *„daß in der Dislozierung von Laser-Kampfstationen im Raum die Chance liegt, das Kräfteverhältnis weltweit zu verändern".* (Zur Erklärung: bei Laserstrahlen handelt es sich im Prinzip um stark gebündeltes Licht mittels einer optischen Linse. Dieses so hochgebündelte Licht enthält eine hohe Energie und dieser Strahl entwickelt sehr hohe Temperaturen.)

Zur Entwicklung von Raketen-Abwehrraketen

Der Autor Menaul stellt fest, daß das amerikanische „Columbia" (Space Shuttle)-Projekt eine *„neue Ära"* der Raumforschung für *„kriegerische Zwecke"* eröffnet habe, denn die „Columbia" ist ein wichtiger Baustein für die spätere Einrichtung *„Ständiger Raumstationen, die, vielfältig nutzbar, auch die Aufnahme von Abwehrsystemen wie Hochenergielaser und Lichtstrahlwaffen für geladene und neutrale Teilchen gestatten".* Im vergangenen Jahrzehnt hat die angesprochene Frage der Raketenabwehr schon eine Rolle gespielt, nämlich im Zusatzprotokoll von 1974 im SALT-I-Abkommen der USA und der Sowjetunion zur „Begrenzung der strategischen Rüstung". Im damaligen Vertrag, der 1982 ausläuft, gestanden sich beide Supermächte die Einrichtung jeweils eines ABM-Systems (anti-ballistic missile system = Antiraketen-Raketensystem) mit einer Höchstzahl von 100 Werfern und 100 Abfangjägern je definiertem Einsatzraum zu. Die USA verzichteten darauf, ihr „Safeguard"-Raketenabwehr-System um die Interkontinentalraketen-Basis in Grand Forks zu installieren und verfügen bis heute nicht über ein solches System, da es ihrer Ansicht nach nicht leistungsfähig genug ist.

Hauptproblem bei diesem Raketenabwehrsystem ist die Vorwarnzeit. Da im Kriegsfalle die gegnerischen Raketen erst in ihrer Endanflugphase von Radar erfaßt und identifiziert werden, ist die Zeitspanne zum Abfangen der gegnerische Rakete durch eine Abwehrrakete auf wenige Sekunden begrenzt. Noch problematischer ist dies bei Raketen mit Mehrfachsprengköpfen.

Die Sowjetunion verfügt über ein ABM-System rund um Moskau, bestehend aus vier Komplexen mit jeweils 16 Abschußsystemen plus dazugehöriger Radarausstattung.

In den USA werden drei Arten einer Abwehrtechnologie gegen Interkontinentalraketen untersucht und erprobt:

1) Die Bekämpfung der Raketen in der Atmosphäre, also die Bekämpfung zu einem Zeitpunkt, wo die gegnerische Rakete die Endanflugphase erreicht hat.

2) Die Bekämpfung in der Flugbahnmitte, d.h. außerhalb der Atmosphäre im Weltraum, zum Teil kombiniert mit der Bekämpfung bei Wiedereintritt der Rakete in die Atmosphäre.

3) Die Erprobung von Hochenergielasern und Lichtstrahlwaffen für geladene und neutrale Teilchen.

Zu 1):

Im Zusammenhang des von der Reagan-Administration kürzlich verabschiedeten Aufrüstungsprogramms und der Einführung der „MX"-Interkontinentalraketen **planen die USA die Realisierung eines ABM-Systems in Grand Forks, einer Basis für Interkontinentalraketen. Bei diesem ABM-**System handelt es sich um eine Kombination der Bekämpfung gegnerischer Raketen in der Endanflugphase und bereits in der Flugbahnmitte. *„Ein derartiges System könnte zum Schutz der Minuteman- und später (Mitte des Jahrzehnts) der MX-Silos disloziert werden".*

Der Teil dieser Raketenabwehr zur Bekämpfung gegnerischer Raketen in der Endanflugphase steht bereits heute (unter dem Namen „LoADS") zur Verfügung. Schwieriger erweist es sich noch, wenn es um die Bekämpfung der Raketen im Flugbahnmittebereich, d.h. im Raum, handelt. Die USA erprobten eine Methode auf dem Raketenschießplatz des Heeres auf der Insel Kwajalein (Pazifik), wo ihnen eine erfolgreiche Ortung mittels Infrarotsendern glückte, die von Raketen an den Rand der Atmosphäre befördert wurden. Diese Infrarotsensoren zur Ortung und Erfassung gegnerischer Raketen *„können aber auch per R a u m f ä h r e an ihr Ziel gebracht werden".* Die Daten werden an einen Computer auf der Erde übermittelt und das Abfangen der Rakete erfolgt mittels einer überschallschnellen und mit konventionellem Gefechtskopf ausgerüsteten Rakete.

Der Vorteil des Abfangens gegnerischer Raketen bereits im Flugbahnmittebereich, also im Raum, liegt darin, daß die Zeitspanne zwischen Ortung und Erfassung der Rakete und ihrem Abfangen mehrere Minuten beträgt. *„Verlautbarungen aus dem US-Verteidigungsministerium zufolge kann der LoADS-Teil des Abwehrsystems in zwei bis drei Jahren und der exatmosphärische Teil etwa zwei Jahre später disloziert werden".*

Ob es jedoch überhaupt zur Einführung dieses Systems kommen wird, ist letztlich doch fraglich; zum einen sind noch nicht alle technologischen Probleme gelöst und zum anderen gibt es Überlegungen, ob es angesichts der Entwicklung von Hochenergielasern zur Abwehr von Raketen überhaupt noch sinnvoll sei. Denn von allen US-Experten wird die Meinung vertreten, daß *„das wirksamste System jenes sein wird, das ballistische Raketen bereits in der Beschleunigungsphase bekämpfen kann".*

Die Entwicklung von Laserstrahlwaffen im Weltraum

Nach Angaben des US-Kriegsministeriums sei ihnen im Bereich der chemischen Laserstrahl-Waffen ein „Durchbruch" gelungen. Mehrere Experimente haben gezeigt, wie wirksam der Einsatz von Hochenergie-Laserwaffen gegen Panzer und Flugkörper sein könne. Die USA haben in zahlreichen Tests Hochenergie-Laserwaffen gegen feste Ziele und fliegende Panzerabwehr-Raketen erfolgreich erprobt, während jedoch ein Einsatztest gegen eine überschallschnelle Luft-Luft-Rakete negativ verlief. Weitere Tests (u.a. gegen eine „Polaris"-Rakete im Flug) sind geplant.

Der US-Senat hat bemängelt, daß alle drei Teilstreitkräfte an der Forschung und Entwicklung dieser Laserwaffen arbeiten und will zur Konzentration der Forschung auf diesem Gebiet eine eigene, neue Kommandostruktur schaffen.

Es liegt auf der Hand, daß dieses neue Kommando geradezu wie geschaffen ist, das Kommando auch über das „Columbia"-Programm zu übernehmen!

Schwerpunkt der derzeitigen Untersuchungen ist die Leistungsmöglichkeit von chemischen Hochenergie-Laserwaffen. Favorisiert ist ein chemischer Laser mit Präzisionsanzeige- und Verfolgungsgerät im 5-Megawatt-Bereich mit einem Linsendurchmesser von 4 m. Mit einem solchen Laser können im Raum auf bis zu ca. 2200 Meilen entfernte Ziele 1 bis 5 Kilojoule pro qcm übertragen werden (Joule ist eine physikalische Maßeinheit für eine bestimmte Wärmemenge). Die heutigen Raketen sind bereits durch eine Laserenergie von nur 1 Kilojoule verwundbar.

Da die Vernichtung der Rakete im Prinzip durch Hitzeeinwirkung erfolgt, lassen sich solche Raketen natürlich mit hochschmelzenden Materialien beschichten und dadurch schützen, allerdings nicht unbegrenzt. Die USA planen die Fertigstellung eines 5 Megawatt starken Hochenergie-Lasers mit einer Linse von 4 m Durchmesser bis 1985.

Dies wäre jedoch nur ein Anfang: *„Chemische Laser geben Hochenergiestrahlen ab. Bei Errichtung von 50 Kampfstationen im Raum und deren Ausrüstung mit Laserwaffen [Linsendurchmesser 15 m, Leistung 25 Megawatt] ließen sich mindestens 1200 Raketen in Schach halten".* Die Planungen der USA gehen davon aus, daß auf diese Weise *„gegen Ende dieses oder zu Beginn des kommenden Jahrzehnts eine wirksame Verteidigung gegen ballistische Raketen erreicht sein wird".*

Wohlgemerkt: es handelt sich hier um amerikanische P l a n u n g e n. Auch wenn die technologischen Probleme bei Laser-Strahlenwaffen im Grundsatz gelöst erscheinen, ist es eine andere Sache, ob sie als wirksame W a f f e n auch tatsächlich in dem projezierten Zeitraum einsetzbar sind. Hier können technologische Schwierigkeiten doch noch zu Verzögerungen führen, denn nicht umsonst hat die US-Regierung unter Carter die Forschungsprogramme für derartige Waffen drastisch reduziert, eh dieses Programm unter Reagan wieder forciert wurde.

Zur Problematik von Teilchenstrahlenwaffen

Ein weiteres Hauptaugenmerk gilt der Entwicklung von sogenannten Teilchenstrahl-Waffen. Das amerikanische Lawrence Livermore Laboratory arbeitet gegenwärtig an einem Projekt namens „Dauphine", *„in dessen Verlauf bei der Herstellung von R ö n t g e n s t r a h l -Lasern ein Durchbruch erzielt wurde".*

Diese Art der Abwehr *„gegen ballistische Raketen ist ... äußerst vielversprechend"*, denn *„im Gegensatz zum chemischen Laser, der das Ziel durch einen Thermalenergiestrahl* (= Wärmeenergie) *zerstört, wirkt der Röntgenstrahl-Laser durch Stoß oder Impuls. Der durch Verwendung nichtschmelzender Materialien gegen chemische Laserwirkung mögliche Schutz versagt gegen die Wirkung raumgestützter Röntgenstrahl-Laserwaffen".*

Hinzu kommt, daß Röngenstrahlen nicht-geladene Lichtwellen sind, also durch elektromagnetische Einwirkungen nicht abgelenkt werden können. Menaul kommt angesichts dieser **möglichen Waffenentwicklung ins Schwärmen: *„Der Röntgenstrahl-Laser bietet erstmals in der Geschichte der nuklearen Kriegführung dem Verteidiger die Möglichkeit, die Schlacht zu seinen Gunsten zu wenden".*** Damit meint er natürlich, die USA praktisch unverwundbar zu machen vor nuklearen Gegenschlägen.

Nach Meinung Menauls stehe es *„zweifelsfrei fest"*, daß diese perversen Waffen *„gegen Ende dieses oder zu Beginn des kommenden Jahrzehnts"* im Weltraum stationiert werden könnten. Dies ist jedoch zu bezweifeln, da die Forschung in diesem Bereich noch in den Kinderschuhen steckt. Zwar gelang dem genannten Laboratorium ein erster erfolgreicher Versuch, bei dem in einer luftleeren Kammer unter simulierten Weltraumbedingungen mittels einer schwachen Nukleardetonation ein Strahl *„sehr hoher Intensität erzeugt"* wurde, aber als vollentwickeltes Waffensystem steht es aufgrund unendlich großer technologischer Schwierigkeiten doch (vorerst) noch in den Sternen.

Die Röntgenstrahl-Laser hätten natürlich noch einen weiteren Vorteil gegenüber den Laserstrahl-Waffen: Sie *„sind so klein, daß man in einem einzigen Laderaum einer R a u m f ä h r e genügend von ihnen in den Raum befördern könnte, um einen sowjetischen Atomwaffenangriff auf die USA abzuwehren".*

Aber die USA forschen bereits an weiteren Raketen-Abwehrsystemen: Sie führten erste Tests und Experimente mit Teilchenstrahlen-Waffen durch, die fast so schnell wie das Licht sind. Erfolgreich verlief ein Test mit Elektronenstrahlen, die jedoch den Nachteil haben, durch das Magnetfeld der Erde abgelenkt zu werden. Auch mit Neutronenstrahlen werden bereits Versuche durchgeführt. Solche Systeme *„können durch das Vakuum des Raumes auf weite Entfernung wirksam gegen ballistische Raketen bereits während der Schubphase* (= Startphase) *eingesetzt werden. Da Teilchenstrahlen annähernd lichtschnell sind, läßt sich mit ihnen eine große Zahl von Zielen auch mit variabler Flugbahn wirksam bekämpfen. Die vom Teilchenstrahl ausgehende Energie dringt tief in das Ziel ein und vernichtet selbst solche Raketen, die mittels nicht schmelzbarer Materialien gegen die Wirkung chemischer Laser geschützt sind".*

Nach Meinung Menauls ist es *„kaum wahrscheinlich, daß erd- oder raumgestützte Waffensysteme zum Verschuß geladener oder neutraler Teilchen vor Mitte oder Ende des kommenden Jahrzehnts zur Verfügung stehen werden".*

Auch wenn Menaul es offensichtlich – angesichts der sich ergebenden technologischen Möglichkeiten – kaum erwarten kann, bis die USA über leistungsfähige Weltraumwaffen verfügen, d.h. über die Fähigkeit einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen, ohne selbst von atomaren Schlägen verwundbar zu sein, so müssen viele Aussagen relativiert werden. Das Hauptaugenmerk sollte daher darauf liegen, an welch perversen Waffenentwicklungen – und das steht einwandfrei fest – der US-Imperialismus arbeitet. Ob das 'Timing' zum Aufbau derartiger raumgestützter Atomwaffen-Vernichtungsmittel zutrifft, hängt von nach wie vor erheblichen technologischen Barrieren ab, die die Stationierung solcher Waffensysteme im Weltraum womöglich noch um Jahre verzögern kann. Es ist auch nicht auszuschließen, daß einige der aufgeführten und dargestellten Programme wegen unüberbrückbarer Schwierigkeiten nicht nur technologischer, sondern auch finanzieller Art, wieder eingestampft werden.

Antimilitarismus-Kommission

Anmerkungen:

Alle Zitate aus: S. Menaul, „Krieg im Weltraum – Tatsachen oder Utopie" in: „Europäische Wehrkunde" 10/81, Seite 433 ff.



Die sanfte Gewalt der Reaktion

CDU will familienpolitisches Rollback

Vom 9. bis 11. Oktober fand in Mannheim die 19. Bundestagung der CDU-Sozialausschüsse (CDA) unter dem Motto „Familie – Freiheit – Zukunft" statt. Ergebnis der Tagung war die Wiederwahl des CDA-Vorsitzenden Norbert Blüm für weitere zwei Jahre und eine überwältigende Mehrheit für seine familienpolitischen Leitsätze mit dem vielsagenden Titel „Die sanfte Gewalt der Familie". Die Leitsätze waren als Gegenpapier zu einem vom „Arbeitskreis Familie" des CDA vorgelegten Entwurf erarbeitet worden, in dem (laut „Spiegel" Nr. 31/1981) „von der 'Selbstentfaltung' innerhalb der Familie die Rede ist, von gemeinsamen Entscheidungen und gemeinsamer Verantwortung, von Gleichberechtigung und einem partnerschaftlichen Verhältnis zu den Kindern". Blüms Argument, sein Papier würde „für mehr Wirbel sorgen", erwies sich als sich selbst erfüllende Prophezeiung, denn die CDA-Frauen, die den ursprünglichen Entwurf erarbeitet hatten, fühlten sich durch das Gegenpapier begreiflicherweise brüskiert.

Die Brisanz des Blüm-Papiers liegt nicht so sehr in seinen Kernaussagen, die sich nicht wesentlich von den frauen- und familienpolitischen Positionen unterscheiden, die diese Partei schon seit Jahren propagiert und praktiziert. Bemerkenswert sind aber die provokativen Formulierungen, die sich gegen die Frauenemanzipation richten, während man auf der anderen Seite bemüht ist, sich an gewisse „alternative" Modeströmungen anzubiedern und sie für die eigenen Ziele zu nutzen. Bemer-

von den frauen- und familienpolitischen Positionen unterscheiden, die diese Partei schon seit Jahren propagiert und praktiziert. Bemerkenswert sind aber die provokativen Formulierungen, die sich gegen die Frauenemanzipation richten, während man auf der anderen Seite bemüht ist, sich an gewisse „alternative" Modeströmungen anzubiedern und sie für die eigenen Ziele zu nutzen. Bemer-

kenswert ist ferner das offen auf Konflikt angelegte Vorgehen, mit dem die Thesen gegen CDA-Frauen eingesetzt worden sind. Die Auseinandersetzung um das Blüm-Papier war offenbar von vornherein als propagandistisches Mittel eingeplant. Selbst Vorschläge, den Beschluß zu vertagen, was u. a. von der stellvertretenden CDA-Bundesvorsitzenden unterstützt wurde, wurden von Blüm und der Mehrheit der Delegierten zurückgewiesen; „jetzt nicht Flagge zu zeigen, wäre ein Armutszeugnis, wäre Feigheit" (nach „Süddeutsche Zeitung", 12.10.). Eine besondere Bedeutung gewinnt das Papier durch die politische

CDA-Bundesvorsitzenden unterstützt wurde, wurden von Blüm und der Mehrheit der Delegierten zurückgewiesen; „jetzt nicht Flagge zu zeigen, wäre ein Armutszeugnis, wäre Feigheit" (nach „Süddeutsche Zeitung", 12.10.). Eine besondere Bedeutung gewinnt das Papier durch die politische

Situation, in der der CDU immer mehr Landesregierungen in die Hände fallen und wo ein Wechsel in der Bundesregierung abzusehen ist. Die Umsetzung dieser reaktionären Programmatik in reale Gesetze und praktische Politik stünde dann auf der Tagesordnung.

Die 31 „Leitsätze" des Papiers sind unterteilt in die sechs Bereiche

- Gesellschaft - Wir brauchen mehr Mütterlichkeit;
- Leben - Der Mensch ist tabu;
- Familie - Die Mutter ist unersätzlich;
- Frau und Mann - Wir, die Ungleichen;
- Ehe - Wir gehören zusammen
- Alter - den Tod ins Leben zurückholen.

Gesellschaft

Es ist schon faszinierend, wie sich die CDU propagandistisch auf die kommenden gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der kapitalistischen Krise einstellt; den zu erwartenden Mißständen wird mit einem Arsenal von neuen Wertzuweisungen und Pseudonymen zuleibegerückt - und siehe da: die Misere verwandelt sich in eine reine Idylle!

Im ersten Leitsatz philosophiert man über die Endlichkeit der Welt und die *„Zeichen des Umbruchs"*: *„Nicht die rücksichtslose Eroberung des Neuen, sondern der Verzicht auf das Mögliche ist das Leitbild der nachindustriellen Gesellschaft"*. (Leider richtet sich die CDU mit diesen mahnenden Worten nicht an die Erbauer von Atomkraftwerken, WAAs und Startbahnen.) Die *„neue Zeit"* komme *„im Gewande der Mütterlichkeit"*; ein neuer *„Tugendkatalog"* müsse in Kraft treten, der die typisch mütterlichen Eigenschaften *„Hüten, Verzicht, Vorsorge für kommende Generationen"* beinhaltet. *„Neue Zeit"*, Ende des *„Wachstums"*; frau weiß schon: das bedeutet „Sparen"!

Der nächste Leitsatz widmet sich der „Freizeit": *„Die Erwerbsarbeit verliert ihren Nimbus. Freizeit gewinnt an Bedeutung"*. Übersetzt: Immer mehr Menschen werden arbeitslos; und damit sie sich nicht langweilen und etwa auf dumme Gedanken kommen, hat die liebe CDU sich einige nette kleine Zerstreuungen für sie ausgedacht: *„Eigenarbeit, Hausarbeit, private soziale Arbeit innerhalb und außerhalb der Familie sind keine Nebentätigkeiten"*.

Nun wird es ganz alternativ: man schwärmt von *„neuen Lebensformen"*, sympathisiert gar mit den *„Aussteigern"*, die *„Umkehr signalisieren"*; zurück zur *„kleinen Gemeinschaft"*. Abkehr von der *„Größe"*, von *„Großfamilie"*, *„Großkrankenhaus"*, *„Großschule"*, *„Großunternehmen"* (?) und vor allem, so scheint es, von großen Ausgaben (ausgenommen: Militär und Polizei).

Man denkt aber natürlich nicht nur ans Materielle. Man denkt auch politisch. *„Die Frage der Stellung der Familie"*, so schreibt man, *„ist nicht zuerst eine Versorgungsfrage"*; die Familie stehe *„vielmehr im Mittelpunkt einer Ordnungspolitik"*.

Leben

Nach einleitenden Floskeln über die vor- und nachgeburtliche Geborgenheit des Menschen in der Familie und die Gefahren technokratischer Planung kommt man schließlich auf das eigentliche Anliegen zu sprechen: A b t r e i b u n g. Nicht ganz ungeschickt hat man das Thema eingebettet in die Kritik an biotechnischen Genmanipulationen und an chemischen, chirurgischen, elektronischen Eingriffen, die das Verhalten von Menschen oder ihre Persönlichkeit verändern sollen. In diesem Kontext heißt es dann: *„Die Diskussion um weitere Erleichterungen der Abtreibung hält an"*. Und einen Leitsatz später: *„Wir müssen den Menschen vor dem Zugriff durch den Menschen schützen. Es gibt kein unwertes Leben. Wer die Geburt manipuliert, wird auch über die Persönlichkeit des Menschen und über das Lebensende verfügen wollen. Die Freiheit ist nur zu retten, wenn zwischen Können und Dürfen eine Distanz aufgebaut wird, die der Mensch nicht beliebig festlegen kann"*.

Familie

Dieser Teil macht unmißverständlich klar, welche Personengruppe zur Trägerin der von der CDU gewünschten „Mütterlichkeit" konkret bestimmt ist; damit jegliche Irrtümer ausgeschlossen sind, wird mehrfach der gleiche Inhalt in abgewandelter Formulierung vorgetragen: *„Vater und Mutter [...] sind nicht beliebig auswecheselbar"*. *„Elterliche Zuwendung ist nicht beliebig austauschbar"*. *„Die Mutter ist unersetzlich"*.

Für den Fall, daß „die Mutter" nun immer noch nicht von der Unabänderlichkeit ihrer Bestimmung überzeugt ist, vielleicht noch mit Tagesmüttermodellen, Babyinitiativen oder auch nur mit einer gewissen Entlastung durch den Vater liebäugelt, werden noch ein paar biologistische Argumente nachgeschoben: *„Sie* (die Mutter) *ist dadurch in besonderer Weise dem Leben und seiner Entfaltung verbunden"*.

„Das Kind sucht die Mutter als Mutter. Dieser Trieb ist dem Menschen aus Überlebensgründen einprogrammiert. Das Kind braucht zumindest in den ersten Lebensjahren die Mutter ganz". *„Wo mütterliche Zuwendung fehlt oder nur unzureichend gewährt werden kann, bezahlt das Kind mit empfindlichen Verhaltensstörungen"*.

Nun, liebe Mutter, das möchtest Du doch sicher nicht? Brav! Da haben wir auch eine Belohnung für Dich: *„Mutterarbeit ist mehr als Erwerbsarbeit"*. *„Mutterarbeit führt zur Selbstverwirklichung der Frau"*. Also, was willst Du mehr?

Die CDU plädiert dafür, daß *„Ein Erwerbseinkommen"* ausreichen muß für die Familie; sie fordert *„Alterssicherung"* für nichtberufstätige Mütter und Erziehungsgeld, *„ein bescheidener Ausgleich für die Entlastung der Gesellschaft von den Folgekosten unzureichender Möglichkeiten mütterlicher Zuwendung"*, denn - so hieß es einen „Leitsatz" vorher: *„Mütterliche Zuwendung erspart uns Kosten für Gewaltbekämpfung und Psychiatrien"*. Die Kosten-Nutzen-Rechnung ergibt also einen finanziellen Reingewinn für den Staat, der von den Frauen erarbeitet werden soll. Schon heute werden in der BRD im Haushalt jährlich 48 Milliarden Arbeitsstunden geleistet - unentgeltlich! -, im sog. „Erwerbsleben" dagegen nur 41 Milliarden Arbeitsstunden („Hamburger Abendblatt", 1.10.81).

Frau und Mann

Eingeleitet wird dieser Teil mit einem Absatz, der noch einmal die biologische Determiniertheit der Geschlechterrollen feststellt: *„Den biologischen Unterschieden von Frau und Mann entsprechen unterschiedliche Verhaltensweisen"*.

Was nun folgt, ist ein spannendes Manöver mit dem Ziel, einerseits den Männern die weiblichen Werte im Zeichen von wachsender Arbeitslosigkeit und Verelendung (Verzicht, mehr Häuslichkeit, Gewaltfreiheit) nahezubringen, andererseits aber die Frauen

Fortsetzung nächste Seite

„Unerschöpfliches Reservoir"

„Frauen zwischen 45 und 60 Jahren, deren Kinder außer Haus sind, bilden ein 'fast unerschöpfliches Reservoir' für ehrenamtliche Sozialhilfe. Das stellte die Ärztin Dr. Veronica Carstens, Ehefrau des Bundespräsidenten, bei einer medizinischen Informationsveranstaltung in Düsseldorf heraus. Sie ermunterte diese Frauen, ihr Leben im Dienst für notleidende Mitmenschen 'nicht nur mit neuer Arbeit zu erfüllen, sondern auch reicher zu gestalten'" („Deutsche Tagespost", 5.11.80).

Der Schlußsatz des 15. Blümschen „Leitsatzes", wo es heißt: *„Nach Erziehungszeiten muß die Mutter bessere Chancen erhalten, wieder erwerbstätig zu werden"*, darf dann wohl eher als Anreiz für die Mütter zur Aufgabe der Erwerbstätigkeit verstanden werden.

Forts. v. voriger Seite

davon abzuhalten, ihrerseits ihre Rolle zu hinterfragen.

Nachdem also die Frauen durch Mutterschaftsideologie und Hinweis auf biologische Unabwendbarkeiten für eine Weile an ihrem Platz sichergestellt sind, nimmt man sich nun die Männer vor und lockt mit den Verheißungen des Weiblichen; denn: „*Bewahren der jeweiligen Eigenart bedeutet* [...] *nicht die Bestätigung überkommener Rollenverteilung in Familie und Gesellschaft.*"

Und das soll so aussehen: „*Väterlichkeit ist auf mehr Weiblichkeit angewiesen.* [...] *Die Industriegesellschaft wird geprägt durch den robusten, nur an Leistung orientierten Erfolgsmann.* (...) *Fortschritt an Menschlichkeit wird nur erreicht, wenn weibliche Eigenschaften in allen Lebensbereichen ebenso ins Spiel kommen können wie männliche. Bewahrend, empfindsam, der Natur des Lebens enger verbunden, auf Miteinander gerichtet, gewaltlos, zärtlich sind die Tugenden der Zukunft*".

„*Die Emanzipation der Gesellschaft kommt erst durch mehr Weiblichkeit voran.* **Gleichberechtigung als Verwirklichung von mehr Weiblichkeit** *ist ein Element der Befreiung der Gesellschaft von überholten Zwängen und einseitigen Entwicklungen. Sie erleichtert die Ermittlung und Durchsetzung neuer Werte und Bedürfnisse wie Schutz des Lebens, behutsamer Umgang mit der Natur und Bewahrung der Zukunftschancen. Die Fähigkeit, die Welt weiblich zu sehen, macht es erst möglich, auf eigene Vorsprünge zu verzichten, mit knapper werdenden Mitteln zu haushalten oder sanfte Technologien und neue Formen des Wirtschaftens zu entwickeln*".

Um sicher zu machen, daß die Worte „Emanzipation" und „Gleichberechtigung" keine Verwirrung stiften, stellt man im nächsten „Leitsatz" noch einmal in aller Deutlichkeit klar, daß in diesem Fall damit natürlich nichts gemeint ist, was gemeinhin mit diesen Begriffen verbunden wird:

„**Gleichberechtigung als Angleichung** *führt zu neuer Unterwerfung. Die Nivellierung der Unterschiede zwischen Mann und Frau enthält nur die Alternative zwischen Vermännlichung und Verweiblichung. Sie endet zumeist damit, daß die Frauen auf ihre Eigenart verzichten und sich dem Mann anpassen. Leidtragende dieser Art Emanzipation sind nicht nur die Frauen selbst, sondern auch die Kinder. Rollenunsicherheiten von Mutter und Vater führen zu Verhaltensunsi-*
Art Emanzipation sind nicht nur die Frauen selbst, sondern auch die Kinder. Rollenunsicherheiten von Mutter und Vater führen zu Verhaltensunsi-
cherheiten der Kinder".

Ehe

Damit die Familie so funktioniert, wie die CDU es sich wünscht, braucht es natürlich auch eine ordnungsgemäße Ehe:

„*Die Familie ist auf dauerhafte Paarbindung angewiesen. Ihre Regelform ist die Ehe, die auf Kinder angelegt ist.* [...] *Wer die Ehe als Zweckbündnis beschreibt, aus dem man mit relativ niedrigen Hemmungen aussteigen kann, erklärt Unsicherheit zur Regel*".

Man ist zwar für eine „*partnerschaftliche Ehe*", und „*die partnerschaftliche Ehe bietet Wahlmöglichkeiten*", aber „*der Spielraum für Wechsel und Wählbarkeit hat natürliche Grenzen*".

„*Mann und Frau ergänzen sich. Eingehen auf die Unterschiede ist Bedingung für Partnerschaft. Ein Bündnis Gleicher ist nur eine Summe. Wer Mann und Frau für austauschbar erklärt, nimmt den familiären Beziehungen die Haltbarkeit. In der partnerschaftlichen Ehe und Familie kann der einzelne seine Eigenart bewahren, ohne daß der Zusammenhalt der Beziehungen durch einseitige Versuche gesprengt wird, die eigene Entfaltung auf Kosten anderer durchzusetzen*".

Was hier so hübsch allgemeingültig formuliert wird, ist konkret natürlich auf die Frauen gemünzt; im Zusammenhang mit männlichen Tätigkeiten spricht man i.a. nicht von „*eigener Entfaltung*", in diesem Begriff schwingt immer schon ein Hauch von Luxusleben und Egoismus mit, auch das „*auf Kosten anderer*" kann sich auf der Grundlage des Vorhergehenden nur auf den Entzug mütterlicher Präsenz beziehen.

Alter

Für die Alten hat man zu guter Letzt noch einige nostalgisch-wohltönende Phrasen angehängt, die in die Forderung münden: „*Das Alter hat ein Recht auf Familie*". Anknüpfend an das reale Elend der Alten, ihrer Verdrängung „*in die Einsamkeit des Krankenhauses, der Altersheime oder 'altengerechter' Wohngettos*", wird auch hier die kostensparende Lösung im Schoß der Familie, sprich: auf dem Rücken der Frau, propagiert: „*Solidarität der Generationen macht einen Teil der staatlichen Hilfe überflüssig. Eine Politik, die den Zusammenhalt der Generationen in der Familie stützt, ist nicht nur menschlicher, sondern auch billiger.*" Daß die Idylle ländlicher Großfamilien unter den heutigen Bedingungen nicht rekonstruierbar und auch nicht unbedingt wünschenswert ist, daß ein erträgliches Zusammenleben von Alten und Jungen in den meisten Fällen schon an der Wohnungsfrage scheitern muß, damit befaßt sich die CDU natürlich nicht. Sie ruft mit moralischer Miene nach „mehr Menschlichkeit" und meint den Abbau von staatlichen Ausgaben für sozial Benachteiligte.

















Insgesamt ist das Blüm-Papier schon ganz raffiniert aufgezogen; bei den Zitaten habe ich mich zum größten Teil auf die Aussagen beschränkt, in denen der reaktionäre Charakter und — indirekt — die praktischen Implikationen am deutlichsten zu Tage treten; daneben beinhaltet das Papier aber auch eine Vielzahl von Abschwächungen und Relativierungen, die z.T. im Widerspruch stehen zu den Grundaussagen des Papiers und auch in der Politik der CDU keine reale Entsprechung haben, die aber doch in der Argumentation von CDU-Frauen oder im Wahlkampf ihre Anwendung finden werden („Im Grundsatzpapier steht aber auch ..."). Es finden sich z.B. Äußerungen gegen die Benachteiligung von Frauen, für Gleichberechtigung von Mann und Frau im „Erwerbsleben", zur „*Tolerierung*" „*nichtehelicher Lebensgemeinschaften*" usw. Dazu kommt, daß das Papier an realen Mißständen dieser Gesellschaft ansetzt und sich zusätzlich auch sehr stark in Begriffen und Denkmodellen der Alternativszene bewegt, sogar an bestimmten feministischen Theorien anknüpft.

Auch für das Familienpapier gilt, was Helmut Kohl laut „taz" (6.11.81) anläßlich des CDU-Parteitages in Hamburg geäußert haben soll: „*Daß wir auf der Wehrkunde-Tagung anders reden als hier, das entspricht der Natur der Sache.*" Die Vorstellung, Kohl oder Strauß würden auch auf einem Industriellenkongreß, vor Rüstungsvertretern oder AKW-Betreibern Verzicht auf „*eigene Vorsprünge*" fordern, gegen den „*Raubbau der Energie- und Rohstoffquellen*" wettern oder für das „*Einüben*" von „*Muße*" plädieren, macht die Verlogenheit dieses Papiers deutlich. Diese Art von Ideologie ist für diejenigen bestimmt, die betrogen und regiert werden sollen, insbesondere also für die Frauen.

Es scheint, daß die Blüm'schen
Ideologie ist für diejenigen bestimmt, die betrogen und regiert werden sollen, insbesondere also für die Frauen. Es scheint, daß die Blüm'schen
„Leitsätze" der Beginn der „*politischen, moralischen und psychologischen Offensive für die Familie*" sind, die der CDU-Vorsitzende Kohl schon Anfang 1980 für „*in der BRD dringend erforderlich*" erklärt hatte („Deutsche Tagespost", 19.2.80). Auch über die praktischen Konsequenzen äußerte sich Kohl in diesem Zusammenhang: Politik bedeute, „*daß man, mit einem Vorschuß an Vertrauen seitens seiner Mitbürger ausgestattet, die öffentlichen Angelegenheiten mit eigenen Wertmaßstäben und eigenen Ideen gestaltet und sich dann in der Demokratie um die Zustimmung des Bürgers bemüht.*"

Die Kritik der CDU-Frauen

Als „*nicht zu überbietende männliche Überheblichkeit*" („FR", 25.7.) und als „*Rückfall in das 19. Jahrhundert*" („Spiegel" 31/81) prangerten CDU-Frauen die Leitsätze der CDU-Sozialausschüsse an. In einem Schreiben an den CDU-Vorsitzenden Kohl, verfaßt von der „westfälischen Arbeitsgemeinschaft berufstätiger Frauen in den Sozialausschüssen", war von einer „*arroganten Borniertheit, die sich selbst der Lächerlichkeit ausliefere*", die Rede („FR", 4.8.81). Und selbst auf dem Titelblatt der Oktober-Nummer der „Emma" war zu lesen: „*CDU-Frauen müpfen auf*".

Von den „aufmüpfigen" CDU-Frauen war im wesentlichen kritisiert worden, daß Begriffe wie „Doppelbelastung" und „Partnerschaft" im Blüm'schen Papier nicht auftauchen. Die CDU-Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der westfälischen CDU-Frauenvereinigung, Leni Fischer, in der „Emma": „*Da frag ich mich allerdings, warum nicht mehr Väter die Arbeit in der Familie der Erwerbstätigkeit vorziehen, wenn sie doch von soviel höherem Wert ist, und ich frag mich auch, warum junge Väter, die das tun wollen, als 'Weichlinge' und 'Waschlappen' oder gar als 'Drückeberger' bespöttelt werden. Und das macht Frauen zu recht skeptisch.*"

Bei aller berechtigten Kritik, die einige CDU-Frauen führen, fällt allerdings auf, daß ganz wesentliche Positionen der Blümschen Leitsätze von ihnen nicht angegriffen werden: weder die Frage der Abtreibung, also das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren eigenen Körper, noch der in den Thesen vertretene Familienbegriff im Sinne einer Ordnungspolitik. Und wenn Leni Fischer in der „Emma" behauptet, daß die Festlegungen der Rollen von Mann und Frau „*weit hinter die Beschlüsse der CDU als Gesamtpartei zurückgehen*", dann muß sie sich fragen lassen, wo denn die CDU als Gesamtpartei war, als ihr eigener Kanzlerkandidat F.J. Strauß im Wahlkampf 1980 von „Massenmord an ungeborenem Leben" sprach, und wo die CDU-Frauen, als der Chef-Familienpolitiker der CSU, Hans Maier, auf dem Zukunftskongreß der CSU im November 1979 klagte: „*In einem reichen Land werden jährlich einige zehntausend Kinder bereits im Mutterleib getötet, weil sie unerwünscht sind.* (...) *In einem reichen Land wird nicht von wenigen die Treue in der Ehe, in schwierigen Lebenssituationen, in Nöten und Bewährungsproben zum leeren Wahn erklärt*"; es solle den Kindern vermittelt werden, „*daß nichts in den Schoß fällt, daß Nehmen und Geben keine Abhängigkeiten in der Familie schaffen muß, sondern menschliche Bindungen kräftigen kann und damit die Familiensolidarität stärkt*" (zitiert nach der Broschüre des KB zum Bundestagswahlkampf 1980, „Kinder, Küche, Heim und Herd sind kein ganzes Leben wert").

Die CDU-Frauen brauchen nicht ins 19. Jahrhundert zurückzugehen, um die Blümsche Familienideologie wiederzufinden. Schon der 1. Familienminister der CDU (von 1953 bis 1961), Würmeling, erklärte: „*Familienpolitik gehört nicht in den Bereich der staatlichen Fürsorge, sondern ist Staatspolitik*"; mit der Berufstätigkeit der Frau „*würde sicher gegen Willen aller Beteiligten auf anderem Wege dieselbe Ordnung verwirklicht werden, wie sie in den Ländern östlicher Prägung herrscht! Die Nachteile für die Familie, darüber hinaus für den gesamten seelischen Bereich der Gesellschaft, sind offenkundig*". Und: „*Dabei ist allerdings sehr sorgfältig zu erwägen, inwieweit die Familie durch Schaffung sozialer Einrichtungen zwar von außen geschützt, aber von innen entkräftigt wird. Oft dürfte es besser sein, die Familie und hier in erster Linie die Hausfrau und Mutter durch persönliche Unterstützung (Familienpflegerinnen) zu entlasten. Für Mutterwirken gibt es nun einmal keinen vollwertigen Ersatz*" usw. usf. (nach Haensch, „Repressive Familienpolitik", 1969). Schon aus diesen wenigen Zitaten wird die Linie der CDU-Familienpolitik der damaligen Periode deutlich.

Obwohl es zu der Zeit des zusätzlichen Arbeitskräftebedarfs gewisse Liberalisierungstendenzen, zumindest auf verbaler Ebene, in der CDU gab, wurde dies vom früheren Familienminister Bruno Heck 1979 in der Einleitung zu seiner Sammlung von CDU-Programmen nachträglich eher selbstkritisch eingeschätzt: „*Die Partei, die damals (1971) noch einer raschen Zurückgewinnung der Verantwortung nachhing, wagte sich einerseits nicht allzuweit aus den erprobten Positionen heraus, andererseits fügte sie da und dort modische Konzessionen ein*". Heute müsse man sich auf die alten Werte besinnen, „*die einst von der Union in der Bundesrepublik zum Leuchten gebracht worden waren*". Das seien u.a. „*die Familie und ihre unverzichtbare Funktion im Staat*", der neuer Glanz verliehen werden müsse. Die Anspruchshaltung des Einzelnen gegenüber dem Staat sei überzogen, und man müsse wieder zu jener Selbstgenügsamkeit zurückfinden, in der der Staat von Einzelnen Opfer verlangen kann: „... *solche Grundsätze hatten die Union einst groß gemacht, sie sind in der Bundesrepublik zu tief angelegt, als daß sie durch Modeströmungen verdrängt werden könnten*" (alles zitiert nach „Familienpolitik — Tendenzen, Chancen, Möglichkeiten", S. 135 v. Ingrid Langer-El Sayed, 1980).

Insofern sind die Blümschen Thesen an sich nichts Neues für die CDU, sie greifen nur auf die „*Grundsätze zurück, die die Union einst groß gemacht*" haben.

Es scheint, daß ein Großteil der Empörung der CDU-Frauen seine Grundlage in der Unverfrorenheit hat, mit der die von ihnen miterarbeiteten Vorstellungen von den Männern der eigenen Partei ignoriert und abgebügelt wurden. Eine Partei, die in ihrer Programmatik die Frauen wieder auf ihre Mutterrolle fixieren will, wird ihnen natürlich auch in den eigenen Reihen nicht allzu viele Freiheiten einräumen. CDU-Politik und Frauenemanzipation sind eben unvereinbar.

Zwei Hamburger Genossinnen

Mutterschutzgesetz »verfassungswidrig«?

Mutterschutzgesetz »verfassungswidrig«?

Das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin hat einen erneuten Versuch der Unternehmer, das Mutterschutzgesetz zu durchlöchern bzw. abzuschaffen, unterstützt.

Ein Unternehmer hatte dagegen geklagt, daß die Kündigung einer Arbeiterin während des Mutterschaftsurlaubes verweigert wurde. Sie arbeitete in einer Abteilung, die wegrationalisiert wurde.

Das Bundesverwaltungsgericht hält den § 9a des Mutterschutzgesetzes, der jede Kündigung von Schwangeren verbietet, für verfassungswidrig. Das schränke die „unternehmerische Handlungsfreiheit" ein. Deshalb rief es das Bundesverfassungsgericht an, das nun darüber entscheidet, ob das Mutterschutzgesetz verfassungswidrig ist. Und das Bundesverfassungsgericht ist bekanntlich nicht sonderlich frauenfreundlich.

(Az.: BVerwG 5 C 87.80)
(Rheinische Post, 5.10.81)

Bundesweites Seminar in Saarbrücken:

»Frauen und Militarismus«

Vom 30.10. bis 1.11. fand in Saarbrücken ein Seminar „Frauen und Militarismus" statt, zu dem über 450 Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet gekommen waren. Vielen Frauen mußte wegen Raummangel abgesagt werden, sodaß auf dem Seminar Gruppen, die durch ihre Aktivitäten bekannt sind (z.B. aus Nürnberg, Bremen, Freiburg und Hannover) fehlten.

Eingeladen hatte zu dem Seminar eine Gruppe Saarbrücker Frauen, in der Frauen aus dem AStA-Frauenreferat („*vorwiegend Studentinnen, die sich der autonomen Frauenbewegung zugehörig fühlen*"), Frauen aus der DFI, aus der autonomen Frauengruppe und aus dem MSB/Spartakus (DKP) mitarbeiten. Angesprochen waren alle Frauen, „*die sich schon mit dem Thema beschäftigt haben, ... als auch solche Frauen, die sich noch nicht oder nur sehr wenig mit Militarisierung auseinandergesetzt haben*". „*Die Ankündigungen des Seminars wurden an verschiedene Frauengruppen verschickt, ‚Emma' und ‚Courage' veröffentlichten sie erst in ihren Oktoberausgaben (und erst nach einem enttäuschten Brief von uns) ..., obwohl ihnen die Seminarbeschreibung schon Mitte Juli zugeschickt wurde*" (Seminarmappe). Auf dem Seminar sollte hauptsächlich in Arbeitskreisen gearbeitet werden, Materialien zu den Themen hatten die Veranstalterinnen in einer ausführlichen Seminarmappe an die Teilnehmerinnen verschickt. Es sollten eine öffentliche Podiumsdiskussion und mehrere kleinere Veranstaltungen stattfinden. –

Zunächst wollen wir über die Thematik der Arbeitskreise berichten, danach über die Veranstaltung.

Wir würden die Arbeitsgruppen in drei Bereiche aufteilen: Zunächst gab es Arbeitskreise, die sich mit der Politik der Regierung, Frauen über den Zivilschutz (aber auch durch die Einbeziehung in die Bundeswehr) in die Kriegsmaschinerie einzugliedern, auseinandersetzten:

- Nach dem Artikel 12a, Absatz 4, des Grundgesetzes kann jede Frau zwischen dem 18. und 55. Lebensjahr im „Verteidigungsfall" im „Sanitär- und Heilwesen" zu Dienstleistungen zwangseingezogen werden.
- Frauen, die einen Schwesternhelferinnen-Kursus z.B. beim Roten Kreuz absolviert haben – seit 1969 – Frauen, die einen Schwesternhelferinnen-Kursus z.B. beim Roten Kreuz absolviert haben – seit 1969 sind das über 200.000 Frauen – haben sich, in den meisten Fällen unwissentlich, durch ihre Unterschrift verpflichtet, „freiwillig" bei „öffentlichen Notständen" und „im Verteidigungsfall" einsatzbereit zu sein. Mit dieser Unterschrift unterliegen die Frauen der Zivildienstüberwachung; Wohnungs-, Familienstands- und Namensänderungen müssen den jeweiligen Organisationen gemeldet werden.
- Nach dem Entwurf des Gesundheitssicherstellungsgesetzes – einem Ausführungsgesetz zu den Notstandsgesetzen (genau: „Gesetz zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalles") – ist jede Person, die jemals eine medizinische Ausbildung erhalten hat, im Ernstfall dienstverpflichtet und kann schon im „Normalfall" zu Einsatzübungen herangezogen werden. Dieses Gesetz, das nach neuesten Auskünften noch in diesem Jahr in die erste Lesung gehen soll, betrifft gerade Frauen, die besonders stark in den sogenannten pflegerischen Berufen vertreten sind.
- Nach dem Arbeitssicherstellungsgesetz – ein schon geltendes Ausführungsgesetz zu den Notstandsgesetzen – kann im „Verteidigungsfall", aber auch schon „in der Zeit davor", jede Person in der BRD an fall", aber auch schon „in der Zeit davor", jede Person in der BRD an einen Arbeitsplatz zwangsversetzt- oder -verpflichtet werden. Die grundgesetzlich garantierte „Freiheit der Berufswahl" wird damit außer Kraft gesetzt. Frauen als traditionelle Reservearmee werden von solchen „Verpflichtungsbescheiden", die durch das jeweilige Arbeitsamt erlassen werden, stark betroffen sein.
- Bis 1989 soll eine Neurekrutierung der Bundeswehr abgeschlossen sein. Anläßlich einer Kommandeurstagung sagte Kriegsminister Apel auf einer Pressekonferenz am 24.10.: „*Diese Entscheidungen* (Einbeziehung von Ausländern und Frauen in die Bundeswehr, Anm. AK) *würden etwa 1984 gültig, damit die Bundeswehr nicht in ein Loch fällt. Die Frage des Wehrdienstes von Frauen sei dagegen eiliger, müsse aber nicht schon 1982 entschieden werden*" (FAZ, 28.10.81). D.h., wir Frauen könnten sehr bald, schon im kommenden Jahr, mit einem entsprechenden Gesetzentwurf konfrontiert werden. Dies wird auch dadurch erhärtet, daß nach Auskunft von Hanne Birkenbach eine dem Kriegsministerium unterstellte „Langzeit-Kommission", die Pläne für die Erhaltung der 500.000-Mann-Stärke der Bundeswehr erarbeiten soll, Ende dieses bzw. Anfang nächsten Jahres Ergebnisse vorlegen soll.



ten Jahres Ergebnisse vorlegen soll. Ein zweiter Komplex des Semi-

Ein zweiter Komplex des Seminars betraf Arbeitsgruppen, die das Thema „Friedensbewegung und Patriarchat" in den Mittelpunkt ihrer Diskussion stellten. Da ging es um die Entwicklung speziell weiblicher Widerstandsformen bzw. um die Rückbesinnung darauf. In ihrem Artikel „Ist die Gewalt in der Frauenbewegung angekommen?" (vgl. dazu auch AK 211) schreibt Sibylle Plogstedt von der „Courage" dazu: „*Wir müssen die Formen unseres Widerstandes neu überdenken. Vom Prinzip der Autonomie der Frauenbewegung her müssen wir uns gezielte Formen der Non-Kooperation ausdenken, gegen die, die wir bekämpfen. – Non-Kooperation muß gut vorbereitet sein, weil erst die Beteiligung vieler ihre Wirksamkeit ausmacht. Non-Kooperation heißt, radikalere Konsequenzen zu ziehen, als aus Schwäche zur Knarre zu greifen, in den Untergrund reinzurutschen und dann im Knast zu landen ... Erreichen werden wir, wenn wir unsere Aktionen untereinander abstimmen, mehr, als wir durch Gewalt je erreichen werden*".

- Es wurde über die Ursachen von Kriegen diskutiert. Dazu schreiben die Speyrer „Frauen und Mütter gegen Atom und für den Frieden", die am 8. März '81 den Friedensmarsch in Ramstein/Pfalz organisierten: „*Im Laufe der Jahrhunderte ist* marsch in Ramstein/Pfalz organisierten: „Im Laufe der Jahrhunderte ist *es dem Patriarchat gelungen, die Hälfte des menschlichen Seins ... zu unterdrücken, und Leistungsstreben, Machtausübung, Aggression, Härte, Konkurrenzdenken, zweckrationales Denken setzten sich durch und wurden zur Norm ... Diese Einstellung führte zur lebensverachtenden Technologie ... Dieses perverse ... Denken gipfelt in dem sauberen Tod durch die Neutronenbombe ... Ich kann an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt nicht mehr mit Zahlen argumentieren, sondern ich muß ... meine Angst vor diesem militärischen Wahnsinn zum Ausdruck bringen. ... Ich aber habe Angst vor den tödlichen Waffen, gleichgültig in welcher Hand ...*" (Aus einem Statement der Speyrer Frauen vom 2.9.81).
- Diskutiert wurde das Verhältnis von alltäglichem Geschlechterkampf und Kampf gegen die Kriegsgefahr. Dazu schreibt „Courage" in einem Brief an sowjetische Dissidentinnen („Courage", 6/81): „*Wir stören die Kriegsvorbereitungen, die wir den patriarchalischen Scheinfrieden nennen, schon jetzt durch unsere umfassende Verweigerung. Die Aktionen und Streiks gegen Abtreibungsgesetze gehören ebenso dazu wie die Verweigerung von Hausarbeit, wie die Verweigerung jeder emotionalen Unterstützungsarbeit an Männern überhaupt*".

Ein dritter Komplex waren Arbeitsgruppen, die wir nicht unter die beiden anderen Bereiche einordnen konnten: eine AG der Frauen gegen imperialistischen Krieg; eine AG zur sozialen Verteidigung; eine Gruppe, die sich mit dem Verhältnis der Friedensbewegung zu den Befreiungsbewegungen der 3. Welt beschäftigte; eine Gruppe zum Thema „Nachrüstung".

Außer den Arbeitsgruppen wurden noch zwei Veranstaltungen angeboten: Auf der einen berichtete u.a. Eva-Maria Epple über ihre Teilnahme an der Weltfrauenkonferenz im Oktober in Prag. Die andere Veranstaltung bot eine Diskussion von Frauen aus der CDU, FDP, SPD, den Grünen und aus dem DGB über das Thema: „Frauen in die Bundeswehr".

„Frauen zum Bund – wir sagen nein! – und wie sieht unser Widerstand aus"

Dies war der (veränderte) Titel der einzigen öffentlichen Veranstaltung – auch für Männer – des Saarbrükker Seminars, auf der unserer Meinung nach der Charakter des Treffens recht deutlich wurde. Auf dem Abschlußplenum des Kongresses wurden keine neuen Aspekte diskutiert, die nicht auch schon hier angesprochen worden waren.

Auf dem Podium saßen Bernadette Ridard (ehemals Graswurzel Revolution); Eva-Maria Epple (Frauen für den Frieden, Westberlin); Hanne Birkenbach (antimilita- Revolution); Eva-Maria Epple (Frauen für den Frieden, Westberlin); Hanne Birkenbach (antimilita-rismus information); Mechthild Jansen (DFI); Lucy Mayfarth (DGB); Ingrid Lenz (Arbeitskreis Frauen und 3. Welt); Maria Caro (Movimiento Comunista, Spanien). Abgesagt hatten eine Bundeswehrärztin und Ingrid Strobel von „Emma". Da bei dieser Zusammensetzung des Plenums alle Frauen auf dem Podium gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr waren – Ingrid Strobl gilt als Befürworterin – konzentrierten sich die Redebeiträge auf verschiedene Widerstandsformen:

Fortsetzung nächste Seite

Bericht über die AG »Frauen gegen Imperialistischen Krieg«

Etwa 35 Frauen hatten sich für diese AG entschieden, deren Vorbereitung die gleichnamige Frankfurter Gruppe übernommen hatte. Schnell konnten wir uns darauf einigen, daß es wenig brächte, aus dem hohlen Bauch irgendwelche Aktionsvorschläge zu entwickeln (wie dies beim Eingangsplenum geschehen war): So stellten wir uns zunächst die Frage nach den Ursachen der wachsenden Kriegsgefahr. Auf allgemeine Zustimmung stieß ein Papier der Essener Frauen-Öko-Gruppe, in dem kurz auf die ökonomischen Grundlagen imperialistischer Herrschaft eingegangen sowie die Besonder heit der aktuellen Situation (Weltwirtschaftskrise, Aufrüstung der NATO zum Angriffskrieg, offene Kriegspropaganda) herausgearbeitet wurde. Größere Widersprüche gab es dagegen bei der Einschätzung des Verhältnisses BRD/USA: Den Stein des Anstoßes bildete ein Zitat von Verena Becker (aus dem Papier der Frankfurterinnen), worin die Parallele zum Verhältnis einer „Hure" (!) zu ihrem Zuhälter gezogen wird. Dieser Vergleich wurde von zahlreichen Frauen zurückgewiesen, da er die Konsequenz zumindest nahelegt, sich mit dieser „Prostituierten" (also der BRD-Bourgeoisie) gegen ihren „Ausbeuter" zu verbünden. Demgegenüber wurde der ebenfalls imperialistische Charakter der BRD (übrigens nicht zuletzt von den Frankfurterinnen) betont, auf ihre Bedeutung innerhalb der EG und darüberhinaus (am Beispiel des Atomgeschäfts mit Brasilien) im internationalen Maßstab hingewiesen. Klar war, daß dieses Abhängigkeits- und Konkurrenzverhältnis genauer historisch aufgearbeitet werden müßte - diese Debatte wurde dann aber abgebrochen, da sich nur noch einige „SpezialistInnen" beteiligen konnten. So einigten wir uns darauf, daß sich BRD- und US-Imperialismus im wesentlichen gegenseitig stützen, und daß sich unser Kampf deshalb gegen beide richten müsse. Anschließend wurde auch in dieser AG die obligate Frage nach den Widerstandsformen aufgeworfen: Eine Frau hatte schon vorab erklärt, daß sie (für die BRD) „gewaltsame Aktionen" prinzipiell ablehne, da diese die Bewegung notwendig spalten und folglich den Kriegstreibern nützen würden. Die übergroße Mehrheit betonte dagegen, daß es immer wieder die Herrschenden sind, die uns die „Gewalt"-Debatte als Gretchen-Frage aufdrängen, wobei „Gewalt" völlig willkürlich definiert (und z.B. auf „Gewalt gegen NATO-Draht" ausgeweitet) wird und insgesamt von den Ursachen unseres Widerstands - der wirklich mörderischen Gewalt - ablenken soll. Verschiedentlich kamen dann Fragen nach „der richtigen Widerstandsform" auf - die allermeisten waren sich jedoch einig, daß es dafür keinerlei Patentrezept geben könne; vielmehr müßten wir in jeder Situation konkret entscheiden, welche Form des Protestes den jeweiligen objektiven und subjektiven Bedingungen angemessen sei. Als aktuelles Beispiel wurde mehrfach auf die Aktionen gegen die „Startbahn West" hingewiesen, wo sich der - zunächst betont „gewaltfreie" - Widerstand gegen Umweltzerstörung jetzt zunehmend radikalisiert aufgrund konkret-sinnlicher Erfahrungen mit den ersten Räumungsaktionen sowie dem wachsenden Bewußtsein über die militärische Bedeutung jener 3. Startbahn.

Einige Frauen äußerten in diesem Zusammenhang die Befürchtung, daß die Debatte über aufsehenerregende Militanz leicht die zugrundeliegenden Inhalte verdrängen könnte. Dem wurde das Beispiel Bremen entgegengehalten, wo es exemplarisch gelungen ist, vermittels konsequenter Widerstandsformen wesentliche Zusammenhänge über Bundeswehr- und NATO-Kriegsvorbereitungen bundesweit in die Diskussion zu bringen. Insgesamt war eine sehr große Mehrheit darin einig, daß wir uns unsere Widerstandsformen nicht von der Gegenseite vorschreiben lassen dürfen - so kam die Diskussion notwendig auch auf die möglichen Konsequenzen, wie Krimi nalisierung und Knast. Trotz relativ guter Vorinformation hatten viele Frauen offensichtlich Schwierigkeiten, sich mit diesem Punkt wirklich auseinanderzusetzen ... besonders mit der Tatsache, daß die Kriminalisierung schon weit über eindeutig militante Aktionsformen hinausgeht - z.B. Hungerstreik-Solidarität in jeder Form verfolgt wird ...

Der letzte wichtige Diskussionspunkt war die Problematisierung des „Friedens"-Begriffs: 35 Jahre BRD-Repression, seit 1945 über 100 Kriege in der 3. Welt zeigen deutlich, daß „kein (Welt-)Krieg" noch lange nicht „Frieden" bedeutet ... ein Umstand, der in Teilen der Friedensbewegung unterzugehen droht. Als abschreckendes Beispiel wurde die Entscheidung der Organisatoren der Bonner Demo vom 10.10 angeführt, die Vertretern von Befreiungsbewegungen aus der „3.Welt" das Rederecht untersagten (Leider wurde diese durchaus differenzierte Kritik von einer Teilnehmerin als pauschale Abgrenzung mißverstanden.).

Trotz einzelner solcher Mißverständnisse wurde die AG insgesamt wohl von allen Teilnehmerinnen als ein guter Anfang gewertet. Leider war die Zeit (trotz Verlängerung der AG bis abends!) zu kurz, um alle relevanten Fragen anzuschneiden (so kamen wir z.B. kaum dazu, auf eine mögliche Frauenspezifität einzugehen) - durch den Austausch diverser Arbeitspapiere sowie von Kontaktadressen sind jedoch Möglichkeiten geschaffen, die Auseinandersetzung innerhalb dieses „linken Flügels" fortzusetzen. Darüber hinaus war es allen wichtig, auch die Teilnehmerinnen der anderen AGs mit unseren (mehrheitlichen) Diskussionsergebnissen zu konfrontieren. Deshalb wurde eine entsprechende Zusammenfassung für's Abschlußplenum sowie eine Resolution gegen die Kriminalisierung der Hungerstreiksolidarität (am Beispiel des laufenden Prozesses gegen die „Koblenzer Frauen") vorbereitet.

Eine Teilnehmerin der AG

Forts. v. voriger Seite

Von allen Rednerinnen wurden die in vielen Städten laufenden Verweigerungsaktionen sehr befürwortet. In letzter Zeit sammeln Frauen Erklärungen, in denen in unterschiedlicher Form Frauen ihren Einsatz nach dem Artikel 12a, Absatz 4 (Dienstverpflichtung im Kriegsfall in u.a. Krankenhäusern) schon im voraus verweigern. Diese Briefe richten sich an den Kriegsminister persönlich oder an zuständige Zivilschutzämter. Oft haben Frauen bisher in spektakulären Aktionen, z.B. mit Rathaus„besetzungen" oder maskierten Umzügen, auf ihre Erklärungen aufmerksam gemacht. Offiziell werden die Verweigerungen nicht anerkannt, da sie sich auf Notstandsgesetze beziehen, die „noch nicht" in Kraft sind. Auf Vorschlag der DFG/VK/Nordrhein-Westfalen und aus Stuttgart und Freiburg sollen zum internationalen Frauentag im nächsten Jahr koordiniert Verweigerungsaktionen von Frauen stattfinden.

Ihr Arbeitsplatz Bundeswehr



aus „Pardon"

aus „Pardon"

Hanne Birkenbach machte den Vorschlag, Briefe an das Kriegsministerium zu schreiben: Die Frauen sollten sich über den Stand der Planung zur Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr erkundigen, gerade zu dem Zeitpunkt, wo Ergebnisse der „Langzeitkommission" (s.o.) zu erwarten sind. Eva-Maria Epple machte in Hinblick auf die erste Lesung des Gesundheitssicherstellungsgesetzes (wahrscheinlich schon im Dezember) den Vorschlag, den Bonner Experten sollte eine Expertinnenrunde beigeordnet werden.

Lucy Mayfarth vom DGB verwies auf die Beschlüsse der DGB-Frauenkonferenz, in denen eine allgemeine Dienstpflicht und die – auch freiwillige – Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr abgelehnt wird. Von Mechthild Jansen, DFI, wurden die geplanten Verweigerungsaktionen vor allem für den kommenden 8. März unterstützt und die Einheit von Friedens- und Frauenbewegung eindringlich gefordert, ohne jedoch dazu konkrete Vorschläge vorzustellen.

Sibylle Plogstedt forderte die Frauen zum Steuerboykott auf, was anders als in den USA, in der BRD nicht so einfach zu machen ist, da die Lohnsteuer vom Arbeitgeber einbehalten und an den Staat abgeführt wird. In Westberlin gibt es einen Kreis von Frauen, die sich trotz dieser Schwierigkeiten Wege überlegen, damit frau nicht mit ihren Steuern den Rüstungshaushalt finanzieren muß. Sibylle Plogstedt schlug außerdem vor, daß sich Frauengruppen an den Universitäten und auch anderswo bilden, die sich Maßnahmen überlegen, wie sie die BAFög-Kürzungen bzw. die Kürzungen im sozialen Bereich rückgängig machen können. Ein anderer Vorschlag war, beim Einkauf einfach selbständig den Betrag für die Mehrwertsteuer einzubehalten. Sibylle Plogstedt forderte die Frauen auf, amerikanische Waren zu boykottieren bzw. keine US-Jeans mehr zu kaufen. Frauen sollten auf ihre Weise Militärparaden lächerlich machen – z.B. waren in Westberlin bei einer Parade Frauen mit einer Schar Enten aufgekreuzt. Frauen sollten bis zur Verabschiedung des Gesundheitssicherstellungsgesetzes Mullbinden kaufen, die an Bäumen anbringen und so langsam bis zur Verabschiedung des Gesetzes das entsprechende Amt „einspinnen". Überhaupt sollten Frauen nicht in der allgemeinen Friedensbewegung untergehen, sich zwar nicht unbedingt absondern, aber autonome Aktionen durchführen.

Erfrischend war der Beitrag von Maria Caro aus Spanien, die deutlich machte, daß sie nicht gegen j e d e n Krieg sei, z.B. sei sie nicht gegen den revolutionären Kampf in El Salvador. Auch sei es richtig gewesen, daß gegen den Rechtsputsch am 23.2. in Spanien sich Teile des Volkes bewaffnet hätten. Deshalb sei für sie immer wichtig zu sagen, gegen w e l c h e n Krieg wir sind. Die Tatsache, daß Frauen nicht an den Waffen ausgebildet werden, habe für sie sexistische Gründe. Ihre Organisation habe noch keinen klaren Standpunkt zur Ausbildung von Frauen in der Armee.

In der anschließenden, auch für das Publikum offenen Diskussion wurden wenig neue Aspekte genannt. Über die verschiedenen Widerstandsmöglichkeiten fand keine Auseindersetzung statt, sodaß auch eine Konzentration unserer Kräfte auf bestimmte wirksame Aktionen ausblieb. Vorschläge, sich bereits jetzt Gedanken dazu zu machen, wie wir gemeinsame Aktionen zur Verhinderung der Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr entwickeln, kamen nicht an. Dies, obwohl aus Presseberichten hervorgeht, daß wir wahrscheinlich schon im nächsten Jahr mit Gesetzentwürfen zu diesem Punkt zu rechnen haben. Die sich traditionell mit diesem Thema befassenden Gruppen – DFI und DKP –, die ja auch unter den Veranstalterinnen des Kongresses waren, gingen mit keinem Wort darauf ein.

Ein Grund für die mangelnde Auseinandersetzung und das undifferenzierte Nebeneinander aller Vorschläge lag sicher auch darin, daß auf dem ganzen Kongreß sehr wenig konkret über die aktuelle Kriegsgefahr und die Politik der Bundesregierung geredet wurde, bzw. diese überhaupt keine Rolle bei der Diskussion auf der Veranstaltung spielte.

Wenn über Kriegsgefahr geredet wurde, dann nur unter dem allgemeinen Aspekt „Alle Seiten rüsten wahnwitzig auf – Abrüstung in Ost und West!"

Bei der Veranstaltung über die Prager Frauenkonferenz wurde z.B. auf einen Beitrag, daß frau die Rüstung in Ost und West nicht gleich behandeln könne, geantwortet, daß frau keine Lust habe, über irgendwelche Unterschiede zwischen SS 20 und Pershing II zu reden. Und diese Antwort wurde von einer ganzen Reihe Frauen so unterstützt. Auch Frauen aus der DFI und MSBlerinnen sind unseres Wissens kaum öffentlich und massiv diesen Thesen entgegengetreten.

Auf der anderen Seite haben wir eine Strömung unterschätzt, die spontane Aktionen, die gewaltlos, phantasievoll, autonom und frauenspezifisch sind, gut findet, wie sie u.a. von Sibylle Plogstedt vorgeschlagen werden. Wir wollen uns noch mit dieser Strömung auseinandersetzen. Insgesamt meinen wir, daß der Saarbrücker Kongreß die Möglichkeiten einer stärkeren Zusammenarbeit und notwendigen Auseinandersetzung unter uns Frauen verbessert hat. Dazu wird sicher auch noch wesentlich beitragen, daß die Saarbrücker Frauen für Dezember eine Dokumentation über den Kongreß versprochen haben, die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Kontaktadressen von Frauengruppen enthalten soll.

Es liegt an uns Frauen, diese Möglichkeiten für unsere Stärke zu nutzen.

Wir zählen im folgenden auf, welche Aktivitäten in Saarbrücken bekanntgegeben worden sind:

- Im Januar/Februar findet eine Bundeskonferenz aller frießenspolitischen Basisinitiativen und autonomen Gruppen statt. Frauen und Frauengruppen werden aufgerufen, daran teilzunehmen. Es wird vorgeschlagen, auf dieser Konferenz unter den Frauen Aktionen und Aktivitäten gegen die möglicherweise schon 1982 zu erwartende (‚freiwillige') Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr zu beraten. Nächstes Vorbereitungstreffen für die Konferenz ist am 5.12. ab 10.30 in der ESG Göttingen.
- Nach dem Tod von Marie-Luise Berg soll eine Nachfolgerin für die Initiative „Frauen zum Bund – wir sagen nein" gewählt werden. Erste Gespräche dazu fanden am 9.11. ab 15.00 Uhr in Köln statt. Kontakt ist Mechthilt Jansen.
- Am 5./6. Dezember findet in Hannover für alle Frauen, die im norddeutschen Raum an antimilitaristischer Arbeit interessiert sind, ein Seminar statt. Kontakt: Ulrike Ley, Stresemannstr. 16, 3 Hannover 1.
- Die DFG/VK - NRW ruft alle Frauen auf, am 8. März 1982 öffentliche Verweigerungen von Frauen in allen Städten der Bundesrepublik zu organisieren.
- **Für den 6. März 1982 wurde von Frauen aus Norddeutschland vorgeschlagen, Sternmärsche auf NATO-waffenstützpunkte zu organisieren.**

KB-Genossinnen

KB-Genossinnen

Buchempfehlung

DER ALLTÄGLICHE FASCHISMUS
FRAUEN IM DRITTEN REICH



Der Verfasser Charles Schüddekopf ist mit diesem 1981 erschienenen Buch einer Sache auf der Spur, die von bisherigen Geschichtsschreibern ausgespart wurde: derAlltag im Faschismus, und zwar im besonderen der Alltag der Frauen. Das Buch geht auf eine Veranstaltung zurück, die 1980 in der Hamburger Markthalle auf Initiative der AG Sozialdemokratischer Frauen über das Leben von Frauen unterm Hakenkreuz stattfand. Das Buch besteht aus einer Zusammenstellung von Lebensberichten einzelner Frauen, die z.T. zum ersten Mal über ihre Erlebnisse berichteten.

Im Gegensatz zu den beiden Büchern „Frauen gegen Hitler" und „Frauen im deutschen Widerstand 33 - 45" kommen hier auch Frauen aus dem nicht aktiven Widerstand zu Wort, sowie auch zwei Frauen, die sich erst nach 45 vom Faschismus lösten.

Das schon 1979 erschienene Buch „Alltag unterm Hakenkreuz" (Rowohlt) widmete sich auf neun Seiten im Kapitel „Familie" dem Alltag der Frauen. Diese Lücke schließt vorliegendes Buch.

Die einzelnen Berichte des Buches fördern in der Tat Interessantes zutage: sie beschreiben zum einen die Faschisierung ihres Alltags, zum anderen die eigenen Fähigkeiten

schließt vorliegendes Buch.

Die einzelnen Berichte des Buches fördern in der Tat Interessantes zutage: sie beschreiben zum einen die Faschisierung ihres Alltags, zum anderen die eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten, dem aktiv und passiv zu widerstehen. Sowohl die politisch aktiven als auch nicht aktiven Frauen beschreiben, wie der Kontaktkreis sich sehr schnell auf gleichgesinnte Familienangehörige und Freunde einschränkte. Nur in diesem Kreis fühlte frau sich sicher und wagte es, offen zu sprechen. Nach außen hin mußte besonders von aktiven Frauen geschauspielert werden, um den Nazis nicht aufzufallen. Aus diesem Grunde zogen sich viele auch in die „Schrebergärten" zurück, die zugleich Zuflucht, Versteck und Diskussio nsort waren. Neben den politisch aktiven Frauen – vor allem sozialdemokratische – die sich aktiv am Widerstand beteiligten, praktizierten die nicht begeisterten Nazianhängerinnen so etwas wie passiven Widerstand. Da die Nazis sehr weit ins private Leben eindrangen, war dies bereits in vielen Fällen gefährlich; z.B. wurde in den Haushalten geklingelt und fürs Winterhilfswerk gesammelt. Eine Weigerung konnte Konsequenzen haben. Oder die NS-Frauenschaft klingelte an der Tür und forderte zum Eintritt auf. Immer neue Ausreden wurden vorgebracht, z.T. aber auch einfach abgelehnt, ohne daß dies Folgen hatte.

Bei faschistischen Aufmärschen oder Festen gehörte auch schon Courage dazu, die Hakenkreuzfahne nicht herauszuhängen und sich um die Teilnahme zu drücken.

Bei faschistischen Aufmärschen oder Festen gehörte auch schon Courage dazu, die Hakenkreuzfahne nicht herauszuhängen und sich um die Teilnahme zu drücken. Ilse Strasser schreibt in dem Buch von den Problemen, die Ehe mit einem „Vierteljuden" zu führen.

Zwei Berichte in dem Buch stammen von Frauen, die in der Nazizeit kein antifaschistisches Bewußtsein hatten, sondern erst nach 45 „umkehrten": Anne-Marie Fabian beschreibt, wie sie schon im Elternhaus von den Ideen Erich und Mathilde Ludendorffs geprägt wurde. (Der stramme Antisemitismus der Ludendorffer stellte das Bindeglied zu den Nazis her, wenngleich die Nazis von ihnen als zu grobschlächtig angesehen wurden). Die andere Frau: Renate Finckh, 1937 Mitglied der HJ und seit 1940 Jungmädelführerin im BDM.

In einigen Beiträgen wird auch versucht, Parallelen zum heutigen Alltag in der BRD zu ziehen. Im Gespräch fragt der Herausgeber Ilse Strasser, welche Spuren der Faschismus bei ihr hinterlassen hat. „*Ilse Strasser: ... Ich meine, daß das natürlich hochgradig sensibilisiert für Strömungen, die du ja heute wieder beobachten kannst und denen zu wenig Aufmerksamkeit gezollt wird, während man der ‚Bedrohung von links' eine überdimensionale Bedeutung beimißt. Ich bin unfähig geworden zum ‚kleinen Kompromiß'. Radikalenerlaß und politische Denunziation versetzen mich in hellen Alarm – gebranntes Kind. Ausländerhaß und Kristallnacht kann ich nur nebeneinandersehen. Und solche Parallelen lassen mich einfach fassungslos werden. Niemand hat vor 33 geglaubt, daß sich das ereignen würde, was sich dann ereignet hat. Niemand glaubt heute, was morgen brutale Wirklichkeit sein kann*".

Das Buch ist nicht nur für Fachspezialisten geschrieben, sondern für einen breiten Leser(innen)kreis und sollte diesen möglichst auch erreichen.

Alltag im Nationalsozialismus



»Insel fürs Leben« schickt Drohbriefe

Anläßlich des Evangelischen Kirchentages ließ im Mai/Juni 81 eine sog. „Soz. Beratungs- und Forschungsgesellschaft m.b.H., Insel fürs Leben" mit Sitz bzw. Briefkasten in Krefeld in Bahnen und Bussen des Hamburger Verkehrsverbundes Plakate gegen Abtreibung verkleben. Abgebildet war ein 11 Wochen alter Embryo, daneben die Aufschrift „Abtreiben heißt töten, Babies wollen leben".

Einige Frauen, die diese Provokation gegen ihr Selbstbestimmungsrecht von den Werbeträgern des HVV entfernten, wurden beim Abreißen „gefaßt"; ihre Personalien wurden polizeilich festgestellt.

Vor zwei Monaten bekamen die ersten (und inzwischen weitere) der Frauen den nebenstehenden Brief.

Es ist offensichtlich, daß es diese Abtreibungsgegner auf eine öffentliche Konfrontation mit Teilen der Frauenbewegung anlegen, um auf diesem Weg ihre Hetze zu verbreiten und den Widerstand gegen ihre Umtriebe zu kriminalisieren, die Frauen einzuschüchtern. Die Dreistigkeit dieser „Insel" wird nicht nur aus dem provokativen Text des Briefes, sondern auch aus ihrem sonstigen Vorgehen deutlich:

– So wird behauptet, alle 2000 Plakate hätten nachgeklebt werden müssen; nach Angaben der HVV-Werbung hat es sich aber lediglich um 200 gehandelt. (Leider hatten noch lange nicht genug Frauen den Mut, die Dinger abzureißen).

– Einer Frau, die als Begründung für das Abreißen angegeben hatte, sie fühle sich als jemand, der selbst abgetrieben habe, durch die Plakate beleidigt, wurde geantwortet, aus ihrem Kontostand (!) wäre zu schließen, sie habe „ohne Not" und folglich wohl aus „pathologischen" (krankhaft) Motiven abgetrieben.

– Eine Frau aus der Hamburger Leitstelle, die neben einem Schreiben der Leitstelle auch einen persönlichen Protestbrief an den Krefelder Verein schickte, und dies versehentlich über die Behördenpost inkl. Frankiermaschine, wurde mit einer Anzeige wegen „Veruntreuung" von staatlichen Geldern bedacht.

Damit die Sache nun nicht an den wenigen Frauen hängenbleibt, die zufällig beim Abreißen der Plakate erwischt worden sind, und um eine größere Öffentlichkeit zu erreichen, sollen sich möglichst noch mehr Frauen melden, denen jetzt einfällt, daß auch sie sich damals von diesen Aufklebern beleidigt gefühlt haben und – vielleicht – auch einen abgerissen haben.

Das nächste Treffen, auf dem das weitere Vorgehen diskutiert werden soll, ist am

Dienstag, den 24.11.81
20 Uhr
im
Frauenzentrum, Rappstr. 4,
2 Hamburg 13

Es wäre nützlich, wenn über diese „Insel fürs Leben" und ihre Hintermänner mehr Informationen beschafft werden könnten; vorläufig ist über den Verein nicht viel mehr bekannt, als die Namen der Geschäftsführer, Christel Dittmann und Dr. Alfred Messing.

Da die „Insel" dieselben Propagandamaterialien verschickt wie andere bekanntere Anti-Abtreibungsorganisationen („Bewegung fürs Leben", „Europäische Ärzteorganisation" usw.), ist zu vermuten, daß dort eine Zusammenarbeit besteht. An Finanzmangel scheint der Verein auch nicht zu leiden; von den Aufklebern sollen seinerzeit insgesamt 40.000 Stück (für DM 3,- pro Stück) gedruckt worden sein; es wäre in diesem Zusammenhang interessant zu wissen, was aus den restlichen 38.000 Stück geworden ist – ob sie vielleicht in anderen Städten verklebt worden sind und sich dort vielleicht auch Frauen darüber geärgert und welche abgerissen haben?

An uns liegt es jetzt, das schöne Sprichwort „Der Stein, den ihr gegen uns erhoben habt, wird auf Eure eigenen Füße fallen" Wirklichkeit werden zu lassen und dafür zu sorgen, daß die „Insel fürs Leben" und die hinter ihr stehenden Abtreibungsgegner sich mit dieser frechen Provokation einen schönen Bumerang organisieren.

abgerissen haben?
An uns liegt es jetzt, das schöne Sprichwort „Der Stein, den ihr gegen uns erhoben habt, wird auf Eure eigenen Füße fallen" Wirklichkeit werden zu lassen und dafür zu sorgen, daß die „Insel fürs Leben" und die hinter ihr stehenden Abtreibungsgegner sich mit dieser frechen Provokation einen schönen Bumerang organisieren.

Eine Hamburger Genossin

INSEL FÜRS LEBEN
Soziale Beratungs- und Forschungsgesellschaft m.b.H.


Original-Größe 11. Woche
(Aus Handbuch der Abtreibung, Bild: Dr. Wm. Lilley)

Insel fürs Leben Schwertstr. 66, 4150 Krefeld

Frau
[redacted]

4.11.81

Betr.: Mutwillige Entfernung unserer Werbeplakate aus Hamburger Bussen und U-Bahnen

Sehr geehrte Frau [redacted]

Nach Angaben der Polizei bzw. auch nach persönlichen Angaben und nach Angaben der Presse gehören Sie zu denjenigen, die mutwillig unsere Werbeplakate aus den Bussen und U-Bahnen herausgerissen haben.

Unsere Agentur, die Westdeutsche Verkehrsreklame, hat bereits Strafanzeige erstattet. Soweit Sie von dieser Strafanzeige nicht erfaßt werden, werden wir separat Strafanzeige erheben.

Daneben geht es aber auch um den Schaden, der durch die Entfernung der Plakate entstanden ist.

Wir haben insgesamt der Hamburger Verkehrsmittelwerbung 2000 Plakate zur Verfügung stellen müssen. Diese wurden nachgeklebt.
Der Schaden durch den Ausfall der Werbung wird noch ermittelt.

Der Nachdruck der Plakate kostet pro Stück DM 3,00.

Nach Zeitungsberichten und nach Bekenntnissen der Frauenverbände handelte es sich um eine gezielte Aktion, die organisiert worden ist, so daß Sie in jedem Fall mithaften. !

Wir stellen Ihnen vor Klageerhebung anheim, entsprechende Überlegungen anzustellen und sich gegebenenfalls abzustimmen.

Bis jetzt sind uns zehn Anschriften mitgeteilt worden. Eine Anlage mit den mitgeteilten Anschriften fügen wir zunächst bei.

Weitere Anschriften liegen bei den Polizeibehörden in Hamburg.

Vielleicht können Sie sich auch abstimmen und auch ohne Prozeß den Schaden von DM 6.000,-- ersetzen.

! Wir sind auch bereit, bei einer entsprechenden Spende (gegen Spendenbescheinigung) auf eine Klage zu verzichten. Die Spende werden wir zur Rettung ungeborenen Lebens verwenden.

! Andernfalls muß Klage und zusätzlich noch einmal Strafanzeige durch uns erhoben werden.

Ihrer Stellungnahme sehen wir bis zum 10.11.1981 entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

Geschäftsführer: Christel Dittmann und Dr. Alfred Messing · Amtsgericht Krefeld · Handelsregister B 23 15 · Postscheckkonto Essen Nr. 6236-434, BLZ 360 100 43
Die Gesellschaft ist als gemeinnützig im Sinne der §§ 59 ff AO vom Finanzamt Krefeld unter AZ XXI/2 am 08.07.1981 anerkannt worden.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

Geschäftsführer: Christel Dittmann und Dr. Alfred Messing · Amtsgericht Krefeld · Handelsregister B 23 15 · Postscheckkonto Essen Nr. 6236-434, BLZ 360 100 43
Die Gesellschaft ist als gemeinnützig im Sinne der §§ 59 ff AO vom Finanzamt Krefeld unter AZ XXI/2 am 08.07.1981 anerkannt worden.

»Fall Heidy« — Justiz stellt Verfahren ein

Erinnern wir uns – 1978:
Am 21.3. waren bei Heidy, die seit Anfang des Jahres in Paris lebte, sechs bis sieben französische Polizisten aufgetaucht. Heidy befand sich in ihrer Wohnung zusammen mit ihrem Freund Jacques, der gekommen war, weil sie sich nicht besonders fühlte und etwas zu viel getrunken hatte. Die Polizisten waren vom Hausmeister gerufen worden, der behauptete, Lärm in der Wohnung gehört zu haben. Gegen ihren Protest wurde Heidy von ihnen mitgenommen. Ihr Freund kam mit, wurde aber vor einem Kommissariat gewaltsam abgesetzt. Einige Stunden später fand Heidy sich in der Geschlossenen Abteilung der psychiatrischen Klinik St. Anne wieder: mit Verbrennungen und Verätzungen schwersten Grades an der Scheide, am Po, an den Oberschenkeln, am Bauch und zwischen den Fingern, nachdem sie vorher nach Aussage der Polizei in das Krankenhaus Claude Bernard (das für ihr Wohngebiet nicht zuständig ist) eingeliefert worden war. Sie war unverletzt, als sie aus ihrer Wohnung abtransportiert wurde, und hat ab dem Zeitpunkt, wo sie sich im Polizeiwagen befand, ihre Erinnerung verloren (s. AK 142, Nov. 1978).



Heidy erhob Klage gegen Unbekannt wegen fahrlässiger Körperverletzung, illegaler Festnahme, Freiheitsberaubung und Diebstahl (Bullen durchbrachen Heidys Wohnungstür und nahmen Adressbuch, Paß, ein aktuelles Foto von ihr und einen Wecker mit).

Es dauerte dann drei Monate, bis ein Arzt verhört wurde, und zwei Jahre, bis der Kommissar verhört wurde, zwei Jahre, bis Heidy auf menschenunwürdige Weise von „Experten" – die keine Mediziner zu sein schienen – untersucht wurde, und es dauerte anderthalb Jahre, bis Heidys Schlüpfer „begutachtet" wurde.

Weil Heidy gefoltert wurde, weil sie Klage erhob und weil die Öffentlichkeit mobilisiert wurde, wurde Heidy aus dem Betrieb entlassen, ihre Wohnung durchsucht und abgehört.

Von Anfang an ließ die Justiz erkennen, daß sie nach der Devise „Das Opfer ist schuld" zu verfahren gedachte (s. AK 154, Mai 1979). Mit genau dieser „Begründung" ist jetzt die Einstellung des Verfahrens angeordnet worden, wogegen Heidy Widerspruch eingelegt hat.

Durch Manipulationen der Zeitabläufe und durch bloße Behauptungen soll in der schriftlichen Einstellungsbegründung der Eindruck entstehen, daß Heidy nur in ihrer Wohnung die Folterverletzungen bekommen haben kann; natürlich von ihrem deutschen Freund, mit dem sie sich gestritten hatte. Doch selbst die Bullen und der Hausmeister sagen aus, daß sie bis zum Abtransport unverletzt war. Gegenteilige Zeugenaussagen gibt es nicht.

Verbrennungen schwersten Grades müssen irgendwie mit chemisch ätzenden Mitteln und evtl. mit brennenden Zigaretten verursacht worden sein. So bemühte sich die Justiz immer krampfhaft darum, bei Verhören herauszubekommen, ob Heidy solche Mittel im Haushalt hatte. Der Einbruch in ihre Wohnung (ohne Durchsuchungsbefehl und ohne daß das Verfahren damals eröffnet worden war) fiel negativ aus. So muß als „Beweis" jetzt ein abgehörtes Telefonat herhalten, das sie anderthalb Jahre nach der Folterung mit einer Freundin führte. Es ging dabei um Heidys Arbeit in einer Druckerei. Die Freundin gab ihr den Rat, mit den chemischen Mitteln (Ätznatron) vorsichtig umzugehen. Daraus wird konstruiert, daß Heidy in ihrer Wohnung solche Mittel gehabt habe. Das wird dann „erhärtet" damit, daß man genau dieses Ätznatron für die Herstellung von Morphium braucht. Und Heidy sei nun mal der Droge verfallen gewesen, was mit ihrer Trunkenheit am 21.3.78 „bewiesen" wird.

Wenn auch die Einstellung des Verfahrens irgendwann zu erwarten war, so haben wir nicht erwartet, daß es mit solchen skandalösen Behauptungen passieren würde, die darin gipfeln, daß Heidy bewußt die Wahrheit verschweige und das Verfahren verzögert habe, so daß man weitere Informationen und damit die Wahrheit von ihr nicht mehr erfahren werde.

Doch die weiteren Informationen liegen in den Schubladen des Verfassungsschutzes (DST), im Innenministerium und in der „Raster"logik der Kommissare. (In jeder Pariser Revierwache hängen Plakate von den meistgesuchten westdeutschen „Terroristen". Es ist wahrscheinlich, daß Heidy für Brigitte Mohnhaupt gehalten wurde).

Die Verschleppung des Verfahrens wird von seiten der Justiz betrieben und nicht vom Opfer, das mit seiner Klage die Aufklärung fordert.

Heidy kann nur das sagen, woran sie sich erinnern kann. Daß sie ihr Gedächtnis wegen der Folterung verloren hat, wird überhaupt nicht berücksichtigt. Im Gegenteil: Es wird frech behauptet, daß es medizinisch nicht zu erklären sei!



Es ist noch interessant zu bemerken, daß die Einstellung des Verfahrens von einem Richter beantragt wird, der erst vor drei Monaten in sein neues Amt einberufen wurde und den alten Richter damit ersetzt: Ja, die Regierungen wechseln, die Richter wechseln, doch die Klassenjustiz bleibt!

Ehem. Heidy-Solidaritäts-Komitee Hamburg



Ein Chauvi und etwas Farbe

Düsseldorf. Ende März machten Frauen eine Aktion (Parolen sprühen, usw.) gegen mehrere Sex-Shops. Dazu veröffentlichten sie eine Erklärung, die auch in der linken Stadtzeitung „Sägespan" abgedruckt wurde. Ein linker Mann fühlte sich offenbar persönlich auf den Schwanz getreten. Er schrieb einen Leserbrief. Als er diesen im BiBaBuZe-Buchladen abgab, machten gerade einige Frauen Ladendienst, die auch im Häuserkampf aktiv sind. Die Frauen forderte er noch nachdrücklich auf, seinen Leserbrief zu lesen und zu diskutieren.

Als die Frauen den Leserbrief lasen, waren sie empört. Zwar erklärte dieser Mann, daß er es gut fände, wenn Frauen sich gegen ihre gesellschaftliche Unterdrückung zusammenschließen. Auch weist er in allgemeiner Form darauf hin, daß der Kapitalismus die Tendenz habe, alles zur Ware zu machen und zu vermarkten. Gerade dieser Hinweis brachte in den späteren Diskussionen viele Männer dazu, in erster Linie d i e s e n Aspekt als positiv anzusehen und hervorzuheben und den durchgängig frauenfeindlichen Charakter dieses Leserbriefes zu übersehen.

So vergleicht der Leserbriefschrei-

vorzuheben und den durchgängig frauenfeindlichen Charakter dieses Leserbriefes zu übersehen.

So vergleicht der Leserbriefschrei-ber die Aktion der Frauen mit der *„eines hysterischen religiösen Moralvereins"*; sorgt sich um die *„sexuell überforderten Männer"*, *„mein Sex-Heft"* und die Arbeitsplätze von *„all den Frauen im Sex-Geschäft, angefangen von der Ladeninhaberin, über Kassiererin, Angestellten, Callgirls bis hin zur selbständigen Dirne"*, und dergleichen noch viel mehr.

Außerdem holt der Leserbriefschreiber noch zu einem Rundumschlag gegen ihm unliebsame linke politische Positionen aus, indem er die Erklärung der Frauen mit *„Aufrufe(n) negativer Art von seiten der vielgeschmähten K-Gruppen"* und der *„Fäkal-Sprache der eingebunkerten RAF-Leute"* gleichsetzt.

Die Frauen, die Ladendienst gemacht haben, nahmen diesen Brief zunächst einmal an sich, um mit weiteren Frauen darüber zu diskutieren.

Am 8.8. fand in den neuen Räumen des Autonomen Stadtteilzentrums Neußer Straße ein Eröffnungsfest statt, nachdem im Juni das bisherige ASZ Vollmerswertherstraße von der Bullizei geräumt worden war.

Eine Theatergruppe las während ihres Auftrittes diesen Leserbrief vor, um zu zeigen, was linke Männer so an Frauenfeindlichkeit draufhaben. Zufällig erschien der Leserbriefschreiber später auch auf dem Fest. Was dann geschah, die folgenden Reaktionen und Diskussionen, wird sehr gut in einem Leserinnenbrief dargestellt, der im „Sägespan" Nr. 14 abgedruckt ist:

„Als wir dann im Café Zoff am Tanzen war'n, tauchte auf einmal dieser Typ, der Verfasser des Briefes, auf. Wir Frauen taten uns kurz zusammen und uns war sofort klar, – wir haben keine Lust, diesen Typen hier friedlich unter uns tanzen zu lassen –. Farbe ist in 'nem besetzten Haus schnell gefunden (leider kein Lila), ein Pott war auch gleich zur Hand, wir stellten die Musik aus, sagten durchs Mikro kurz was über den Typen, gossen ihm die Farbe über den Kopf und sangen danach ein Frauenlied. Na, und dann ging's natürlich los: Einige unserer wackeren Genossen griffen zum Mikro und denunzierten unsere Aktion als faschistisch, man oder frau dürfe doch niemanden bloßstellen, usw.; Frauen sagten nochmals, warum sie die Aktion gemacht hatten oder sie gut fanden; Gebrülle, Unverständnis, Diskussionen und Auseinandersetzungen in allen Ecken.

Es gab viel Kritik, auch von Frauen, und Kritik find ich auch richtig (sag ich gleich noch was zu) – aber wie's da abgelaufen ist, nämlich ein Sich-Solidarisieren mit diesem Typen, ein Denunzieren unserer Aktion – das kann ich nur als ein In-den-Rücken-fallen begreifen.

Meine Kritik an der Aktion ist, daß es besser gewesen wäre, den Typen möglichst unsanft rauszuschmeißen (denn er war ja immer noch da), und er ist mit Sicherheit nicht der einzige Typ in der Scene, der ein frauenfeindliches, sexistisches Verhalten drauf hat, und wir müßten viel mehr Typen rausschmeißen oder uns sonstwie gegen sie wehren – tagtäglich.

Am nächsten Tag war Autonomenplenum, und nachdem wir Frauen durchgesetzt hatten, daß der Typ, der mit Begleitschutz (zwei weitere Männer – Anm. des Verf.) *wiedergekommen war, endgültig rausgeflogen ist, haben wir den Brief vorgelesen und dann diskutiert – natürlich nicht den Brief, der ist's wirklich nicht wert – sondern über die Aktion, warum wir das gemacht haben, warum wir Frauen uns mit solchen Typen nicht mehr auseinandersetzen, wie sich einzelne Frauen und Männer in der Situation gefühlt haben, und auch allgemein über Frauenunterdrückung, über Anmache und wie das unter uns in der Bewegung abläuft."*

Die männliche Argumentation, diese Farbaktion sei faschistisch, ist übrigens, massiv vorgetragen, sehr eindringlich. An sich fand ich die Aktion der Frauen ok. Als in den folgenden Diskussionen von der Mehrzahl der Männer aber immer wieder kam, das erinnere sie an die Hexenverfolgung im Mittelalter und das öffentliche Anprangern von Juden und anderen „Volksschädlingen" im Dritten Reich, wurde ich sehr verunsichert. So, daß ich mich eine ganze Weile fragte, ob sie nicht doch recht hätten, und ich, aber in noch viel stärkerem Maße die Frauen, die die Aktion gemacht haben, nicht doch spinnen. Erst allmählich und über Gespräche mit Frauen wurde ich mir wieder sicher, daß eine Kritik an der Aktion allenfalls in die im Leserinnenbrief dargestellte Richtung gehen kann. Und daß der Faschismus-Vorwurf, der von seiten der linken Männer durchaus üblich ist, wenn Frauen sich offensiv gegen Chauvis, Vergewaltiger und andere Frauenfeinde zur Wehr setzen, ein Instrument der Frauenunterdrückung ist.

Auch in der „Sägespan"-Redak-

setzen, ein Instrument der Frauenunterdrückung ist.

Auch in der „Sägespan"-Redak-tion löste die Frauenaktion eine Diskussion aus. Einige vertraten die Auffassung, daß Artikel- und Leserbriefschreiber/innen von derartigen (Re-) Aktionen von seiten der Linken zu schützen seien; andere meinten, daß diejenigen auch für ihre Auffassungen „geradezustehen" haben. Im „Sägespan" Nr. 14 hat die Redaktion den „konkret"-Artikel „Die Frauen im SDS", von Ulrike Meinhof 1968 geschrieben, „Männer gegen Sexismus" von Ed Mead, inhaftiertes Mitglied der „Georg Jackson Brigade" (USA), den Beitrag eines Mannes, der sich kritisch mit dem Leserbrief auseinandersetzt, und den Leserinnenbrief, aus dem oben ausführlich zitiert wurde, abgedruckt. Dort werden weitere Beispiele von Frauenfeindlichkeit in der Häuserkampfbewegung genannt: *„Kein Typ fängt an zu reden, zu diskutieren, sich Gedanken zu machen,*

- *wenn 'ner Frau, die Thekendienst* (im Café Zoff – Anm. d. Verf.) *macht, ein Typ die Hose aufmacht;*
- *wenn nachts in 'nem besetzten Haus ein nackter Typ sich vor 'ne Frau stellt und sagt: 'Ich will mit dir pennen';*
- *wenn in den besetzten Häusern 'verschleierte' Vergewaltigungen ablaufen;*
- *wenn auf den Plenen und in den Gruppen nur Typen reden;*
- *wenn wir auf der Straße und überall angemacht werden;*
- *wenn in den besetzten Häusern hauptsächlich Frauen die Hausarbeit machen, wenn, wenn, wenn... Diese Liste hat kein Ende, das alles ist n o r m a l !"*

Weiter schreibt die Leserbriefschreiberin, daß sich die Frauen nicht vorschreiben lassen, wie sie den Kampf gegen die Frauenunterdrückung – auch in den eigenen Reihen – führen. Und an die Adresse der linken Männer: *„Es ist Eure Sache, auf welche Seite der Barrikade Ihr Euch stellt!"*

Detlef/Düsseldorf



aus Reiser, Vive les femmes

Mit faulen Eiern:

15 Frauen jagten Burkhard Driest

„Bild", 7.11.81

Von JÖRG LANDRÉ

Letzte Meldung: Der Club Voltaire Tübingen sagte die für den 19.11. geplante Autorenlesung mit Burghard Driest ab, weil er sich nicht in der Lage sah, *„die Sicherheit der Veranstaltung zu gewährleisten"*.

„Mann ohne Schatten" – aber ...

Zum ersten Mal in seinem Leben vor Frauen davongerannt ...

Diese Tournee wird er nicht so schnell vergessen, der „sozialkritische" Schauspieler mit dem männlich-brutalen Image. Burkhard Driest liest in diversen Städten aus seinem Roman „Der Mann ohne Schatten", in dem er die Wandlung eines Rohlings zum Intellektuellen schildert. (Er meint sich selbst.)

Vielen Frauen fällt bei seinem Namen allerdings als erstes ein, daß er im Juli 79 seine Kollegin Monika Lundi nachts an den Haaren aus dem Nebenzimmer ins Bett schleifte, ihr die Sachen vom Leib riß, sie vergewaltigte. Mit dem Spruch: „Das gabs noch nie, daß eine nicht mit mir wollte!" Mit einem schweren Schock, größeren Kahlstellen am Kopf, mit Prellungen und Schnittwunden erschien Monika beim Arzt. Das ganze passierte in den USA. Die Rechtsprechung ist dort auch nicht frauenfreundlicher als bei uns – Burkhard Dries: wurde von der Vergewaltigungsanklage freigesprochen. Monika Lundi zog sich die geballte Infamie der bürgerlichen/männlichen Presse zu (sie wolle ja nur in die Schlagzeilen kommen, sie als alternde Frau usw.). Der Stern behauptete gar, sie habe für Tausende von DM ihre Story exklusiv verkauft – Monika hatte jegliche Interviews gegenüber der Presse abgelehnt (außer später mit der „Emma"). „Selbstverständlich" hat diese Geschichte ihrer Schauspielerkarriere schwer geschadet.

Mann mit Schatten ...

Mann mit Schatten ...

Auf dieser Tournee nun wurde Burkhard Driest von den Schatten seiner Vergangenheit eingeholt.

Berlin 30.10.

Diese erste Station war noch relativ „harmlos". Etwa 25 Frauen, mobilisiert durchs Frauenhaus, verteilten unter den Zuhörern Aufklärungsflugblätter. Deren Diskussionsbereitschaft war jedoch sehr gering, höchstens „hinterher...". Man wollte den Sozialkritiker Driest, nicht den Vergewaltiger Driest. Hä misch triumphierend wurden die Frauen wieder verabschiedet.

Lübeck 4.11.

Hier wurde es schon etwas brenzliger. Mehrere Frauen hatten sich unter das Publikum gemischt. Eine Frau stand auf, begrüßte die Anwesenden und sprach einige „einleitende Worte". Es entstand eine, allerdings ziemlich ätzende, Diskussion. Recht cool stellte Driest fest, daß das Gericht ihn freigesprochen habe und schließlich ja niemand dabei gewesen sei. Man/frau könne ja nicht aufgrund e i n e r Aussage jemanden verurteilen! Und dann noch gar am Richterspruch vorbei. Für die meisten der anwesenden linksliberalen Scheißer war damit die Sache klar. Nein, das wäre ja geradezu faschistisch – und das will ja keiner, oder? Nach einer 3/4 Stunde verließen die Frauen genervt den Raum.

Hamburg 5.11.

Nach einer Lesung nachmittags im Knast Santa Fu wollte Driest abends in der „Galerie" lesen, einem Kulturzentrum mit leicht fortschrittlichem Anspruch. Unter einigen Frauen war vorher beschlossen worden: Ein Vergewaltiger liest hier nicht!

Punkt 20 Uhr sprang Driest aus der Taxe – und stand unverhofft ca. 50 Frauen gegenüber. Mehrere Sekunden spannungsvolle Stille, dann zerbrach das erste Ei auf seinem Kopf. „Vergewaltiger raus" wurde gerufen, noch mehr Eier und Apfelsinen flogen (Driest hatte Monika Lundi in einem Telefongespräch eine Apfelsine angeboten, damit dann alles wieder in Ordnung sei), auch etwas Buttersäure fand ihren Weg auf die fesche Lederjacke. Schließlich hatte er genug, verließ erst noch mühsam würdevoll, dann nur noch panisch rennend das Gebäude und verschwand. „Sie hätten mich womöglich verstümmelt", erzählte er später „schaudernd" der BILD-Zeitung.

Es gibt sicher kaum eine Frau, die nicht schon mal voller Panik vor Männern davongerannt ist oder es

Es gibt sicher kaum eine Frau, die nicht schon mal voller Panik vor Männern davongerannt ist oder es doch am liebsten getan hätte. Vielleicht nutzt der ach so sensible und änderungsfähige Macker Driest dies Erlebnis als wertvolle Erfahrung. Sein geplanter Auftritt im „Linken Buchladen" (LB) Hannover wurde vom Kollektiv inzwischen abgesagt.

Selbstverständlich melden sich im Zuge dieser Aktionen auch „Nachdenkliche" zu Wort, so ein Mitglied des LB-Kollektivs, Erwin Jurtschitsch, in der „TAZ" (17.11.): *„Aber warum glaubt die Frauenbewegung eigentlich einer Monika Lundi? ... Keine Schwierigkeiten mit den Angepaßten, den Karrieristinnen? Nicht mit denen, die so oft die Geschäfte der Gegenseite betreiben?"* Und natürlich: *„Mal angenommen, euer Freund würde beschuldigt ..."* Oh verdammt nochmal! Alle 5 Minuten (guckt mal auf die Uhr, wie schnell die vergehen!) wird eine Frau vergewaltigt, gedemütigt, geschlagen, geschädigt – lebenslänglich. Und kaum eine Frau traut sich heraus damit. Und kaum ein Täter wird dafür gerichtlich bestraft (1% !!!).

In der „Emma", Sept. 81, hat Monika dargestellt, was damals in den USA passiert ist, welche Folgen das für sie hatte. Möglicherweise hast du, Erwin Jurtschitsch, soviel perverse und kriminelle Phantasie, um dir eine Vergewaltigung in allen Einzelheiten, einschließlich der psychischen und körperlichen Folgeschäden, auszudenken. Und dies dann auch in 1000 Verhören – demütigende, widerliche Verhöre – und im Prozeß durchzuhalten, obwohl dich die gesamte Presse fertigmacht. Und abzusehen ist, daß kaum noch ein Produzent so eine „Skandalnudel" als Schauspielerin haben will.

Und w a r u m sollte sich Monika Lundi das alles ausgedacht haben? Wofür??

Ich möchte all den ratlosen „Nachdenklichen" den Tip geben, nur ein einziges Mal einen Vergewaltigungsprozeß im Gerichtssaal mitzuverfolgen. Dann weiß mensch nämlich, warum k a u m e i n e F r a u vor Gericht geht – und nicht etwa zu viele Frauen!

Ich finde es ausgesprochen anstrebenswert, wenn Vergewaltiger auch mal Angst vor Frauen haben – und nicht immer nur umgekehrt!

Deshalb: Frauen – brecht das Schweigen! Entwaffnet Vergewaltiger!

H., Frauen-Antifa-Kommission



[redacted]

[redacted]

Demo gegen BGH-Urteil

Am 14.11. 81 demonstrierten ca. 3000 Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet in Karlsruhe gegen das reaktionäre Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das besagt, daß keine Gewaltanwendung vorliege, wenn ein Mann eine Frau in einem Raum einschließt oder in den Wald verschleppt, und vor allem, wenn eine Frau „lediglich mit Worten ... widerspricht, sich aber nicht ... körperlich wehrt" gegen ihren Vergewaltiger. Dies alles erfüllt nicht den Tatbestand der Vergewaltigung, sondern lediglich den Straftatbestand des sexuellen Mißbrauchs. Auf dem bundesweiten Notrufgruppen-Treffen im Herbst dieses Jahres war beschlossen worden, eine zentrale Demonstration gegen das Urteil durchzuführen. Trotz der parallel stattfindenden Großdemonstration gegen die Startbahn-West kamen 3000 Frauen nach Karlsruhe.

Die Demo führte durch die Karlsruher Innenstadt, mit Parolen wie: „Nieder mit den Männerrechten – wir lassen uns nicht länger knechten" oder „Wir sind sauer, Frauenpower – wir brauchen keine Fleischbeschauer"; Flugblätter und Lautsprecheransagen informierten über das Anliegen der Demonstrantinnen.

Auseinandersetzungen gab es um ein paar Männer, die den Zug unbedingt begleiten wollten; wie immer bei Frauendemos gab es auch wieder Provokateure, die mit Pfiffen und Knallfröschen bedacht wurden.

Auf der Abschlußkundgebung wurde eine Solidaritätsadresse an die „Frauen und Männer" der Startbahn-West-Demonstration verlesen; das BGH-Urteil wurde als frauenverachtend analysiert; und insbesondere die Westberlinerinnen kritisierten die Einstellung in der Linken (z.B. der „taz"), die das BGH-Urteil als zweitrangiges Problem abgewertet bzw. die Frauendemo als Konkurrenz zur Demonstration gegen die Startbahn gesehen haben.

Notwendig wäre dagegen eine Diskussion über eine weiterreichende Perspektive des Widerstands gegen die Gewalt an Frauen und die frauenverachtende Rechtsprechung. In diesem Sinn war die Demonstration in Karlsruhe ein – wenn auch kleiner und später – Schritt, dieses Thema wieder in die Öffentlichkeit zu bringen.

Massenmobilisierung oder »Sozialer Konsens«?

Schwere Krise der Gewerkschaftspolitik



Stuttgarter Massendemonstration

70.000 Gewerkschafter haben am 7. November in Stuttgart demonstriert. Sie folgten einem Aufruf der IG Metall und des DGB. Der Demonstration vorausgegangen waren eine Reihe verbalradikaler Erklärungen verschiedener DGB-Führer, die angesichts drohenden Lohnstops und weiteren drohenden Lohnabbaus sogar mit Massenstreiks drohten. Im IGM-Aufruf zur Stuttgarter Demonstration wurde der Bundesregierung wenig Schmeichelhaftes um die Ohren gehauen: Sie sei „schlicht unsozial", werde am Ende „zum betrogenen Betrüger" und benehme sich „unglaublich und schlicht arbeitnehmerfeindlich". „Unter dem Vorwand, Mißbräuche zu beseitigen und sparen zu wollen, fährt die Bundesregierung mit einem Mähdrescher über die sozialen Leistungen hinweg". Dagegen stellten die Aufrufer das Motto: „Widerstand". Das Echo auf diese erste regionale Massenmobilisierung der Gewerkschaften war überwältigend. Statt der erwarteten 20 - 30.000 kamen 70.000. Die Stimmung war radikal.

300.000 in Bonn bei der Friedensdemonstration, 150.000 gegen die Startbahn West und jetzt noch 70.000 Gewerkschafter gegen Sozial- und Lohnabbau – spätestens jetzt schrillten die Alarmglocken in den DGB-Vorstandsetagen. Läuft die Basis aus dem Ruder? Werden hier nicht Geister gerufen, die man mangels Alternative nicht wieder los wird? Stuttgart offenbarte den Zwang zum gewerkschaftlichen Handeln, sollte nicht das „Gesetz der Straße" obsiegen. Die „Vernunft" hielt Einzug in die DGB-Etagen, der Stuttgarter Warnschuß schien vor allem in die DGB-Häuser eingeschlagen zu haben. *„Wir wollen keine andere Regierung, aber wir wollen eine andere Regierungspolitik"*, diese Formel des IGM-Vorsitzenden Loderer – des gleichen Loderer, der noch kurz vorher drohte, daß *„in dieser Republik was los ist"*, wenn Arbeitslosengeld und Lohnfortzahlung gekürzt würden – wurde handlungsbeherrschend. Sie hatte bereits im Stuttgarter Aufruf gestanden (*„für uns ist eine CDU/CSU-Regierung keine Alternative. Aber wir müssen die Sozialdemokraten in der Regierung an ihre gemeinsamen Wurzeln mit der Arbeitnehmerschaft erinnern"*), drohte aber in der Aktion zum außerparlamentarischen Kampf auszuarten. Eugen Loderer warnte am 16.11. die Vertrauensleutekonferenz der IGM vor Vergleichen mit Weimar. Die seien dann gegeben, wenn auch Gewerkschafter zu Aktionen übergingen, wie sie jüngst bei der Startbahn-West gelaufen seien. Mit Nachdruck erinnerte auch die „FAZ" die Gewerkschaftsführer an ihre Pflichten und warnt bei weiterer Radikalisierung vor *„dem Gewerkschaftsstaat"* (FAZ, 9.11.) und davor, daß Gewerkschaftspolitik nach dem Stuttgarter Vorbild *„ein Instrument der Zerstörung der Demokratie"* sei mit der Folge: *„Die Gewerkschaftsdiktatur steht ins Haus"* (FAZ, 11. 11.81).

Hektische diplomatische Aktivitäten bestimmten das Bild gewerkschaftlichen Handelns nach Stuttgart: am 11. November fanden sich die DGB-Führer zu einer verkappten „Konzertierten Aktion" zusammen mit Vertretern des Kapitals bei der Bundesregierung ein. Am 19. November besuchten die Führer fast aller Gewerkschaften Kanzler Schmidt. Am 26.11. folgt ein Besuch bei der FDP-Fraktion, am 2.12. bei der CDU, am 9.12. bei der SPD und noch in diesem Jahr bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Bundesbank.

Die Krise der Bonner Regierungskoalition hat sich mittlerweile zu einer tiefen Krise der Gewerkschaften ausgewachsen.



Während die Unternehmen nach immer mehr Geld für Investitionen schreien, wird immer mehr Geld für die Vernichtung der Arbeitsplätze (ansteigende Rationalisierungsinvestitionen), immer weniger für die Schaffung neuer ausgegeben.



Bereits 1981 ist die Kaufkraft der Löhne unter das Niveau von 1978 gesunken

DGB was nun?

Lange Jahre Bonner sozialliberaler Koalition wurden begleitet von treuer und scheinbar unverbrüchlicher Solidarität für diese Regierung durch die Gewerkschaften. Auch in der Krise erwiesen sich diese als einer der wichtigsten Stützpfeiler für die SPD an der Regierung. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der verganenen Jahre, die Energiepolitik (vor allem in der Frage der Kernenergie), die Außen- und Verteidigungspolitik fanden weitgehend die Zustimmung des DGB. Dabei ging der DGB, ähnlich wie die SPD, das Risiko von Brüchen mit wichtigen Zielgruppen ein. Dieser Bruch ist heute am offensichtlichsten in der Jugendarbeit. In Vorbereitung auf die gerade stattfindende DGB-Bundesjugendkonferenz wurde der Vertrauensverlust der Gewerkschaften in der Jugend beklagt. Für den DGB ist es erkannte Realität, daß die verschiedenen außerparlamentarischen Bewegungen der letzten Jahre an ihm verbeigerauscht sind: Die Anti-AKW-Bewegung im gewerkschaftlichen Bereich zu integrieren, war er wegen seines offenen Pro-AKW-Kurses nicht in der Lage. Die Hausbesetzerbewegung und der Protest gegen die Wohnungsnot kollidierte mit der in nichts von privaten Wohnungsunternehmen unterscheidbaren Praxis der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat" und deren bedingungsloser Unterstützung durch den DGB, die im Verhalten in Westberlin ihren Höhepunkt hatte. Die Friedensbewegung läuft ohne den DGB. Da wurden noch gemeinsame Erklärungen mit der Bundeswehr verfaßt, ehe – viel zu spät – der DGB-Friedensaufruf auf den Markt kam. Gedacht als großer Wurf, erweist er sich als großer Flop. Statt der angepeilten 2 Millionen sind bislang eine halbe Million Unterschriften zusammengekommen. Vetters peinliche Bemühungen, als Diplomat zwischen Reagan, Schmidt und Breshnew zu fungieren, hat nicht gerade das Vertrauen der Friedensbewegung, geschweige denn der anvisierten Gewerkschaftsjugend, erringen können. Die Unfähigkeit des DGB, in der Friedensfrage halbwegs glaubwürdig zu erscheinen, die offensichtliche Drecksarbeit für die Politik der Bundesregierung und die nicht mehr zu verschweigende Pleite des eigenen „großen Wurfs" haben den DGB schwer angeschlagen.

In dieser Situation trifft die unsoziale Sparpolitik den gewerkschaftlichen Lebensnerv. Hier geht es nicht nur um Glaubwürdigkeit, hier geht es, wie es in der Gewerkschaftssprache so schön heißt, „ans Eingemachte". Die Grenzen gewerkschaftlicher Tolerierung Bonner Regierungspolitik sind dort erreicht, wo diese materiell spürbar mit dem gewerkschaftlichen Auftrag der Existenz- und sozialen Absicherung kollidieren, wo wie geplant eine erhebliche Absenkung der Kaufkraft und verschärfte Einschnitte in gewohnte soziale Leistungen stattfinden, wo Arbeitslosigkeit zur Massenarbeitslosigkeit wird.

Es stellt sich die Frage: DGB was tun?

Leben mit nachhaltiger, langfristiger Umverteilung?

Das erste Sparprogramm der 1980 wiedergewählten sozialliberalen Koalition vom November 1980 gab zwar die Richtung der künftigen Wirtschafts- und Sozialpolitik an, es hinterließ allerdings noch nicht die heute spürbaren, tiefer gehenden Auswirkungen. Das zweite vom September dieses Jahres fiel bereits in eine veränderte Zeit und war kaum über die Bühne gebracht, da wurde im Oktober schon ein weiterer Sparnachtrag beschlossen. Die Auswirkungen sind gravierend: In der Lohnpolitik wird es in diesem Jahr einen Rückgang auf das Niveau von 1978 geben (das DGB-Institut WSI errechnete für 1980 z.B. einen durchschnittlichen Reallohnverlust von 0,7% bei den Arbeitern, im Bereich der Chemie, Eisen und Stahl- sowie Automobilindustrie sogar von 2,4 - 2,6%). In der Sozialpolitik sind es die Kindergeldkürzungen sowie die vor allem in den Kommunen spürbaren Folgewirkungen der Bonner Sparbeschlüsse (mit ihren Auswirkungen auf die Familien, die Kindererziehung u.a.), die zu greifen beginnen – und schließlich sind es sowohl die steigende Zahl der Arbeitslosen als auch die einschneidenden Einschränkungen, die hier vorgenommen werden, was den DGB zum Handeln zwingt.

War noch bis vor kurzem die Hoffnung beim DGB vorhanden, ein schneller Konjunkturaufschwung könne die Sparfolgen abmildern, verschärft sich dazu im Gegensatz die Wirtschaftskrise weiter, verdichten sich weitere einschneidende Sparpläne. Vor allem wird bewußter, daß der in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeleitete Umverteilungskurs zugunsten des Kapitals nachhaltig und langfristig angelegt ist und die Gewerkschaftspolitik und ihre Glaubwürdigkeit auf Jahre hinaus, und nicht nur für die Dauer einer Konjunkturkrise, belasten wird. Rechnungen der IG Metall haben ergeben, daß allein die Sparbeschlüsse die Lohnabhängigen 1982 mit 10,5 Milliarden belasten, während Unternehmen und Selbständige mit 0,7 Mrd. DM davonkommen. Bis 1985 hat die IGM Belastungen von 48,5 Mrd. DM errechnet, während im gleichen Zeitraum Unternehmen und Selbständige mit 2,9 Mrd. DM entlastet würden (Loderer in „Welt", 5.11.). Diese Zahlen sind auf die heutigen Sparbeschlüsse bezogen, nicht aber auf geplante Einschränkungen und lassen mögliche Reallohnabwärtsentwicklungen außer acht. Sie vermitteln dennoch ein recht anschauliches Bild der Umverteilungsdimension.

Daß düstere Wolken aufziehen, hat das am 19.11. vorgelegte „Sachverständigen-Gutachten" gezeigt: Es prophezeit eine erneut nach oben korrigierte durchschnittliche Arbeitslosigkeit für 1982 von 1,65 Millionen und erhöhte Preissteigerung von 5,5%. Es empfiehlt Lohnsteigerungen von 3,5% und Senkung der Unternehmenssteuern. Vor allem lehnt es strikt ein Beschäftigungsprogramm ab und fordert eine stärkere *„wachstumspolitische Orientierung der staatlichen Finanzpolitik. Vor allem für die zu gering bemessenen öffentlichen und privaten Investitionen müsse mehr Vorsorge im Etat geschaffen werden"* („FAZ", 20.11.). Mit anderen Worten: mehr Geld für das Kapital, noch mehr Aufwendungen für noch mehr Arbeitslose – das bedeutet zwangsläufig bei Beibehaltung des derzeitigen wirtschaftspolitischen Kurses: Kürzungen bei den Leistungen für Arbeitslose sowie weitere soziale Schnitte.

Die Alternativen des DGB

In der Lohnpolitik haben die DGB-Gewerkschaften den Korb erheblich niedriger gehängt. Selbst der „radikale" Lohnpolitiker Steinkühler von der IGM spricht nur noch davon, *„der Reallohnsicherung einigermaßen nahezukommen"* (18.11.). Im öffentlichen Dienst ist die Tarifrunde bereits jetzt mit einer einprozentigen Lohnsenkung für alle ab 1.1. oder 2.3.82 durch die Bundesregierung vorbelastet. In dieser Situation hat der DGB-Vorsitzende Vetter vor den Verhandlungen mit Regierung und Kapital Maßnahmen zugestimmt, *„die den Gewerkschaften wehtun"*, („FR", 3.11.) und er hat dabei ausdrücklich für die Senkung des Reallohns plädiert, wenn:

- die Bundesbank die Zinsen senkt,
- die Unternehmen verbindliche Preisdisziplin üben,
- die Bundesregierung keine weiteren Schnitte in das „soziale Netz" vornimmt und
- in einem Langzeitprogramm der Abbau von einer Million Arbeitsloser durch Beschäftigungsprogramm und eventuell Arbeitszeitverkürzung zugestimmt wird.

Vetters Offerte wurde vom Kapital kategorisch abgelehnt, wenngleich das Entgegenkommen in der Lohnfrage wohlwollend vermerkt wurde.

Sein Angebot war denn auch Gegenstand der Verhandlungen der letzten Tage. Faktisch herausgekommen ist dabei nichts. Betont wird allerdings der *„versöhnliche"* Charakter der Gespräche gegenüber den eher verhärteten Fronten aus der Zeit bis Stuttgart. Einig war man sich darin, daß *„der 'soziale Konsens' in der Bundesrepublik von so großer Bedeutung (sei), daß er nicht beeinträchtigt werden dürfe"* („FR", 13. 11.). Schmidt und Genscher hoben daher besonders hervor, daß die Gespräche der *„Vertrauensbildung"* und dem *„Willen zu gemeinsamen Handeln aus gemeinsamer Verantwortung"* gedient hätten („Hamburger Abendblatt", 12.11.). In der Sache hat man sich darauf geeinigt, zunächst einmal den Jahreswirtschaftsbericht des Wirtschaftsministers Ende Januar 1982 abzuwarten, bevor über Maßnahmen geredet wird. SPD-intern wird zwar in starkem Maße die Forderung nach einem beschäftigungspolitischen Programm unterstützt, allerdings hat man sich auch hier geeinigt, dies erst auf dem Münchener Parteitag im April 1982 zu behandeln.

Ein Rätsel bleibt allerdings, was bis dahin geschehen soll. Weder werden Lambsdorffs Zahlen im Jahreswirtschaftsbericht Neues, nicht Vorhersehbares bringen, noch wird der Parteitag der SPD das Dilemma sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik auflösen können: Nutzt die SPD ihre Mehrheit in der Regierung und löst sich damit vom kleineren Koalitionspartner, gefährdet sie gleichzeitig diese Regierung. Dieser Sprengsatz war bereits bei den Haushaltsberatungen im September sichtbar. Damals hatte die SPD mit Blick auf den DGB an die Koalitionsvereinbarungen mit der FDP eine – wie es heißt – „Protokollnotiz" hängen lassen. Danach will sie auf ihr beschäftigungspolitisches Anliegen dann zurückkommen, wenn die Arbeitsmarktsituation dies erfordere (was der Fall ist). Die FDP ihrerseits ließ für einen solchen Fall „in einer Protokollnotiz" vermerken, daß dann auch über neue Eingriffe in das „soziale Netz" verhandelt werden müsse.

Vor dem Hintergrund, daß die FDP und Kanzler Schmidt den wirtschaftspolitischen Kurs nicht ändern wollen, daß die SPD, selbst wenn sie wollte, dies nicht kann, ohne die Regierungsfähigkeit und den Kanzler zu verlieren, muß auch die Aussichtslosigkeit von Vetters Alternativvorschlägen gesehen werden. Am Ende würde vermutlich nur das Angebot der Reallohnsenkung stehenbleiben, was ja bereits vorprogrammiert ist. Die Vorschläge müssen deshalb ins Leere stoßen, weil sie nicht mit den wirtschaftspolitischen Realitäten konfrontiert werden und die sind:

- **Die Hochzinspolitik des teuren Geldes ist Bestandteil der Umverteilungsstrategie, ebenso wie die Begrenzung der Neuverschuldung auf 26,5 Mrd. DM und der Ausgabensteigerungen für den Haushalt auf weniger als 4% keine unumstößlichen Daten sind, sondern Daten einer vom Kapital noch in stärkerem Maße gewünschten und von der Bundesregierung befolgten Wirtschaftpolitik. Es sind politische Daten, nicht wirtschaftliche. So wie auch der Reallohn- und Sozialabbau als Teil dieser Umverteilung eingeplant und nicht versehentlich Folge dieser Politik ist.**

Die Politik also müßte verändert werden. Um dies zu erreichen, wäre allerdings mehr „Druck" von Nöten. Der Druck von Stuttgart war schon der richtige Weg, immerhin zeigte er schnell Wirkung, löste er doch nicht geringe Besorgnisse aus, daß mit dem gewerkschaftlich garantierten „sozialen Frieden" jetzt Schluß sei. Doch gerade diese Konsequenz, Veränderungen durch den „Druck von der Straße" zu erzwingen, scheut die DGB-Führung, muß sie doch befürchten, daß daraus eine politische Bewegung werden könnte, die nicht bereit

Fortsetzung nächste Seite

11. Vertrauensleute-Konferenz der IG Metall

Loderer pfiff die Funktionäre zurück

Nicht eben arm an Kontroversen war die dreitägige 11. Vertrauensleute-Konferenz der IG Metall, die vom 16. bis zum 19. November in Frankfurt tagte. Thematisch im Vordergrund standen dabei die Friedenspolitik, die Sparpolitik der Regierung sowie die für die kommende Tarifrunde in die Debatte gebrachte Tarifrente. Entgegen bisheriger Gewohnheit hielt der Vorsitzende Eugen Loderer sein Grundsatz-Referat bereits am ersten Tag, noch vor Beginn der allgemeinen Debatte. Unübersehbar war dabei sein Bemühen, den sich abzeichnenden Wellengang nicht zu hoch schlagen zu lassen.

Seine Rede entsprach über weiten Strecken nicht den Erwartungen der Delegierten, war sie doch unverhohlene Schürzenhilfe für die Bonner Regierung. Nachdem Loderer (und mit ihm andere Gewerkschaftsführer) vor einigen Wochen noch der Schmidt-Regierung ob ihrer Sparpolitik zu Lasten der Arbeiter und Angestellten in starken Worten den Kampf angesagt hatte, plädierte er nunmehr in einer von der Presse übereinstimmend als „moderat" bezeichneten Rede dafür, *„die Kirche im Dorf zu lassen"*. Seine Kernformel: *„Wir wollen keine andere Regierung, aber wir wollen eine andere Politik"*. Wenn er auch Kritik an verschiedenen Punkten des Sparprogramms übte und insbesondere gegen Karenztage im Krankheitsfall *„vollen Widerstand"* ankündigte, malte er doch ein dramatisches Gemälde für den Fall, daß die Schmidt-Regierung stürzen sollte: In diesem Winter stehe nicht nur das Vertrauen in die Regierung auf dem Spiel, sondern das gesellschaftspolitische Modell Bundesrepublik schlechthin, *„das nicht nur den sozialen Frieden gesichert, sondern auch das Fundament unseres Wohlstands gebildet hat"*. *„Wir dürfen unseren demokratischen Staat nicht um Kopf und Kragen reden"*. Und: *„Die politischen Alternativen in Bonn stehen keineswegs weiter links"*, alles andere sei *„Träumerei"* oder *„politische Falschmünzerei"*. Loderer gab auch an, wo genau er die Gefahren für die Regierung und *„den demokratischen Staat schlechthin"* sehe: etwa in solchen Ereignissen wie die Blockade des Frankfurter Flughafens; diese Demonstranten befänden sich *„in einem lebensgefährlichen Irrtum"*, wenn sie meinten, ihre Interessen mit Gewalt durchsetzen zu können.

Später an diesem Tage, nachdem die Delegierten fünf Stunden lang diskutiert hatten, wurde Eugen Loderer noch einmal deutlicher in seiner Apokalypse: *„Massendemonstrationen*
kutiert hätten, wurde Eugen Loderer noch einmal deutlicher in seiner Apokalypse: *„Massendemonstrationen*
des DGB bedeuten jetzt unweigerlich das Ende der Regierung". Und mit dieser Bekundung spätestens erhellte der IGM-Vorsitzende, was viele Delegierte zunächst in einiges Erstaunen versetzt hatte: daß ihr Vormann gerade eine Woche nach der Stuttgarter Demonstration gegen die Sparpolitik, zu der statt der erwarteten 20.000 Teilnehmer runde 70.000 erschienen waren, nicht in die so erfolgversprechende Richtung weitermobilisierte. Doch Eugen war inzwischen von der Angst vor der eigenen Courage gepackt worden und witterte just in derartigem Engagement das Ende der sozialliberalen Ära.

Antikommunistischer Ausbruch in der Friedensdiskussion

In der Zwischenzeit hatten die Delegierten in lebhaften Diskussionen dem Vorstand noch so manches ans Zeug geflickt. Inbesondere die Friedenspolitik stand dabei im Mittelpunkt des Interesses, ging es doch hier zunächst um Grundsatz-Fragen. Dem Vorstand und dem DGB wurde vorgeworfen, sie hätten gegen die Friedensbewegung mobilisiert. Scharf kritisiert wurde die Vorstandsrüge für Georg Benz, der trotz Verbot auf der Bonner Friedensdemonstration gesprochen hatte.

Direkt auf Loderer zielten hartnäckige Fragen nach seiner Rolle beim Zustandekommen des DGB-Vorstandsbeschlusses, mit dem der DGB-Jugend die Teilnahme an dieser Demo verboten worden war. Die Politik des Vorstands werde an der Basis nicht mehr verstanden, zumal die Beschlußlage der IG Metall ein viel aktiveres Vorgehen abdecken würde.

Diese Kritik – obschon sicherlich erwartet – brachte den IGM-Vorsitzenden sichtlich in Rage. Als er am Ende dieses langen ersten Tages noch einmal das Mikrofon nahm, ging er in die Vollen. Ausführlichst verlas er lange Listen von Organisationen, die die Bonner Friedensdemo unterstützt hatten und die seiner Meinung nach alle als kommunistisch einzustufen wären. Er zitierte, um präzise Roß und Reiter zu nennen, ausgiebig aus der DKP-Zeitung „UZ", aber auch aus DDR-Broschüren, in denen Loblieder auf preußisch-strammen Militärgeist gesungen werden. Zwar hatte keiner der Delegierten die sowjetischen Atomraketen als Friedenswerkzeug bezeichnet. Doch kam nicht etwa Widerspruch auf, vielmehr waren die meisten Delegierten wie geschockt angesichts dieser Rede, in der ihr Vorsitzender wie kaum je zuvor die Motivationen für sein politisches Handeln offenlegte. Für diese Offenheit in der Not nannte Loderer selbst einen weiteren Grund. Ein wichtiges politisches Manöver gegenüber der ungeliebten Friedensbewegung ist schmählich gescheitert: Die DGB-Unterschriften-Aktion hat bei knapp
acht Millionen Gewerkschaftsmitglie- schmählich gescheitert: Die DGB-Unterschriften-Aktion hat bei knapp
acht Millionen Gewerkschaftsmitgliedern bislang ganze 470.000 Unterschriften gebracht. Voll Verbitterung klagte Loderer, er verstehe nicht, daß alle der Bonner Friedensdemo zustimmten, nur beim DGB sei nichts vom Fleck zu bewegen.

Dieses Unverständnis für einfache Dinge der aktuellen Politik ist allerdings nicht etwa mangelnder Geisteskraft geschuldet, sondern dem Grundsatz, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Die Friedensbewegung nämlich hat sich bislang nicht unters Kommando des DGB begeben, dessen Friedensaufruf als gescheitert angesehen werden kann.

Loderer über die SPD: *„Diese Partei ist mir zu wertvoll, als daß sie kaputtgeht"*. So klar diese Konstante in Loderers Politik auch bisher schon war, so mag es doch von Nutzen sein, es aus seinem eigenen Munde so deutlich zu erfahren.

Neue Freunde in Sicht?

Daß Loderer allen gewerkschaftlichen Großaktionen eine Absage erteilt, bringt ihm Beifall von einem Kommentator, der sonst keine Gelegenheit ausläßt, gegen die Gewerkschaften und ihre „Maßlosigkeit" zu agitieren und der einer der Aktivsten in der Kampagne gegen die vermeintliche „kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaften" ist. Ernst Günter Vetter, Anti-Gewerkschafts-Experte der „Frankfurter Allgemeinen", hat, so scheint es, eine späte Zuneigung zu dem von ihm so oft geschmähten Metaller-Boß gefaßt. Einige Auszüge aus seinem bemerkenswerten Kommentar in der „FAZ" vom 19.11.: *„Diese Rede, die eine Diskussion abschließen sollte, war eine politische Eruption. Vieles hat sich in diesem Mann aufgestaut, nicht zuletzt Erbitterung gegenüber eigenen Kollegen. Zu oft hat er vielleicht versucht, diese riesige Organisation mit radikalen Formeln im Griff zu behalten. Das ist gefährliches Spiel; es hat oft verdeckt, daß dieser Mann die Demokratie mit Klauen und Zähnen verteidigen wird. (...) Loderer ist nicht Radikaler aus Veranlagung. Wenn er Gegenspieler im wirtschaftlichen oder sozialen Umfeld hart attackiert, handelt er oft als Gefangener einer riesigen Organisation. Manches ist für den Außenstehenden dann nur noch schwer verständlich. Jetzt hat er in Frankfurt gezeigt, daß er führen kann und führen will, und zwar nicht in Gefilde, in denen Radikale im undurchsichtigen Unterholz die Macht übernehmen können. Als er vor mehr als zehn Jahren unter Otto Brenner zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden war, hat er in Saarbrücken einer aufmüpfigen, aus dem Ruder laufenden Jugendkonferenz höchst eindrucksvoll die Leviten gelesen.*
einer aufmüpfigen, aus dem Ruder laufenden Jugendkonferenz höchst eindrucksvoll die Leviten gelesen.
Das war ein Stück politischer Leidenschaft im Dienst der Demokratie. Die Konferenz in Frankfurt hat gezeigt: Eugen Loderer ist sich treu geblieben." Dem ist nichts hinzuzusetzen.

Tarifrente vom Tisch?

Ein weiterer Konfliktpunkt, die Tarifrente, wurde im wesentlichen zwischen dem für Tarifpolitik zuständigen Vorstandsmitglied Hans Janßen und dem Bezirk Stuttgart bzw. dem dortigen Bezirksleiter Franz Steinkühler ausgetragen. Für Janßen bedeutet der Verzicht auf die Tarifrente in der diesjährigen Tarifrunde eine Beschränkung lediglich auf *„Qantität"* unter Preisgabe von *„Qualität"*; arbeitsplatzsichernde Tarifpolitik sei damit abgeschrieben. Janßen wandte sich auch gegen das in den vergangenen Wochen vorgetragene Argument, durch die Forderung nach einer Tarifrente werde die Ende 1983 zu verhandelnde 35-Stunden-Woche unterlaufen. Für ihn seien dies keine anrechenbaren Alternativen.

Auch Steinkühler sprach sich grundsätzlich für die Tarifrente aus, wollte sie aber von den anstehenden Lohnverhandlungen abgekoppelt sehen. Seiner Meinung nach kann so etwas gegenwärtig *„nicht im Vorbeigehen miterledigt"* werden. Es werde schon schwierig genug sein, der *„Reallohnsicherung einigermaßen nahezukommen"*. Schon um die Tarifrunde nicht wieder über etliche Monate hinzuziehen, sollten zunächst Löhne und Gehälter abgeschlossen werden. Für die Tarifrente seien die Mitglieder auch unabhängig vom Lohn mobilisierbar.

Da auch in anderen Bezirken, so etwa in Nordrhein-Westfalen, zunehmend Distanz zur Rentenforderung erkennbar geworden ist, kann damit gerechnet werden, daß diese Forderung fürs erste fallengelassen wird. Der Vorstand wird seine Empfehlung an die Bezirke auf einer Sondersitzung am 30. November formulieren.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Forts. v. voriger Seite

ist, Versprechen nach mehr Arbeitsplätzen mit Lohnsenkungen zu entgelten und ansonsten alles beim Alten zu belassen. Würde der Stuttgarter Ausrutscher zur Regel, dann könnte man mit Eugen Loderer sagen, wäre aber einiges los in dieser Republik.

Vorbereitung auf eine große Koalition?

Die Grenzen gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit im selbstgesteckten Rahmen der Verteidigung der „freien und sozialen Marktwirtschaft" sind deutlich geworden. Allerdings sollte man nicht ausschließen, daß die verantwortlichen Füchsen in Regierung und DGB nicht doch noch ein Weg finden, per begrenzter Zugeständnisse und Kosmetik sowie Andersverteilung der Lasten (die verschärfte Konkurrenz und Entsolidarisierung nach sich ziehen können, siehe auch die Versuche, Beamte und den öffentlichen Dienst gegenüber der übrigen Wirtschaft auszuspielen) die Unruhe zu dämpfen. Im DGB-Führungskreis scheint zumindest Konsens, daß mit der Massenmobilisierung Schluß gemacht wird bzw. diese begrenzt wird. Stattdessen beteiligt man sich eifrig an der Wiederherstellung der Regierungsfähigkeit der SPD und des Arrangements mit der CDU. Während allerorten die Gerüchte um neue Koalitionen (CDU/FDP oder Große Koalition) nicht verstummen, Meldungen über Geheimtreffen sich ablösen (Schmidt bei Strauß, Lambsdorff bei Stoltenberg, Genscher bei Kohl, Kohl bei Schmidt usw.), haben führende DGB-Führer als letzten Versuch noch einmal ihre ausdrückliche Treue zur SPD erklärt (Loderer, Vetter). Gleichzeitig aber werden Fühler zur CDU ausgestreckt (die „Welt" behauptet, daß es eine relevante Fraktion im DGB gäbe, die eine Große Koalition befürworte, 11.11.) bzw. umwerben vor allem CDU/CSU propagandistisch den DGB: Ob CSU-Stoiber feststellt, DGB und CSU seien „in vielem einig" („FAZ", 20.10. – die CSU hat sogar eine Dokumentation gemacht, die diese Übereinstimmung beweisen soll) oder „eine tiefe Kluft" zwischen SPD und DGB registriert („FR",12. 11.) ob Leisler-Kiep Vetters Vorschläge „erstaunlich und wichtig" nennt („FR", 11.11.) oder Dregger feststellt, die „Gewerkschaften seien zu Recht verbittert" („FAZ", 16. 11.), all dies sind Signale, einen bevorstehenden Regierungswechsel unter Einbeziehung und Tolerierung der Gewerkschaften einzuleiten, damit es mit diesen eine *„vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit"* gebe (Geißler, „FR", 16.11.).

Von der DGB-Führung ist daher zu erwarten, daß sie eher einen Regierungswechsel zur CDU unterstützt als Wege echter Verbesserung der materiellen und sozialen Lage der Werktätigen zu gehen. Es bleibt aber ein ungelöstes Rätsel der DGB-Politik der Zukunft, wie dabei die aufgetretenen Bruchlinien zu erheblichen Teilen der Basis gekittet werden sollen.

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

DGB-Aktion läuft gut!

Wachsende Zustimmung

DGB-Friedensappell auch von vielen Prominenten unterschrieben

Zweckoptimistische Meldung der IG Bergbau selbst noch zu einem Zeitpunkt, als die Pleite absehbar war.

DGB-Friedensaufruf: Die Pleite ist amtlich

„Wachsende Zustimmung" zum DGB-Friedensaufruf vermeldet die „einheit" (Zeitung der IG Bergbau) am 15.11.: *„Insgesamt 130 Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion"*, der CDA-Vorsitzende Blüm, der Vorsitzende der rheinländischen CDU, Worms hätten ihn unterzeichnet. *„Zur Zeit noch nicht abgeschlossen sind die Unterschriftenaktionen in den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP"*. Dafür haben aber *„sämtliche Kabinettsmitglieder der nordrhein-westfälischen Landesregierung ... Ausnahmslos ... die Mitglieder der SPD- und FDP-Fraktion im bayerischen Landtag"* und last not least *„der hessische Ministerpräsident Holger Börner"* unterzeichnet. Imponierend diese breite Basis! Liest man dann noch, daß der Aufruf *„bereits europaweite Anerkennung gefunden"* hat (Vetter in einem Rundschreiben an DGB-Kreise am 23.9.), dann könnte der DGB rundum zufrieden sein.

Doch gefehlt. Die „einheit" macht – wie übrigens die gesamte Gewerkschaftspresse – keine Aussagen, wie denn die Unterstützung des Aufrufs bei den Mitgliedern aussieht. Ende September sickerte durch, daß es erst 170.000 Unterschriften sind. Mitte Oktober wurden auf einer DGB-Vorstandssitzung 250.000 genannt und mittlerweile haben Vetter vor den DGB-Jugendfunktionären und Loderer vor den IGM-Vertrauensleuten gestanden: Es sind zur Zeit nicht mehr als 470.000. Das Ziel, bis Ende November 2 Millionen Unterschriften zu sammeln, die verbunden mit einer Kundgebung der Bundesregierung überreicht werden sollten, ist weit verfehlt worden. Über diese Ende November/Anfang Dezember geplante Kundgebung redet beim DGB niemand mehr.

Vetter, Loderer, Kluncker & Co., die sich vor allem für diese DGB-Initiative stark gemacht hatten, dürften nach diesem Mißerfolg nicht gerade hoffnungsfroher in die Zukunft schauen. Gegenüber 2 Millionen Unterschriften unter den „Krefelder Appell" nimmt sich das Ergebnis mehr als dürftig aus. Da werden auch Publikumsbeschimpfungen auf innergewerkschaftlichen Konferenzen nichts mehr dran ändern. Gestärkt dürfte aus der DGB-internen Auseinandersetzung der rechte Flügel im DGB-Bundesvorstand hervorgegangen sein. Er hatte über die Vertreter der IG Chemie, der IG Bergbau, der IG Bau sowie dem Jugend-Opa Karl Schwab dafür plädiert, sich an der Bonner Demonstration am 10.10. zu beteiligen, da er davon ausging, daß nicht eine eigene Initiative, sondern *„die Teilnahme am 10.10. die einzige Chance war, auf den bereits abgefahrenen Friedensbewegungszug noch aufzuspringen"* (so kommentiert der Bundesjugendsekretär der IG Druck, Ingo Lehmann, wohlwollend ihre

Fortsetzung nächste Seite

DGB: Wir

DGB: Wir tun was für den Frieden!

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter sprach am

5. Oktober 1981	mit dem Staatspräsidenten Frankreichs – Mitterrand – in Paris
12. Oktober 1981	mit dem Generalsekretär des ZK und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR – Breschnew – in Moskau
im November 1981	ist ein Gespräch mit dem Präsidenten der USA – Reagan – in Washington vorgesehen

Wir sprechen über den Rüstungsstopp in Ost und West mit denen, auf die es ankommt.

Wir fordern die verantwortlichen Politiker in der Welt, den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf:

- auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten
- die Produktion der Atomwaffen einzustellen
- die bereits stationierten Mittelstreckenwaffen abzubauen

mit dem Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung.

Um das zu erreichen, müssen die Bemühungen um Entspannung und Verständigung zwischen den Völkern fortgesetzt und verstärkt werden.

Dafür tritt der DGB ein.

Unterstützen auch Sie diese Bemühungen durch Ihre Unterschrift auf dem DGB-Aufruf „Frieden durch Abrüstung!"
Unterschriftenlisten liegen aus:
Bei den Betriebs- und Personalräten und den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben und Verwaltungen, bei den Geschäftsstellen der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften und den DGB-Kreisgeschäftsstellen.

Der Frieden geht alle an – auch Sie!

Verantwortlich: DGB-Bundesvorstand – Abteilung Organisation – Düsseldorf · Druck: Union-Druckerei, Frankfurt

Peinliches DGB-Flugblatt das deutlich macht, warum seine „Friedenspolitik" so wenig Resonanz findet: weil es eine offene Ergänzung der Politik der Bundesregierung ist.

SPD-Apels Saat geht auf: Rekrutengelöbnisse im Betrieb

Rockenhausen ist ein kleines Örtchen mit 4.000 Einwohnern in der Pfalz. Es hat einen Großbetrieb mit 1.200 Beschäftigten: die Firma Keiper, deren Inhaber Putsch Mitglied der FDP ist. „Betriebsführer" Putsch liebt „Kameradschaftsabende" im Offizierskasino des Jägerbataillons 471 in Bexbach bei Homburg. Was liegt da näher, als zwischen Betrieb und Bataillon eine Patenschaft abzuschließen. So prangt denn auch im Betrieb eine Tafel mit der Patenschaftsurkunde, auf der es heißt: **„Die Patenschaft, die heut begründet, zwei große Stützen sie verbindet: die Arbeit, die das Volk ernährt, die Macht, die Sicherheit gewährt"**. Unterschrieben ist sie namens der Soldaten des Jägerbataillons und *„der Belegschaft der Firma Keiper, Rockenhausen"*.

Diese Tafel stammt nicht etwa aus vergangenen, gern verdrängten Zeiten zwischen '33 und '45. Nein, sie stammt aus dem Jahre 1973, in dem die Patenschaft mit dem Bundeswehr-Bataillon begründet wurde.

Begeistert griff Putsch vor einigen Monaten eine Anregung des SPD-Bundeswehrministers Apel auf. Dieser hatte im Mai auf einer Tagung „Soldat und Gesellschaft", in Reaktion auf die heftigen Proteste gegen öffentliche Rekrutengelöbnisse, vorgeschlagen, auch in die Betriebe zu gehen, um so die enge Verbindung „Bürger/Soldat" zu erzwingen. Putsch bot seinen Rockenhausener Betrieb hierfür an. Am 27. November sollen jetzt nach monatelangem Tauziehen ca. 300 Rekruten in einer Halle auf dem Betriebsgelände vereidigt werden. Die Belegschaft wird zum Zuschauen abkommandiert, der „Betriebsführer" wird eine Rede halten, der Betriebsratsvorsitzende desgleichen, er hat zudem Apel persönlich eingeladen dabeizusein, und wenn



Tafel im Betrieb Keiper in Rockenhausen

der Höhepunkt erreicht ist, werden vielleicht alle zusammen die Front abschreiten. Apel hat in Kenntnis der Umstrittenheit des Projekts nicht zugesagt, aber das Zustandekommen beweist, daß grünes Licht gegeben wurde. Zurückhaltung zeigt auch noch Rockenhausens Bürgermeister Werner (SPD), der sich ziert, das Militaristenspiel offen mitzumachen.

Skandal in der IG Metall

Der heftigste Verfechter des Unternehmens ist neben Putsch der Betriebsratsvorsitzende Hermann Jess, Mitglied der SPD und Ortsverwaltung Kaiserslautern der IG Metall. Gegenüber der Zeitung „Metall" der IGM erklärte er, er halte das Gelöbnis *„für eine schöne Sache"* und die Veranstaltung sei ganz normal nur *„ein Teil der Patenschaft und kein Politikum"* („Metall", 21.10.81). Kommentar der „Metall" zu diesem Verhalten eines Ortsvorstandsfunktionärs der eigenen Organisation: Jess sei *„der in diesem Spiel politisch überforderte Betriebsrat"*.

Das ist allerdings weit gefehlt. Die „Neue" vom 14.11. enthüllte, daß Betriebsrat Jess keine Hemmungen hat, seine militaristischen Neigungen auch denen gegenüber kundzutun, die Apels Vorschlag von betrieblicher Rekrutenvereidigung begeistert bejubeln: den Reaktionären von der „Nationalzeitung". Auf die Spur gekommen war die „Neue" seinen Kontakten mit dieser Zeitung durch Äußerungen über den Kaiserslauterer IGM-Sekretär Johannsen in der „National-Zeitung" vom 18.8.81. Johannsen, Gegner des betriebs-militaristischen Spektakels, wird dort mit Aussagen angegriffen, die mit ziemlicher Sicherheit nur vom IGM-„Kollegen" Jess stammen konnten. Redakteure der „Neuen" ließen nicht locker und führten ein längeres Telefonat als Journalisten der „Nationalzeitung" mit Jess. Am 10. November gab der Betriebsratsvorsitzende den falschen „Nazi-Journalisten" sogar ein Interview (der Vorgang ist in der „Neuen" vom 14.11. beschrieben).

Zwischen Jess und der zuständigen Kaiserslauterer IGM-Verwaltungsstelle hatte es Krach gegeben, nachdem Jess sogar vorhatte, im Betrieb Unterschriften für das Gelöbnis zu sammeln. Erst mühsam hatte sich die IGM Kaiserslautern, auch auf Druck der zuständigen Frankfurter Bezirksverwaltung, durchgerungen, den Protest gegen das Vorgehen ihres Mitgliedes Jess öffentlich zu machen. Mittlerweile ruft sie sogar zum Protest gegen das Gelöbnis auf, wie auch eine Reihe von anderen Organisationen. Bis dahin hatte die IGM-Verwaltungsstelle per Bittschreiben vergeblich versucht, Parteifreund Apel von seinem militaristischen Abenteuer abzuhalten.

Nicht der erste Fall!

Bereits im September fand, unbemerkt von der linken Öffentlichkeit, ein Rekrutengelöbnis im Betrieb statt. *„Unter Beteiligung von Betriebsangehörigen und Eltern der jungen Soldaten"* – so schreibt die „Welt" (21.9.) wurden 300 Rekruten auf dem Gelände der Firma Wanzl (ein Unternehmen zur Einrichtung von Selbstbedienungsläden) im schwäbischen Leipheim vereidigt. *„Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle"*, vermerkt die „Welt" mit Stolz. Angeregt hatte das Gelöbnis der SPD-Bürgermeister von Leipheim. Abgehalten wurde es im **„Einvernehmen zwischen dem Firmeninhaber und der örtlichen Gewerkschaft"** („Welt"). Neben dem SPD-Bürgermeister Hartmann hielt laut „Welt" der DGB-Kreisvorsitzende die Festansprache: *„Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Gegnerschaft zwischen bewaffneter Macht und Arbeitern der Vergangenheit angehöre"* (ebenda).

Leute wie dieser DGB-Kreisvorsitzende und der IG Metall-Betriebsratsvorsitzende Jess, die zulassen, daß selbst innerhalb der Betriebe im Einvernehmen mit „Betriebsführern" die Verherrlichung des Militarismus stattfinden kann, die dafür eintreten, daß der repressive Druck des Betriebsverfassungsgesetzes praktisch Kollegen dazu zwingt, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, haben in der Gewerkschaft keinen Platz. **Sie müssen ausgeschlossen werden. Die IG Metall und der DGB müssen sich hiervon distanzieren.**

Allerdings muß noch eines angemerkt werden. Jess und seinesgleichen können sich auf DGB-Erklärungen berufen, heißt es doch in einem offiziellen DGB-Dokument: *„Im Gegensatz zu langen Epochen der deutschen Geschichte, in der sich die bewaffnete Macht und organisierte Arbeitnehmerschaft feindlich gegenüberstanden, betrachten heute Bundeswehr und Gewerkschaften es übereinstimmend als ihre Aufgabe, unseren freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erhalten ...*

Soziale Sicherheit und Selbstverwirklichung bedürfen der äußeren Sicherheit. Bundeswehr und Gewerkschaften stimmen darin überein, daß das eine das andere bedingt ... Als Staatsbürger in Uniform ist der Soldat zugleich integrierter Teil der Gesellschaft. Die allgemeine Wehrpflicht schafft daher einen dauernden lebendigen Austausch zwischen dem Volk und seinen Soldaten. Das gemeinsame Bekenntnis zur Verteidigung macht den Willen zur Erhaltung der Freiheit des Einzelnen und des Staates deutlich" (aus: „Für Frieden in Freiheit – Gemeinsame Erklärung des DGB und der Bundeswehr für zukünftige Zusammenarbeit", Juli 1981).

Rekrutenvereidigungen auf Betriebsgelände liegen durchaus in der Logik dieses Textes, zumindest haben Leute wie Jess & Co. ihn auf ihre Weise ausgelegt.

Zum Schluß sei noch die satirische Anregung eines IGM-Kollegen zum Rockenhausener Vorgang erwähnt: Er schlug vor, zukünftig die Vereidigungen gleich in der Kirche durchzuführen, weil, da könnten denn ja auch gleich die Waffen gesegnet werden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Forts. v. voriger Seite

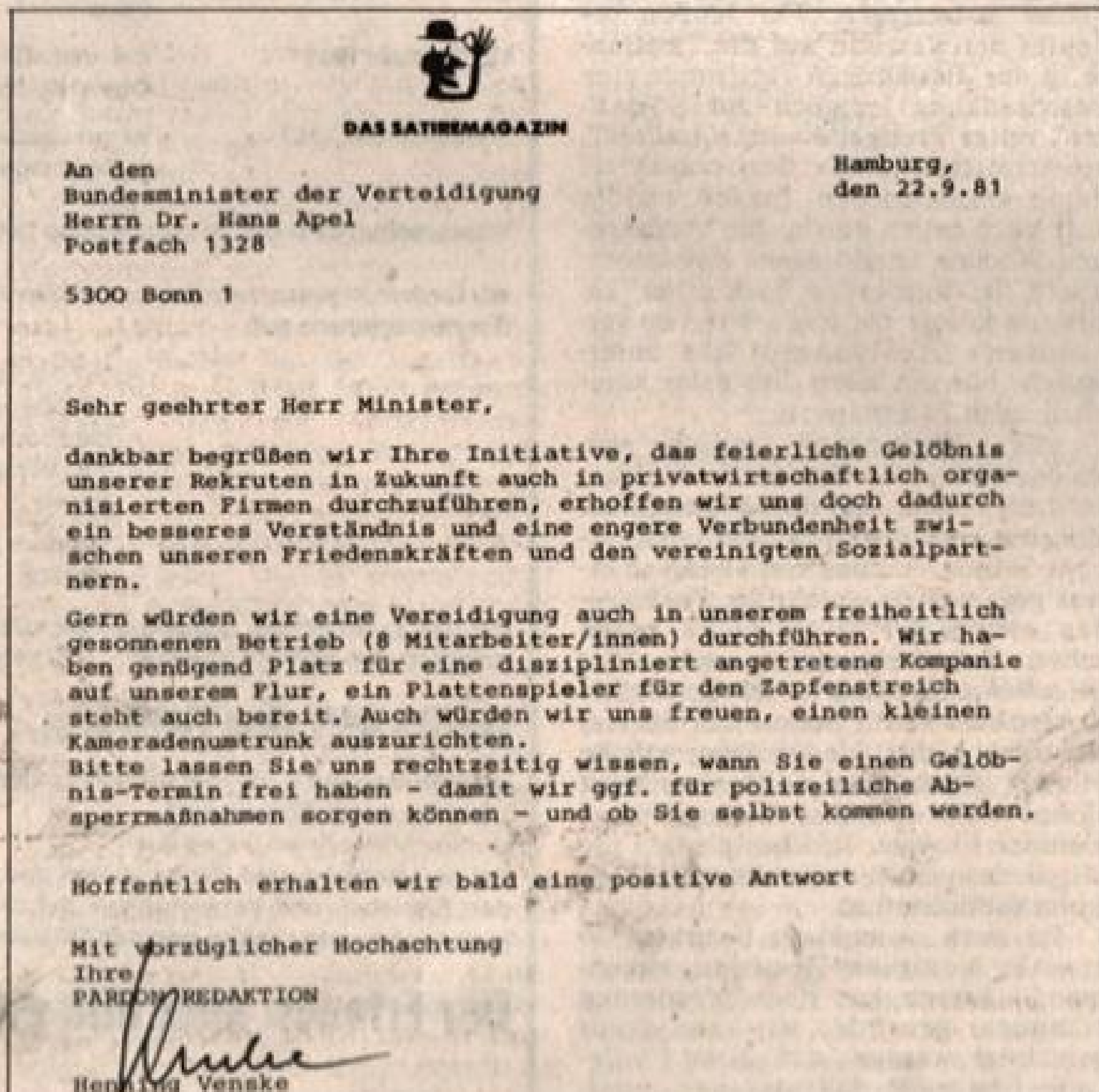
Motivation in der „taz" vom 22.10.). Die reale Entwicklung scheint dem rechten Flügel recht gegeben zu haben, denn Vetter steht nicht nur vor einem Scherbenhaufen, sondern es kann auch von der gemeinsam angestrebten Isolierung des „Krefelder Appells" nicht mehr die Rede sein.

Kurioses von der DKP

Bereits in der „UZ" vom 5.10. schimpfte Manfred Buder, im DGB *„muß es Kräfte geben, die in der eigenen Unterschriftenkampagne 'Frieden durch Abrüstung' lediglich eine Pflichtübung sehen"*. Auch wenn es ihm lieber gewesen wäre, daß der DGB den „Krefelder Appell" unterschrieben hätte, sollten doch *„um des Friedens willen"* Millionen Gewerkschafter unterschreiben, so wie es die DKP gemacht habe. In der DKP-nahen Zeitschrift „Nachrichten" vom November wird sogar die SPD kritisiert, *„die mehr oder weniger formal Unterstützung zusagte"*. Wohltuend habe sich dagegen die DKP hervorgetan, die *„ihre Mitglieder aufgefordert (hat), den DGB-Appell zu unterschreiben"*.

Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten der Interpretation: Entweder sind diese DKP-Schreiber ganz geschickte Zyniker, die es faustdick hinter den Ohren haben und sich mit ihren mahnenden Kommentaren lustig machen über die DGB-Führung, oder der DGB hat es zu einem nicht geringen Teil der DKP zu verdanken, daß wenigstens bislang 470.000 Unterschriften zusammengekommen sind, womit mal wieder bewiesen wäre, daß wenn's um die Treue zu offiziellen DGB-Beschlüssen geht, auf die diensteifrigen Anbiederer der DKP am meisten 'Verlaß ist.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



DAS SATIREMAGAZIN

An den
Bundesminister der Verteidigung
Herrn Dr. Hans Apel
Postfach 1328

5300 Bonn 1

Hamburg,
den 22.9.81

Sehr geehrter Herr Minister,

dankbar begrüßen wir Ihre Initiative, das feierliche Gelöbnis unserer Rekruten in Zukunft auch in privatwirtschaftlich organisierten Firmen durchzuführen, erhoffen wir uns doch dadurch ein besseres Verständnis und eine engere Verbundenheit zwischen unseren Friedenskräften und den vereinigten Sozialpartnern.

Gern würden wir eine Vereidigung auch in unserem freiheitlich gesonnenen Betrieb (8 Mitarbeiter/innen) durchführen. Wir haben genügend Platz für eine diszipliniert angetretene Kompanie auf unserem Flur, ein Plattenspieler für den Zapfenstreich steht auch bereit. Auch würden wir uns freuen, einen kleinen Kameradenumtrunk auszurichten.
Bitte lassen Sie uns rechtzeitig wissen, wann Sie einen Gelöbnis-Termin frei haben – damit wir ggf. für polizeiliche Absperrmaßnahmen sorgen können – und ob Sie selbst kommen werden.

Hoffentlich erhalten wir bald eine positive Antwort

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihre
PARDON REDAKTION

Henning Venske

Brief der „Pardon" an Apel. In der „Hamburger Satz- und Verlagskooperative" wurde ein ähnlicher Antrag diskutiert. Während die KB-beherrschte Unternehmensleitung dagegen ist, ist der Betriebsrat dafür. Demnächst wird die Einigungsstelle angerufen.

Nach den Betriebsrätewahlen 1981: Eine neue Welle von Gewerkschaftsausschlüssen

Wurden Mitte der siebziger Jahre Ausschlüsse gegen linke Kritiker der offiziellen Gewerkschaftspolitik zumeist mit deren Mitgliedschaft in „chaotischen K-Gruppen" begründet, zeigen die Folgen der diesjährigen Betriebsrätewahlen, daß sich an der repressiven Ausschlußpraxis nichts geändert hat, obwohl die Arbeit von „K-Gruppen"-Mitgliedern in den Gewerkschaften erheblich zurückgegangen ist. Die jüngste Welle der Ausschlüsse ist nicht auf eine Gewerkschaft beschränkt: ob IG Metall, IG Chemie, ÖTV, IG Bau oder auch HBV – Ausschlüsse dienen dazu, konsequente Gewerkschafter mundtot zu machen. Wichtigste Neuentwicklung der letzten Monate: die Ausdehnung der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" auf die KBW-Abspaltung BWK durch den Beirat der IGM und auf die zu den Bundestagswahlen 1980 angetretene „Volksfront" durch ÖTV, HBV und IGM. Der Fall des aus der Westberliner IG Bau ausgeschlossenen Claus Wagner ist der erste, der mit dem Unterschriftenverbot des DGB für Funktionäre begründet wurde (siehe dazu ausführlich AK 212). Neu ist allerdings auch, daß sich innergewerkschaftlich die Proteste gegen die Ausschlußpraxis mehren, so im Fall HDW Hamburg (siehe AK 212) und jüngst bei Daimler in Bremen.

Daimler Bremen: 2 Ausschlüsse, 2 Funktionsverbote

Sieben IGM-Mitglieder hatten unter eigenem Programm zu den BR-Wahlen kandidiert. Vier waren bei der Persönlichkeitswahl mit fast einem Viertel der Stimmen in den Betriebsrat gewählt worden. Prompt wurde ein Ausschlußverfahren gegen die sieben eingeleitet. Am 13.11. tagte die Untersuchungskommission der IGM unter Vorsitz des Elmshorner IGM-Bevollmächtigten Peter Ladehoff sowie zwei weiteren von der IGM bestellten Bremer Metallern. Für die „angeklagten" Kollegen ergriffen zwei Kollegen vom Bremer Vulkan Partei. Nach acht Stunden Verfahren kam die Kommission mit 3 : 2 Stimmen zu folgendem Ergebnis: Die Betriebsräte Claus W. und Jürgen D. werden ausgeschlossen, zwei weitere Betriebsräte erhalten ein Jahr Funktionsverbot, zwei Kollegen erhalten eine Rüge, das Verfahren gegen einen Kollegen wird eingestellt. Während das Verfahren noch mit dem Vorwurf des eigenen Wahlkampfs und der „Wahlkampfmethoden" gegen gestandene Kollegen begründet wurde, war in der Verhandlung hiervon nicht mehr die Rede. Stattdessen mußten zwei andere Gründe für die Disziplinierungen herhalten: das von den Kollegen herausgegebene Info („IGM-Kollegen von Daimler Benz informieren") und die Verbindung zu den schon seit längerem aus der IGM ausgeschlossenen Kollegen von der „Plakat-Gruppe" im Daimler-Werk Stuttgart-Untertürkheim. Die Bremer Kollegen konterten auf diesen Vorwurf: Schlimm genug, daß sie sich die Informationen über die Analytische Arbeitsplatzbewertung und das computergesteuerte Personalinformationssystem (ISA) nicht von den Bremer gewerkschaftlichen Gremien, sondern von den konsequenten Gewerkschaftern aus Stuttgart holen mußten.

Die Ausschlüsse und Disziplinarmaßnahmen müssen nun noch vom Vorstand bestätigt werden. Bereits vor dem Verfahren hatten über 1.000 Kollegen aus verschiedenen Städten der Bundesrepublik protestiert, darunter viele Betriebsräte von der Bremer Klöckner-Hütte, der Vulkan-Werft und aus den Daimler-Werken Untertürkheim, Sindelfingen und Harburg. Weitere Solidaritätserklärungen sind jetzt umso nötiger. Wer diese abgeben will, wende sich an:

Willi Elmers
Schreberstraße 8
28 Bremen

IG Chemie auf dem Rückzug?

„IG Chemie schreckt vor Ausschluß von Oppositionellen" zurück, so wußte die „Frankfurter Rundschau" vom 13.11. groß zu melden. Bei näherem Hinschauen erweist sich diese Meldung allerdings als Zeitungsente. Begründet wird die Haltung der IG Chemie mit einem Bundesgerichtshofurteil, wonach die Rechte des einzelnen Arbeiters aus dem Betriebsverfassungsgesetz nicht durch das Organisationsrecht einer Gewerkschaft eingeschränkt werden dürfen. Deshalb wolle die IG Chemie wegen der Gefahr einer Reihe juristischer Verfahren auf Ausschlüsse in etwa 100 zur Verhandlung anstehenden Fällen verzichten. Statt Ausschluß soll jetzt auf Funktionsverbote zurückgegriffen werden. Danach sollen einfache Mitglieder bis Ende 1982, Funktionäre bis Ende 1983 oder 1984 Funktionsverbote erhalten. Was die „Frankfurter Rundschau" nicht schreibt: In mehr als der Hälfte der bei der IG Chemie anstehenden Fälle handelt es sich um Mitglieder rechter Listen, die schon in der Vergangenheit anders als Linke behandelt wurden. Tatsächlich hat auch die IG Chemie in mindestens zwei Fällen linke Gewerkschafter ausgeschlossen: einen Kollegen von der oppositionellen Liste bei Höchst in Frankfurt und den seit 23 Jahren in der IG Chemie tätigen Wilfried R., Mitglied der SPD, der auf der Liste „Aktive Gewerkschafter" bei der Höchst-Tochter Kalle in Wiesbaden kandidiert hat. Außer gegen R. wurden 27 Kollegen der Liste (die acht von 30 Betriebsratssitzen erreichte) diszipliniert: 19 erhielten Funktionsverbot bis Ende 1984, sieben bis Ende 1982.

Weitere Meldungen

Bei **HDW in Hamburg** hatte die Untersuchungskommission 17 Ausschlüsse und 20 zweijährige Funktionsverbote gegen die Betriebsratsmehrheit „Aktive Metaller" gefordert. Der IGM-Ortsvorstand hat bislang eine Stellungnahme hierzu vertagt und will sich zunächst einmal mit den Akten befassen. Hintergrund hierfür ist Gerüchten zufolge, daß eine erhebliche Minderheit in der OV dem Spruch nicht zustimmen will. Bereits auf der Vertreterversammlung der IGM am 12.11. war es der OV nur mit Mühe gelungen, die Behandlung einer Resolution gegen die Ausschlüsse zu verhindern. Nachdem per Geschäftsordnungstrick die Nichtbeschlußfähigkeit der Versammlung festgestellt wurde, erhielt ein Antrag auf Nichtbefassung der Resolution mit 52 gegen 48 Stimmen eine knappe Mehrheit.

Gegen den **Betriebsratsvorsitzenden des Lübecker Metallbetriebs Sintermetall** läuft wegen seiner Mitgliedschaft in und Kandidatur für die „Volksfront" ein Ausschlußverfahren. 85 der 110 IGM-Mitglieder haben dagegen protestiert. Dem Protest hat sich mittlerweile auch die IGM-Ortsverwaltung Lübeck angeschlossen, die das Verfahren ablehnt (Informationen nach „Roter Morgen", 20.11.).

Mehrere Kollegen der „Liste für die Belegschaftsforderungen" (auch als GOG bekannt) bei Opel in Bochum wurden mittlerweile wegen ihrer Kandidatur für die Betriebsrätewahlen aus der IGM ausgeschlossen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Rechnen Sie mit Besetzungen! Alternative nehmen sich, was gerade frei ist. Es könnte zum Beispiel Ihre heranblühende Tochter sein.

Dieses Zitat, entnommen der Zeitung „Die Neue" (17.11.), entstammt nicht einer rechtsradikalen Publikation gegen die Linke. Es ist auch nicht Teil der CDU-Bürgerschrecks-Propaganda gegen Alternative. Es stammt aus der Nummer 7/8, 81 der westberliner ÖTV-Zeitung „Dialog" und steht in einem Artikel *„Wie behandelt man einen Grünen?"*. Die Hetze der westberliner DGB-Führer gegen Linke und Alternative unterscheidet sich in Worten und Taten kaum noch von der Reaktion ...

Uruguay: »Demokratisierungs«-Spektakel und Massenverhaftungen

Nach dem Fiasko vom 30.11.80, als eine starke Mehrheit der Uruguayer den Plänen der Militärs mit einem klaren ,,No'' zum ,,politischen Chronogramm'' antwortete, schält sich jetzt klarer heraus, wie sich die Machthaber in Montevideo den zweiten Anlauf zur Durchsetzung der Institutionalisierung ihrer Herrschaft vorstellen. Der erste Schritt ist die Einsetzung eines ,,liberalen'' Staatspräsidenten.

Er heißt Gregorio Alvarez, war bis vor zwei Jahren Oberbefehlshaber des Heeres und wurde vom Nationalen Sicherheitsrat (COSENA) — den Militärs selber also — für die nächsten dreieinhalb Jahre zum Präsidenten ernannt. Am 1. September übernahm er dies Amt von seinem Vorgänger, dem senilen Zivilisten Méndez.

Ein Blick in die bürgerliche Presse weckt Begeisterung für diesen Mann: *,,Der 55jährige Alvarez gilt als Verfechter einer starken und stabilen Demokratie''* meldet das *,,Handelsblatt''* (1). Jemand, *,,dem man liberale Neigungen nachsagt''* (2), *,,der sich einer Verlängerung der Militärdiktatur in den letzten Jahren widersetzt hat''* (3). Die ,,FAZ'' kennt ihn *,,als liberal und als Anhänger der derzeitig marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik''* (4).

Was setzt die bürgerliche Presse nun so in Entzücken? Es sind die ,,Verdienste'' auf einem ganz anderen Gebiet als dem der Liberalität: *,,Er war Leiter des vereinigten Generalstabs der Waffengattungen während der entscheidenden Jahre, in denen die Untergrundorganisation der 'Tupamaros' militärisch niedergeschlagen wurden''* (5).

Widersprüche bei den Gorillas?

Zweifellos war in den vergangenen Jahren die immer wieder nach außen demonstrierte Einheit der Gorillas — man kam auch ohne Gallionsfiguren aus — eine ihrer Stärken (zusammen mit der ,,wissenschaftlichsten'' Repression und der perfektesten Zensur in Lateinamerika [7]). Nach der Pleite mit dem Referendum war es um diese Einheit erst einmal geschehen, und als sieben Monate später immer noch nicht klar war, wie es weitergehen sollte, fragte die ,,FAZ'' schon ängstlich: *,,Streitkräfte Uruguays gespalten?''* (8).

Der Oberbefehlshaber des Heeres, Queirolo, gab zwar Differenzen innerhalb der Militärs zu, machte aber keine Angaben über deren Inhalt und schob die Schuld dubiosen *,,'Feinden' des im Jahre 1973 von den Militärs eingeleiteten Prozessen''* (9) zu, die die Streitkräfte spalten wollten. Real dürfte der Kern der Differenzen der gewesen sein, daß eine Gruppe um Queirolo alles beim Alten lassen wollte, wie es vor dem Referendum ja auch angedroht worden war. Demgegenüber stand die Gruppe Alvarez, die an dem Projekt der Institutionalisierung mit einigen Modifikationen festhalten wollte. Die Alvarez-Gruppe konnte sich erst durchsetzen, als es ihr gelang, eine vollständig intern gehandelte Korruptions-Affäre recht geschickt auszubeuten. Im Gefolge dieser Affäre mußte der Innenminister, der Chef der Waffen- und Dienstschule, der Polizeichef von Montevideo und ein halbes Dutzend mächtiger Oberster den Hut nehmen, die — wie der Zufall es wollte — allesamt Queirolo nahestanden, der selbst nur um Haaresbreite davonkam (10).

Die Pläne der Militärs ...

Nach den bisherigen Äußerungen von Alvarez fällt es schwer, halbwegs relevante Unterschiede zum alten Programm des ,,Chronogramm'' auszumachen: Ein Parteienstatut soll ,,demnächst'' erarbeitet werden, desgleichen ein Wahlgesetz und eine neue Verfassung. Im November 1984 soll es eine neue Volksabstimmung über die dann vorgelegte Verfassung geben, gekoppelt mit Wahlen für eine Volksvertretung und Präsidentenamt. Dezent deutet die ,,NZZ'' an, daß *,,durchaus die Möglichkeit besteht, daß Alvarez selbst sein Nachfolger''* (11) wird, womit dessen Ambitionen sicher richtig wiedergegeben worden sind.

Was die Verfassung betrifft, steht fest, daß der Nationale Sicherheitsrat (COSENA) nach wie vor das letztlich entscheidende Gremium bleiben wird: *,,Auf keinen Fall werden die Militärs in die Kasernen zurückkehren und sie werden weiterhin an der Aktivität des Landes teilnehmen ... und die Entwicklung sichern''* (12), so jedenfalls formulierte es General Rapela und Romeo Rey müßte eigentlich rote Ohren kriegen, weil er in der ,,FR'' stur das Gegenteil behauptet.

Neu ist eigentlich nur, daß die Militärs sich um eine stärkere Mitarbeit der Parteien an ihrem Projekt bemühen wollen, um es auf eine breitere Basis zu stellen. Zu diesem Zweck gab es bereits einige Treffen mit ausgewählten Politikern, ihnen wurden einige repräsentative Sitze im (politisch bedeutungslosen) Staatsrat angeboten, Versammlungen von bis zu 40 Personen sind für sie wieder erlaubt. Gleichzeitig ging man daran, diesen ausgewählten Politikern — bisher ca. 100 — ihre politischen Rechte zurückzugeben und den ,,Bann'' aufzuheben, mit dem sie wie 10.000 andere nach dem Putsch bedacht worden waren. Zu dumm nur, daß es sich bisher ausschließlich um ausgekochte Reaktionäre handelt, die sich schon vorher durch ein klares ,,Si'' zum Referendum desavouiert hatten und auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit den Militärs aus waren. Eine Verbreiterung der Basis für die Militärs drückt sich darin jedenfalls nicht aus und da fangen die Probleme auch schon an.

... und ihre Schwachstellen

,,Für 'Gegner der Demokratie, Marxisten und Extremisten' wird es kein legales Tätigkeitsfeld geben'' (13) — das heißt also für die gesamte Linke und die Mehrheitsströmung der kleinen christlichdemokratischen Partei, die 1971 das Wahlbündnis Frente Amplio (Breite Front) mitinitiiert hatte (14). Bleiben noch die beiden traditionellen Parteien der Blancos und der Colorados. *,,Entscheidend wird dabei sein, welche Fraktionen aus dem Lager der Colorados und Blancos ... sich für die Zusammenarbeit mit dem Militärpräsidenten gewinnen lassen''* (15) analysiert durchaus richtig das ,,Handelsblatt''. Dazu muß man wissen, daß es sich bei keiner dieser beiden Parteien um einheitliche Formationen handelt, auch vor dem Putsch war das nicht der Fall. Der Ausgang des Referendums hat auch bei den traditionellen Parteien Fakten geschaffen und eine Polarisierung bewirkt. Bisher sind sich jedenfalls die relevanten Fraktionen um Battle (Colorados) und Ferreira (Blancos) mit der Linken in der Forderung nach sofortiger Wahl einer verfassunggebenden Versammlung einig, wie in der nach uneingeschränkter Presse- und Versammlungsfreiheit. Alles Forderungen, die die Militärs nicht erfüllen können und wollen. Besondere Bedeutung kommt dem im spanischen Exil lebenden Wilson Ferreira zu, der über die ,,Convergencia Democratica'' mit der Linken zusammenarbeitet und in Uruguay als der wirkliche Gewinner der letzten Wahlen 1971 angesehen wird. Als konsequenter Gegner der Diktatur ist er heute wohl der populärste Politiker in Uruguay. Im September fuhren tausende von Uruguayern nach Porto Alegre in Brasilien, um an einer Versammlung mit ihm teilzunehmen.

Das Dilemma der Militärs besteht darin, daß einerseits nur solche Politiker ,,entbannt'' werden sollen, die *,,zurückeroberbar erscheinen, so daß die Basis für gegenseitiges Verständnis und Zusammenarbeit effektiver wird''* (16) — so der Innenminister — andererseits ohne eine Einigung mit der bürgerlichen Opposition eine erneute Ablehnung der Verfassung durch das Volk riskiert werden muß.

Einen weiteren Bruchpunkt markieren Differenzen über den einzuschlagenden wirtschaftspolitischen Kurs. Alvarez halt erklärt, daß an dem bisherigen monetaristischen Kurs unbedingt festgehalten werden wird, von dem nur der Finanzsektor profitiert, während Landwirtschaft und Industrie schwer verschuldet sind. Vor allem der ökonomisch sehr wichtige landwirtschaftliche Sektor ist dem Ruin nahe.

Es kennzeichnet den Bankrott der Wirtschaftspolitik des Regimes, daß die Regierung vor einigen Monaten die Abhaltung eines Kongresses der traditionell weit rechts stehenden ,,Federación Rural'' in Montevideo verbot und ihn in die Provinz ,,verlegte'', weil ihr die Stimmung unter den Viehzüchtern als zu explosiv erschien.

Wegen der Rezession in Argentinien steht darüber hinaus die exportorientierte Industrie, die weitgehend von argentinischen Geldern abhängige Bauindustrie und der auf argentinische Touristen angewiesene Fremdenverkehrssektor unter starkem Druck. Dort wird eine einschneidende Abwertung des uruguayischen Peso gefordert, was die Regierung unter allen Umständen vermeiden will. Alles in allem ist bei dieser Konstellation und den eher bedeutungslosen ,,Angeboten zur Zusammenarbeit'' die Wahrscheinlichkeit einer Einigung mit relevanten Strömungen der Traditionsparteien nicht sehr groß.

Die verschwiegenen Massenverhaftungen

Was tatsächlich von dieser Art ,,kontrollierter Demokratisierung'' zu halten ist, machte eine Verhaftungswelle im September deutlich, als innerhalb weniger Tage mehr als tausend Menschen von Polizei und Militär festgenommen wurden. Auf bundesrepublikanische Verhältnisse umgerechnet wären das 20.000 Menschen. Betroffen waren vor allem Mitglieder von studentischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Es wird vermutet, daß die Verhaftungen in Zusammenhang mit dem Oppositionstreffen in Porto Alegre standen (s.o.), welches das Regime ,,beunruhigte'' (17). Wie in Uruguay üblich, wurden die Verhafteten an unbekannte Orte verschleppt, auch Familienangehörige konnten nichts über ihren Aufenthaltsort erfahren. Nach Angaben der verbotenen nationalen Studentenföderation (FEUU) waren sie brutalen Folterungen ausgesetzt (18). Die einzigen westdeutschen Zeitungen, die überhaupt (in Kurzmeldungen) darüber berichteten, waren ,,taz'' und ,,Neue'', der Rest hüllte sich in Schweigen. Die Meldung hätte auch allzu schlecht zu den Schlagzeilen von ,,Demokratisierung'' und ,,Reformen'' gepaßt.

Lateinamerika-Kommission

Anmerkungen:

1. Handelsblatt, 4.8.81;
2. Neue Zürcher Zeitung, 8.8.81;
3. FR, 14.7.81;
4. FAZ, 4.8.81;
5. FAZ, 4.8.81;
6. entfällt;
7. Manchmal freilich kommt es doch zu Pannen (durch subversive Zensoren?). So z.B. als ,,El Dia'' meldete, daß der ehemalige CIA Agent Agee das Weißbuch der US-Regierung zu El Salvador für gefälscht halte. Was ,,El Dia'' allerdings nicht schrieb, war, daß Agee einen großen Teil seiner aktiven CIA-Zeit in Montevideo verbracht hatte ...
8. FAZ, 1.6.81;
9. FAZ, 1.6.81;
10. In der New York Times vom 29.5.81 wird die Geschichte ausführlich und offenbar sehr gut informiert dargestellt. Sie liest sich wie ein drittklassiger Krimi: *,,Am 27. März um 5 Uhr früh wurde der Innenminister geweckt und man sagte ihm, er müsse sofort vor einem Tribunal erscheinen, das aus General Queirolo und den vier Divisionskommandeuren bestand. Die Beschuldigungen wurden ihm vorgelegt und sein Rücktritt verlangt. Anfangs weigerte er sich und antwortete trocken, er als Innenminister habe auch Informationen über seine Verhörer. Er solle Namen nennen, verlangte man. Den einzigen Namen, den er nannte, war der General Queirolos.''*
11. NZZ, 14.10.81;
12. La Nacion, Buenos Aires, 24.5.81;
13. NZZ, 14.10.81;
14. Die Frente Amplio war ein Wahlbündnis zwischen KP, PS, den Christdemokraten und kleineren Teilen der Traditionsparteien, in dessen Basisstrukturen aber auch Organisationen der radikalen Linken sowie die Tupamaros über ihren ,,legalen Arm'', der Bewegung 23. März, mitarbeiteten.
15. Handelsblatt, 1.9.81;
16. El Dia, Montevideo, 6.6.81;
17. taz, 2.10.81;
18. taz, 2.10.81;
19. El Pais, Montevideo, ohne Datum 1979



Karaxu kommt

Freitag 4. Dezember
PI-Hörsaal
Uni-Hamburg
(Von-Melle-Park)
anschließend:
Diskussion, Musik, chilenisches Essen in der ESG
Erlös der Veranstaltung für den chilenischen Widerstand
Veranstalter: MIR/Chile
Unterstützt wird die Veranstaltung von der chilenischen Linken (PS, Mapu, PScur, PC, Mapu-OC), KB, GIM, Z, Bunte Liste, Grüne Hamburg, El Salvadorkomitee u.a.



Streik der kolumbianischen Seeleute abgebrochen

Nach 4 Monaten mußten die kolumbianischen Seeleute aufgeben, weil sie und ihre Familien ohne nennenswerte finanzielle Unterstützung den Streik nicht mehr durchhalten konnten und weil es nicht gelungen ist, die Reederei durch einen weltweiten Boykott zum Einlenken zu zwingen.

Eins der beiden Schiffe, die im Hamburger Hafen lagen, ist inzwischen abgefahren, das zweite verläßt Hamburg in diesen Tagen. Das Hauptproblem wird neben den finanziellen Schwierigkeiten der Familien die Rückkehr nach Kolumbien sein.

Es ist nicht nur so, daß die Reederei Entlassungen bereits verfügt hat und weitere Schikanen durchführen kann, noch schwerwiegender sind zu erwartende Repressionen von Seiten der Regierung. Es ist damit zu rechnen, daß zumindest die Streikleitung, wenn nicht gar eine größere Anzahl Seeleute im Knast verschwinden wird. Deswegen kann der Streik der Kolumbianer, jetzt nach dem Abbruch, für uns nicht „erledigt" sein. Durch große öffentliche Aufmerksamkeit und möglichst großen Druck von Gewerkschaften müssen Strafmaßnahmen gegen die Seeleute verhindert werden.

Am 12. November statteten deswegen rund 50 Kolleginnen und Kollegen aus der ÖTV und anderen Gewerkschaften der ÖTV einen Besuch ab, um dieses Anliegen zum Ausdruck zu bringen. Die bisher recht magere Unterstützung der ÖTV für die Seeleute ließ es notwendig erscheinen, massiv und auch in personell starker Besetzung für die Unterstützung der Seeleute einzutreten. Ob diese Aktion den ÖTV-Apparat etwas in Bewegung gebracht hat, ist noch abzuwarten. Alle Gewerkschafter sollten auch weiterhin versuchen, das Problem der Rückkehr zum Thema zu machen und möglichst großes Interesse dafür zu wecken. Die GEW hat immerhin auf der LVV am 16. November ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht und rund 10 000 DM zur Unterstützung der Familien lokker gemacht.

Im folgenden die Resolution der Seeleute zur Beendigung ihre Streiks:

Nach 4 Monaten Streik sind wir, die Seeleute der „Ciudad de Medellin" und der „Ciudad de Manizales" wie auch die Seeleute der anderen bestreikten Schiffe gezwungen, ohne auch nur eine Forderung gegenüber unserer Reederei, der „Flota Mercante Grancolombiana" durchgesetzt zu haben, den Streik abzubrechen und nach Kolumbien zurückzukehren. Die Reederei hat uns zwar die mündliche Zusicherung gegeben, daß wir bei unserer Rückkehr keinen Repressionen ausgeliefert sein werden, aber schriftlich wollte sie uns diese Zusage nicht machen. Die kolumbianische Regierung schweigt, seitdem sie unseren Streik für illegal erklärte und uns mit Gefängnis, Geldstrafen und anderen Repressalien drohte. Wir wissen nicht, was passiert mit uns und unseren Familien, wenn wir nach Kolumbien zurückkehren.

Obwohl wir aufgrund unserer negativen Erfahrungen mit internationaler Solidarität vonseiten der Gewerkschaften wie ITF und ÖTV kaum mehr Hoffnung auf direkte Hilfe haben, bitten wir, wie wir es von Streikbeginn an getan haben, uns gerade jetzt zu unterstützen. Der Streik ist zu Ende, nicht aber der Konflikt mit unserer Reederei und der kolumbianischen Regierung. 104 unserer Kollegen sind z.B. schon entlassen, und wir haben keine Zusicherung, daß sie nach Streikabbruch wieder eingestellt werden.

Nur die ausländische Öffentlichkeit kann unsere Regierung unter Druck setzen und sie von Repressionsmaßnahmen abhalten. Wir bitten deshalb Gewerkschaften und deren Mitglieder hier in der Bundesrepublik um die Gründung einer Kommission, die zu uns und unserer Gewerkschaft, der UNIMAR, in Kontakt bleibt, Reederei und kolumbianische Regierung auffordert, keine Repressalien gegen uns anzuwenden und die weitere Entwicklung öffentlich macht. Darüber hinaus bitten wir amnesty international, uns zu unterstützen. Wir sind enttäuscht über das Verhalten von ITF und ÖTV, darüber, daß ein weltweiter Boykott der als Streikbrecher eingesetzten kolumbianischen Charterschiffe nicht durchgesetzt wurde, aber auch darüber, daß die ÖTV hier in Hamburg keinen Boykottversuch unternommen hat – auch ohne direkte Weisung von der ITF. Immerhin ist die BR Deutschland der größte Handelpartner Kolumbiens und allein hier in Hamburg sind 13 700 Hafenarbeiter in der ÖTV organisiert.

Vor unseren Augen wurden kolumbianische Charterschiffe gelöscht, während die ÖTV behauptete, unseren Streik zu unterstützen. Unseres Erachtens hat die ÖTV nichts getan, um die Hafenarbeiter über ihr konkreten Solidaritätsmöglichkeiten zu informieren, geschweige denn, sie zu konkreter Hilfe anzuleiten. Im Gegenteil: viele Privatinitiativen, einzelne Gewerkschafter und Gewerkschaftsgruppen haben die ÖTV unter Druck gesetzt. Nach 4 Monaten richtete sie dann ein Spendenkonto ein, weigerte sich aber, dieses aufgrund eines offiziellen Beschlusses zu tun, geschweige denn, unserer Bitte nach kontinuierlicher finanzieller Hilfe nachzukommen.

Ohne Gehalt und ohne Streikgeld haben unsere Familien und wir 4 Monate lang den Mut zwar nicht verloren, uns aber täglich die Frage gestellt, weshalb die Gewerkschaft eines der reichsten Länder der Welt unsere Not nicht wahrhaben wollte und immer nur formalistisch-bürokratisch argumentierte, wenn wir um Unterstützung baten. Die 200 Mark, die jedem von uns von der ÖTV nach 4 Monaten „geschenkt" wurden, empfanden wir zwar dankbar als Zeichen des guten Willens einer größeren Zahl von ÖTV-Mitgliedern, sie waren jedoch nach der langen Zeit weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein, und auch nicht verbunden mit der Zusage, uns von da an kontinuierlich finanziell zu unterstützen. Was waren diese 200 Mark angesichts der Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten in Kolumbien höher sind als hier in der Bundesrepublik und unsere Frauen und Kinder seit 4 Monaten keinen Pfennig Unterstützung hatten!

Umso größer ist unser Dank all jenen gegenüber, die ohne offizielle Stellungnahmen konkret Hilfe leisteten, uns hier auf den Schiffen besuchten, uns Kleidung und Geld schenkten und bei ihren Kollegen für die Solidarität mit unserem Kampf geworben haben. Dem Unterstützungskomitee, Privatpersonen, engagierten Journalisten, dem Zentralen und Con-Filmverleih, verschiedenen Organisationen und Einzelgewerkschaftern wie einzelnen Gewerkschaftsgruppen gilt unser Dank.

Wir vertrauen auf das Interesse dieser Öffentlichkeit an unserem weiteren Schicksal und darauf, daß sie Einfluß auf ihre eigenen Gewerkschaften wie auch die bundesdeutsche Regierung bekommt und sie von der Notwendigkeit internationaler Solidarität überzeugt.

Spendenkonto:
Hamburger Sparkasse
Bankleitzahl 20050550
Nr. 1238/538563
Raul Torrenegra

Südlibanon: Im Flüchtlingslager Rachidijeh

Im Oktober 81 war eine Genossin der Nahostkommission auf Einladung der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF) im Libanon. Die PLF ist die mehrheitliche linke Abspaltung der PFLP/GC und gehört zusammen mit der Palästinensischen Volksbefreiungsfront (PFLP) und der Palästinensischen Volkskampffront (PPSF) zur Ablehnungsfront innerhalb der PLO.

Auf einer Fahrt in den Südlibanon wurde bei einem Besuch im Flüchtlingslager Rachidiyeh, das südlich von Sur und nur 15 km von der israelischen Grenze entfernt gelegen ist, das nachfolgend abgedruckte Gespräch mit dem Vorsitzenden des Volkskomitees in Rachidiyeh, Abu Khaldun, geführt.

Der Besuch fand statt, als der von den USA und besonders auf Druck von Saudi-Arabien „vermittelte" Waffenstillstand noch weitgehend in Kraft war. Von den Zionisten allerdings wurde er immer wieder durchbrochen. Täglich überflogen unbemannte israelische Aufklärungsflugzeuge den Süden Libanons und Beirut, während meines Aufenthaltes versuchten 15 israelische Hubschrauber einen Landungsversuch in Nabatiyeh. In der Presse wurde jetzt („Le Monde", 13.11.81) ein Artillerieangriff auf die Gegend von Aychiyyeh gemeldet (15 km nördlich der israelischen Grenze, in der Nähe von Nabatiyeh).

Bis zum 24. Juli 81, dem Tag des Beginns der Feuerpause, hatten die zionistischen Aggressoren 15 Tage lang vor allem zivile Ziele im Südlibanon (Flüchtlingslager, Dörfer, Städte und Brücken, um die Nachschubwege in den Süden zu unterbrechen) angegriffen. Am 17. Juli wurden in einem etwa 2Ominütigen mörderischen Bombardement eine Vielzahl von Wohnhäusern und Büros der palästinensischen Organisationen im Westbeiruter Stadtteil Fakhani zerstört. In Fakhani befinden sich alle Büros der palästinensischen Organisationen, er wird die Lunge der palästinensischen Revolution genannt. 800 Tote und über 1.400

palästinensischen Revolution genannt. 800 Tote und über 1.400

Verletzte waren die blutige Bilanz des 15 Tage dauernden Krieges.

Ein Ziel der Angriffe war die weitgehende Liquidierung der Führung des palästinensischen Widerstandes, die Vielzahl der Bombenanschläge auf Büros der palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte in Beirut und anderen Städten nach dem sogenannten Waffenstillstand zeigen, daß diese Taktik von den Zionisten und ihren faschistischen Verbündeten im Libanon weiter verfolgt wird.

Dennoch ist die Rechnung der Zionisten nicht aufgegangen. Die mörderischen Angriffe vor allem auf die Zivilbevölkerung führten zu einer weiteren Solidarisierung zwischen der Bevölkerung und den kämpfenden, fortschrittlichen Organisationen und nicht zur Spaltung. Der Haß der Bevölkerung richtete sich gegen die Zionisten.

In dem 15 Tage dauernden Krieg konnten die palästinensischen Kräfte erstmals massiv 26 zionistische Wehrdörfer in Nordgaliäa angreifen. Diese Angriffe lösten Panik und Flucht unter den israelischen Siedlern aus, die auch durchaus das Vorgehen Begins im Libanon verantwortlich für die Angriffe auf „ihre" Siedlungen machten. Begin mußte auf einer Pressekonferenz in Nordgaliläa, die er im übrigen in einem Bunker abhalten mußte, eines seiner Wahlversprechen dementieren. Begin hatte nämlich vor der Wahl betont, er werde verhindern, daß je wieder nordgaliläisches Gebiet vom Südlibanon mit Raketen und Artillerie beschossen würde. Er erklärte schlicht, er sei mißverstanden worden.

Die linken Gruppen innerhalb der PLO waren mit dem offiziellen Waffenstillstand nicht einverstanden, wollten sich aber mit Rücksicht auf die Zivilbevölkerung an die Feuerpause halten, solange die Zionisten nicht angreifen würden. Der Waffenstillstand bedeutet keineswegs das Ende der zionistischen Aggressionen gegen die fortschrittlichen Kräfte im Libanon. Das Ziel, den bewaffneten Widerstand zu liquidieren , um das wichtigste Hindernis für die imperialistische Lösung im Nahen Osten aus dem Weg zu räumen, besteht weiter. Ein hoher Berater Begins erklärte am 24.8.81 in der „Newsweek": „*Wir werden keinen neuen Abnutzungskrieg an unserer Nordgrenze dulden. Wenn das eintritt, werden wir etwas drastisches tun, einschließlich der Besetzung des gesamten Libanons*" (zit. nach „PFLP-Bulletin", Sept. 81). Die jetzige Waffenruhe ist nötig, um Raum für die neuerlichen Vorstöße für eine „friedliche" Lösung zu schaffen und um den reaktionären Regimes, wie vor allem Saudi-Arabien, den Eintritt in Verhandlungen zu ermöglichen.

Die palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte richten sich auf eine neue, umfassende Aggression ein. Sie wissen, daß die neuen Verhandlungsvorstöße nur Manöver sind, die Illusionen und Spaltung in den palästinensischen Widerstand tragen sollen. An ihrer Entschlossenheit, jede Aggression wie schon im März 78 (zionistische Invasion im Südlibanon) und jetzt im Sommer, zurückzuweisen, besteht keinerlei Zweifel.

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Willen der palästinensischen und libanesischen Massen zu, sich nicht durch die barbarischen Angriffe der Zionisten aus dem Südlibanon vertreiben zu lassen. Was zerstört wird, wird versucht, umgehend wiederaufzubauen. Welche Anstrengungen es kostet, unter den praktisch täglichen Angriffen der Zionisten ein einigermassen „normales" Leben zu organisieren, den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und aufrechtzuerhalten, können wir wohl kaum ermessen. Eines aber wurde mir bei dem Aufenthalt im Südlibanon deutlich: Die Zionisten haben ihr Ziel nicht erreicht, den Süden menschenleer zu machen und dem Widerstand seine natürliche Basis zu entziehen. Selbst in den am schwersten betroffenen Städten, Nabatiyeh und Sur, geht das Leben weiter, ebenso in Rachidiyeh.

Das im folgenden wiedergegebene Gespräch mit dem Vorsitzenden des Volkskomitees in Rachidiyeh berichtet über die Geschichte, das Leben, die Arbeit und den heldenhaften Widerstand des palästinensischen Volkes in dem wohl bekanntesten Flüchtlingslager.

Das Flüchtlingslager Rachidiyeh

Das Flüchtlingslager Rachidiyeh

Das Rachidiyeh-Flüchtlingslager ist eines der wenigen, die direkt an der israelischen Grenze liegen. Es ist keineswegs übertrieben zu sagen, daß wir die palästinensische Luft Tag und Nacht atmen. Kannst Du Dir vorstellen, welche ungeheure Sehnsucht wir zu diesem Land, zu unserer Mutter Palästina haben? Wir müssen hier als Flüchtlinge wohnen, nur ein paar Kilometer von unserer Heimat entfernt – welcher Quälerei sind wir ausgesetzt.

Trotz der Brutalität, trotz unvorstellbar barbarischer Aktionen konnten die Zionisten den palästinensischen Menschen nicht zwingen, dieses Gebiet zu verlassen und den Kampf aufzugeben. Sie haben fast zu 90 % dieses Lager zerstört, über tausend Verletzte und Hunderte von Toten haben die zionistischen Aggressionen gekostet, aber sie konnten uns nicht in Knie zwingen, Die lange Geschichte des Widerstandes und des Durchhaltens hat dieses Lager zu einem Pilgerzentrum für die Palästinenser gemacht, zu einem Mekka in umgekehrten Sinn. Die Leiden haben unser Bewußtsein gestärkt und uns die Sicherheit gegeben, daß wir zurückkehren werden.

Die Serie der zionistischen Aggressionen hat 1973 in Rachidiyeh begonnen. Mit der modernen palästinensischen Revolution Ende der sechziger Jahre ist ein qualitativ neues Bewußtsein entstanden. Vorher ist der Palästinenser im Libanon unterdrückt und diskriminiert worden, er hatte nicht die gleichen Rechte wie sein Bruder, der libanesische Bürger. Der bewaffnete Widerstand der Palästinenser, die revolutionäre Gewalt, die revolutionäre Kultur, die Alternativen in vielen Bereichen haben das Rachidiyeh-Camp in ein wichtiges kämpferisches Zentrum verwandelt. Israel hat das sehr früh wahrgenommen, das Camp wurde ein Dorn in den Augen Israels.

1973 also haben die Zionisten mit dem Artilleriebeschuß begonnen, ohne ein konkretes Ziel. In Wirklichkeit wollten sie die zivile Bevölkerung treffen, Männer, Frauen, Kinder, alles, was lebendig ist. Der Revolution sollte die Grundlage entzogen werden, die Massen, die Bevölkerung.

Damals haben wir massiv mit Programmen und Ausbildung angefangen, um bei den Menschen ein Bewußtsein darüber zu schaffen, warum es notwendig ist, in diesem Lager, direkt an der Grenze zu bleiben, und um die Arbeits- und Produktionsbedingungen zu schaffen, die jede Emigration verhindern. Wir haben sehr früh mit dem Bunkerbau begonnen, um die Bevölkerung zu schützen. Der zionistische Feind betrachtet uns alle, Kinder, alte Frauen, alte Männer, als Feinde, die umgebracht und vernichtet werden müssen. Die Aggression war permanent, wir haben diese Herausforderung angenommen und unsere Arbeit konsequent fortgesetzt. Unter Artilleriebeschuß haben wir unsere Bunker aufgebaut.

1975/76 hat der zionistische Feind seine Strategie total verändert. Er hat mit Landungsversuchen begonnen, um uns moralisch zu schwächen, und mit Bombardements aus der Luft. Aber jeden Landungsversuch hat unser Volk zum Scheitern gebracht, nur unter großen Verlusten konnte er sich vom Schlachtfeld zurückziehen. Auch in anderen Flüchtlingslagern sind diese Versuche an der palästinensischen Entschlossenheit gescheitert.

Die massiven Eroberungsversuche vom März 1978 sind bekannt. Die Zionisten waren nur drei Kilometer von unserem Camp entfernt. Sie haben nicht einmal versucht, dieses Camp zu stürmen, weil sie wußten, was sie erwarten würde. Einmal schickten sie ein Aufklärungskommando. Vier von ihnen wurden getötet, einer gefangen genommen.

Nach dem Scheitern der Intervention von 78 und aller vorherigen Versuche stellte der zionistische Feind neue Überlegungen an, deren Ergebnis der Mini-Pufferstaat von Saad Haddad war, der auf einem 700 Quadratkilometer umfassenden Grenzstreifen unseres lieben Landes gegründet wurde. In dieser Pufferzone sind alle Waffensysteme der Zionisten konzentriert. Von dort aus versuchen sie, unsere Bevölkerung hier in Rachidiyeh und anderen Gebieten mit terroristischen Angriffen in Angst und Panik zu versetzen. Mit dieser Situation waren wir bis zum Waffenstillstand am 24. Juli 81 ständig und täglich konfrontiert.

Nach der Statistik unseres Volkskomitees ist dieses Flüchtlingslager von 1973 bis zum 24. Juli 81 710mal mit Artillerie beschossen worden. Über 15.000 verschiedene Bomben und Raketen sind in diesem Lager explodiert. Wir verloren 240 Märtyrer und hatten über 1.400 Verletzte. Fast ohne Ausnahme sind alle Häuser und Wohnungen betroffen worden. Praktisch ist das Rachidiyeh-Camp viermal dem Erdboden gleichgemacht worden. Die bescheidene Hilfe der PLO, die jeweils 30 bis 40 % von allem ersetzt hat, was verloren wurde, hat uns ermöglicht, das Flüchtlingslager immer wieder aufzubauen, so daß es nicht zu einem Denkmal der zionistischen Aggression wurde. Für die Bevölkerung war diese Hilfe ein Motiv, hier weiter zu leben.



Flüchtlingslager Rachidigeh: Zerstörungen durch israelische Artillerie und Bombardements



Im Flüchtlingslager Albus bei Sur: Durch die letzten Luftangriffe im Juli zerstörte Bunker



Im Hof eines Hauses in Rachidigeh: Trotz ständiger Angriffe wird das normale Leben organisiert

Der größte Teil der Einwohner von Rachidiyeh lebt nach wie vor in diesem Camp. In der Zeit von 1973 bis 1975 sind etwa 10 % ausgewandert, nicht, weil sie Angst gehabt hätten, sondern auf Grund der unmöglichen Lebensbedingungen hier. Bestimmte Positionen sind von der israelischen Artillerie und von der See her konzentriert angegriffen worden. Das ist ein Grund, weshalb diese Auswanderung verständlich ist. Außerdem dauert es auf Grund der harten und ungewöhnlichen Bedingungen lange, bis ein Haus wieder aufgebaut und renoviert worden ist. Unsere Erfahrung hier zeigt, und das halte ich für wichtig, daß niemand das Flüchtlingslager verlassen hat und nicht zurückgekommen ist, wenn die Häuser wieder aufgebaut worden waren.

Die Israelis wollten mit der von ihnen provozierten Auswanderungswelle, 60.000 bis 70.000 aus diesen Gebieten, die palästinensische Revolution in eine schwierige Lage bringen, denn für diese Menschen muß gesorgt werden. Außerdem wollten sie ein menschenleeres Gebiert schaffen. Das ist ihnen nicht gelungen.

sie ein menschenleeres Gebiet schaffen. Das ist ihnen nicht gelungen.

Trotz der harten Bedingungen lebt unser Volk wie jedes andere Volk. Die Mehrheit der Menschen hier in Rachidiyeh arbeitet in der libanesischen Landwirtschaft. Sie sind tätig in den UNWRA- und UNO-Institutionen und verschiedenen anderen Bereichen. Wir wollten uns von vorneherein nicht in eine Armee verwandeln, wir sind ein Volk und es gibt eine Avantgarde, die kämpft. Darüberhinaus haben natürlich alle ihre politischen Verpflichtungen.

Auf Grund des Kairoer Abkommens von 1969 dürfen die palästinensischen Kampfeinheiten und Streitkräfte nicht in den Städten und Dörfern bleiben. Sie befinden sich in den Gebirgen, in verschiedenen wichtigen strategischen Stellungen hier im Süden des Libanon. Wegen der israelischen Aggressionen ist die-

tigen strategischen Stellungen hier im Süden des Libanon. Wegen der israelischen Aggressionen ist die-

ses Camp immer von außen mit schweren Waffen verteidigt worden. Aber wenn die Zionisten hier einzudringen versuchen, und ich habe vorhin die Landungsversuche erwähnt, müssen sie wissen, daß jedes Kind, jeder Mann und jede Frau eine eigene private Waffe besitzt, sei es eine Kalaschnikow oder einen Revolver. Sie mußten sie mehrmals zur Verteidigung des Camps und ihres eigenen Lebens benutzten. Aber wir besitzen nicht eine einzige schwere Waffe, weder Kanonen noch Raketen oder ähnliches. Ich betone dies, weil die Zionisten in den europäischen Massenmedien immer behaupten, hier sei eine militärische Basis und hier befänden sich schwere Waffen.

Unser Volk unterscheidet sich nicht von anderen Völkern, ich betone das noch einmal. Was vielleicht wichtig ist: Die charakteristische Klassenherausbildung wie in Europa, Bourgeoisie und Arbeiterklasse, gibt es hier nicht. Wir leben auf Grund der Vertreibung nicht in unserem eigenen Land, deshalb ist unser Volk nur in soziale Schichten unterteilt. Es gibt Arbeiter, Beamte usw. Arbeiter im Golfgebiet, in Nordafrika, in verschiedenen Teilen der Welt und in den Flüchtlingslagern. 60 % der Arbeiter in Rachidiyeh arbeiten in den Citrusplantagen hier, ein anderer Teil in Sur im Bausektor und in der Kleinindustrie. Eine kleine Minderheit arbeitet als Taxifahrer und im Dienstleistungssektor, Viele Lehrer und Lehrerinnen arbeiten in UNWRA -Schulen. Das palästinensische Volk hat den höchsten kulturellen Ausbildungsgrad in der arabischen Welt. 10 % aus unserem Camp sind Ärzte, Apotheker, Ingenieure usw. geworden. Sie arbeiten zur Zeit im Golfgebiet und schicken einen Teil ihres Einkommens ihren Familien hier, was zur Entwicklung unseres Flüchtlingslagers beiträgt.

Außerdem stellt die Frau heute einen sehr produktiven Faktor dar. Vor 1968 war sie eher passiv, das hat sich mit der Entwicklung der Revolution geändert. Sie arbeitet in allen möglichen Bereichen, als Arbeiterin, Krankenschwester, Lehrerin, und selbstverständlich in der Revolution. Viele sind Kämpferin geworden, die höchste Form, zu der man sich entwickeln kann, und viele von ihnen sind gefallen. Die Frau spielt eine wichtige Rolle bei der Wiederbelebung der nationalen Identität unseres Volkes. Sie arbeitet im kulturellen Bereich.

Fortsetzung nächste Seite

Rückzug Libyens aus dem Tschad
Isolierungsstrategie des Imperialismus hat Erfolg

Anfang dieses Jahres veranstalteten die Imperialisten sowie die reaktionären afrikanischen und arabischen Regimes großes Spektakel um die libysche „Einverleibung" des Tschad: Libyen habe erneut sein Großmachtstreben bewiesen und destabilisiere die Lage im nordafrikanischen Raum. Anlaß war die im Januar bekanntgegebene „Fusion" zwischen Libyen und Tschad, nachdem im tschadischen Bürgerkrieg die eher pro-libyschen Kräfte um den Präsidenten der provisorischen Regierung GUNT, Goukouni Ouedei, mit libyscher Hilfe die lange von Frankreich, inzwischen von Ägypten und Sudan unterstützten Truppen Hissene Habres schlagen konnten (s. AK 195). Während sich die „Fusion" auf Drängen der tschadischen Regierung auf die Präsenz libyscher Truppen im Tschad und finanzielle Hilfe für die tschadische Regierung beschränkte, bildete sie dennoch Vorwand für eine Verstärkung der französischen Truppenpräsenz in Afrika; eine französische Intervention war vorbereitet, falls es zu einer tatsächlichen Bedrohung der französischen Interessen im Tschad kommen sollte. Gleichzeitig wurden die französischen Waffenlieferungen an Libyen eingestellt.

Sowohl die libysche als auch die tschadische Regierung hatten mehrfach betont, die libyschen Truppen sollten solange im Tschad bleiben, *„bis die interne und externe Sicherheit des tschadischen Volkes nicht mehr bedroht ist"*, bzw., bis die im Aufbau befindliche nationale Armee des Tschad in der Lage sei, sie zu ersetzen (Libyen hatte allerdings von Anfang an betont, auf Wunsch der tschadischen Regierung werde es seine Truppen jederzeit zurückziehen). Doch Ende Oktober forderte die tschadische Regierung Libyen auf, die libyschen Truppen sofort aus der Hauptstadt N'Djamena und aus dem Süden des Landes bis Ende des Jahres vollständig zurückzuziehen. An ihre Stelle soll eine interafrikanische Truppe der OAU treten, die von Frankreich *„finanziell, materiell und logistisch"* unterstützt werden wird.

Für den Tschad ist dies nicht die beste Lösung, wird doch eine Besatzung durch eine andere ausgetauscht; doch ist mit dem Abzug der libyschen Truppen der Tschad „hoffähig" geworden für die bis dahin zurückgehaltene finanzielle Unterstützung durch Frankreich, EG, USA, Kanada, UNO und Weltbank.

Die libysche Regierung hat daraufhin ihre Truppen schon weitgehend zurückgezogen, o b w o h l der Tschad *„nicht die notwendigen Garantien für die Sicherheit des ganzen Landes"* erhalten hat (der tschadi-

hin ihre Truppen schon weitgehend zurückgezogen, o b w o h l der Tschad „nicht die notwendigen Garantien für die Sicherheit des ganzen Landes" erhalten hat (der tschadi-

sche pro-libysche Außenminister Acyl), Frankreich seine Truppenverstärkungen in den Nachbarländern nicht zurückgezogen hat, der Tschad im Osten ständigen Angriffen der Truppen Habres mit ägyptischer und sudanesischer Unterstützung ausgesetzt ist und obwohl die tschadische Armee sehr schwach ist und die OAU-„Friedenstruppen" noch nicht einmal im Land sind.

Maßgeblicher Grund dafür ist der wachsende militärische und wirtschaftliche Druck, dem Libyen seitens der Imperialisten ausgesetzt ist. Das US-Manöver „Bright Star", das in diesem Monat in Ägypten, Sudan, Somalia und Oman durchgeführt wird, kann durchaus als eine Generalprobe für eine Invasion Libyens angesehen werden, wenn es nicht schon während des Manövers zu Grenzprovokationen kommt. Eine spürbare Warnung hat Libyen im August erhalten, als US-Kampfflugzeuge zwei libysche Maschinen über den von Libyen beanspruchten Hoheitsgewässern abschossen. Die Routine-Übung der sechsten Flotte im Golf von Sidra (Syrte) und gleichzeitig stattfindende ägyptische Truppenmanöver im Grenzgebiet zu Libyen sollten dazu dienen, *„die Reaktion des libyschen Staatschefs zu testen"* (vgl. AK 207). „Le Monde" stellte fest, daß Libyen seither eine *„unerwartete Bescheidenheit"* bewiesen habe (5.11.). Diese Bescheidenheit soll weiter forciert werden, vor allem im Hinblick auf die weitere Schwächung der Ablehnungsfront. Libyen konnte sich bisher aufgrund seines Ölreichtums ein Auftrumpfen gegenüber dem Imperialismus erlauben, das sich u.a. in der Unterstützung von Befreiungsbewegungen oder in der radikalen Ablehnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages ausdrückte. Doch während Libyen in der Vergangenheit mehrfach mit der „Erdölwaffe" gedroht hat, setzen die USA jetzt ihrerseits die Erdölwaffe ein. Während die zwei größten Erdölkonzerne Exxon und Mobil Oil sich bereits aus Libyen zurückgezogen bzw. die Produktion eingestellt haben, steuert die US-Regierung auf einen weltweiten Boykott libyschen Öls hin.



1. B 52-Bomber des Strategischen Luftkommandos greifen vorgegebene Ziele an, werden im Flug versorgt und kehren in die USA zurück.
2. Patrouillen der kürzlich in Dienst gestellten AWACS-Aufklärer.
3. 2 US-Bataillone in der Wüste im gemeinsamen Manöver mit ägyptischen Einheiten.
4. 200 Fallschirmspringer werden über dem Sudan abgesetzt.
5. 200 Techniker für die beschleunigte Errichtung eines Luftwaffenstützpunktes in Somalia.
6. Landemanöver amerikanischer Amphibien-Truppen an der Küste des südlichen Oman.

Fusion Libyen - Tschad gescheitert

Fusion Libyen - Tschad gescheitert

Nach jahrelangen Machtkämpfen im Tschad, in denen die Frolinat (Nationale Befreiungsfront) — Strömungen gegen die neokolonialistische Ausbeutung des Landes durch den früheren Kolonialherrn Frankreich und gegen die Dominanz des ökonomisch bedeutenden Südens gekämpft hatte, bildete sich im November 1979 eine „Übergangsregierung der nationalen Union" GUNT, in der zum ersten Mal alle 11 politischen Bewegungen des Landes repräsentiert waren. Doch im März 1980 brachen erneut Kämpfe zwischen den Truppen des Libyen-Feindes und Sachwalters französischer Interessen, Hissène Habre, und den Truppen des Präsidenten Goukouni Oueddei aus.

Unterstützt wurde Goukouni von den pro-libyschen Strömungen, aber auch der FAT, einer aus Resten der ehemaligen Armee und Gendarmerie zusammengesetzten Truppe, die den gesamten Süden des Tschad kontrolliert. Nur mit massiver Unterstützung Libyens konnte Goukouni Oueddei den Bürgerkrieg für sich entscheiden.

(Im Interesse einer Erhaltung der französischen Präsenz auch bei einer möglichen Niederlage Habres hielt die französische Regierung sich aus diesen Kämpfen heraus und ließ Habre fallen.) Habre mußte sich mit den Resttruppen in den Sudan zurückziehen; von dort aus versucht er seither mit Unterstützung Ägyptens und Sudans, die tschadische Regierung zu destabilisieren.

Während Libyen mit seiner militärischen Unterstützung versuchte, eine Fusion beider Staaten zu erreichen, um in der Region größeres Gewicht zu erreichen, war schon während des Bürgerkrieges deutlich, daß die tschadische Regierung kein Interesse an einem zu starken Engagement Libyens hatte. Im Dezember 1980 hatte die GUNT bereits Wiederaufbauhilfe von Frankreich gefordert, um sich nicht allein auf Libyen stützen zu müssen. Doch die französische Regierung machte jegliche Unterstützung abhängig vom Rückzug der libyschen Truppen aus dem Tschad. Die GUNT brauchte die libyschen Truppen hauptsächlich im Osten des Landes, um die Angriffe Habres abzuwehren; die Hauptstadt N'Djamena wurde schon im März teilweise von libyschen Truppen geräumt. Über die militärische Hilfe hinaus wurde im Februar ein Programm zum Wiederaufbau des Landes beschlossen: gemeinsame Investitionsprojekte,

weise von libyschen Truppen geräumt. Über die militärische Hilfe hinaus wurde im Februar ein Programm zum Wiederaufbau des Landes beschlossen: gemeinsame Investitionsprojekte,

langfristige Kaufverträge für die tschadische Baumwollproduktion, Kredite an die Bauern, Investitionsprojekte für 4-5000 Arbeitsplätze in N'Djamena. Kurzfristig sollte Libyen die Auszahlung der Gehälter der Beamten und der zukünftigen nationalen Armee sichern („LM", 27.4.). Libyen zahlte insgesamt 18 Mio Dollar für die Gehälter; da das Geld jedoch auch für andere Bereiche benötigt wurde, gingen die Beamten und Soldaten bald leer aus. Darüber hinaus wurde die libysche Botschaft und das libysche Kulturzentrum aufgebaut - sonst geschah wenig. Die tschadische Regierung hätte 800 Mio Francs benötigt, um ein Minimum an Dienstleistungen gewähren und die Wirtschaft in Gang bringen zu können („LM", 23.7.).

Zusätzlich bestand das Problem, Möglichkeiten für die Rückkehr der 80.000 Flüchtlinge zu schaffen; Kamerun hat offensichtlich gegenüber der GUNT betont, daß die Regelung des Flüchtlingsproblems *„für die Stabilität der Beziehungen zwischen beiden Staaten"* notwendig sei („LM", 10./11.5.).

Dies alles macht deutlich, daß die tschadische Regierung über kurz oder lang gezwungen war, sich von Libyen abzusetzen, um den Weg für anderweitige Hilfe freizumachen.

OAU-„Friedenstruppen" für den Tschad

Die benachbarten afrikanischen Staaten forderten den raschen Abzug der libyschen Truppen und die Entsendung einer OAU-„Friedenstruppe". Auch Algerien, dessen noch vor einiger Zeit recht freundschaftliche Beziehungen zu Libyen inzwischen etwas abgekühlt sind, forderte ein stärkeres Engagement der OAU, damit der Tschad *„leichter Distanz zu Libyen gewinnen und seine Souveränität garantieren"* könne („LM", 19.2.). Im Mai schließlich erklärte sich die GUNT einverstanden mit einer OAU-Truppe und kündigte die sofortige Demilitarisierung N'Djamenas an („LM", 10./11.5.). Auf der Tschad-Konferenz am 21.5. in N'Djamena (Beteiligte: OAU-Vorsitzender Siaka Stevens, Präsident von Sierra Leone; Nigerias Präsident Shagari, Ghadafi und Goukouni) stimmte Libyen zu, seine Truppen abzuziehen, sobald die geplante OAU-Truppe käme („SZ", 22. und 25.5.).

von Sierra Leone; Nigerias Präsident Shagari, Ghadafi und Goukouni) stimmte Libyen zu, seine Truppen abzuziehen, sobald die geplante OAU-Truppe käme („SZ", 22. und 25.5.).

Im Juni tagte die OAU-Gipfelkonferenz in Nairobi. Um die massive Kritik an seiner Präsenz im Tschad abzuschwächen, erklärte Ghadafi gleich zu Beginn den Abzug eines Drittels seiner Truppen („SZ", 26.6.). Die OAU-Konferenz endete so nicht mit einer direkten Verurteilung Libyens. Die OAU beschloß, das Übergangskabinett Goukounis zu unterstützen, und forderte die Mitgliedsländer auf, den Tschad beim Aufbau einer eigenen Armee zu unterstützen, so daß *„ausländische Truppen"* überflüssig würden („SZ", 29.6.).

Frankreich nistet sich wieder ein

Im Februar berichtete eine französische Zeitung über konkrete Interventionsvorbereitungen Frankreichs gegen die libyschen Truppen im Tschad. Einem Reporter gegenüber erklärten „Barracuda"-Offiziere der französischen Basis Bouar (Zentralafrikanische Republik), daß sie, wenn sie den Befehl dazu erhalten und etwas Verstärkung erhalten würden, *„drei bis fünf Tage bräuchten, um die 5000 Libyer zu bezwingen... Alles ist studiert, vorausgeplant, abgeschätzt, sogar die Verluste..."* (nach „LM", 27.4.). Der Regierungswechsel in Frankreich, die Zusicherung Libyens, seine Truppen gegen eine OAU-Truppe abzuziehen, führten zu einer veränderten Haltung Frankreichs, das jetzt die GUNT anerkennt. Um Libyen den Abzug seiner Truppen schmackhafter zu machen, nahm Frankreich auch die Waffenlieferungen nach Libyen wieder auf; neben 10 Patrouillenbooten für 3 Mrd. Francs ging es um 32 Mirage F-1 und zahlreiche Materiallieferungen. Doch Verhandlungen über neue Waffenverträge sollten an den Rückzug der libyschen Truppen gebunden werden („LM", 17.7.).

Anfang August schickte die französische Regierung einen Abgesandten nach N'Djamena, gefolgt von einer Expertengruppe, die die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit sondieren sölle. Goukouni versicherte, daß der Tschad in der Franc-Zone bleiben werde und sprach die Hoffnung aus, daß sein Land eines Tages in die Zoll- und Wirtschaftsunion Zentralafrikas zurückkehren werde. Frankreich sicherte zu, die ausstehenden Gehälter der tschadischen Beamten bis zum Jahresende weiterzuzahlen. Am 27. Oktober bestätigte Frankreich offiziell, daß es auch mit Waffen- und Munitionslieferungen an die neue tschadische Armee begonnen habe. Drei Tage später forderte die tschadische Regierung Libyen auf, seine Truppen aus dem Tschad abzuziehen.

Libyen wird bedrängt

Die libyschen Truppen haben inzwischen schon weitgehend das Land verlassen, die ersten Kontingente der OAU-„Friedenstruppe" sind eingetroffen, an der Togo, Guinea, Senegal, Benin, Zaire und Nigeria beteiligt sind. Gleich nach dem Rückzug der libyschen Truppen aus dem Osten flammten dort die Kämpfe verstärkt wieder auf. Die GUNT möchte Teile der OAU-Truppen im Osten stationieren; die OAU hat jedoch eine Entscheidung über den Einsatz der Soldaten ausschließlich sich selbst vorbehalten. Dies könnte gut in das Konzept der USA, Sudans und Ägyptens passen, eine Front entlang der libyschen Südgrenze zu errichten, um das Land zu destabilisieren.

„Das Manöver „Bright Star" läßt kaum noch Zweifel daran, daß die USA sich darauf vorbereiten, die Ölfelder und Ölrouten am Golf — auch

destabilisieren.
„Das Manöver „Bright Star" läßt kaum noch Zweifel daran, daß die USA sich darauf vorbereiten, die Ölfelder und Ölrouten am Golf — auch

ohne einen Hilferuf der Ölstaaten — militärisch zu sichern, wann immer sie dieses Nervenzentrum der westlichen Industrienationen gefährdet sehen." („SZ", 20.11.).

Das strategische Konzept der USA zur Sicherung der Ölquellen sieht die Einbeziehung Ägyptens, Sudans, Somalias und Omans *„als Stützen und Streben für den „Sicherheitsschirm" vor, den die USA mit ihrer Nahost-Eingreifreserve Rapid Deployment Force legen wollen."* („SZ", 20.11.). Hindernisse stellen heute noch die jeweiligen Nachbarländer Libyen, Äthiopien und Südjemen dar. Diese Hindernisse gilt es zu beseitigen. Gerade bezüglich Libyen haben die USA in jüngster Zeit ihre Bemühungen verstärkt, das Land politisch, militärisch und wirtschaftlich in die Enge zu treiben.

Nahost-Kommission

Forts. v. voriger Seite

Das Rachidiyeh-Camp ist nicht nur ein Flüchtlingslager, sondern auch eine große Schule. Wir sind stolz darauf, daß viele wichtige Kader der Revolution in ihrer Erfahrung und in ihrem politischen Bewußtsein hier ausgebildet worden sind.

Zu den sozialen Einrichtungen. Wir haben drei medizinische Zentren hier, eines gehört der UNWRA, die beiden anderen dem palästinensischen Roten Halbmond, der praktisch unser Gesundheitsministerium ist. Schwere Fälle allerdings werden in Albus (Flüchtlingslager bei Sur) oder in Saida und Beirut behandelt. In einem Zentrum arbeitet ein schwedisches Team, Ärzte und Krankenschwestern, ein Ausdruck der internationalen Solidarität.

Im Lager gibt es sechs Schulen, fünf Grundschulen und eine Oberschule. Zu Beginn dieses Jahres ist eine neue Parole entstanden: Schulen unter Bomben. Die Schulen arbeiten auch unter brutalen Bedingungen. Während der Bombardierungen und während des Artilleriebeschusses gehen die Schüler in die Bunker, anschließend wird der Unterricht fortgesetzt als sei nichts passiert.

In Rachidiyeh gibt es sechs Kindergärten. Wir versuchen dem palästinensischen Kind von vorneherein Klarheit über seine nationale Identität – natürlich ohne Chauvinismus – zu vermitteln, die unser Feind, der Imperialismus, mit allen Mitteln vernichten will. In Syrien ist das palästinensische Kind gezwungen, vor der palästinensischen Kultur die syrische nationale Kultur zu lernen, genauso ist es in Jordanien. In Libanon ist es so gewesen. Für unser palästinensisches Kind ist es wichtig zu wissen, was palästinensische Geographie, Geschichte ist, welches seine nationalen Persönlichkeiten sind, seine Dichter, welches die großen palästinensischen nationalen Führer in den verschiedenen Revolutionen und Aufständen waren. Unsere Kinder sollen begreifen, warum die früheren Revolutionen gescheitert sind, warum wir hier in einem Flüchtlingslager leben und weshalb wir Erfolge haben müssen. Unsere Erziehung vereinbart sich niemals mit Haß und Rassismus. Wir versuchen ihnen deutlich zu machen, welcher qualitative Unterschied zwischen einem Juden und einem Zionisten besteht und wer unser hauptsächlicher Feind ist.

Die PLO unterstützt uns stark beim Straßenbau, bei der Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Nach jeder Bombardierung und nach jedem Artilleriebeschuß ist viel zerstört, Kanalisation, Elektrizitätsversorgung, Schulen. In ungewöhnlich kurzer Zeit wird alles wieder hergestellt.

Für die Sicherheit im Lager ist das Volkskomitee ebenfalls verantwortlich. Mit Hilfe der palästinensischen Ordnungsstreitkräfte, die auch unsere Söhne sind, versuchen wir alle möglichen Probleme in einer brüderlichen Atmosphäre zu lösen und das Lager gegen Saboteure von außen zu schützen.

Trotz der barbarischen zionistischen Aggression haben wir nicht vergessen, daß wir Menschen sind, daß wir Hobbys haben, Sport, Kunst, Theater, all diese Gruppen funktionieren gut. Wir haben sechs Kunst- und Sportzentren, der Fußballmeister kommt aus Rachidiyeh.

Alle Aufgaben der Selbstverwaltung, die ich genannt habe, werden vom Volkskomitee wahrgenommen, dessen Mitglieder von allen palästinensischen politischen Organisationen und Massenorganisationen delegiert werden.

Nahost-Kommission

LIP-Arbeiter in Polen

Seit 1974 ist die Uhrenfabrik „Lip" in Besancon (Frankreich) von den Arbeitern besetzt und wird von ihnen selbst verwaltet.

Im Frühjahr 1981 reisten zwei Lip-Arbeiter für 11 Tage nach Polen, wo sie vor allem die Städte Warschau und Krakow besuchten. In ihrer Zeitung „Lip-Unite" schilderten sie ihre Reiseeindrücke. Wir geben den 1. Teil ihres Berichtes im Folgenden leicht gekürzt wieder.

RGW-Kommission

„ Change? Dollars? Taxi ... Taxi?" – Das waren die ersten Worte, die uns empfingen, Worte, die auf englisch, auf deutsch und schließlich auf französisch wiederholt wurden, als unsere Nationalität klar war.

In dem uns zugewiesenen Hotel ‚Orbis' (später stellten wir fest, daß wir auf eigene Faust auch ein einfacheres Hotel hätten finden oder bei Privatleuten wohnen können) erwarteten uns sieben oder acht Portiers; einer davon trug unsere Koffer in den 4. Stock. Diese ‚Inflation' von Portiers, die uns anfangs überraschte, kam uns später ganz normal vor. Was wir bei den Portiers feststellten, galt auch für die Bediensteten bei der Rezeption, die Putzfrauen und Kellner usw. Ein Pluspunkt des Systems: es gibt keine Arbeitslosigkeit in Polen; aber auch etwas Bedenkliches: welche Zukunft kann sich ein Portier öffnen, der eine Chance von 1:8 hat, einem Hotelgast die Tür zu öffnen und das über acht Stunden am Tag und fünf Tage in der Woche? Die Nützlichkeit und die Qualität seines Arbeitsplatzes müssen ihm doch fraglich erscheinen.

An der Rezeption müssen wir die bittere Feststellung machen, daß es in Polen entgegen unseren Erwartungen besser ist, die Sprache Shakespeares als die Molières zu sprechen. Einzige Ausnahme: die älteren Leute und die Intellektuellen. Ebenso ist, wenn man die kulturelle Strenge der offiziellen Radioprogramme in Rechnung stellt, die verbreitetste Musik die angloamerikanische. Nicht Joan Baez und die Beatles, sondern Disco-Musik und die neuesten westlichen Hits.

Beim Abendessen staunten wir: Stellt euch vor, wir haben 1500 km zurückgelegt, beseelt von dem Wunsch, das Thema Polen und die polnische Seele zu entdecken, und wir sitzen am Tisch mit – einer Animierdame! Mit der Wahl zwischen zwei Darbietungen in zwei verschiedenen Sälen des Restaurants: auf der einen Seite Striptease..., auf der anderen Café-Concert (wir entschieden uns übrigens für letzteres).

Unsere Animierdame war übrigens charmant. Im übrigen bestand ihre (offiziell nicht zugegebene) Funktion darin, uns zu möglichst reichlichem Konsum und dessen Bezahlung in ausländischen Devisen anzuregen. Und von ihr bis hin zum Geschäftsführer über die Kellner, die Portiers und die Putzfrauen entdeckten wir ein regelrechtes paralleles Handeln, bei dem jeder ein Auge zudrückte und bei dem anscheinend jeder auf seine Rechnung kommt in einer ausgeklügelten Arbeitsteilung, wobei sich alle einig sind über das gemeinsame Ziel, dem Touristen Geld abzuknöpfen und möglichst viele ausländische Devisen einzustecken.

Man darf dieses Beispiel nicht vorschnell verallgemeinern. Das gibt es in unseren westlichen Ländern auch. Aber was wir im Hotel und am Flughafen gesehen haben, zusammen mit dem Anblick der endlosen Schlangen vor einigen wenigen Läden, wirft ein Licht auf das Leben und die Gesellschaft. Eine Erinnerung wurde in uns wach, die von der deutschen Besetzung Frankreichs und dem Mangel, den Rationierungen, den Schlangen vor den Schaufenstern, dem parallelen Handeln, das sie mit sich brachte, wo schlaue Tricks und der Schwarzmarkt an Kühnheit, Einfallsreichtum und Skrupellosigkeit miteinander konkurrierten.

Ja, genau das war es. Ein besetztes Land, wirtschaftlich am Rande des Abgrunds, zu Rationierungen und zu endlosem Warten verurteilte Bewohner, während andere – eine Minderheit – ein paralleles Handeln aus Tricks und Schlauheit entwickelten. Wir haben kein Werturteil über diese Letzteren zu fällen. Die wirtschaftliche Lage des Landes erklärt einige dieser Verhaltensweisen. Wir müssen uns hingegen Fragen stellen über das politisch-ökonomische System, das solche Erscheinungen hervorgebracht hat.

Diese reale – aber unterirdische – Seite Polens ist weder typisch noch besonders interessant. Was uns vor allem überrascht hat und aufgefallen ist, ist das Ausmaß eines kulturellen Lebens, das der herrschenden Macht vollkommen zu entgehen scheint. So gab es vor August '80 im Inneren der oder parallel zur offiziellen Gewerkschaft Versuche, für andere gewerkschaftliche Belange zu sensibilisieren, und zweifellos hat sich aus dem Zusammenfluß dieser Versuche allmählich die künftige Gewerkschaft ‚Solidarität' entwickelt.

So gab es Intellektuelle – Katholiken oder Laien – die durch das Land reisten, um hier und dort, in Privatwohnungen, verbotenen Sälen, sogar Kirchen, Vorträge zu halten über die verschiedensten Themen, jedoch mit einer großen Aufmerksamkeit für die Geschichte. Die wirkliche, da die andere, von der Macht aufgearbeitete, die Wahrheit überlagert hatte! (Diese Leute sind heute vielfach Berater der ‚Solidarität' z.B. Jacek Kuron – Anm. AK) Das war zwischen '76 und '80. – So gibt es Kulturzentren, wie das von Nowa-Huta (ausgedehnte Arbeiterwohngegend einige Kilometer von Krakau entfernt), wo Nachdenken, Kunst und Glaube sich harmonisch verbinden.

So der sehr zahlreiche Kirchenbesuch. Wir wollten uns selbst davon überzeugen und fuhren an einem Sonntag gegen 11 Uhr zu einer Kirche bei Warschau. Da wir zu spät kamen, kamen wir zum Ende des Gottesdienstes. Wir mußten draußen im Schnee stehen. Und nicht nur wir: gut hundert anderen Menschen ging es genauso; Lautsprecher übertrugen den Gottesdienst nach draußen. Wir erfuhren, das allein am Sonntag zehn genau so gut besuchte Messen abgehalten werden (15 im Dominikanerkloster von Krakau).

Gläubige in großer Zahl und jeden Alters beteiligen sich aktiv, jedoch ohne stürmischen religiösen Eifer zur Schau zu tragen. Und alles findet auf polnisch statt einschließlich des Bischofbriefes zur Lage und der Bibelauslegung des Priesters.

Zum Schluß noch ein paar Worte zum Städtebild: Warschau ist im letzten Krieg vollständig zerstört worden. Es ist infolgedessen heute eine relativ neue, traurige, häßliche Stadt wie viele unserer modernen Bauwerke, außer, daß die Gebäude eher niedrig sind (vier bis fünf Stockwerke im Durchschnitt), abgesehen von einigen Hotels wie dem Victoria und dem Forum z.B., und dem klotzigen Kulturpalast.

Krakau ist dagegen eine alte, sehr schöne Stadt (leider im Verfall begriffen), wo die Universität, die Häuser und die Kirchen an Kunst und Eleganz miteinander wetteifern. Es hat ein bedeutendes Stadtzentrum mit Fußgängerzonen, die mit unseren, mit ihren Luxusboutiquen und Schlendergängen für streßgeplagte Gaffer oder kaufmüde Hausfrauen, zu vergleichen sind.

Stellt euch Plätze und Straßen vor, die ausschließlich für Arbeiter wie euch und uns da sind, die zur Arbeit oder von dort nach Hause gehen, die in Imbißstuben und Cafeterien ein- und ausgehen, die stundenlang Schlange stehen – der eine, um ein Beefsteak, ein anderer um Schleckereien für seine Kinder, ein anderer um ein Kleidungsstück zu kaufen. Hier ist kein Platz für die Luxusboutiquen (die es auch gibt, aber da sie der „Nomenklatura" – „neue Bourgeoisie", Anspielung auf Ernennung von Betriebsleitern usw. von oben; Anm. AK – vorbehalten sind, haben wir sie nicht gesehen) kein Platz für das Speichellecken vor den Schaufensterscheiben und die Hypnose des Konsums. Aber zwischen dem Leben, das die wimmelnde Masse ausströmt, und der Schönheit der Gebäude ist hier die Kunst in der Straße. Nach 11 Tagen in Polen sind wir wieder auf französischem Boden angekommen. Was sollen wir sagen von den Gefühlen, die wir mitgebracht haben?

Da ist einerseits eine große Bewunderung für dieses Volk, das in unzähligen Kriegen und Invasionen zerrissen und schließlich von einer fremden Ideologie überschwemmt, lange Zeit im Verborgenen Widerstand zu leisten verstand, um sich schließlich heute massiv auszudrücken in einer großen Volksbewegung, die S o l i d a r i t ä t heißt, und die durchaus Vorbote von etwas Neuem sein könnte im Osten und, wer weiß, vielleicht sogar im Westen?

Auf der anderen Seite ist da ein Volk am Rande des Abgrundes auf wirtschaftlichem Gebiet. Ein doppelt bedrohtes Volk, was mit der Zeit zu einer wirklichen Katastrophe führen könnte, für es selbst zunächst und durch Ausweitung für die ganze Welt. Von unserem Aufenthalt herrscht jedoch ein Gefühl vor: Wir glauben, daß die Vernunft unserer politischen Freunde und ihr tiefes Solidaritätsgefühl ihnen erlauben werden, die Fallen zu umgehen und die Hindernisse zu überwinden.

(Aus: „Freundeskreis-Lip-Info, Okt. 1981)

INTERNATIONALISMUS - TAGE TÜBINGEN 11.Dez. bis 13.Dez. 81

AUFRUF

"Die Aufgabe der revolutionären Jugendbewegung in der ganzen Welt ist es, den Imperialismus in seinen jeweils verschiedenen Erscheinungsformen, so auch den westdeutschen Imperialismus, an jedem Ort und mit allen Mitteln anzugreifen, um die internationale Konterrevolution zu schwächen. ..... Deshalb darf Westeuropa nicht eine ruhige Zone für den Imperialismus werden, sondern muß von einem entschlossenen antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf bestimmt werden .... "

(Aus dem Aufruf des SDS zum internationalen Vietnamkongress im Februar 1968 in Berlin)

Zu Beginn der achtziger Jahre haben diese Ausführungen im wesentlichen immer noch nicht an Bedeutung verloren. Im Gegenteil, die Solidaritätsarbeit mit den fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in El Salvador, Chile, Türkei hat die Notwendigkeit der antiimperialistischen Opposition in den Metropolen bestätigt und erneuert.

Immer noch stellt die Herrschaft des aggressiven US–Imperialismus das wesentlichste Hindernis für die Befreiung nicht nur der Dritten Welt dar. Das nordatlantische Bündnis (NATO) bleibt Instrument und Garant der Sicherung imperialistischer Herrschaftsinteressen. Die NATO dient der gezielten Zerschlagung der Befreiungsbewegungen und der präventiven Konterrevolution in den westlischen Metropolen.

Parallel dazu werden zur Unterdrückung und Zerschlagung der Emanzipationsbewegungen innerhalb des real–existierenden Sozialismus die Truppen des mitlitaristischen Warschauer Paktes eingesetzt. Der Einmarsch in die CSSR 1968 hat die konterrevolutionäre Politik der imperialen Sowjetunion und ihre Herrschaftsinteressen deutlich werden lassen. Die sechziger und siebziger Jahre haben gezeigt, daß beide Großmächte samt ihrer Militärblöcke in der Niederhaltung der inneren Emanzipationsbewegungen identische Interessen haben.

Dies erzwingt die engere Zusammenarbeit der Westlinken und Ostlinken unter Berücksichtigung der Verschiedenheit der beiden gesellschaftlichen Systeme.

Die westliche Linke muß sich über ihre Aufgaben im veränderten globalen Spannungsverhältnis von Revolution und Konterrevolution Klarheit verschaffen. Nach den Ereignissen in Polen und Zentralamerika, Afghanistan und Nicaragua, dem Auftreten der Sozialistischen Internationalen in Lateinamerika stellen sich für die internationalistische Solidaritätsarbeit eine Reihe neuer alter Fragen.

Um diese Fragen offen zu diskutieren, um unser Selbstverständnis zu klären und eigene Handlungsanleitungen zu entwickeln rufen wir Sozialistinnen und Sozialisten, Linke, Autonome, Oppositionelle, Antiautoritäre, Feministinnen, Friedenskämpfer, Internationalisten auf, am 11./12./13. Dezember 1981 nach Tübingen zu kommen. Die Internationalismus–Tage sollen kein Konsumkongress sein, sondern ein Treffen der Engagierten bei offener Diskussion offener Fragen. Die Umstrittenheit der Antworten auf die nachfolgenden Fragen soll den Weg für gemeinsames Handeln trotz unterschiedlicher Auffassungen durch das "Durchkämpfen der Widersprüche" (Dutschke) ebnen.

Frage eins : Welche Rolle, Aufgabe und Funktion kommt den Intellektuellen in den Metropolen Europas angesichts des Befreiungskampfes in der Dritten Welt zu ?

Frage zwei : Welche Perspektiven ergeben sich für die internationalistische Solidaritätsarbeit durch die notwendige Verknüpfung mit der antimilitaristischen Friedensbewegung ?

Frage drei : Welche Bedeutung hat die reformistische Strategie der Sozialistischen Internationalen in Lateinamerika für die dortigen Befreiungsbewegungen ? Welche Rückwirkungen ergeben sich für die politisch-ökonomische Stabilität ?

Frage vier : Zwingt die sich verändernde Konkurrenz der Kapitalien innerhalb des imperialistischen Lagers zu Änderungen der linken Strategie ?

Frage fünf : Haben sich zu Beginn der achtziger Jahre die Enflußsphären der Großmächte im globalen Maßstab soweit verschoben, daß die Blockaufteilung Europas erneut zur Disposition steht ?

Frage sechs : Gibt es eine Interessenidentität der sozialistisch-demokratischen Oppositionsbewegungen in West- und Osteuropa ? Welche Auswirkungen ergäben sich für die Solidarität mit Befreiungsbewegungen ?

Frage sieben : Die Machtergreifung siegreicher Befreiungsbewegungen führte oft zum Abbrechen der Solidaritätsarbeit (Vietnam, Angola, etc.). Welche Auswirkungen haben die sich wandelnden Revolutionen auf die Identität, Subjektivität und das Sozialismusbild der Westlinken ?

Internationalismus-Ausschuß der Fachschafts-Räte-Vollversammlung der Ernst-Bloch-Universität Tübingen in Zusammenarbeit mit zahlreichen Basisgruppen in ebenso zahlreichen Städten in der BRD und West-Berlin inclusiv der freien Republik Kreuzberg.

Liebe Genossinnen und Genossen !

Die revolutionären Ereignisse und Ansätze in Latein- und Mittelamerika, die Geschehnisse im Iran, der Türkei und Afghanistan, die Hoffnungen in Polen und Zimbabwe haben unter uns neuerliche Diskussionen über internationalistische Solidarität und unsere Rolle und Aufgabe als Intellektuelle ausgelöst. Die konkreten Aktionen zugunsten von Nicaragua und El Salvador erbrachten neben verändertem Bewußtsein auch eine Menge an neuen Fragen.

Aus diesem Grund schlagen wir Euch für den Fr/Sa/So 11./12./13. Dezember dieses Jahres ein großes Arbeitstreffen als Diskussionsforum in Tübingen vor.

Ausgangspunkt für diese Idee war die persönliche Trauer und Wut über den (späten) Attentatstod Rudi Dutschkes.

Zur persönlichen Betroffenheit kam für jene, die seine Person und seine politische Position kannte, die zum Teil verlogenen Nachrufartikel und Reden hinzu. Daraus resultierte ein Antrag der Tübinger Fachschaftsräte–Vollversammlung an die VDS–MV '80.

Wir wollten zunächst so etwas wie eine Gedenk- und Diskussionsveranstaltung zu Rudi Dutschke organisieren. In der Folge der 5. VDS–MV wurde der Antrag verabschiedet, – wenn auch gekürzt. Zwischenzeitlich sind wir uns klar geworden, daß die Gefahr einer linken 'Kultveranstaltung' zu groß ist.

Wir wollen Euch nun jene Veranstaltung vorschlagen, die zwar den zweiten Todestag von R.D. als Anlaß nimmt, jedoch als Schwerpunkt die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der internationalistischen Arbeit der Linken seit 1966/7/8 zugrunde legt.

Aufgabe und Ziel der Diskussionstage soll es sein, unter Rückgriff auf die Positionen des Vietnam–Kongresses des SDS im Februar 68 die neueren Entwicklungen unserer Solidaritätsarbeit mit Befreiungsbewegungen kritisch zu fassen. Die Kritik des Imperialismus in den Metropolen Europas angesichts der Vorgänge in der Dritten Welt.

Gibt es eine Kontinuität in der Internationalismus–Arbeit seit dem SDS ? Was heißt antiimperialistische Politik heute im Vergleich zu den Jahren 67 – 69 ? ....(Fragen gibt's hierzu ja genug !)

Dutschkes Todestag wurde deshalb Anlaß, weil seine Person von Vietnam bis Kambodscha die Notwendigkeit eines internationalistischen Standpunktes symbolisierte. Sie kann Ausgangspunkt der Kritik von Kontinuität und Bruch linker politischer Arbeit auf diesem Feld sein.

Das Kernstück dieser Diskussionstage und das Gelingen der Veranstaltung hängt jedoch von der Beteiligung möglichst vieler Komitees, Initiativen, Gruppen der länderspezifischen Arbeit ab. Es wird keinen Konsum–Kongress geben, sondern ein hartes Arbeitstreffen derer, die bisher schon für Chile, Polen, El Salvador, etc. gearbeitet haben und solchen, die bereit sind aktiv zu werden, sich zu engagieren.

Außerdem jährt sich zum 12.Dezember zum zweitenmal der NATO–Doppelbeschluß, hier könnte der Zusammenhang zwischen Antimilitarismus und Antiimperialismus offengelegt werden.

PROGRAMM

Der Ablauf der Internationalismus–Tage gliedert sich in mehrere Teile:

Freitag, 11. Dez. '81 Podiumsveranstaltung
Dieser Abend erhält eher den Charakter eines längeren Teach–In's, bei dem die geladenen Referenten die Möglichkiet erhalten sollen ausführlich ihre Positionen und Thesen darzulegen. Für die Diskussion ist am zweiten und dritten Tag Raum. Die Referenten werden drei Fragekomplexe behandeln : Funktion der fortschrittlichen Intelligenz in den Metropolen; ökonomische Verflechtungen der imperialistischen Länder mit der Dritten Welt; Entwicklung der Einflußsphären im globalen Verhältnis und in Europa. Zugesagt haben : Peter Brückner, Ursel Schmiederer, Klaus Meschkat, Michael Schneider, ein bekannter marxistischer Theoretiker aus Osteuropa; eingeladen sind ferner : Rossana Rossanda, Andre Gunder Frank, Tariqu Ali, Karl-Heinz Roth und Peter Paul Zahl,

Samstag, 12.Dez.'81 Tagsüber treffen sich über zwanzig Arbeitsgruppen. Am Abend findet eine politische Kulturveranstaltung statt mit anschließendem Fest.

Sonntag, 13.Dez.'81 Ab Mittag beginnt ein großes Wagnis : Der Versuch einer Plenumsdiskussion der Arbeitsgruppen, Referenten und den eingeladenen Delegationen der Befreiungsbewegungen.

Am 2. Tag (12.12.'81) der "Internationalismus–Tage" werden Arbetisgruppen stattfinden. Die Arbeitsgruppen werden nicht von einer zentralen Gruppe getragen, sondern von Komitees, Individuen und Intitativen, die zu dem Thema schon länger arbeiten. Die Komitees, Gruppen bereiten die AG's autonom vor, können Referenten einladen, sollten die Finanzierung möglichst selbst tragen können. Inhalt und Gestaltung der AG's liegt voll in der Verantwortung der organisierenden Komitees und Inis !!

Späte Triumphe der »KPD«

Gibt es ein Leben nach dem Tode? Darüber streiten sich Wissenschaft und Theologie noch immer. Nachprüfbare Tatsache ist jedenfalls: Anfang März 1980 erklärte die „KPD" öffentlich ihre Auflösung. Heute, über 20 Monate danach, ist der politische Einfluß der „KPD"-Ideen größer als jemals in der Zeit der formalen Existenz der „KPD". Solange die „KPD" als förmliche Organisation existierte, hat sie es nie vermocht, für ihre an der chinesischen „Theorie der drei Welten" orientierten Thesen Bündnispartner im linken Spektrum zu finden. Erst die erklärte Auflösung als Organisation hat den heute zu registrierenden Einzug der alten „KPD"-Ideen in die Friedensbewegung und in die Grüne Partei möglich gemacht, weil sie mit einem Schlag die Angstschwelle vor der „leninistischen Kaderorganisation" beseitigte. Somit erweist sich die formale Auflösung der „KPD" als klügster Schachzug in der Geschichte dieser Partei.



Die „Theorie der drei Welten"

Um die durch die erklärte Auflösung der KPD vernebelten Zusammenhänge etwas deutlicher zu machen, ist ein kleiner Rückblick auf deren „strategische Zielsetzung" unvermeidlich. Grundlage der KPD-Strategie war die von der KP Chinas übernommene sogenannte „Theorie der drei Welten". Dieses theoretische Gerüst wurde von der chinesischen KP in den Jahren 1974-77 entwickelt und weiterentwickelt. Die KPD übernahm diese Thesen seit dem Frühjahr 1975 und importierte von da an auch brav alle Weiterentwicklungen und Verschärfungen dieser Theorie durch die KP Chinas. In einer 1977 von der chinesischen Parteipresse publizierten Version besagt die „Theorie der drei Welten": Die Länder des Erdballs sind in drei Kategorien („Welten") zu unterscheiden. Die beiden „Supermächte" (Sowjetunion und USA) bilden die „1. Welt"; von der „Rivalität" zwischen diesen beiden Mächten geht aktuell die „Hauptkriegsgefahr" aus. Die USA sind dabei die „absteigende", in der Defensive befindliche Supermacht, während die Sowjetunion die „aufsteigende", offensive, aggressiv-expansionistische Supermacht ist. Die Sowjetunion ist darum „die gefährlichere Supermacht" und „die Hauptquelle eines neuen Weltkrieges". – Die „kleinen und mittleren" Industrienationen, insbesondere die Staaten Europas und Japan, bilden die „2. Welt". Asien, Afrika und Lateinamerika sind die „3. Welt". Die 3. Welt gilt als „Hauptkraft im Kampf gegen die beiden Supermächte, besonders gegen den sowjetischen Sozialimperialismus". Die „2. Welt" befindet sich in einem komplizierten Widerspruch, weil sie einerseits selbst von den Supermächten unterdrückt und ausgebeutet wird, aber andererseits immer noch Tendenzen zur Unterdrückung von Ländern der 3. Welt hat. Die „Haupttendenz" bei diesem Widerspruch ist der Zusammenschluß von „2. Welt" und „3. Welt" gegen den gemeinsamen Hauptfeind.

Gemäß dieser Doktrin unterstützte die chinesische Regierung (und folglich auch die KPD) beispielsweise den Ausverkauf Sadats an den Westen, die blutige Unterdrückung der Linken im Sudan, den Völkermord Pakistans in Bangla Desh, die französische Intervention in Zaire (ehem. Kongo), den Kampf der pro-westlichen FNLA und UNITA gegen die Unabhängigkeit Angolas ...

Von Anfang an hatte die chinesische „Theorie der drei Welten" eine starke Tendenz, die Rolle der Sowjetunion als „Hauptfeind" zu verabsolutieren und daraus die Notwendigkeit einer Einbeziehung der USA in eine antisowjetische „internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus" herzuleiten. Zusammenfassend formulierte Deng Hsiao-ping diese neue Variante der alten Theorie anläßlich seines Besuchs in den USA Anfang 1979. Mit dem Überfall auf Vietnam lieferte China unmittelbar nach Dengs Rückkehr aus den USA auch das praktische Exempel für seine Thesen. Deng sagte in den USA: Der eigentliche Kriegsbrandstifter sei die Sowjetunion. Für die USA hingegen gebe es aktuell keinen Grund und keine Notwendigkeit, einen Krieg zu führen. Die USA, Westeuropa, Japan und China sollten sich zusammenschließen, *„um den Polarbären zu bändigen"* und um *„dem sowjetischen Hegemonismus gemeinsam entgegenzutreten"*. „Wo immer die Sowjetunion ihr Unwesen treibt, dort müssen wir sie behindern. Ihre Versuche zur Unruhestiftung müssen weltweit vereitelt werden" (zit. nach „Peking Rundschau", 6/79). Inzwischen haben Reagan und seine Palladine diese Textvorgabe von Deng Hsiao-ping wörtlich übernommen. Gemeint ist damit in erster Linie die militärische Eindämmung von Befreiungsbewegungen. Das entspricht vollständig dem Verständnis von Deng Hsiao-ping, denn dieser forderte von den USA schon damals unverhohlen, Kuba „eine Lehre zu erteilen" und im Iran – wo gerade die Entscheidungsschlacht gegen das Schah-Regime tobte – „effektive Maßnahmen zu ergreifen" (nach „FAZ", 28.2.79, und „Peking Rundschau" 7/79).

Kommentar der KPD zum chinesischen Überfall auf Vietnam: China habe damit *„einen konkreten Beitrag zur Sicherung des Friedens in Asien geleistet"* („Rote Fahne", 8.3.79).

Gegen Entspannung und Neutralität

Gemäß den Vorgaben aus Peking sah die KPD ihre Hauptaufgabe darin, „Verteidigungsbereitschaft" gegen die Sowjetunion zu predigen, für verstärkte Aufrüstung der Bundeswehr und der NATO zu werben und die entspannungspolitischen Ansätze der sozialliberalen Koalition als Kapitulation vor Moskau unermüdlich zu geißeln. Hierfür ein paar anschauliche Beispiele:

– In der „Roten Fahne" (Zentralorgan der KPD) vom 18.1.78 lautete die Schlagzeile „SPD-Politik begünstigt Moskauer Spionage!". „Entwürdigende Unterwürfigkeit", „Kniefall vor Moskau", „amerikanisch-atlantische bzw. russisch-'internationalistische' Gehirnwäsche" mögen als Textbeispiele den Geist der Ausführungen veranschaulichen. Selbst der CDU/CSU wurde „Duldung und Förderung der sowjetischen Fremdherrschaft" vorgeworfen. In derselben Ausgabe wurden Wahlerfolge der italienischen KP als *„erheblicher Fortschritt für die Sozialimperialisten in ihren Vorherrschaftsbestrebungen in Europa"* kommentiert.

– „Die Deutschland- und Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung ist ein einziges Zugeständnis an den Hegemonialanspruch der Supermacht Sowjetunion. Die Politik der Beschwichtigung und des Nachgebens gegenüber den Expansionsbestrebungen der Sowjetunion ist nicht nur gegen die Wiedervereinigung gerichtet, sondern bedeutet auch eine Gefahr für die Unabhängigkeit und Freiheit aller Völker Europas" („Rote Fahne", 15.3.78).

– In der „Roten Fahne" vom 14.6.78 mußte sich sogar F.J. Strauß *„Liebedienerei gegenüber Breschnew"* vorwerfen lassen. Und von den Generälen der Bundeswehr hieß es, sie seien *„eifrig bemüht, die Blitzkriegsstrategie der Sowjetunion wegzuleugnen"*.

– In der „Roten Fahne" vom 6.9.78 rechnete die KPD gründlich mit den *„gefährlichen Wegen der SPD-Ostpolitik"* ab. Im Zentrum der Angriffe stand Egon Bahr, dem vorgeworfen wurde, er sei in Spionage- und Agentengeschichten verwickelt und sei der Drahtzieher finsterer Pläne, „die die BRD in noch stärkere Abhängigkeit von der Sowjetunion bringen würden".

Was die Wut der KPD erregt hatte, waren in erster Linie zaghafte Überlegungen aus SPD-Kreisen über die Schaffung einer neutralen Zone in Europa. Dazu schrieb die „Rote Fahne" vom 6.9.78: „Angesichts des Übergewichts der Sowjetunion in Europa wäre die Neutralität rein formal ... Unter den gegebenen Machtkonstellationen in Europa müßte dieser Plan Bahrs auf ... eine selbst herbeigeführte Auslieferung der BRD und Westberlins an die Sowjetunion hinauslaufen". Damit sei aber „die gesamte Gefährlichkeit dieses Konzepts noch nicht erfaßt ... Denn hat die Sowjetunion nicht nur die DDR, sondern ganz Deutschland unter ihrem Einfluß, hat sie gegenüber dem US-Imperialismus die besten Voraussetzungen, um ganz Europa unter ihre Herrschaft zu bringen ..."

– Zum selben Thema argumentierte die „Rote Fahne" vom 12.4.79: „Die Auflösung der NATO oder den Austritt der Bundesrepublik aus ihr zu fordern, ohne die Frage der Verteidigung Westeuropas gegen den sowjetischen Hegemonismus aufzuwerfen ..., bedeutet subjektiv bestenfalls Realitätsferne, objektiv Unterstützung der sowjetischen Hegemonialpolitik. Die eigentliche Frage ist nicht: NATO ja oder nein, mit oder ohne Amerika, sondern: Soll sich Europa gegen den sowjetischen Hegemonismus verteidigen ... Militärpolitisch bedeutet dies: Orientierung auf eine starke eigenständige und gemeinsame europäische Verteidigungsstrategie ... Im Rahmen der NATO alle Ansätze für eine wirksame europäische Verteidigung und gegen Entwaffnungspolitik zu unterstützen, sowie die Interessen der USA an einem nicht-sowjetischen Westeuropa für die Interessen Europas zu nutzen."

– Daß die KPD sich auch zur NATO-„Nachrüstung" positiv stellt, läßt sich nach alledem vermuten. Und in der Tat! Am 3.5.79 – also noch einige Monate v o r der förmlichen Beschlußfassung der NATO – schrieb die „Rote Fahne" nach einer gespenstischen Schilderung der Gefahr aus dem Osten: „Die NATO steht daher vor der Notwendigkeit, eine gegen die SS 20 einsatzfähige Mittelstreckenrakete zu entwickeln. Eine sowjetische Propagandakampagne gegen die Entwicklung einer solchen Rakete und ihre Stationierung in der Bundesrepublik hat schon begonnen."

– In der „Roten Fahne" vom 18.10.79 wurde die Auffassung bekräftigt, *„daß – zunächst im Rahmen der EG – eine unabhängige europäische Verteidigungsstreitmacht aufgebaut werden muß."* Dabei müsse mit den USA *„zusammengewirkt"* werden. In der Bevölkerung der BRD müsse der *„Gedanke eines gerechten Befreiungskrieges"* gegen die Sowjetunion *„verankert"* werden. Chinas Überfall auf Vietnam sei „eine Lektion, von der auch Europa lernen muß: nicht zurückweichen, sondern sich dem Aggressor in den Weg stellen."

Taktikwechsel der KPD

Es ist bezeichnend, daß in den Auseinandersetzungen 1979/80, die schließlich zur Auflösungserklärung der KPD führten, die zitierte strategische Zielsetzung der KPD kaum eine Rolle spielte. Im Gegenteil herrschte allgemeine Übereinstimmung, daß gerade der Bruch mit dem „traditionellen Antiimperialismus" und das „Aufwerfen der nationalen Frage" die wesentlichen bleibenden Verdienste der KPD gewesen seien. Wolfgang Kaiser (damals KPD-Chef in Westberlin und einer der Sprecher der „Undogmatischen" in der KPD, heute einflußreich in der AL Westberlin) formulierte das so: *„Die Eierschalen der Realanalyse der 60er Jahre bringen uns heute nicht weiter; dies gilt für andere Teile der Linken fast mehr als für uns. Was bringt das Klammern an bloße Anti-US-Arbeit im antiimperialistischen Kampf – Hilflosigkeit angesichts Indochinas. Die fortdauernde Beschönigung sowjetischer Hegemonialpolitik und der DDR-Verhältnisse bringt nur Mißtrauen der Bevölkerung, zu Recht, und bringt keine neue Qualität der Politik; die nationale Frage im europäischen Zusammenhang nicht aufzugreifen, die Blockentspannung zu akzeptieren, kann eine realpolitische Analyse eben nicht hervorbringen..."* („radikal", 23.11.79). Die Ausführungen Kaisers demonstrieren überdies das – inzwischen sichtlich erfolgreiche – Bestreben der KPD, ihre vaterländischen Thesen als kühnen Bruch mit dem Leninismus und undogmatische Pionier-Tat zu vermarkten. Das schafft Nähe zu anderen Undogmatischen, die in der Vergangenheit erbitterte Feinde der KPD waren, solange diese noch ein bißchen streng nach Leninismus und Kaderpartei roch.

Eine wichtige „Selbstkritik" vollzog die KPD allerdings noch kurz vor ihrer Auflösungserklärung. Das betraf ihre Haltung zur Entspannung. Bis dahin hatte die KPD das ganze Problem einfach als „Kapitulation vor Moskau" und „Kniefall vor dem sowjetischen Sozialimperialismus" eingeordnet. Dazu hieß es in der „Roten Fahne" vom 24.1.80: Die Entspannungspolitik habe trotz aller beschriebenen Nachteile immerhin einiges an 'menschlichen Erleichterungen' gebracht. Dadurch sei bei der Mehrheit der Bevölkerung eine positive Haltung zur Entspannungspolitik entstanden. Die KPD habe den Fehler gemacht, dieses Bewußtsein der Bevölkerung einfach zu ignorieren. Es gehe stattdessen darum, den Entspannungsbegriff *„mit positivem Inhalt zu füllen"*. Nämlich: *„Der Hauptstoß der Entspannungspolitik"* müsse gegen die Sowjetunion gerichtet werden. „Eine globale Konzeption der Entspannung hat zur Voraussetzung die koordinierte Aktion gegen den Hegemonismus (parteichinesisch für: Sowjetunion – Anm. AK), der die grundlegenden Ziele dieser Entspannungspolitik mit Füßen tritt."

Dem Inhalt nach ist das überhaupt nichts anderes als die seit Anfang 79 von der KP Chinas gepredigte „internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus". Was an dieser „Selbstkritik" aber sichtbar wird, ist eine flexible Bereitschaft der KPD, sich nötigenfalls auch populärer Begriffe zu bedienen, um der alten strategischen Zielsetzung näherzukommen.

Eine nüchterne Bilanz der KPD-Politik demonstriert, daß diese Partei sich jedesmal isoliert hat, wenn sie den Versuch unternahm, die Lehren aus Peking pur und ungefiltert in die

Fortsetzung nächste Seite

So sehen's die Chinesen

Zur pazifistischen Bewegung in der BRD

Eine große pazifistische Bewegung entwickelt sich in einigen westeuropäischen Ländern, und sie ist besonders stark in Westdeutschland...

Unter denjenigen, die Massendemonstrationen und Umzüge organisiert haben, befinden sich Pazifisten, religiöse Führer und wichtige Persönlichkeiten der regierenden Sozialdemokratischen Partei, der Freidemokratischen Partei und anderer Parteien...

Die Gründe für den Aufschwung der pazifistischen Bewegung in Westdeutschland sind sehr kompliziert. Das Volk von Westdeutschland, das unter zwei Weltkriegen zu leiden hatte, fürchtet, daß sein Land in eine neue schreckliche Katastrophe verwickelt werden könnte. Man schätzt, daß die Anzahl der in Westdeutschland gelagerten Atomwaffen auf 6000 steigen wird. Wenn ein Krieg ausbricht, wird Westdeutschland davon zuerst betroffen werden. Daher haben die Menschen in Westdeutschland eine wachsende Furcht vor einem möglichen Krieg. Die öffentliche Meinung des Westens glaubt, daß die Sehnsucht des westdeutschen Volkes nach Frieden verständlich ist. Zudem steht Westdeutschland vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und die Arbeitslosenrate ist seit Jahresanfang beständig gestiegen. Das Staatsbudget steht vor großen Defiziten. Dadurch ist die Regierung gezwungen worden, die Sozialausgaben zu reduzieren. Unter solchen Umständen sind die Menschen im Land gegen eine Steigerung des Militärhaushalts...

Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß Moskaus Propaganda und seine Anstrengungen, einen Keil zwischen die USA und Westeuropa zu treiben, Öl in die Flammen gegossen haben. Moskau stationiert in raschem Tempo eine große Zahl von SS 20-Raketen gegen Europa; jede Woche kommt eine Rakete hinzu. Zugleich hat Moskau Truppen für eine beispiellos große Militärübung an der Ostsee eingesetzt. Währenddessen tut Moskau so, als wolle es am Frieden festhalten, und hat die Einrichtung verschiedener atomwaffenfreier Zonen in Europa vorgeschlagen. Es hat einen Köder ausgelegt, indem es behauptet, die Sowjetunion erwäge, ihre Atomwaffen aus einigen Teilen ihres Landes abzuziehen. Zugleich hat die Sowjetunion auch ständige Drohungen ausgestoßen, indem sie die westeuropäischen Nationen warnte, sie würden zum Ziel von Atomwaffen, falls Lenkraketen der USA auf ihrem Gebiet stationiert würden.

Einige Pazifisten und Neutralisten in Westeuropa haben seltsame Illusionen. Sie glauben, daß die aggressiven sowjetischen Expansionspläne nur durch Verhandlungen durchkreuzt werden können.

Die Sowjetunion macht wohlüberlegten Gebrauch von der Kriegsfurcht der Menschen in Europa, um eine Friedensoffensive nach der anderen zu führen.

Der westdeutsche Kanzler Schmidt widerspricht den pazifistischen Vorstellungen. Er hat wiederholt betont, daß der Westen nicht einseitig abrüsten dürfe. Er sieht die pazifistische Bewegung als handliches Instrument für die Sowjetunion, weil sie offensichtlich ihren Hauptstoß gegen die Politik der NATO und der Bonner Regierung richtet. Sowohl Schmidt wie auch der christdemokratische Führer Kohl sind gegen diese einseitige pazifistische Bewegung...

Entsprechend der herausragenden Rolle Westdeutschlands in der NATO, wird sich die pazifistische Strömung in Westdeutschland unvermeidlich auf andere westeuropäische Nationen auswirken. Deshalb sind die US-Regierung Reagans und die NATO äußerst besorgt über die pazifistische Bewegung in Westdeutschland. Sie befürchten, daß der Trend gegen Atomwaffen in Europa die Stationierung von neuen Atomwaffen in Westeuropa gefährden könnte. Der Besuch von US-Staatssekretär Haig in Westdeutschland soll dazu dienen, am Vorabend der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Begrenzung der Atomwaffen engere Beratung zu suchen. Andererseits soll damit auch eine Gegenoffensive gegen die antiamerikanische Propagandakampagne der Sowjetunion gestartet werden...

Im September veröffentlichte die französische Zeitung „Le Figaro" einen Artikel, in dem die derzeit in Europa herrschende pazifistische Bewegung kritisiert wurde. Dort hieß es: "Auch wenn sich die pazifistische Bewegung über ganz Westeuropa ausgebreitet hat, kann sie nicht die öffentliche Meinung repräsentieren... Gegenwärtig erregt die pazifistische Bewegung in Westdeutschland mehr und mehr Beunruhigung im In- und Ausland...".

(Radio Peking, 23.10.81; übersetzt nach SWB, 26.10.81)

Forts. v. voriger Seite

politischen und sozialen Bewegungen zu tragen. So erging es der KPD beispielsweise mit ihren Versuchen, Verständnis für das bundesdeutsch-brasilianische Atomgeschäft oder für die Atompläne Chinas zu wecken. Und so erging es der KPD auch mit sämtlichen Versuchen, frei heraus für Bundeswehr, NATO und westeuropäische Atomstreitmacht zu werben.

Aus diesen bitteren Erfahrungen haben sich mit der Zeit – und verstärkt seit der formalen Auflösung im Frühjahr 1980 – Agitationsschwerpunkte ergeben, mit denen die KPD an die Ziele ihrer antisowjetischen Strategie h e r a n z u k o m m e n versucht, die also dem Verständnis der KPD nach notwendige Zwischenschritte sind. Die wichtigsten dieser Agitationsschwerpunkte sind:

1. **Das „Aufwerfen der nationalen Frage“, in welcher Form auch immer.** Wichtig ist dabei aus Sicht der KPD, den „Hauptstoß“ gegen die Sowjetunion zu richten, die als Hauptverantwortlicher für das Fortbestehen der „deutschen Spaltung“ anzuprangern ist.
2. **„Wachsamkeit gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus“.** Die Sowjetunion ist als eine Militärmacht darzustellen, die dem versammelten Westen zumindest gleichwertig, wenn nicht sogar massiv überlegen ist. Alle Gefühle in der Bevölkerung, unschuldigerweise von den bösen Russen bedroht zu sein, sind nach Kräften anzuheizen. Wo das nackte statistische Material für Behauptungen über eine militärische Überlegenheit der Sowjetunion nichts hergibt, wird gefälscht oder auf Allgemeinplätze abgelenkt.
3. **Aufbau von „Verteidigungsbereitschaft“.** Jeder noch so bescheidene und halbherzige Ansatz, der von einer Bedrohung der BRD durch die Sowjetunion und von der prinzipiellen Notwendigkeit einer militärischen Verteidigung dagegen ausgeht, ist zu unterstützen. Die KPD bevorzugt natürlich „alternative Verteidigungsmodelle“, die eine Anbindung an die USA und deren Atomwaffen nicht gänzlich ausschließen (z.B. Afheldt), ermutigt aber notfalls auch bescheidenere Vorstellungen. Für die KPD geht es in erster Linie um das P r i n z i p (Anerkennung der Logik Bedrohung/Verteidigung), und nur sekundär um die Details irgendwelcher „Modelle“, die ohnehin allesamt unrealistisch sind.
4. **Unterstützung der von der Sowjetunion „unterdrückten“ Länder der 3. Welt.** Nachdem alle Versuche für eine Kampuchea-Kampagne sehr unglücklich verlaufen sind (aufgrund der früheren Mordpolitik des Pol-Pot-Regimes), steht jetzt Afghanistan im Vordergrund.
5. **Unterstützung der „Opposition in Osteuropa“.** Dabei geht es der KPD vor allem darum, die Ablehnung des „realsozialistischen“ Systems zu verstärken und damit der Furcht vor einem militärischen Angriff der Sowjetunion weiteren Stoff zuzuführen.

Eine stolze Bilanz

Die Erfolgsbilanz der KPD-Ideen seit der formalen Auflösung der Partei ist selbstverständlich nicht allein und nicht einmal in erster Linie der Cleverness und Agilität der KPD-Kader zuzuschreiben. Die KPD-Ideen wären bedeutungslos geblieben, wenn ihnen nicht eine reale Strömung in der Friedensbewegung, bei anderen demokratischen Kräften usw. zugute gekommen wäre. Die Bereitschaft, „die nationale Frage aufzuwerfen“, hat weithin zugenommen (siehe Unterzeichnerkreis zum Havemann-Brief!). Ebenso wächst die Bereitschaft, sich von den Russen bedroht zu fühlen und sich Sorgen um „unsere Verteidigung“ zu machen.

Diese Entwicklungstendenz haben sich die KPD-Kader nicht aus ihrem eigenen Kopf erschaffen, aber sie haben ihr kräftigst nachgeholfen.

Es war beispielsweise ausgerechnet die Zeitschrift „Befreiung“, die der KPD zeit ihres Bestehens mehr als nahegestanden hatte, die zuerst in der BRD die „Exterminismus“-These von Thompson publizierte und die auch bei der Fortführung der Debatte zu diesem Thema eine wichtige Rolle spielte. Die „Exterminismus“-These hat das Verdienst, die Gleichsetzung von USA und Sowjetunion theoretisch zu begründen. Sie diente darüber hinaus als ein theoretisches Vehikel für den eng mit ihr verbundenen Aufruf der Russell Peace Foundation zu einem atomwaffenfreien Europa.

Der Text der Russell Peace Foundation wurde sowohl von „undogmatischen Sozialisten“ als auch von den „ML“ern (KBW, KPD-Kader) als günstige Alternative gegen den ihnen höchst mißliebigen Krefelder Appell begriffen. Wichtig ist ihnen dabei nicht die vorerst sowieso wenig realitätsträchtige Forderung nach einem atomwaffenfreien, blockfreien Europa, sondern die suggerierte Gleichsetzung zwischen NATO-„Nachrüstung“ und sowjetischen SS-20-Raketen.

Verschärft findet sich diese Gleichsetzung wieder im Aufruf von Grünen, BBU, AL Westberlin u.a. zur Anti-Breschnew-Demonstration am 22.11. Zum Zustandekommen dieser Demonstration haben gewiß viele Faktoren beigetragen, aber es bleibt festzuhalten, daß die erste förmliche Initiative zur Demonstration vom Kreisverband Dortmund der Grünen ausging, der stark von KPD-Kadern beeinflußt ist. Zweimal bei früheren Gelegenheiten, 1973 und 1978, sind die „ML“er mit ihren Anti-Breschnew-Demonstrationen unter sich geblieben. Welche Faktoren haben sich seither so entscheidend verändert? Hat die sowjetische Bedrohung etwa seit 1978 so schrecklich zugenommen – oder ist es nicht eher die massierte antisowjetische Propaganda und die Fluten manipulierter „Informationen“, die seither enorm zugenommen haben und jetzt ihre Wirkung zeigen?

Der größte Triumph der „ML“er und der Rechten liegt noch nicht einmal im bloßen Zustandekommen der Anti-Breschnew-Demonstration von Grünen etc., sondern in der Durchsetzung der Gleichung „NATO-Nachrüstung = SS 20“. Wer diese Gleichung macht, kann ruhig hundertmal beteuern, daß er nicht an eine Vorrüstung der Sowjetunion glaube. In einem Zuge – also offenbar doch als g l e i c h w e r t i g e Abrüstungsleistungen – den Verzicht auf die NATO-„Nachrüstung“ und die Verschrottung aller sowjetischen Mittelstrecken-Raketen zu fordern, macht nur Sinn, wenn man von einer sowjetischen Vorrüstung ausgeht, die durch einseitige Abrüstung der Sowjetunion korrigiert werden muß. Das ist die Argumentation der NATO. Diese Argumentation wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Legitimationsgrundlage sein, um ab 1983 mit der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa zu beginnen. Daß sich Teile der Friedensbewegung diese Argumentation zu eigen machen, ist für die NATO-Strategen nicht unwichtig, denn es trägt ihre Argumentation auch in Teile der Bevölkerung, wo man den Herrschenden keinen Glauben mehr schenkt. Daß dies so geschehen konnte, ist nicht zuletzt auch das Verdienst von alten KPD-Kadern. Diese „Verdienste“ finden ihre öffentliche Anerkennung, indem der Bundesvorstand der Grünen einen KPD-Kader als Sprecher auf der Anti-Breschnew-Veranstaltung am 22.11. in Bonn delegierte.

Zur Erfolgsbilanz der KPD-Kader gehört ferner die Aufnahme einer im reinsten „ML“-Jargon formulierten antisowjetischen Passage in das „Friedensmanifest“, das auf dem Parteitag der Grünen, Anfang Oktober, beschlossen wurde. Diese Passage enthielt u.a. die Behauptung, die Sowjetunion habe in den letzten Jahren mittels eines gigantischen Nachrüstens auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen mit den USA gleichgezogen (blanker Blödsinn!), sowie eine Kennzeichnung der SS 20 als sowjetische Vorrüstung, die nun leider „Gegenmaßnahmen“ der NATO begünstige. Übernommen wurde die antisowjetische Passage des „Friedensmanifests“ aus einer Textvorlage des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, der Hochburg alter KPD-Kader in der Grünen Partei. Wer sich in der Materie ein bißchen auskennt, wird die Herkunft der These, die Sowjetunion habe „bei den strategischen Atomwaffen mit den USA gleichgezogen“, leicht identifizieren können: Sie stammt aus der „Peking Rundschau“. R e a l weisen alle ernstzunehmenden Statistiken einen erheblichen Vorsprung der USA auf diesem Gebiet nach. Witzigerweise hebt das „Friedensmanifest“ der Grünen an anderer Stelle sogar den großen militärischen Vorsprung des Westens in allen wesentlichen Bereichen hervor. (Ob das „Friedensmanifest“ in der vom Parteitag verabschiedeten Version publiziert wird oder ob nachträglich noch einige Punkte korrigiert werden, ist immer noch unentschieden. Endgültig soll sich die nächste Bundeshauptausschuß-Sitzung der Grünen mit dem Text befassen.)

Die Entwicklung widerlegt alle, die sich der Illusion hingegeben haben, die formale Auflösung der KPD hätte das Scheitern der chinesisch inspirierten Vaterlandsverteidigung erwiesen. Gescheitert ist nur der interessante Versuch, Vaterlandsverteidigung und linksradikalen Revolutionarismus miteinander zu verbinden. Der Revolutionarismus ist bei diesem Experiment auf der Strecke geblieben. Aber die Vaterlandsverteidigung lebt und hat noch eine große Zukunft vor sich.

Kt., Hamburg

SPD-Parteiausschlüsse: Benneter, Hansen — Jetzt Coppik?

1977 wurde der damalige Juso-Vorsitzende U.Benneter aus der SPD ausgeschlossen, weil er sich geweigert hatte, einen Vorstandsbeschluß zu akzeptieren, der gemeinsame Aktionen der Jusos mit dem Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit (Kofaz) verbot.

1981 wurde gegen Karl-Heinz Hansen, engagierter „Nach“rüstungsgegener in der SPD, ein Ausschlußverfahren angestrengt; die endgültige Bestätigung des Rauswurfs soll im Dezember erfolgen. Hansen hatte sich den Zorn seiner Oberen durch harte Kritik am Rüstungskurs des Kanzlers zugezogen („Kündigt den Nachrüstungsbeschluß!“ in „konkret“, 2.81). Ein weiterer Kritikpunkt waren die undemokratischen Zustände in der Partei. So warf er Schmidt „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk“ vor und kritisierte den Bonner Sparkurs, der bereits das Stadium „schlichter politischer Schweinereien“ erreicht habe. Besonders aufgebracht hatte die SPD-Führung, daß Hansen trotz mehrmaliger „Ermahnungen“ seine abweichenden Auffassungen weiterhinöffentlich vortrug. Sogar im Bundestag trat er gegen die eigene Partei an und stimmte in Einzelfällen gegen die eigene Fraktion. Für SPD-Abgeordnete ist dies eine der „Todsünden“ und auch für die SPD-„Linke“ keineswegs eine selbstverständliche Handlungsweise. (s.AK 210, SPD-Linke und Nachrüstung)

Nächster „Prominenter“ auf der Abschußliste des Vorstands ist nun Manfred Coppik. Aus Sicht der SPD-Führung dürfte Coppiks Sündenregister kaum hinter dem Hansens zurückstehen:

- Bereits im Februar würdigte Schmidt ihn in seinem Katalog der *„Reizwörter Brokdorf, Rüstungsexport, Nachrüstung, Verteidigungsetat oder Namen wie Hansen, Coppik sowie Eppler, die versuchten, ihn in seiner Handlungsfähigkeit einzugrenzen, ihm die Richtlinienkompetenz abzusprechen, ihn fortgesetzt angreifen und beleidigen zu wollen“* („Göttinger Tageblatt“ (GT), 13.2.).
- Als im Mai nach der USA-Reise Schmidt s der „Nach“rüstungsbeschluß nochmals ausdrücklich vom Parlament bestätigt wurde, gehörte Coppik zu den sechs „Nein-Sagern“.
- Anfang Juni lehnt Coppik zusammen mit den SPD-Abgeordneten Schöfberger und Meineke des Etat des „Verteidigungs“ministeriums ab. Hansen, Thüsing und ein weiterer SPD-Abgeordneter enthielten sich lediglich der Stimme. In der Debatte hatte Coppik mit scharfen Worten kritisiert, daß die für die gesamte „Linke“ von Duve gehaltene Rede auf 5 Minuten begrenzt worden war.
- Bei der Diskussion über die „Türkei-Hilfe“ wollten die „Linken“ einen Antrag auf Sperrung der Gelder einbringen. Mit massivem Druck gelang es dem Vorstand, die meisten der 20 Unterzeichner zum Verzicht auf den Antrag zu zwingen. *„Blieben nur Hansen und Coppik. Letzterer wurde mit regelrechten Psychoterror weichgeknetet, als er von der Bafög-Veranstaltung zurückkam. Und auch das lasten die Genossen ihm an, daß er nicht der Demonstration den Rücken gekehrt hat, um sich von der Fraktion auf Linie pressen zu lassen. Coppik hielt durch. Trotz Androhung von Schlägen vertrat er abends im Plenum seinen Antrag“* („Neue“, 5.6.81).

Am Nachmittag hatte er auf der Bafög-Demonstration gesagt: *„Haben wir Strauß gestoppt, um mit Reagan und Schmidt eine Politik zu machen, die wir von Strauß gefürchtet haben?“* Es sei notwendig, eine Fundamentalopposition gegen diese Art von Politik zu machen („Neue“, 5.6.81).

Bereits im Juni hatten über 100 SPD-Abgeordnete eine Fraktionssondersitzung verlangt, auf der über das geschlossene Auftreten der Fraktion im Bundestag diskutiert und beschlossen werden sollte. Anlaß für diese Forderung war *„das Auftreten einiger Bundestagsabgeordneter in den Plenardebatten des Bundestages sowie das ‚widersprüchliche Bild,‘ das durch Presseverlautbarungen, Anträge und Unterschriftenaktionen von der Fraktion in der Presse vermittelt werde“.* Angestrebt sei von den „Kanalarbeitern“ eine *„Disziplinierung einer Reihe von linken Abgeordneten, von denen bekannt ist, daß sie der Regierungspolitik in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses kritisch ge-*

Fortsetzung nächste Seite

aus: FR, vom 21.11.81

Im Wortlaut:

„Weder unverzüglich noch . . .“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik lehnt es ab, seinen „Brief an tausend Freunde“ zurückzuziehen. Er lehnte eine entsprechende Forderung des SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz ab. Coppik hatte in dem Brief Klage über die schwindende Attraktivität der SPD für junge Leute, Linke und für verschiedene Gruppen beklagt und die Frage nach einer neuen Organisationsform für die Linke in der SPD, der Linken überhaupt sowie der Friedens- und der ökologischen Bewegung aufgeworfen. Wir veröffentlichen den Wortlaut des Schreibens Coppiks.

Lieber Peter Glotz,

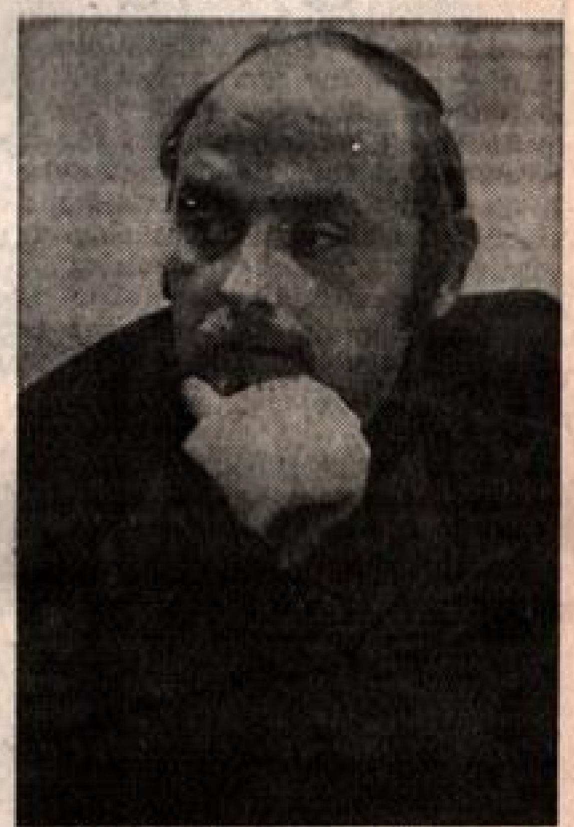
Deinen Brief vom 13. 11. 1981, in dem Du mich um eine Antwort bis zum 23. 11. „ersuchst“, habe ich aufmerksam gelesen. Wenn ich Dich richtig verstehe, ist der Kernvorwurf, den Du erhebst, mit Deinem Satz umschrieben: „Die öffentliche und unverhüllte Aufforderung, gerichtet u. a. auch an Sozialdemokraten, die ‚Organisationsfrage‘ zu diskutieren, ist mit der inneren Ordnung der Partei aber nicht zu vereinbaren.“

Ich kann dieser Deiner Auffassung nicht folgen. Die Frage, ob und warum man in einer Partei mitarbeiten sollte, ist selbstverständlich diskussionsfähig und diskussionswürdig. Es tut mit leid, daß Du die SPD als eine Partei ansieht, zu deren „inneren Ordnung“ es gehört, nicht darüber nachzudenken oder gar zu sprechen, warum man in der Partei ist. Ich kann das nur so verstehen, daß Du Grund hast, Dich vor den Ergebnissen eines solchen Nachdenkens zu fürchten. Eine Partei, die nicht nur eine große Tradition hat, sondern auch in der Lage ist, ihre gegenwärtige Politik offensiv zu vertreten, kann eigentlich nur froh sein, wenn öffentlich die Frage diskutiert wird, ob es sich lohnt, in ihr aktiv mitzuarbeiten.

Dein Hinweis, meine Fragen seien durch den von Dir zitierten Satz aus dem Godesberger Programm beantwortet, ist absurd. Auch ich bin vor über zwanzig Jahren auf der Grundlage u. a. dieses Satzes in die SPD eingetreten. Nur sehe ich, daß aufgrund der Politik der SPD-geführten Bundesregierung die SPD immer weniger Sozialisten in ihren Reihen „willkommen heißen“ kann. Gerade darüber mache ich mir Gedanken und das solltest Du als Bundesgeschäftsführer auch.

Im übrigen wäre etwas mehr Redlichkeit beim Zitieren gut. Wenn Du mir schon vorwirfst, ich sei dafür, daß die Friedensbewegung, die ökologische und eine soziale Bewegung zusammenfinden, dann solltest Du den nachfolgenden Satz, der sich überhaupt erst mit der „Organisationsfrage“ befaßt, nicht unterschlagen. Er lautet: „Nur, in welcher Form und wie die kooperieren und was für Organisationsschlußfolgerungen sich daraus ergeben, das ist die Frage, die ich nicht beantworte, sondern stelle.“

Nur mit Schmunzeln kann ich zur Kenntnis nehmen, daß Du einen Kommentar der „Taz“ als verbindliche Würdigung meiner Äußerungen verkündest. Wenn ich die Kommentare der „Taz“ zur SPD-Politik genauso interpretieren wollte, hätte mein Brief sicher noch ganz anders lauten müssen. Du mußt Dich schon an meinen Text halten.



Manfred Coppik

Kurzum, ich werde Deinem Ansinnen, meinen Brief „unverzüglich öffentlich zurückzuziehen“, weder unverzüglich noch überhaupt Folge leisten, sondern mit der gebotenen Gründlichkeit den von mir aufgeworfenen Fragen nachgehen.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Coppik

Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Offenbach unterstützte das Schreiben Coppiks an Glotz. Coppik ist Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises 142 (Offenbach). Nachstehend Auszüge aus einer entsprechenden Erklärung.

1. Der Unterbezirksvorstand unterstützt das Antwortschreiben von Manfred Coppik an den Bundesgeschäftsführer Peter Glotz.

2. Der Unterbezirksvorstand stellt in Übereinstimmung mit der Willensbildung der Parteitage des Unterbezirks Offenbach-Stadt fest, daß die von unserem Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik dargestellte Kritik geteilt wird und daß die von ihm aufgeworfenen Fragen auch von uns gestellt werden.

3. Wir halten es für das entscheidende Problem unserer Partei, daß sich Ansprüche und Handeln weit auseinander entwickelt haben und sich sogar widersprüchlich darstellen. Glaubwürdigkeit als entscheidende Voraussetzung für das Vertrauen unserer Wähler läßt sich so nicht realisieren.

4. Mitglieder und Wähler, die sich für eine linke Volkspartei entschieden haben, sind zunehmend verunsichert. Die große Zahl der Reformwilligen, die der Partei den Rücken kehren, die Absage unserer Jugend an unsere Partei und die Abnahme der Wahlbeteiligung in Stammwählerbereichen sind Symptome für die Notwendigkeit veränderter sozialdemokratischer Praxis. Dagegen wird zur Zeit der Versuch unternommen, Kritiker auszugrenzen und eine Politik mit allen Mitteln staatlicher Autorität durchzusetzen, die breiten Schichten der Bevölkerung nicht mehr vermittelt werden kann. So wollen wir einen Wettkampf mit der CDU/CSU allerdings nicht verstanden wissen.

5. Der Unterbezirksvorstand ist der Auffassung, daß der Brief von Manfred Coppik einen diskussionsfähigen und diskussionswürdigen Inhalt hat. Die angesprochenen Fragen werden ohnehin in und außerhalb unserer Partei ständig diskutiert. Was aber in den Köpfen der Genosseninnen und Genossen vorgeht und in Gesprächen geäußert wird, kann mit einer schriftlichen Darlegung nicht plötzlich parteischädigend werden. Wir erwarten, daß sich unsere Partei mit den Ursachen dieser Einschätzungen auseinandersetzt. Der Brief bietet keinen Anlaß zu disziplinarischen Maßnahmen.

6. Wir forderten bereits in der Vergangenheit eine offene Aussprache mit Vertretern des Parteivorstandes und kritisierten auch deshalb ausdrücklich, daß jetzt ohne jede vorherige Diskussion mit Drohgebärden gearbeitet wird.

Es wäre bedauerlich, wenn die notwendige geistige Auseinandersetzung über den Sinn des Engagements eines wohl nicht unwesentlichen Teils unserer Partei durch einseitige Entscheidungen verhindert wird. Wir halten eine umfassende Bestandsaufnahme und eine solidarische Diskussion, wie wir aus der Sackgasse herauskommen können, für dringend angezeigt.

7. Der Unterbezirksvorstand macht den Parteivorstand darauf aufmerksam, daß ungerechtfertigte disziplinarische Maßnahmen gegen Manfred Coppik die Antwort auf manche Fragen in Coppiks Brief vorwegnehmen würden. Das hätte — sicher nicht nur in Offenbach — unübersehbare Konsequenzen für die Einheit der Partei.

Forts. v. voriger Seite

genüberstehen". Ausdrücklich genannt wurden in diesem Zusammenhang Hansen, Schöfberger und Coppik („FR", 6.6.81).

Nur wenige Tage später verabschiedete die Fraktion ein entsprechendes Selbstverständnispaper, in dem festgehalten wurde: *„Minderheitsanträge sowie Redebeiträge oder Erklärungen im Plenum, die mit der Fraktion nicht abgesprochen sind, widersprechen der notwendigen Fraktionssolidarität"*. Ausnahmen seien Fragen *„die das Humanum betreffen"* („FR", 16.6.81). Coppik und Meineke hatten beantragt, einen Passus aufzunehmen, der das Recht von Abgeordneten aufnimmt, gegen die Fraktion zu stimmen und dies öffentlich zu begründen, wenn Fraktionsbeschlüsse *„im Kern von Parteitagsbeschlüssen abweichen"*. Ein weiterer Ergänzungsantrag Coppiks lautete: *„Die schwierigen inhaltlichen Probleme, die vor uns liegen, verbieten es, daß die Fraktion lediglich bereits getroffene Regierungsentscheidungen nachvollzieht"* („Neue", 25.6.). Lediglich 12 von 228 SPD-Parlamentariern verweigerten dem Maulkorberlaß ihre Zustimmung, u.a. Coppik.

Ein in den Augen des Vorstands sicherlich beachtliches Sündenregister, das Coppik — um es mit den Worten des NRW-SPD-Fürsten Bäumer auszudrücken — zum *„faulen Fleisch am Rande der Partei"* gehören läßt, das es *„abzuschneiden"* gelte.

Den Rahmen des „erträglichen" hat Coppik nun offenbar mit einem Offenen „Brief an 1000 Freunde" überschritten, in dem er, sehr vorsichtig und in Form von Fragen, an einigen „Tabus" innerhalb der SPD rüttelt: Ausgehend von der zutreffenden Feststellung einer „faktischen Allparteienkoalition" fragt er: *„Auch heute stehen wir vor sehr schwierigen Entscheidungen und grundlegenden Fragen: Welche Chancen gibt es noch, in und durch die SPD sozialdemokratische Grundwerte in praktische Politik umzusetzen? Hängen sie von der Regierungsrolle ab? Wie würden sie sich in der Opposition verändern? Oder muß heute schon die Organisationsfrage neu gestellt werden? Welche Alternativen sind denkbar? Welche Aussichten auf Erfolg haben sie? Wie und wo finden sich diejenigen zusammen, die sich als demokratische Sozialisten in dieser Bundesrepublik verstehen?"*

Beachtlich ist die anschließende „Selbstkritik" an seiner bisherigen Politik, die praktisch das theoretische Fundament der Fraktionslinken (und auch von Teilen der Jusos) radikal „in Frage stellt": *„Das linke Gegengewicht sahen viele (auch ich) im linken Flügel der SPD. Wir verkannten dabei aber offensichtlich die Wirksamkeit des Systems von Gratifikationen und Sanktionen in einer etablierten Partei, zumal wenn sie Regierungsverantwortung trägt. In kritischen Situationen war die Zahl der Linken, die zwar links sein, aber nicht als solche erwischt werden wollen, zu groß, als daß die Linke in den Entscheidungsgremien sein politisch-inhaltliches Gewicht hätte erhalten können. Die Rechtfertigung der ‚Loyalen': Durch ihre Loyalität zur Regierung würden sie nicht ins politische Abseits geraten und könnten so politischen Einfluß in ‚kleinen Schritten' in den Gremien ausüben. Nur, wo merkt man etwas von diesem linken Einfluß in der Regierungspolitik?"*

Deutlicher kann man das Scheitern der Strategie des „langen Marsches" durch die SPD kaum beschreiben! *„Wir, die wir drin sind, müssen uns unter diesen Bedingungen fragen: Erfüllen wir nur noch eine A l i b i f u n k t i o n und machen uns damit m i t s c h u l d i g an einer Politik, die in vielen Bereichen das Gegenteil von unseren politischen Zielvorstellungen praktiziert?"*

Ermutigend nennt Coppik den Aufschwung der außerparlamentarischen Bewegungen und bezieht die Grünen und die Westberliner AL ausdrücklich in seine Überlegungen über weitere Perspektiven ein. Er schließt: *„Dieser Brief ist weder eine umfassende Analyse, noch ein Aufruf zur Parteispaltung. Es sind nur einige Gedanken, Denkanstöße und Fragen. Ich glaube aber, daß es an der Zeit ist, darüber zu sprechen"* („Neue", 6.11.81). In einem „taz"-Interview konkretisiert Coppik diese Fragen noch etwas: *„Das Problem ist, daß das Stellen der Organisationsfrage für einen Teil der SPD-Linken tabu ist, nach dem Motto: right or wrong, my party! Allein das Diskutieren über solche Fragen wird als Sakrileg behandelt. Es geht nicht nur um Spaltung, sondern es gibt ja viele denkbare mögliche Alternativen, wie man die Organisationsfrage angeht ... Ich meine nur, daß es inzwischen an der Zeit ist, g a n z o f f e n die Organisationsfrage zu diskutieren"* („taz", 5.11).

Daß das Stellen der Organisationsfrage in der Tat das größte „Sakrileg" in der SPD ist, mußte Coppik sehr schnell erfahren. Von Bundesgeschäftsführer Glotz (!) erhielt Coppik postwendend die Aufforderung, den Brief *„unverzüglich öffentlich zurückzuziehen"*. In geradezu päpstlicher Manier verweist Glotz auf das Godesberger Programm, in dem eindeutig festgestellt sei: *„Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die jeden in ihren Reihen willkommen heißt, der sich zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt"*. Durch das Problematisieren dieser Grundposition, der Glotz damit tatsächlich den Rang einer „Enzyklika" verleiht, befinde sich Coppik *„auf dem direkten Weg aus der Partei hinaus"*. Um das aber nicht abwarten zu müssen; drohte Glotz ihm gleich ein Parteiausschlußverfahren an, sollte er den Brief nicht zurückziehen.

Glotz - - der neue Saubermann?

Hatte Glotz, bekannt geworden als Vorzeige-Dialogführer der SPD, noch Mitte des Jahres zum Hansen-Ausschluß geäußert, dieser sei der Basis vermutlich „schwer zu vermitteln", scheint er wild entschlossen, die internen Aufräumarbeiten selbst in die Hand zu nehmen. So gab er zeitgleich zur Androhung des Ausschlußverfahrens gegen Coppik bekannt, daß er auch im Auftrage des Parteivorstandes dessen *„Interessen ... im Sinne eines Parteiausschlusses von Hansen"* wahrnehmen und sich somit direkt in die Entscheidungsfindung der Schiedskommission einmischen werde („FR", 19.11.).

Daß der Ausschluß von Hansen und Coppik unvermeidlich ist, ist abzusehen, zumal Coppik versicherte: *„Abwegig ist es aber anzunehmen, ich würde öffentlich abschwören"*. Gespannt sein darf man allerdings auf die Reaktionen der restlichen Fraktions-„Linken", denen Coppik ja in aller Deutlichkeit vor Augen geführt hat, daß sie lediglich als „Alibi" dienen und die P r a x i s ihrer Politik trotz aller wortradikalen Erklärungen, Reden und Resolutionen g e s c h e i t e r t sind (falls ihre „linke Perspektive" überhaupt jemals ernsthaft gemeint war). Gewisse Probleme dürften auch die Jusos bekommen: Ob sie wieder eine Unterschriftenaktion gegen den drohenden Ausschluß anzetteln oder der Aufforderung Coppiks nachkommen, über die Perspektiven der Linken in der SPD (unter Einschluß der Frage einer alternativen Organisierung!) zu diskutieren? Wir dürfen gespannt sein!

Antimil-Kommission/KB Göttingen

Aufsteiger der Woche

Wie „linke Realpolitik" in der SPD-Fraktion auszusehen hat, demonstrierte erneut Ex-Juso-Chef und außenpolitischer Fachmann der SPD, Karsten D. Voigt:

Voigt fürchtet Kanzlersturz

SAARBRÜCKEN, 12. Oktober (AP). eDr Sturz der Bundesregierung wäre nach Ansicht eines der außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, die Folge, wenn auf dem kommenden SPD-Bundesparteitag die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses entschieden würde. Wie Voigt am Montag im Saarländischen Rundfunk sagte, käme eine Ablehnung des Beschlusses auch einer Desavouierung der SPD-Parteispitze gleich, da sich neben Helmut Schmidt auch Willy Brandt, Herbert Wehner und Egon Bahr, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, für eine Aufrechterhaltung dieses Beschlusses eingesetzt haben.

Voigt, der auch Mitglied im Bundestagsunterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle ist, sprach sich gegen einen einseitigen Verzicht des Westens auf eine Nachrüstung aus, da er außer acht ließe, wieviel SS-20-Raketen die Sowjetunion in Mitteleuropa stationiert hat.

Für seine Bemühungen um den Erhalt der Regierungsfähigkeit, für die er auch bereit war, „kleine Opfer" zu bringen (Voigt noch im Frühjahr: „Nachrüstung und Waffenexporte, beides kannst Du nicht haben!"), wurde Voigt nun endlich auch von der Parteispitze belohnt: Er erhielt einen Sitz im Fraktionsvorstand! Wir gratulieren Karsten herzlich zu diesem Erfolg, mit dem er nun den unwiderruflichen Beweis erbracht hat, daß „linke Politik" in der SPD durchaus Erfolge erzielen kann, wenn man sie nur geschickt genug tarnt. Weiter so, Karsten! Nun kannst Du die Interessen der Außerparlamentarischen Bewegung auch im Fraktionsvorstand einbringen, natürlich in „kleinen Schritten". Und paß gut auf, daß Dich niemand beim „Linkssein" erwischt und Du so „ins politische Abseits" gerätst. Im Sinne der Effektivität Deiner weiteren Arbeit wäre es sicherlich auch ratsam, in Zukunft darauf zu verzichten, heimlich die Faust in der Tasche zu ballen.

Coppik: Der Brief an die 1500

Manfred Coppik, einer der exponierten SPD-Oppositionellen im Bundestag, hat an 1500 SPD-Mitglieder einen Brief geschrieben, in dem er Fragen zur Zukunft der Partei und ihrer linken Opposition aufwirft. Dieser Brief muß als Teil der gegenwärtig immer häufiger aufgeworfenen Forderung nach einer neuen sozialistischen Partei gesehen werden. Er veranschaulicht die Denk- und Herangehensweise wichtiger Teile der SPD-Linken an diese Frage.
Wir dokumentieren diesen Brief, weil er uns in dieser Hinsicht als wichtiger Bestandteil einer notwendigen Diskussion erscheint. Entnommen wurde der Wortlaut der "Neuen" vom 6.11.81.

Liebe Freunde,
Als in den vergangenen fünf Jahren in Bonn heftige Auseinandersetzungen um die demokratischen Freiheitsrechte, um die Rüstungspolitik und um verteilungspolitische Ungerechtigkeiten stattfanden, haben die wenigen, die im Parlament eine von der faktischen Allparteienkoalition abweichende Position bezogen, von Euch Zuspruch und Unterstützung erhalten.

Auch heute stehen wir vor sehr schwierigen Entscheidungen und grundlegenden Fragen: Welche Chancen gibt es noch, in und durch die SPD sozialdemokratische Grundwerte in praktische Politik umzusetzen? Hängen sie von der Regierungsrolle ab? Wie würden sie sich in der Opposition verändern? Oder muß heute schon die Organisationsfrage neu gestellt werden? Welche Alternativen sind denkbar? Welche Aussichten auf Erfolg haben sie? Wie und wo finden sich diejenigen zusammen, die sich als demokratische Sozialisten in dieser Bundesrepublik verstehen?

Ich weiß, daß diese Fragen nicht nur mich bewegen. Auf vielen Veranstaltungen werden sie laufend gestellt. Die Antworten können nur das Ergebnis einer offenen Diskussion vieler sein. Deshalb mein Brief an Euch.

Die politische Situation in der Bundesrepublik ist dadurch gekennzeichnet, daß wir seit 1969 eine Regierung der Mitte (SPD/FDP) und eine rechte Opposition (CDU/CSU) haben. Zwischen diesen „Extremen" Mitte und Rechts fanden jahrelang die gesamte öffentliche Diskussion, die parlamentarische Auseinandersetzung und schließlich die Kompromisse statt. Ohne ein linkes Gegengewicht schien damit der Weg nach „Rechts" vorgegeben, zumal die Entwicklung der ökonomischen Situation eine solche Tendenz eher begünstigte.

Das linke Gegengewicht sahen viele (auch ich) im linken Flügel der SPD. Wir verkannten dabei aber offensichtlich die Wirksamkeit des Systems von Gratifikationen und Sanktionen in einer etablierten Partei, zumal wenn sie Regierungsverantwortung trägt. In kritischen Situationen war die Zahl der Linken, die zwar links sein, aber nicht als solche erwischt werden wollten, zu groß, als das die Linke in den Entscheidungsgremien ein politisch-inhaltliches Gewicht hätte erlangen können. Die Rechtfertigung der „Loyalen": Durch ihre Loyalität zur Regierung würden sie nicht ins politische Abseits geraten und könnten so politischen Einfluß in „kleinen Schritten" in den Gremien ausüben. Nur, wo merkt man etwas von diesem linken Einfluß in der Regierungspolitik?

Seit dem Rücktritt von Willy Brandt hat die SPD/FDP-Regierung jeden reformerischen Ansatz aufgegeben, und verwaltet entweder die bestehenden Mißstände oder betreibt sogar eine Politik, die in krassem Gegensatz zu den Grundwerten, den Allgemeinbekenntnissen und oft zu konkreten Parteitagsbeschlüssen der SPD steht. Dieser Brief soll kein Buch werden, deshalb nur einige wenige schlagwortartige Beispiele:

- „Für Friedenspolitik" – aber Helmut Schmidt erfindet die „Nachrüstung". Gleichzeitig erreichen die Steigerungsraten des Rüstungsetats ungeahnte Höhen. Die Hemmschwelle bei Waffenexporten sinkt und soll weiter sinken.
- „Für Umweltschutz" – aber konkret haben wirtschaftliche Interessen fast immer den Vorrang vor ökologischen.
- „Für soziale Gerechtigkeit" – aber die Vermögens- und Einkommensverteilung in der Bundesrepublik ist heute ungerechter als zu Beginn der sozialliberalen Koalition. Die Ausklammerung und Verschleierung der Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern bei Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts ist ein wesentlicher Bestandteil der SPD/FDP-Koalition, wobei zunehmend die FDP-Positionen auch vom rechten SPD-Flügel verinnerlicht wurden. So kommt nun mit der „Operation 82" nach zahlreichen Geschenken für die Großverdiener das Sparprogramm mit sozialem Abbau für breite Bevölkerungsschichten.
- „Für demokratische Freiheitsrechte" – aber in den letzten zehn Jahren wurden Gesetze gemacht und Verwaltungsmaßnahmen ergriffen, die zunehmend den politischen Freiheitsspielraum einengten und die Voraussetzungen für die Kriminalisierung einer linken Opposition schufen.

Das alles hat mit Sozialdemokratischen Grundwerten nicht mehr gemein. Der „linke Flügel" wird nach den bisherigen Erfahrungen diese Politik kaum ändern können. Er wird auch nicht stärker, weil kaum noch ein junger, sozial engagierter Mensch den Weg zur SPD findet. Wir, die wir drin sind, müssen uns unter diesen Bedingungen fragen: Erfüllen wir nur noch eine Alibifunktion und machen uns dadurch mitschuldig an einer Politik, die in vielen Bereichen das Gegenteil von unseren politischen Zielvorstellungen praktiziert?

Manche vertrösten mich auf die SPD in der Opposition. Aber wie glaubwürdig wird diese Opposition sein, wenn ein Kanzler Stoltenberg mit Kontinuität und Konzentration die Politik seines Vorgängers Schmidt fortsetzt? Wird die SPD in absehbarer Zeit die Integrationsfähigkeit haben, eine linke oppositionelle und wirksame Massenbewegung zustandezubringen, die Lehren aus dem Versagen in der Regierungsverantwortung gezogen hat?

Ich weiß es nicht. Ich sehe aber eine ganze enttäuschte Generation, für die es ein Zurück zur SPD kaum mehr geben wird. Ermutigend ist, daß diese Generation nicht nur in Resignation verfällt. Widerstand formt sich. Im außerparlamentarischen Bereich ist eine breite Friedens- und Ökologiebewegung entstanden, die niemand übersehen kann. Sie könnte zur Keimzelle einer neuen, linken Opposition werden. Aber kann sie das auf Dauer als spontane Bewegung ohne Organisationsstrukturen? Mag sein, daß eine breite Bewegung nicht in eine kleine Partei zu kanalisieren ist. Aber besteht nicht sonst die Gefahr, daß ein Teil woanders integriert, ein anderer diskriminiert und kriminalisiert wird, und die so gespaltene Bewegung wirkungslos bleibt? Beispiele hinken, aber ist der Gedanke an das Schicksal der 67/68er Bewegung wirklich so absurd?

Andererseits wird die bundesdeutsche demokratische Linke den Willen und die Fähigkeit zur Kooperation und Toleranz untereinander in einem Maße aufbringen, daß sie in einer Organisation politisch wirksam sein kann? Ab- und Ausgrenzungen sind in der Linken sehr beliebt; bei den Methoden ist man oft nicht sehr wählerisch.

Die Partei der „Grünen" ist inzwischen entstanden und zu einem wichtigen Faktor innerhalb des linken Spektrums geworden. In Berlin gibt es die starke AL. In welchem Verhältnis steht die SPD-Linke zu ihnen und umgekehrt? Werden inhaltliche Gemeinsamkeiten wichtiger sein als gewachsene Organisationsloyalitäten? Oder beginnt gar ein Streit um das „linke Erstgeburtsrecht"?

Welche Rolle werden in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften spielen? Die Bonner Friedensdemo hat hier erhebliche Differenzen zwischen großen Teilen der Basis und dem DGB-Vorstand aufgezeigt. Spätestens bei dem sozialen Abbau werden die Gewerkschaften Farbe bekennen müssen. Ein paar kritische Resolutionen, bei denen gleichzeitig mächtige Gewerkschaftsführer dem Bundeskanzler zustimmend zuzwinkern, werden auf Dauer kaum genügen. Der Unmut an der Basis wächst und kann eine Hoffnung sein. Schlimm ist es aber, daß die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik manchen Arbeiter und Angestellten dazu veranlaßt, entweder nicht zur Wahl zu gehen oder sogar in Ermangelung einer anderen hinreichend populären Alternative CDU zu wählen. Tatenlos können wir dem wohl nicht zusehen. Aber was tun?

Dieser Brief ist weder eine umfassende Analyse, noch ein Aufruf zur Parteispaltung. Es sind nur einige Gedanken, Denkanstöße und Fragen. Ich glaube aber, daß es an der Zeit ist, darüber zu sprechen.

Es grüßt Euch herzlich
Manfred Coppik

Grüne Friedenspolitik aus der Sicht der SPD

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ist in der Partei der Mann, der sich an führender Stelle Gedanken über die Rückeroberung von kritischem Potential für die SPD zu machen hat. Unter dieser Zielsetzung ist auch die von uns hier dokumentierte Einschätzung des Grünen Parteitags zu verstehen, die am 12.10. von Glotz parteiintern verschickt wurde. „Die Analyse stellt dar, daß es sich bei den ‚Grünen' um ein Konglomerat von politisch unterschiedlichen, aber oftmals kommunal geschlossen agierenden Gruppen handelt, die derzeit durch einen mehr oder minder diffusen ‚Friedenswillen' zusammengehalten werden. Ich sage bewußt Friedenswillen – hinsichtlich der konkreten ‚Friedenspolitik' gibt es radikal unterschiedliche Ansichten. Einem solchen in sich unterschiedlichen Spektrum kann man nicht mit einförmigen Argumenten begegnen. Dieser Bericht soll eine Hilfe für die Argumentation sein" (Aus dem Anschreiben von P. Glotz).

Es geht um die Spaltung der Friedensbewegung. Die Kenntnis der Glotz'schen „Argumentationshilfen" könnte eine Hilfe gegen solche Spaltungsversuche sein.

Bericht über die Bundesdelegiertenversammlung der Grünen in Offenbach vom 2. bis 4.10.1981

Zusammensetzung der Delegiertenversammlung:

Eingeladen waren ca. 700 Delegierte, 540 waren gekommen. 70% davon etwa im Alter von 20 bis 38 Jahren, 20% über 55 Jahre mit einem relativ hohen Frauenanteil und 10% zwischen 39 und 55 Jahren.

Der Parteitag der Grünen war charakterisiert durch den Kampf zweier etwa gleich starker Fraktionen um das Begriffspaar:
– Bekenntnispartei gegen Durchsetzungspartei.

Während die Anhänger des „Bekenntnesses" sich eines moralischen Rigorismus verpflichten, der keine Rücksicht auf die bestehenden politischen Institutionen und auf die faktischen Meinungen in der Bevölkerung nimmt, versuchen die Realisten bestehende politische Strömungen in Meinungen in der Bevölkerung nimmt, versuchen die Realisten bestehende politische Strömungen in der Bevölkerung und in den Institutionen aufzunehmen. Die moralischen Rigoristen verzichten vollständig auf eine Unterscheidung von Zweck und Mittel. Das Ziel Frieden zu schaffen, kann so, gemäß dieser Logik, nur mit friedlichen Mitteln erreicht werden. Die Bundeswehr ist kein 'friedliches Mittel', also ist sie abzuschaffen. Zur Abkürzung werden in diesem Papier die keimfreien Bekenntnistheoretiker 'Rigoristen' genannt, die auf politische Durchsetzung Bedachten die 'Realisten'. Die Demarkationslinien beider Fraktionen decken sich etwa mit dem Maß politisch parlamentarischer Verantwortung, das in den jeweiligen Ländern erreicht wurde. Wo Grüne an der Kommunal- oder Landespolitik beteiligt sind, sind sie zunehmend einem realistischen Kurs zugeneigt, wo sie nicht beteiligt sind, einem rigoristischen Kurs. Dieses Problem wird m.E. das große Zukunftsproblem der Grünen werden, wenn es ihnen gelingt, in weitere Länderparlamente oder gar in den Bundestag einzuziehen. Beide Gruppen sind den zu den nachstehend charakterisierten Sachfragen in ihrem Abstimmungsverhalten nahezu konsistent. Als Wortführer der Gruppe der Rigoristen kann man Petra Kelly nennen, als Wortführer der Gruppe der Realisten Hasenclever und Hoss.

> *„Einem solchen in sich unterschiedlichen Spektrum kann man nicht mit einförmigen Argumenten begegnen"*

Das Verhältnis zur SPD:

Zitate:
– *„Kein Arrangement mit dieser unglaubwürdigen Partei"* (Petra Kelly)
– *„Die SPD ist die 'verlogenste etablierte Partei in der BRD"* (Burgmann)

Soweit das Verhalten der Rigoristen taktisch bestimmt ist, handelt es sich um den Versuch, die SPD systematisch von der **Friedensbewegung zu isolieren**. Zum großen Teil handelt es sich jedoch nicht um eine taktische Haltung, sondern um eine gefühlsmäßig bestimmte Überzeugung. Die Mehrzahl der Grünen verhält sich wie zurückgewiesene Liebhaber. Mit der deutlichen Bekämpfung der Sozialdemokratie können keine Originär-Grünen (ökologischen) Wähler gewonnen werden, sondern nur enttäuschte Sozialdemokraten.

Friedenspolitik:

– *„Schmidt und die SPD bereiten einen Angriffskrieg vor".* (Delegierter)
– *„Die von den Grünen ausgelöste Welle der Friedensbewegung wird Schmidt hinwegspülen".* (Petra Kelly)

Die SPD wird als **Raketenpartei** bezeichnet, die **willfährig der amerikanischen Administration gegenüber** den Plan verfolgt, die Bundeswehr systematisch aufzurüsten. Die Rede von der **Nachrüstung** wird als Verlogenheit betrachtet, da die Zahlen über den Kräftevergleich in Ost und West systematisch vom CIA gefälscht worden sind. Der bei den Rigoristen zutreffende Vorwurf des Antiamerikanismus, wurde durch eine theatralische Posse zu Beginn des Parteitags wirkungsvoll unterstrichen. Ein ehemaliger CIA-Agent erzählte in einem zehnminütigen Redebeitrag Praktiken des CIA.

Politische Einschätzung der amerikanischen und der sowjetischen Administration:

Bezüglich dieses Punktes gibt es eine breite Palette von unverträglichen Einschätzungen der Delegierten. Ein relativ kleiner Anteil ist der Meinung, breite Palette von unverträglichen Einschätzungen der Delegierten. Ein relativ kleiner Anteil ist der Meinung, daß die sowjetische Administration **friedfertig** sei und nur unter dem **Druck der Amerikaner** in Zugzwang gesetzt wurde. Der weitaus größere Teil der Delegierten jedoch ist der Meinung, daß sowohl die amerikanische als auch die sowjetische Administration ihre **Großmachtinteressen** mit allen Mitteln durchzusetzen versuchten. Ein differenzierendes Moment ergibt sich nur hinsichtlich des Gesichtspunktes, **welche Großmacht in der Lage ist, ihre Interessen wirkungsvoller durchzusetzen.** Die Mehrzahl der Delegierten ist der Meinung, daß aus ökonomischen und technischen Gründen mittelfristig 'alleine die USA die Erstschlagskapazität' hätte.

Verhältnis zur UdSSR:

Die Mehrzahl der Mitglieder versteht die UdSSR – wie auch die USA – als despotische Führer der jeweiligen Pakte. Die SS 20 wird nicht als Friedensrakete gesehen. Anläßlich des Besuches von Leonid Breschnew in Bonn soll eine Demonstration durchgeführt werden mit folgenden Parolen:
– Sofortiger Abbau der SS-20-Raketen;
– Selbstbestimmungsrecht für alle Völker;
– Abzug aller Truppen aus Afghanistan;
– Für demokratische Grundrechte und Bürgerrechte im Osten.

Diese Demonstration wurde auf Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg aufgenommen. Sie fand eine große Mehrheit im Plenum. Es gehr dabei nicht alleine um **Glaubwürdigkeit** der Friedensbewegung, **sie entspricht auch der tatsächlichen Meinung der Plenumsmehrheit.** Der Landesverband Hamburg, der stark KPD-unterwandert ist, konnte mit einer Gegenlinie gegen diese Demonstration nicht durchkommen. Zeitweise, so ein Delegierter aus Baden-Württemberg im Gespräch, drohte eine Abspaltung der Gruppe aus Hamburg und Mannheim, die eine stärkere antiamerikanische Haltung favorisieren.

Es wurde ebenfalls ein Initiativ-Antrag erwogen, Breschnew einen Brief zu schreiben mit der Forderung, als Vorleistung alle SS-20 abzubauen. Eine Entscheidung darüber wird durch den Vorstand gefällt.

Eigene Friedensaktivitäten:

In der Konzipierung eines eigenen Friedensplans zeichnen sich die Rigoristen durch eine unpolitische Großmäuligkeit aus. Nach Meinung der Delegierten ist eine militärische Verteidigung der Bundesrepublik aussichtslos, da die bei der Verteidigung eingesetzten Mittel gerade diejenigen Menschen und Gegenstände zerstören würden, die durch die Bundeswehr geschützt werden sollen. Die Forderung nach einer **‚Auflösung der Bundeswehr'** wurde orginär nur etwa von 40 % der Deligierten vertreten. Angeregt durch die radikal-pazifistischen Wortführer, insbesondere durch Petra Kelly, konnte diese Forderung jedoch durchgesetzt und verabschiedet werden. **Die Forderung nach einseitigem Ausstieg aus der NATO** wurde durch die Aufforderung ersetzt, beide Blöcke abzurüsten.

Weitere Forderungen:

– Atomwaffenfreie Zone von Portugal bis zum Ural
– Langfristig: Entmilitarisierung Europas

Während sich die Realisten um eine methodische Zuordnung von Mitteln und Zielen bemühen – ohne aber ein Konzept vorlegen zu können – setzen die Rigoristen alleine auf starke Parolen. Mitteln und Zielen bemühen – ohne aber ein Konzept vorlegen zu können – setzen die Rigoristen alleine auf starke Parolen.

Die Konzeption einer orginären **grünen Verteidigungspolitik** beruht auf – in der derzeitigen politischen Situation – weitgehend akademischen Spielereien. Das Konzept der waffenlosen sozialen Verteidigung, von dem Friedensforscher Theodor Ebert entwickelt, findet allgemeine Zustimmung. Es sieht in etwa vor, daß die Arbeit eines eventuellen Besetzers durch kollektive Verweigerung so erschwert wird, daß dieser von der Besetzung absieht. Es bietet hingegen keine Hilfe gegen einen Vernichtungskrieg und auch keinerlei Alternative zum Element „Abschreckung".

‚Friedensdemonstration' in Bonn am 10.10.81:

Die Delegierten setzten eindeutig auf Gewaltfreiheit bei der Demonstration vom 10.10. in Bonn. Das Konzept der Vereinigung von Theorie und Praxis sollte durch das eigene Verhalten öffentlich wirksam gemacht werden. In der Öffentlichkeit sollte der Eindruck entstehen, als wäre die ‚Friedensdemonstration' einzig aufgrund einer Grünen-Initiative zustande gekommen. **Unter den Delegierten breitete sich die Sorge aus, daß durch die Teilnahme vieler SPD-Parteimitglieder die Friedensdemonstration eingenommen werden könnte.** Insbesondere Petra Kelly versucht, dieser ‚Gefahr' wirkungsvoll zu begegnen:
– Diese Demonstration ist auch und in erster Linie eine ‚Anti-Schmidt-Demonstration'.

Einbruchsversuche in die sozialdemonkratische Wählerschaft.

Das ökologische Fundament der Grünen wird nur noch bei werbeträchtigen Sonderaktionen hervorgezerrt: z.B. Bau der neuen Startbahn am Frankfurter Flughafen („Holger Börner erklärt den ökologischen Krieg"). Zur Erhöhung der parlamentarischen Chancen versuchen die Grünen, von einer **Ein-Punkte-Partei** zu einer **‚Viel-Pünktchen-Partei'** zu werden. Der Gewerkschaftsflügel der Grünen (Landesverband Baden-Württemberg) konnte durchsetzen, daß das Schwergewicht programmatischer Bemühungen sich um
– beschäftigungswirksame
– gebrauchswertorientierte und
– naturkonservierende Produktionsmethoden

bemüht. Darüber hinaus sollen gewerkschaftliche Symboltermine (1. Mai) durch eigene Inszenierungen bereichert werden.

Das Dilemma der Grünen:

Die Wahlgewinne der Grünen in den Kommunalparlamenten und in den Landtagsparlamenten bringen es mit sich, daß die Grünen zunehmend von einer **Parolen-Partei** zu einer **Programm-Partei** werden müssen. Als Parolenbewegung können sie zwar die außerparlamentarischen Protestvereine einkassieren, behindern sich aber bei der Realisierung ihrer Politik auf Landesebene. **Eine Konkretisierung der Parolen zum Programm** jedoch zwingt die Grünen in den Vergleich mit anderen Parteien, insbesondere mit der SPD. Hier haben die Grünen bislang nichts brauchbares zu bieten.

Vorstandswahl

Die Grünen sind die einzige Partei in der Bundesrepzblik, deren Vorstand im Verhältnis 2 : 1 linker ist als die Delegiertenversammlung. Falls die links-rechts-Bezeichnung bei den Grünen überhaupt noch ein taugliches Mittel ist, kann bei den Delegierten ein Verhältnis von 50 : 50 links/Mitte angenommen werden. Der Sprecherrat der Grünen hingegen hat deutlich radikal-pazifistische, d.h. linke Tendenzen.

Sprengsätze:

Bereits jetzt zeichnen sich bei den Grünen große Konflikte zwischen **den Delegierten, die in Landesparlamenten oder Kommunalparlamenten mit der SPD zusammenarbeiten, und den Delegierten, die kein parlamentarisches Mandat haben,** ab. Als parlamentarische Institution müssen sie sich in weiten Teilen der SPD nähern, um überhaupt Chancen auf Erfolg zu haben, als Protestkanalisator müssen sie gerade die Nähe zur SPD abweisen.

Auf der Bundesdelegiertenversammlung in Offenbach gab es **unterschwellige Kritik an allen Mandatsträgern, die mit der SPD eine Koalition in den Kommunen eingegangen waren.** Da der Ausgang der Landtagswahl in Niedersachsen an einigen Stellen eine solche Lösung nahelegt, wird dieses vermutlich das innere Thema der Grünen werden.

AL Westberlin:
AL Westberlin:
Neues von den linken Wiedervereinigern

Im November hat die Berlin-AG der Westberliner Alternativen Liste (AL) eine Broschüre mit dem Titel „Paktfreiheit für beide deutschen Staaten – Atomwaffenfreies Europa vom Atlantik zum Ural – Einheit für Deutschland" veröffentlicht, in der nach Angaben der Verfasser sich der Diskussionsstand widerspiegele, *„den wir nach Gesprächen und Diskussionen innerhalb und außerhalb der AL... erreicht haben"* (S.59). Verfaßt wurde diese Broschüre vom schon bekannten Kreis linker Wiedervereiniger: angefangen bei **Peter Brandt** über **Walter Grunwald** (Mitglied der Zehlendorfer „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger") und **Wolfgang Kaiser** (ehem. Ortschef der „KPD") sowie anderen Kräften aus der aufgelösten „KPD".

Während in einer Anzeige der AL-Zeitung „Stachel" die Broschüre ausdrücklich als Diskussionsbeitrag gekennzeichnet wurde und in den Unterlagen des Delegiertenrates der AL die Basisbereiche aufgefordert werden, die innerhalb der AL heftig umstrittenen Thesen der Berlin-AG zu diskutieren, erweckt die Broschüre selbst diesen Eindruck nicht: Durch die Aussage *„Im Frühjahr 1981 nahm die AL die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft* (gemeint ist die Berlin-AG, Anm. AK) *in der Mitgliedervollversammlung ohne Gegenstimmen bei etwa 25 Enthaltungen in ihr Programm auf"* (S.59) wird der Eindruck noch verstärkt – zumal für Außenstehende – als handele es sich um allgemein anerkannte Positionen der AL. Im Klartext: Es hat wohl niemand etwas dagegen, wenn die Berlin-AG ihre Thesen, mögen sie auch noch so skurril sein, öffentlich zur Diskussion stellt; allerdings sollte das dann auch klar als Spezialmeinung dieser AG gekennzeichnet werden, zumal dann, wenn in früheren Auseinandersetzungen schon deutlich wurde, daß diese Thesen der Berlin-AG in der AL nicht konsensfähig sind.

Die friedenspolitischen Aussagen der Broschüre: Nur nicht einseitig!

Neben den Thesen zur Deutschland- und Berlinpolitik dieser Broschüre, die nach eigenen Angaben *„keinen wissenschaftlichen Anspruch erhebt"* (sehr wahr), tauchen Thesen zur Friedenspolitik auf, die sich lohnen, genauer vorgestellt zu werden.

Unter der bezeichnenden Überschrift *„Zweiseitig denken"* (S.15) warnen die Verfasser davor, daß die Friedensbewegung *„in ihrer Glaubwürdigkeit begrenzt, ja bei der breiten Bevölkerung zum Scheitern verurteilt"* wäre, wenn sie sich *„vor den Karren der USA oder der Sowjetunion spannen ließe"*. Es wäre *„unsinnig zu glauben, daß dann bei der jeweils anderen Supermacht noch etwas zu erreichen wäre"*. Die „Einäugigkeit" der Friedensbewegung schade jedoch nicht nur der Glaubwürdigkeit, hinzu komme, daß *„einseitige Abrüstung im Bündnis... unmöglich"* sei, weil die USA und SU Druck auf ihre jeweiligen Paktmitgliedsländer ausüben würden. So, wie die BRD auf Druck der USA aufrüsten müsse, gehe es der DDR gegenüber der Sowjetunion (S.54). Um das Bild abzurunden, wird der Friedensbewegung vorgeschrieben, sie kämpfe darum, die **„amerikanischen Atom-Mittelstrecken-Raketen und die sowjetischen SS-20 zu verhindern"** (S.11).

Diese Verbindung zwischen NATO-Mittelstrecken-Raketen und SS-20 entspricht im Kern dem „Doppelbeschluß" der NATO und läuft genau wie dieser auf einseitige Abrüstung der Sowjetunion hinaus. Wer sich darauf einläßt, spannt sich selbst vor den Karren der NATO. (Die „KPD"-Kader in der Berlin-AG der AL werden das wahrscheinlich nicht einmal als Vorwurf, sondern als Anerkennung ihres taktischen Geschicks begreifen. Denn die Stärkung der NATO gegenüber dem „sowjetimperialistischen Hauptfeind" gehörte ja immer zu ihrem Programm).

Gegen die messerscharfen Vaterlandsverteidiger aus der Berlin-AG nehmen sich allerdings selbst hartgesottene NATO-Strategen noch vergleichsweise bescheiden aus. Schließlich forderte die NATO von der Sowjetunion als Gegenleistung für einen „Nachrüstungs"-Verzicht nicht mehr als die Verschrottung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen. So billig möchte es die Berlin-AG dem Sowjetimperialismus aber nicht machen:

„Wenn die Bundesrepublik jetzt auf die Stationierung der Atomraketen verzichtet, könnte die SU zu weitgehenden Überlegungen bezüglich ihrer Atomwaffen in der DDR bereit sein. **Erstmalig seit 1955 hat die Bundesrepublik der Sowjetunion im militärischen Bereich etwas zu bieten"**, da die BRD ohne die neuen Mittelstreckenraketen eine geringere Bedrohung für die Sowjetunion wäre. Gleichzeitig könne die BRD dann *„glaubhaft vertreten, daß die SU alle Atomwaffen zurückzieht, die die Bevölkerung Westdeutschlands bedrohen"* (S.53/54).

Die Sowjetimperialisten sollen gefälligst auch ihre Atomwaffen in der DDR – deren Existenz sie übrigens hinterhältigerweise bestreiten – noch auf die Waagschale werfen. Ausverkaufsstimmung! Auf den Gedanken, daß dann vielleicht auch über die in der BRD stationierten, gegen die DDR gerichteten Atomwaffen gesprochen werden müßte, darf man natürlich dabei nicht kommen.

„Erstmalig seit 1955 hat die Bundesrepublik der Sowjetunion im militärischen Bereich etwas anzubieten", triumphiert die Berlin-AG. **Auf**

Fortsetzung nächste Seite

Forts. v. voriger Seite

den ersten Blick eine erstaunliche Behauptung, da ein so hochgerüstetes Land wie die BRD der Sowjetunion zweifellos in Punkto Abrüstung schon längst eine ganze Menge „anzubieten" hätte. Aber um Abrüstung soll es offenbar gar nicht gehen. Sondern was hier „anzubieten" ist, ist der zynische Poker mit der künftigen Stationierung einer Waffe, die die militärischen Verhältnisse entscheidend verändern würde und die unser Land noch enger an die Kriegsstrategie des US-Imperialismus anbinden würde. Und dieser Erpressung windet die Berlin-AG der AL den Lorbeerkranz des „glaubhaften Angebots". Vielleicht haben die Vaterlandverteidiger dabei einen kleinen Punkt übersehen — oder sie spekulieren bewußt mit diesem Punkt: „Glaubhaft" kann die NATO mit ihren noch gar nicht stationierten Mittelstreckenraketen ja nur pokern, wenn sie sich deren Stationierung offenhält. **Also ist der „NATO-Nachrüstungs"beschluß die entscheidende Voraussetzung fürs Geschäft. Ohne diesen „Nachrüstungs"beschluß wäre die Bundesregierung überhaupt nicht in der Lage, der Sowjetunion „erstmals seit 1955 etwas anbieten" — d.h. sie erpressen ! — zu können.**

Die Argumentation der Verfasser ist in der AL nicht neu: Bereits während der Programmdebatte der AL im Frühjahr dieses Jahre hatte Wolfgang Kaiser („KPD") gefordert, daß die Verhinderung der NATO-„Nach"-rüstung der Sowjetunion einen *„realen Preis abverlangen"* sollte.

„Obwohl keine im Bundestag vertretene Partei gegenwärtig die Möglichkeit eines direkten sowjetischen Angriffs auf Westeuropa unterstellt, wollen wir die Kriegsgründe auf ihre Wahrscheinlichkeit hin untersuchen", kündigte die Berlin-AG an (S.49). Als *„Motiv"* für einen sowjetischen Angriffskrieg bleibe *„der Präventivschlag"*, der angesichts der geplanten Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen *„geradezu herausgefordert"* würde (S.51). Dazu wird ein mögliches Kriegsszenario entworfen, an dem Caspar Weinberger sicherlich seine helle Freude hätte: die USA, so die Verfasser, könnten ihre Einkreisungsstrategie *„durch die neuen Militärlieferungen an China"* abrunden. *„Sollte die SU an einer ihrer Grenzen, z.B. mit China, in einen für ihre Existenz bedrohlichen Konflikt geraten, müßte sie praktisch in Europa einen Präventivschlag führen, um ihren Rücken freizuhalten. Für einen Zweifrontenkrieg gegen China und Europa mit konventionellen Waffen hat selbst die SU nicht genügend Material und Menschen... Wir können also Opfer eines Krieges werden, mit dessen Ursachen wir Europäer nichts zu tun haben"* (S.51).

Die Verfasser haben sich schlicht des simplen Verfahrens bedient, die offizielle Doktrin der NATO als Doktrin der Sowjetunion umzumünzen. Daß sich ein — einmal angenommen — chinesisch-sowjetischer Krieg

Die Verfasser haben sich schlicht des simplen Verfahrens bedient, die offizielle Doktrin der NATO als Doktrin der Sowjetunion umzumünzen. Daß sich ein — einmal angenommen — chinesisch-sowjetischer Krieg

zu einem „Zweifrontenkrieg" ausweitet, ist nicht Sache der Sowjetunion, sondern könnte nur von der NATO z.B. in Europa vom Zaun gebrochen werden. Schon deshalb haben die Herrschenden hierzulande im Rahmen der NATO eine ganze Menge mit diesem Krieg „zu tun". Ein sowjetisch-chinesischer Konflikt, bei dem die USA als „lachender Dritter" diese Widersprüche für sich, gegebenenfalls auch militärisch ausschlachten könnte: Diese Kriegsversion existiert schon lange in den Phantasievorstellungen einiger NATO-Kriegsstrategen.

Ein weiteres „Szenario" entwerfen die Verfasser, indem *„nicht auszuschließen ist, daß Konflikte zwischen den USA und der SU in der Dritten Welt auf Europa zurückschlagen"* (S.50). Auch dies ist die amerikanische Doktrin, ihre Probleme in der Dritten Welt (Stichwort:Mittelamerika) als Konflikte zwischen den „beiden Supermächten" darzustellen und alle antiimperialistischen Kämpfe in der Dritten Welt als „von Moskau gesteuert" zu diffamieren. Aus all dem geht klar hervor, daß die Sowjetunion für Europa die „gefährlichere Supermacht" („KPD-Dogma Nr.1) sei.

Abgeschwächt wird diese durchgängige vaterländische Position nur einmal; zu Recht wird beschrieben, daß mit der geplanten Einführung der NATO-Mittelstreckenraketen die SU *„unmittelbar bedroht"* sei: *„Das Gleichgewicht ist aufgehoben. Die USA haben die Vormacht"* (S.51). Dazu wird allerdings nichts weiter gesagt, als daß diese Situation mit einem „umgekehrten Kuba" vergleichbar wäre, als die SU Anfang der 60er Jahre Atomraketen auf Kuba stationieren wollte. Da dies das einzige ist, was die Autoren zu der Bedrohung der Sowjetunion durch „Pershing-2" und „Cruise Missiles" anführen, kann dies nur dahingehend interpretiert werden, alles wieder ins rechte Lot zu rücken, sprich: die SU als genauso bedrohliche, wenn nicht bedrohlichere Macht hinzustellen.

Paktfreiheit, aber keine Neutralität

Im AL-Programm wird die Paktfreiheit beider deutscher Staaten gefordert, da nur durch Überwindung der Blockkonfrontation der Frieden in Europa gesichert werden könne. Die linken Wiedervereiniger haben die Forderung nach Paktfreiheit beider deutscher Staaten nicht zuletzt deshalb eingeführt, um die „Wiedervereinigung" in die Friedensbewegung einschmuggeln zu können. In der Broschüre haben die Verfasser ihre Paktfreiheits-Thesen etwas genauer umrissen.

Zunächst fordern sie, daß der *„Verzicht auf die Stationierung der Atomwaffen...mit dem Angebot der Paktfreiheit beider deutscher Staaten gekoppelt werden"* sollte (S.55). Schon das *„laute Nachdenken"* darüber könne der andere deutsche Staat nicht ignorieren; das *„Feindbild vom anderen Deutschen"* würde zerfallen (S. 55). Paktfreiheit heißt *„für uns Freiheit von den Kriegsverpflichtungen gegenüber NATO und Warschauer Pakt"*, aber nicht, daß *„die Neutralitätsvorstellungen der 50er Jahre neu belebt"* werden. Die Autoren wollen *„keinen Ausstieg in die nationalstaatliche Isolation"* wie Österreich, da damit die Tür in der EG verschlossen wäre. Ein paktfreies Deutschland solle nicht ein *„neues Gruseln vor einem 80 Millionenvolk in der Mitte Europas erzeugen"*, deshalb (?!) *„wollen wir eine glaubwürdige und allen Nachbarn vorzeigbare Verteidigung"* (S.56).

Diese „vorzeigbare Verteidigung" bestehe aus einem *„defensiv bewaffneten Deutschland"* ohne ABC- und sonstigen Angriffswaffen und aus „Verteidigungs-Streitkräften" mit modernen „Abwehrwaffen", Transportmitteln und einem dichten Nachrichtennetz (S.56). Dies alles sei erforderlich, weil die *„Ängste der Deutschen in Ost und West, bei einseitiger Abrüstung wehrlos zu sein"*, ernstgenommen werden müßten. Die Paktfreiheit sehen die Autoren des weiteren als eine *„Voraussetzung für eine Gemeinschaft, die ganz Europa einschließt"* und als einen *„deutschen Beitrag zur atomwaffenfreien Zone in Europa"* (S.57/58).

‚Am deutschen Wesen soll der Frieden genesen' — so könnte man diese Paktfreiheits-Thesen durchaus charakterisieren, wobei es die Verfasser unterlassen, neben der „Nationalen Frage" auch nur in Ansätzen die soziale Frage, d.h. den Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie der BRD, ihre eigenen Großmacht-Ambitionen nicht nur in der Dritten Welt, sondern beispielsweise auch ihr Führungsanspruch innerhalb der EG, ihre Erpressungsmanöver gegenüber kleineren NATO-Staaten usw. aufzuwerfen.

der BRD, ihre eigenen Großmacht-Ambitionen nicht nur in der Dritten Welt, sondern beispielsweise auch ihr Führungsanspruch innerhalb der EG, ihre Erpressungsmanöver gegenüber kleineren NATO-Staaten usw. aufzuwerfen.

Daß eine Paktfreiheit der beiden deutschen Staaten als Voraussetzung für eine Gemeinschaft, die ‚ganz Europa" („bis zum Ural" oder bloß „bis an die Memel"?...) einschließt, angepriesen wird, stellt auch die Verhältnisse auf den Kopf. Wenn es in Westeuropa überhaupt zu paktfreien Staaten kommen könnte,so sicherlich nicht zuerst bei den beiden deutschen Staaten. Einmal wegen ihrer geostrategischen Lage und Bedeutung als „Frontstaaten" der beiden Blöcke; zum anderen gerade auch wegen der Politik des BRD-Imperialismus, der sich als ‚Juniorpartner' den USA verpflichtet fühlt und selbst Druck auf andere NATO-Länder in Richtung Bündnistreue ausübt. Es sei nur daran erinnert, daß es BRD-Kriegsminister Apel war und ist, der Holland und auch Belgien in der Frage der NATO-„Nach"rüstung zu deren Zustimmung drängte; es sei auch daran erinnert, welch wirtschaftliche und militärische Hilfe der BRD-Imperialismus z.B. dem faschistischen Militärregime der Türkei zukommen läßt. Wenn also schon von Paktfreiheit als erstrebenswertem Ziel die Rede ist, so könnte eine solche Entwicklung sicherlich am ehesten bei den schwächeren Kettengliedern der NATO beginnen (Griechenland,Holland usw.) und nicht gerade bei der stärksten imperialistischen Macht in Europa.

Daß eine Paktfreiheit der BRD nur gegen die herrschenden imperialistischen Interessen erkämpft werden kann, liegt dabei auf der Hand.

Die nationale Frage aus der Sicht der linken Wiedervereiniger

Wesentlicher und im Zentrum der Paktfreiheits-Argumentation steht nicht dieser Gesichtspunkt, sondern die „nationale Wiedervereinigung". *„Die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes in einer gesamteuropäischen Friedensgemeinschaft setzt eine Lösung der deutschen Frage voraus"* (S. 9). Sie *„betrachten die Teilung Deutschlands als unannehmbar"* (S. 6), denn *„Mauer, Stacheldraht, Selbstschußanlagen und Minenfelder trennen die Deutschen bis heute gewaltsam und eindeutig gegen ihren Willen. ... Dieser Zustand kann — unabhängig von der umstrittenen Schuldzumessung — nicht als normal angesehen werden"* (S. 6). Den Vaterlandsverteidigern ist, genau wie in der Blütezeit der „KPD", kein Mittel zu schade, die Wiedervereinigung in der Linken hoffähig zu machen. So wird die Schuld an der Spaltung Deutschlands schon als „umstritten" bezeichnet. In der Broschüre, die ja erklärtermaßen „keinen wissenschaftlichen Anspruch erhebt", steht noch mehr geschichtlicher Nonsens. Ein paar Kostproben:

— *„Moskau und Washington haben Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in zwei Staaten gespalten..."*. (S. 43). Daß dies einzig und allein die USA und ihre Helfershelfer Adenauer, Schumacher usw. waren, schert die Wiedervereiniger nicht weiter.

— Adenauer, CDU und Schumacher, SPD in Westdeutschland machten sich *„zu den Anführern antisowjetischer Strömungen, ebenso wie Ulbricht, SED eine antiamerikanische Position bezog"* (S. 37). Damit soll gesagt werden, daß beide Seiten sich abgrenzten und mitschuldig seien an der Spaltung Deutschlands. In Wirklichkeit argumentierte die SED damals jedoch sehr „national": Sie warf den USA gerade vor, die deutsche Einheit auf Grundlage des Potsdamer Abkommens verletzt zu haben und aus den Westzonen eine amerikanische Kolonie zu machen.

— Da stehen dann auch Sätze in der Broschüre der Berlin-AG, die nun wirklich einfach unverständlich sind. So heißt es: *„Ohne die Aufhebung des lediglich eingefrorenen Bürgerkriegs (?) in Deutschland wird es auf Egalität und Demokratie zielende Veränderungen weder in der BRD noch in der DDR geben"* (S. 7).

Doch zurück zur angeblich aktuellen Bedeutung der „Lösung der Nationalen Frage".

Angeblich sind *„Fortschritte im Innern der beiden Teilstaaten durch Spaltung verhindert"* worden (S. 7). Die deutsche Spaltung *„blockiert politische und gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik wie in der DDR"* (ebenda). Also sollen die Linken zunächst einmal ihren Kampf hierzulande für gesellschaftliche Veränderungen zurückstellen, um die deutsche Spaltung zu bekämpfen? Nach Meinung der Verfasser ja, denn: *„Ohne Einheit der Nation keine nationale demokratische Identität"*. Ohne diese *„eigene Identität werden weder die Bereitschaft zur Völkerfreundschaft noch die Demokratie im nationalen Leben Deutsch-*

fen? Nach Meinung der Verfasser ja, denn: „Ohne Einheit der Nation keine nationale demokratische Identität". Ohne diese „eigene Identität werden weder die Bereitschaft zur Völkerfreundschaft noch die Demokratie im nationalen Leben Deutsch-

lands Wurzeln schlagen" (S. 7). Die Verfasser erklären auch — nun schon recht mystisch — warum die „Lösung der Nationalen Frage" Voraussetzung für gesellschaftliche Veränderungen sei: *„Alle geistigen und materiellen Energien ...fehlen zur Entwicklung einer neuen Gesellschaftsform... Es ist notwendig, die geistige deutsche Spaltung zu überwinden, damit die schöpferischen Kräfte eine soziale politische Kultur entwickeln können"* (S. 39).

Daß gesellschaftliche Veränderungen — in beiden deutschen Staaten — nur durch den Klassenkampf erzielt werden können, das ist mittlerweile für diese Leute schon kalter Kaffee geworden. Diese Theoreme erinnern eher an ein bißchen reaktionäre Mystik, gepaart mit Bruchstücken von Bahros Thesen in der „Alternative" über das sogenannte „überschüssige Bewußtsein", das jedoch in beiden deutschen Staaten angesichts der Teilung bereits verpachtet ist, so daß ohne „Wiedervereinigung" nichts mehr für gesellschaftliche Veränderungen übrigbleibt.

Es ist nur logisch, daß die „Lebensperspektive" Westberlins auch nur im Rahmen der „Lösung der Nationalen Frage" gesehen wird. *„Nicht nur die Insellage Westberlins drängt zu grundsätzlichen Überlegungen über die deutsche Zukunft. Die künstliche*

grundsätzlichen Überlegungen über die deutsche Zukunft. Die künstliche

Nährung der Wirtschaft, der Kultur durch ständig notwendige Einspritzungen aus der Bundesrepublik beweist die innere Auszehrung der Stadt. CDU, SPD und FDP sind nicht bereit, daraus grundsätzliche Schlüsse zu ziehen" (S. 13). Da wird dann über *„das langsame Absterben der Halbstadt"* (S. 27) gejammert, über die wirtschaftliche „Auszehrung" und darüber, daß Westberlin *„ohne wirtschaftliches Umland, ohne geistiges Umfeld keine Zukunft hat"* (S. 27). Genau genommen hieße dies ja, daß das unmittelbare geistige und wirtschaftliche „Umfeld" die DDR sein müßte, aber eine solche Lösung ist den Verfassern bei allem Wohlwollen nicht zuzutrauen. Sie meinen vielmehr, wie könnte es anders sein, die „Rahmenbedingungen", die geändert werden müßten: also die „Lösung der Nationalen Frage" durch Beseitigung der DDR. Zwar schreiben die Autoren an anderer Stelle: *„Die Einheit Deutschlands ist nach unserer Überzeugung nur durch grundlegende Veränderungen in beiden Staaten möglich. Konföderation und Paktfreiheit lösen zwar keinen Automatismus in dieser Richtung aus, wenn aber die beiden deutschen Staaten aus den Blöcken herausgelöst werden, verminderte sich nicht nur die Kriegsgefahr in Europa. Dies erlaubte eher als der heutige Zustand, die kulturelle*

heit lösen zwar keinen Automatismus in dieser Richtung aus, wenn aber die beiden deutschen Staaten aus den Blöcken herausgelöst werden, verminderte sich nicht nur die Kriegsgefahr in Europa. Dies erlaubte eher als der heutige Zustand, die kulturelle

Einheit der Nation zu bewahren" (S. 10). Zumindest der erste Satz, wenn er im Sinne grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen gemeint ist, könnte so unterschrieben werden. Er steht jedoch im Gegensatz zu den sonstigen Ausführungen in der Broschüre. Daß diese Passage überhaupt auftaucht, ist entweder Rücksichtnahme auf andere Strömungen innerhalb der AL oder aber auch auf Widersprüche im Kreise der linken Wiedervereiniger selbst zurückzuführen. Denn sogar die Aussage, daß die Paktfreiheit keinen „Automatismus" hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung auslöse, wird an anderer Stelle wieder aufgehoben:*„Im Rahmen einer langfristigen Friedenspolitik sollten die beiden Paktsysteme überflüssig werden. Die deutsche Frage würde sich so fast von allein lösen"* (S. 41).

Es kein Wunder, daß sich die bürgerliche Presse auf solcherlei Wiedervereinigungs-Thesen stürzt und sie sehr wohlwollend kommentiert. Karl-Heinz Janßen von der „Zeit" hat sich insgesamt sehr positiv — u.a. unter Berufung auf die Broschüre der Berlin-AG — über die Wiedervereinigungs-Thesen geäußert und frohlockte: *„Einschlafen wird die deutsche Frage nicht wieder — dazu hängt sie zu eng mit den Fragen von Rüstung und Abrüstung zusammen"* ... Janßen sieht sogar einige berechtigte Hoffnungen, daß diese Thesen einigen Anklang in der Linken finden könnten. („Zeit," 13.11.81)

Atomwaffenfreies Europa „vom Atlantik bis zum Ural"?

Die Westberliner AL hatte es sich bisher zu eigen gemacht, die Forderungen des Aufrufs der Russell-Peace Foundation nach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone „von Polen bis Portugal" zu unterstützen. Vom **„Atlantik zum Ural"**, wie es im Titel der Broschüre der Berlin-AG heißt - das erinnert verdammt an die Konzeption von F.J. Strauß in seinem in den 60er Jahren erschienenen Buch „Entwurf für Europa": Strauß fordert darin ein **„befreites Europa ... vom Atlantik bis zum Ural"**.

Die Intention der Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone „vom Atlantik bis zum Ural" mag darin liegen, daß die atomwaffenfreie Zone nicht so sehr politisch, wie im Aufruf der Russell-Peace Foundation, betrachtet wird, dessen Initiative davon ausging, daß alle europäischen Staaten einen atomwaffenfreien Puffer zwischen den ‚beiden Supermächten' bilden sollten. Begründet wird das im Aufruf der Russell-Foundation mit dem Eigeninteresse der europäischen Staaten, sich der „Blockkonfrontation" zu entziehen.

Ein solcher Ansatz reicht den „KPD"-Kadern und ihren Kollaborateuren natürlich nicht aus. Geschäfts-

im Aufruf der Russell-Foundation mit dem Eigeninteresse der europäischen Staaten, sich der „Blockkonfrontation" zu entziehen.
Ein solcher Ansatz reicht den „KPD"-Kadern und ihren Kollaborateuren natürlich nicht aus. Geschäfts-

tüchtig wie ein hanseatischer Kaufmann möchten sie den Preis für eine atomwaffenfreie Zone in die Höhe treiben: Atomare Abrüstung der Sowjetunion bis zum Ural! Daß dies für die Sowjetunion nicht akzeptabel wäre, ist allgemein bekannt. Und wenn es dann mit der atomwaffenfreien Zone nicht klappt, weiß man doch wenigstens schon jetzt, wer schuld dran ist: Wieder einmal die Russen!

Ein kleiner Tip an die „KPD": Solange die Sowjetunion über „strategische" (Langstrecken-) Raketen verfügt, kann sie immer noch Europa bedrohen. Richtig wäre also die Forderung nach vollständiger atomarer Entwaffnung der Sowjetunion. (Wird in der nächsten Broschüre der Berlin-AG nachgeholt, gell?...)

Obgleich die Thesen der Berlin-AG insgesamt nicht repräsentativ für die AL sind, sollten sie doch nicht unterschätzt werden: Sie sind im Rahmen eines von einer breiten Koalition getragenen Rollbacks zu verstehen, das die Friedensbewegung von der Einseitigkeit ihrer Forderungen abbringen und die „deutsche Frage" als Schein-Alternative einführen will. Dabei stehen die „KPD"-Vaterlandsverteidiger nicht allein, sondern erhalten Schützenhilfe u.a. von einigen sozialdemokratischen Spezies wie Gaus und teilweise auch Bahr, die mithelfen, diese Thesen zu verbreiten und salonfähig zu machen. Mit der Aufnahme des Märchens von der sowjetischen Bedrohung ins „Friedensmanifest" der Grünen ist dieser Koalition bereits ein erster Teilerfolg geglückt. Wenn sich diese Thesen durchsetzen sollten, wäre das der sichere Tod der Friedensbewegung.

Antimilitarismuskommission

Zum Vergleich:

Die Aussagen im Programm der Alternativen Liste Westberlin

„Die Berlinpolitik aller etablierten Parteien läuft auf eine bloße Verwaltung des Status quo hinaus. Wir dagegen geben uns damit nicht zufrieden. Die besondere Lage Berlins ist ein Zeichen dafür, daß die Nachkriegsordnung in Europa, die militärische Blockbildung unter Führung von USA und Sowjetunion und die Teilung Deutschlands ungelöste Probleme in sich bergen. Gerade in Berlin müssen wir Ideen für eine gesamteuropäische Friedenspolitik entwikkeln, die aus der Blockkonfrontation hinausführt. Deshalb muß sich Politik in Berlin mit der langfristigen Existenzfrage, mit der Lebensperspektive der Stadt auseinandersetzen".

Hier wird also für alle möglichen Interpretationen vieles offen gelassen, wobei im AL-Programm zunächst der Hauptpunkt die Überwindung der Blockkonfrontation bildet, bis es dann zur vielleicht umstrittensten verabschiedeten Passage kommt: *„Um die unnatürliche geographisch-politische Situation Westberlins zu überwinden, müssen wir in letzter Konsequenz die Frage der deutschen Einheit aufwerfen und zu ihrer Lösung beitragen".* Damit sei kein „preußischer Zentralstaat" gemeint, sondern es *‚geht unter anderem um eine Einheit auf historisch gewachsener kultureller, wirtschaftlicher, sozialer und menschlicher Ebene. Welche staatlichen und institutionellen Formen diese Einheit annehmen könnte, ist für uns offen. Alle Initiativen zur Annäherung der beiden deutschen Staaten sind Unterstützung für eine Verständigung zwischen Ost- und Westeuropa, wie umgekehrt Schritte zur Überwindung der Blockkonfrontation in Europa die deutsche Frage einer Lösung näherbringen".*

Vor allem auf diese Passage stützen sich die ‚linken' Wiedervereiniger bei der ‚schöpferischen' Ausschmückung ihrer Wiedervereinigungs-Thesen.

Weiter heißt es im Programm. *„Wir wollen die völkerrechtlichen, wirtschaftlich und politisch unhaltbare Situation Berlins als Chance nutzen für eine Politik mit dem langfristigen Ziel einer deutschen Paktfreiheit als Angebot für den Frieden in Europa ... Zwei paktfreie deutsche Staaten werden für viele Probleme, die heute unlösbar erscheinen, eine Lösung ermöglichen. Paktfreie und nachweislich defensive deutsche Staaten könnten keine Militäraktionen anzetteln oder stellvertretend für die USA oder die UdSSR Konflikte austragen. Vorschläge, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu errichten, werden neues politisches Gewicht bekommen ...".*

Im Friedensprogramm der AL heißt es zur Nato-„Nach"-rüstung unmißverständlich: *„Wir fordern die Bundesregierung sowie die US-Regierung auf, den ‚Nachrüstungsbeschluß' ohne Vorbedingungen und einseitig rückgängig zu machen".*

Die AL lehnt auch die Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen ab, freilich nicht im Sinne einer „Zweiseitigkeit" und ohne Koppelung an der Forderung nach Verhinderung der Nato-„Nachrüstung".

Hamburgs Grüne diskutieren über ihr Verhalten zur SPD

Am 18.11. tagte die Landesmitgliederversammlung der Hamburger Grünen. Etwa 150 Grüne diskutierten mit dem Ziel, *„Positionen der Grünen Partei zu den Bürgerschaftswahlen 1982 festzuschreiben"* (aus der Einladung des Landesvorstands). Mit dem Näherrükken des Wahltermins hat auch die Presse ihr Interesse an den Vorgängen in der alternativen Wahlbewegung entdeckt. Sogar „Bild" hatte zwei Reporter geschickt, die allerdings auf fast einhelligen Beschluß der Versammlung gleich wieder ihre Sachen packen und den Saal verlassen mußten.

Thesen zur Bürgerschaftswahl

Zum Haupttagesordnungspunkt, der „Festschreibung grüner Positionen zur Bürgerschaftswahl", lagen drei Anträge vor: ein Papier von Jürgen Reents (Gruppe Z, Redaktion „Moderne Zeiten"), eines von Ingo Borsum (früher presserechtlich Verantwortlicher der Z) und Corny Littmann (Hamburger Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl) sowie ein weiteres von Klaus Gärtner (Grüne Bergedorf). In der Einleitung dieses dritten Antrags wurde schon angedeutet, wo der Hauptzündstoff in der Debatte um die parlamentarischen Aufgaben der Grünen liegen würde. Klaus Gärtner schreibt dort von seiner *„Sorge darüber, daß es bei den Hamburger Grünen Kräfte gibt, die — gewollt oder ungewollt — unsere Partei unter langfristiger Aufgabe ihrer Grundsätze schon kurz nach ihrer Gründung zu einer Partei der Macher und Taktierer degradieren könnten..."*. In der Debatte grenzte sich Klaus Gärtner ausdrücklich von Überlegungen darüber ab, ob die Grünen noch die „vierte" oder schon die „dritte Kraft" in der politischen Landschaft seien, wie sie vor kurzem z.B. Jürgen Reents und Thomas Langer öffentlich angestellt hatten. Auch in anderen Beiträgen wurde vor jeglichem „Kuhhandel" mit der SPD gewarnt.

Zweideutig blieb die Position von Ingo Borsum/Corny Littmann, in deren Antrag einerseits eine große Koalition als so gut wie sicher vorausgesagt, andererseits aber gefordert wurde, *„....von Fall zu Fall mit der SPD darüber zu verhandeln, zu welchen Zugeständnissen in unserem Sinne sie bereit ist"*.

Unstrittig war zunächst nur die Ablehnung jeder Koalitionsbeteiligung: *„Unsere Teilnahme an Parlamentswahlen orientiert sich darum auch an konkreten Interessen und Forderungen aus diesen Bewegungen* (den Emanzipationsbewegungen; Anm. AK). *Der Durchsetzung der bisherigen herrschenden Politik gilt es parlamentarisch wie außerparlamentarisch Hemnisse aufzuerlegen. Daraus folgt, daß wir im Parlament die Rolle einer Opposition einnehmen und nicht Koalitionspartner von irgendeiner der etablierten Parteien werden."* Diese Formulierung aus dem Antrag von J. Reents wurde auch so beschlossen (eine Kommission, bestehend aus den Antragstellern und anderen, hatte sich in einer Pause darauf verständigt, das Reents-Papier, ergänzt um einige Passagen aus dem Antrag Borsum/Littmann, zur Diskussions- und Abstimmungsgrundlage zu machen.)

Keine Einigung in der Frage der „Tolerierung" eines SPD-Bürgermeisters

Eine Kampfabstimmung gab es um die Frage, wie man sich zu einer möglichen SPD-Minderheitsregierung verhalten solle. 25 Stimmen bekam ein Antrag des Bezirksverbandes Harburg, der dazu keine Aussage treffen wollte und stattdessen — allerdings in sehr allgemeiner Form — die Unvereinbarkeit der *„politischen Grundkonzeption der SPDFDPCDU und der Grünen"* betonte und folgerte: *„Eine gemeinsame Politik mit der SPDFDPCDU ist für die Grünen daher im Grundsatz nicht möglich. Ein auch in Einzelfragen künftig möglicherweise ergebendes gleiches Abstimmungsverhalten von SPDFDPCDU in der Bürgerschaft kann nicht als Zusammenarbeit interpretiert werden."* 67 Grüne stimmten für den Antrag von Jürgen Reents, der in seiner veränderten Endfassung folgendermaßen lautet (unter Punkt 4):

„1. Wir sind grundsätzlich nicht bereit, unsere Hand für einen CDU-Bürgermeister zu erheben oder dessen Wahl durch Stimmenthaltung zu tolerieren.
2. Wir sind nicht bereit, die Funktion eines Mehrheitsbeschaffers für unveränderte sozialdemokratische Politik zu übernehmen.
3. Falls sich in Hamburg eine Situation ergeben sollte, wo die SPD die Bildung eines Minderheitssenats beabsichtigen würde, und dazu zumindest der Stimmenthaltung einer grün/alternativen Fraktion bedürfte, wären wir zu Gesprächen darüber bereit, welche Anliegen grün/alternativer Politik die SPD in ihr Senatsprogramm aufnehmen würde. Ob eine Öffnung der SPD in diese Richtung im Verhältnis zum grün/alternativen Gesamtprogramm ausreichend wäre, um einen SPD-Senat durch Stimmenthaltung zu tolerieren (dieser Teil des Satzes ist nur sinngemäß wiedergegeben, da er nicht schriftlich vorlag; Anm. AK), *würde in jedem Fall nicht allein von einer grün/alternativen Parlamentsfraktion, sondern von einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung unmittelbar nach der Wahl entschieden. Grundpositionen der Grünen stehen aber — im Gegensatz zur Praxis der Parteien — nicht für Posten und Einfluß zur Disposition."*

Alles in allem hebt sich auch die Mehrheitsposition (Reents-Antrag) wohltuend von den Plänen eines Lars Hennings (ebenfalls Mitglied von Gruppe Z und ISP/Moderne Zeiten) ab, der „parlamentarische grüne Machtentfaltung" zur Rettung des SPD-„Modell Deutschland" vor noch Schlimmerem empfiehlt (vgl. AK 212, S. 40). Allerdings lassen sie auch Raum für unterschiedliche Interpretationen. Die Formulierung etwa, daß eine grün-alternative Fraktion ins Parlament *„konkrete Alternativen"* einzubringen hätte, die *„sich auch unter den gegebenen Bedingungen als verwirklichbar erweisen"*, muß mißtrauisch machen. Wenn „verwirklichbar" soviel heißen soll wie „mehrheitsfähig", dann wären „unter den gegebenen Bedingungen" doch die „Macher und Taktierer" (Klaus Gärtner) an der Reihe.

Dokumentation

FRIEDENSBEWEGUNG- WIE WEITER?

ERKLÄRUNG DES LANDESVERBANDES HAMBURG, DIE GRÜNEN

Anläßlich der in der NATO mit scheinbarer Ernsthaftigkeit geführten Diskussionen um die „Nullösung" beziehen wir, der Hamburger Landesverband der GRÜNEN, zu einigen Fragen Stellung, die in der Friedensbewegung und auch in der GRÜNEN Partei, die Teil dieser Bewegung ist, derzeit kontrovers diskutiert werden.

1. Westeuropa erlebt heute angesichts der wachsenden Kriegsgefahr die schnelle Herausbildung einer massenhaften, länderübergreifenden Friedensbewegung. Absolut vorrangiges Anliegen dieser Bewegung ist es, die Rücknahme des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses zu erkämpfen, der eindeutig auslösendes Moment für den anwachsenden Widerstand war. Diese Haltung fußt auf der von uns GRÜNEN geteilten Auffassung, die „Nach"rüstung sei eine qualitativ neue und die Kriegsgefahr entscheidend steigernde Drehung an der Rüstungsschraube. Wir GRÜNEN bekräftigen unsere Ablehnung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Diese Ablehnung wird von uns nicht mit wie auch immer gearteten Forderungen oder Erwartungen an die andere Seite verknüpft. Der Krefelder Appell findet die rückhaltlose Unterstützung der Hamburger GRÜNEN!

2. Der Friedensbewegung ist es gelungen, großen Einfluß auf die Diskussionsprozesse in den etablierten Parteien zu nehmen und insbesondere in der SPD zahlreiche kritische Stimmen laut werden zu lassen. Wir begrüßen diese Entwicklung, übersehen jedoch nicht die Gefahr, daß interessierte Kreise gerade der Regierungsparteien unter Bezugnahme auf die Friedensbewegung deren „einseitige" Ausrichtung gegen den „Nach"rüstungsbeschluß zu verwässern trachten. Eine Verbreiterung der Friedensbewegung darf u.E. keinesfalls mit der Relativierung unserer Haltung gegenüber den neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen erkauft werden. Denjenigen, die die Parole ausgeben, *„Wer Pershing sagt, der muß auch SS 20 sagen"*, und anschliessend großzügig die „Nullösung" für beide Systeme anbieten (wie gerade R.Reagan einvernehmlich mit H. Schmidt), stellen wir entgegen: Es gibt keine östliche Vorrüstung, die durch westliche Nachrüstung zu korrigieren sei. Der SS 20 stehen auf westlicher Seite bereits heute gleichwertige Waffen gegenüber, z.B. die für den Einsatz in Europa bestimmten U-Boot-stationierten Raketen von Amerikanern und Briten. Deshalb: *„Wer SS 20 sagt, der muß auch Polaris/Poseidon/ Trident sagen"* (so heißen die entsprechenden U-Boote)!

3. Angesichts des Besuches von L. Breschnew in Bonn veranstalten Teile der Friedensbewegung einschließlich des Bundesverbandes der GRÜNEN eine Demonstration. In dem Aufruf wird u.a. der schrittweise Abbau aller sowjetischen Mittelstreckenraketen verlangt. Obwohl sich der Aufruf „ohne Vorbedingung" gegen die „Nach"rüstung wendet, wird wegen der völligen Vernachlässigung einer Stellungnahme zu den bereits existierenden westlichen Mittelstreckenwaffen ungewollt der Gedanke vermittelt, SS 20 und Pershing II bzw. Marschflugkörper stünden auf der gleichen Stufe des Wettrüstens. Dieses Zugeständnis an die herrschende Desinformation der Öffentlichkeit wird den Eindruck vermitteln, daß die Friedensbewegung anfinge, ihre „Einäugigkeit" abzulegen. Deswegen halten wir die Demonstration für ungeeignet, die ursprünglichen Interessen der Bewegung zum Ausdruck zu bringen (*). In diesem Zusammenhang verurteilen wir alle Bestrebungen, GRÜNER Friedesnpolitik den Stempel bürgerlicher „Ausgewogenheit" aufzudrücken.

Wir GRÜNEN sind für eine vollständige Nullösung, d.h. für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und letztendlich für die Abschaffung aller Atomwaffen. Der erste Schritt zur Erreichung dieser Ziele muß jedoch die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses sein. Dieser Beschluß, der das Streben der USA nach kriegsentscheidender Überlegenheit als Nachrüstung tarnt, belastet die Verhandlungen in Genf und beweist das fehlende Interesse der amerikanischen Regierung an Abrüstung. Die Verhinderung der Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern ist Voraussetzung, um anschließend durch bilaterale Abrüstungsschritte die mörderischen Atompotentiale aus der Welt zu schaffen!

(*)Eine relevante Minderheit auf der Landesmitgliederversammlung wandte sich gegen eine explizite Ablehnung der Demonstration.

INFO der GRÜNEN HAMBURG

STOP DER NATO·VORRÜSTUNG!

Erklärung des Hamburger Landesbeistandes der GRÜNEN anläßlich des Besuches des sowjetischen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland.

Die von L. Breschnew im Vorwege des Bonn–Besuches im „Spiegel" dargelegten Positionen beweisen das Bemühen der Sowjetunion, im Rahmen der bevorstehenden Verhandlungen in Genf eine weitere Eskalation des Wettrüstens zu verhindern. Ist die Bundesregierung ernsthaft an erfolgreichen Rüstungsbegrenzungsgesprächen interessiert, so muß sie die von Breschnew formulierten Ausgangsbedingungen gegenüber den Vereinigten Staaten unterstützen. Diese unsere Einschätzung begründen wir wie folgt:

- Wir GRÜNEN stimmen mit Breschnew in der Ansicht überein, daß die USA keine erfolgreichen Verhandlungen wünschen. Mit der geplanten Stationierung von punktzielgenauen Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa betreiben die Vereinigten Staaten den ersten Schritt auf dem Wege zur Erlangung entwaffnender Erstschlagsfähigkeit. Dieser Weg droht einen Atomkrieg auf Europa begrenzbar und damit für die Pentagon-Strategen gewinnbar zu machen.
- Um den für Europa verhängnisvollen sog. NATO-Doppelbeschluß durchzusetzen, war und ist ein Alibi notwendig, welches die durch jenen Beschluß vorgesehene Aufrüstung als Nachrüstung ausweist. Wie wenig indes Pershing II und Marschflugkörper mit der angeblich so bedrohlichen SS 20 zu tun haben, beweist die 1978 und 1979 (also vor der berüchtigten Brüsseler NATO-Ratssitzung) erfolgte Ablehnung der zahlreichen sowjetischen Vorschläge, schon damals über atomare Mittelstreckenwaffen z.B. im Rahmen der SALT-II-Gespräche zu verhandeln.
- Die von Breschnew im „Spiegel" kundgetane Auffassung, die Sowjetunion besäße keine Überlegenheit im Bereich der Mittelstreckenwaffen, wird durch Aussagen zahlreicher namhafter Politiker und Militärfachleute, z.B. des Ex-Generals Bastian, bestätigt. Bezieht man sämtliche Waffensysteme von NATO-Ländern, die von Europa aus das Gebiet der UdSSR atomar bedrohen, also auch Mittelstrekkenbomber und seestationierte Atomraketen ebenso wie britische und französische Systeme, in die Untersuchungen mit ein, so ergibt sich ein ungefähres Gleichgewicht. Dieses Gleichgewicht wird gerade dadurch erzielt, daß beide Seiten bei bestimmten Bereichen eine Überlegenheit besitzen, so die SU bei landstationierten und die NATO bei seestationierten Mittelstreckenraketen.
- Da die Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles folglich keine Reaktion auf sowjetische Vorrüstung durch SS 20 sondern vielmehr eigenständiger Ausdruck der offensiven amerikanischen Militärstrategie sind, hat die US-Regierung auch kein Interesse daran, im Gefolge von Verhandlungen auf diese neuen Waffensysteme verzichten zu müssen. Des-

Fortsetzung nächste Seite

Resolution des Arbeitskreises Friedenspolitik der GRÜNEN (Landesverband Hamburg)

In der europäischen Bevölkerung setzt sich die Erkenntnis mehr und mehr durch, daß die Kriegsgefahr durch Entwicklung immer raffinierterer Waffensysteme und Verwendung immer größerer Ressourcen für die Rüstung in der letzten Zeit erheblich gewachsen ist. Die in Westdeutschland (und nicht nur dort) entstandene Friedensbewegung richtet sich in erster Linie gegen die Hochrüstungspolitik der NATO, welche ihren Ausdruck insbesondere in dem sogenannten NATO-Doppelbeschluß findet. Die weit über eine Million Unterschriften unter den Krefelder Appell bestätigen dies eindrucksvoll.

Der „Einseitigkeit" der Friedensbewegung gegen die von den USA bestimmte NATO-Politik liegt die Einschätzung zugrunde, daß die Pentagon-Strategen *„gegenwärtig versuchen, militärische Überlegenheit zu erlangen und durch die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles einen begrenzten Atomkrieg in Europa wieder führbar und gewinnbar zu machen"*. (Aus dem Aufruf von GRÜNEN, BBU und anderen zur Breschnew-Demonstration). Die wachsende Größe und Bedeutung der mehrheitlich mit einer derartigen Einstellung arbeitenden Friedensbewegung macht der Regierung zunehmend Sorge. Einerseits sieht man sich massivem Druck der Vereinigten Staaten ausgesetzt, die „Nach"-rüstung nur ja nicht anzutasten, andererseits drängt ein Teil der Bevölkerung darauf, den „militärischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses" aufzugeben.

Die SPD und teilweise auch die anderen Parteien suchen ihr Heil darin, die Friedensbewegung zu neutralisieren, indem sie ihr eine (gar nicht vorhandene) Ausgewogenheit gegenüber Ost und West attestieren (will heißen: weder Pershing noch SS 20). Ungewohnte Töne kommen auch aus reaktionärem Munde. Die Friedensbewegung sei überwiegend moralisch integer, ihr Anliegen in jedermanns Interesse und ihr Einsatz ernstzunehmen, behaupten scheinheilig selbst Teile der CDU und weisen Kohls Volksfront-Vorwurf als unhaltbar zurück. Alle Bundestagsparteien, besonders aber die SPD, machen sich das der Bewegung in den Mund gelegte (dort eigentlich nur minoritär beheimatete) Streben nach beidseitigem Verzicht auf SS 20 und Pershing II zu eigen und plädieren in nicht zu überbietender Friedensliebe für die „Nullösung". Hierunter wird die Bereitschaft der SU verstanden, ihre SS 20 abzubauen, wobei im Gegenzug dann auch der NATO-Doppelbeschluß überflüssig würde.

Die Sowjetunion wird sich auf derartige Forderungen nicht einlassen können. „Seht her", wird es dann aus dem Munde der Regierung und der Opposition gleichermaßen tönen, „wir haben die Friedensbewegung ernst genommen und sind für beidseitigen Verzicht auf Raketen eingetreten.

Fortsetzung von voriger Seite

Fortsetzung von voriger Seite

halb konstruieren, wie Breschnew sagt, die Washingtoner Politiker von vornherein eine Sackgasse für die Verhandlungen, indem sie das Gespräch auf die landstationierten Raketen zu begrenzen suchen. Mittels Ausklammerung derjenigen Systeme, bei denen die NATO überlegen ist, will man eine sowjetische Bedrohung konstruieren, die die „Nach"-rüstung rechtfertigt. Das Gerede von der „Nullösung", so es aus dem Munde der Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses kommt, zielt darauf ab, der SU einen vollständigen Verzicht auf ihre Raketen zuzumuten, ohne gleichzeitig die bereits existierenden westlichen Mittelstreckenwaffen abzubauen. Erst dann würde sich nahh dieser Logik der „Nach"rüstungsbeschluß erübrigen.

- Wenn die SU, wie zu erwarten ist, eine derartige inakzeptable und ein einseitiges Übergewicht des Westens schaffende „Nullösung" ablehnt, werden die Kriegsplaner der NATO ihr den Schwarzen Peter für das Scheitern der Verhandlungen zuschieben. Einziger Zweck der amerikanischen Gesprächsbereitschaft ist es, mit diesem Winkelzug die Legitimation für den dann vereinfachten NATO-Beschluß pomphaft zu bekräftigen bzw. zu erneuern.
- Wir GRÜNEN sparen nicht mit scharfer Kritik an den undemokratischen Verhältnissen der „realsozialistischen" Länder und an den rigiden Gepflogenheiten der SU im Umgang mit Völkern innerhalb ihres eigenen Machtbereiches (Afghanistan!). Dennoch übersehen wir nicht das Interesse der UdSSR an Abrüstung und Entspannung. Dieses Interesse erwächst ihr ganz zwangsläufig aus dem militärisch- technologischen Zurückbleiben hinter den USA und aus der durch die Verteidigungsausgaben mitverschuldeten Wirtschaftsmisere. Es kommt unter anderem in dem Angebot Breschnews zum Ausdruck, bei einem Verzicht auf die „Nach"rüstung die Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen zu reduzieren, Wir begrüßen dieses Angebot, welches als einseitige Abrüstungsvorleistung zu verstehen ist.
- Wir GRÜNEN fordern von der Bundesregierung, endlich auf den Moratoriumsvorschlag einzugehen, den Breschnew erneuert hat. Die bisherige Ablehnung dieses Vorschlags, der den Ausbau der Mittelstreckenpotentiale auf beiden Seiten, also gerade auch der SS 20, für die Dauer von Verhandlungen zu verhindern trachtet, beweist, wie wenig Kopfzerbrechen sich die „Nach"rüstungsbefürworter um die sowjetischen Raketen machen.
- Weiterhin fordern wir von der Bundesregierung, gegenüber den USA darauf zu drängen, daß alle land- und seestationierten Mittelstreckenraketen und alle Mittelstreckenbomber von NATO-Ländern (einschließlich Frankreichs) ebenso wie die äquivalenten Systeme der Warschauer Vertragsorganisation in die Verhandlungen miteinbezogen werden. Andernfalls sind diese ohne den Hauch einer Chance.

Wir GRÜNEN sind für eine vollständige Nullösung, d.h. für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und letztendlich für die Abschaffung aller Atomwaffen. Der erste Schritt zur Erreichung dieser Ziele muß jedoch die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses sein. Dieser Beschluß, der das Streben der USA nach kriegsentscheidender Überlegenheit als Nachrüstung tarnt, belastet die Verhandlungen und beweist das fehlende Interesse der amerikanischen Regierung an Abrüstung. Die Verhinderung der Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa ist Voraussetzung, um anschließend durch bilaterale Abrüstungsschritte die mörderischen Atompotentiale aus der Welt zu schaffen.

(Auf der Sitzung des Hamburger Landesbeistandes am 17.11. ohne Gegenstimme verabschiedet)

Die Sowjetunion hat jedoch nicht mitgespielt, deswegen wird wohl der nicht einäugige Teil der Friedensbewegung einsehen, daß die Nachrüstung unumgänglich ist". Diese Strategie besitzt durchaus Chancen, in den Augen der nicht informierten Bevölkerungskreise die Rechtfertigung des NATO-Ratsbeschlusses zu erneuern.

Am 23.11. besuch L. Breschnew die Bundesrepublik. Anläßlich dieses Besuches wird eine Demonstration veranstaltet, die maßgeblich vom Bundesverband der GRÜNEN mitgetragen wird. Wir sind der Auffassung, daß eine Teilnahme an dieser Demonstration die Gefahr in sich birgt, der oben skizzierten Strategie der Raketenbefürworter Rückenwind zu verschaffen:

Im Aufruf von BBU, GRÜNEN (Bundesvorstand) und anderen zur Demonstration sind viele Gedanken enthalten, deren Wichtigkeit wir nicht bestreiten. Ausdrücklich positiv bewerten wir die im ersten Teil des Textes erscheinende deutliche Ablehnung des NATO-Aufrüstungsbeschlusses und die klare Festlegung auf die Aussage, daß es die Vereinigten Staaten sind, die gegenwärtig versuchen, kriegsentscheidende militärische Überlegenheit zu erlangen.

Für unterstützenswert halten wir auch Forderungen, die sich ihrem Charakter nach nicht auf die aktuelle Situation beziehen, sondern darüberhinausgehende Zeilvorstellungen (Abrüstung in OSt und West, Atomwaffenfreie Zonen, Abzug aller fremden Truppen usw.), wie sie auch von anderen Teilen der Friedensbewegung getragen werden, formulieren.

Mit den Unterzeichnern des Ausrufs teilen wir die vorgetragene Kritik an der agressiven Außenpolitik der SU, die u.a. in der Mißachtung der Souveränität Afghanistans, dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die CSSR 1968 und den Interventionsdrohungengegenüber der VR Polen zum Ausdruck kommt. Eine derartige Politik mißachtet in krasser Form das Recht auf Selbstbestimmung und ist beredter Gegenbeweis für eine -von Seiten der DKP gern behauptete- prinzipielle Friedensliebe der UdSSR. Ohne Zweifel gilt es, unsere Ablehnung dieser Art von Außenpolitik in scharfer Form zum Ausdruck zu bringen. Ginge es nur um die Anprangerung dieser Tatbestände, scheint uns ein öffentlicher Protest allemal gerechtfertigt.

Eine Verbindung der Kritik am „realen Sozialismus" mit der Forderung nach Abrüstung drängt jedoch die GRÜNEN und andere Teile der Friedensbewegung bei einer Demonstration anläßlich des Breschnew-Besuches zwangsläufig in eine unheilige Allianz mit reaktionären Kräften und wird das hochwillkommene Mißverständnis nach sich ziehen, hier werde gemeinsam die „Ausgewogenheit" der Friedensbewegung unter Beweis gestellt. An deiser Gefahr ändert u.E. der Umstand nur wenig, daß der Aufruf die sog. „Nach"-rüstung eindeutig als Vorrüstung bezeichnet.

Denn diese richtige Einschätzung wird relativiert durch die Forderung an die UdSSR, ihre *„Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abzubauen"*. Hierin sehen wir eine fatale Parallelität zu Forderungen, wie sie aus Kreisen der

rüstung eindeutig als Vorrüstung bezeichnet.
Denn diese richtige Einschätzung wird relativiert durch die Forderung an die UdSSR, ihre *„Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abzubauen"*. Hierin sehen wir eine fatale Parallelität zu Forderungen, wie sie aus Kreisen der

NATO und z.B. von Schmidt und Reagan durch ihre „Nulloption" vorgetragen werden.

Zudem geht diese Formulierung selbst über das hinaus, was auf dem Parteitag der GRÜNEN in Offenbach zur Unterstützung der Demonstration verabschiedet wurde und folgenden Wortlaut hatte: *„Für den sofortigen Abbau der SS-20-Raketen, die Europa bedrohen. Für die Verhinderung eurostrategischer Waffen in Westeuropa (Pershing II, Cruise Missiles)".*

Die im Aufruf an die Sowjetunion gestellte Forderung, ihr gesamtes Mittelstreckenpotential zur Disposition zu stellen, ist natürlich erheblich weitgehender, beinhaltet sie doch auch die Verschrottung der an der chinesischen Grenze stationierten SS 20 sowie der älteren Typen SS 4 und SS 5.

Nun hat ja bekanntlich der Bundesvorstand der GRÜNEN im April 1981 Strafanzeige gegen die Bundesregierung wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges gestellt. In der Begründung der Anklage wird u.E. unter der Überschrift *„Neue sowjetische SS-20-Mittelstreckenraketen heben das bestehende atomare Patt der Supermächte nicht auf"* richtig ausgeführt:

„Für die NATO dagegen entstehen durch die Einführung der sowjetischen SS-20-Raketen gegenüber früher verteidigungspolitisch keine Nachteile. Bereits mit ihren SS-4- und SS-5-Raketen hätte die Sowjetunion das westeuropäische NATO-Gebiet vernichtend treffen und in einem Überraschungsschlag das auf dem Kontinent stationierte Vergeltungspotential der NATO ausschalten können".

Festzuhalten bleibt, daß die SS 20 eine Modernisierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials darstellen (verbesserte Zielgenauigkeit, größere Reichweite, 3 Gefechtsköpfe). Amerikanisches Territorium bedrohen kann die SS 20 jedoch nicht, sie hat somit keinen strategischen Charakter. Pershing II und Cruise Missiles hingegen sind strategische Waffensysteme, die ähnlich wie früher die Raketen „Thor" und „Jupiter" in Westeuropa sowie die sowjetischen Raketen auf Cuba vom Boden „untergeordneter" Mitglieder einer Militärorganisation die Führungsmacht des gegnerischen Blocks bedrohen.

Pershing II würden die sowjetische Grenze von der BRD aus in vier Minuten erreichen, aermikanische Interkontinentalraketen benötigen demgegenüber immerhin etwa 25 min. Dieser Umstand drückt die strategischen Qualitäten der „Nach"rüstungswaffen jedoch nur zum Teil aus. Insbesondere hinsichtlich der Zielgenauigkeit handelt es sich bei beiden vorgesehenen Systemen um die Vorreiter einer völlig neuen Waffengeneration. Durch „Bodenkonturvergleich" (Cruise Missiles) bzw. Endphasensteuerung der Sprengköpfe (Pershing II) erreichen die Geschosse den Zielort mit unerhörter Präzision und eignen sich daher zur Ausschaltung „harter" Ziele der Sowjetunion, z.B. verbunkerter Interkontinentalraketen. Hieraus erklärt sich ihre Bestimmung zum Angriffskrieg.

Die geplante Stationierung dieser Waffensysteme auf westeuropäischem Territorium stellt folglich eine enorme Bedrohung der UdSSR dar; sie vermindert nicht die Kriegsgefahr, wie uns von den Befürwortern des NATO-Beschlusses weisgemacht werden soll, sondern erhöht sie drastisch.

Die Forderung der westdeutschen Friedensbewegung an die Adresse der Bundesregierung muß also auf sofortige Rücknahme dieses Beschlusses lauten! Statt zu verlangen: *„Wer Pershing sagt, der muß auch SS 20 sagen"*, müßte die Parole richtigerweise lauten: *„Wer SS 20 sagt, der muß auch Poseidon oder Polaris sagen"*, also die „vorgeschobenen Systeme" (Forward Based Systems) der NATO sowie die de facto dem Westen zuzurechnende nukleare Streitmacht Frankreichs in etwaige Verhandlungen miteinbeziehen.

Andernfalls gerät man leicht in Gefahr (wie im vorliegenden Aufruf geschehen), sich auf die Propaganda der NATO-Strategen einzulassen und somit - wenn auch ungewollt - zur Legitimierung der US-Militärdoktrin beizutragen. Denn es leuchtet wohl ein, daß man von der Sowjetunion unmöglich eine vollständige Abrüstung im Mittelstreckenbereich verlangen kann, ohne gleichzeitig die existierenden Mittelstreckenwaffen auf westlicher Seite überhaupt anzutasten.

Überdies sind wir der festen Überzeugung, daß, wenn die Behauptung stimmt, Pershing II und Cruise Missiles würden einen auf Europa begrenzten Atomkrieg vorbereiten helfen, eine einseitige Abrüstung der UdSSR auf dem Gebiet der Raketen das Inferno in noch größere Nähe rücken würde.

So pervers auch die Abschreckung durch Massenmordwaffen ist, so bleibt sie doch für die SU angesichts der unverblümten Kriegspolitik von Reagan und Co. unabweisbar notwendig (oder wer glaubt etwa, die USA würden vor einem Angriff zurückschrecken, wenn dieser für sie annähernd risikolos wäre. Doch wohl hauptsächlich jene, die die NATO als größte Friedensbewegung bezeichnen!).

In jedem Fall mutet es jedoch seltsam an, von der Macht einseitige Abrüstung zu fordern, die jedes Jahr etliche Versuche unternimmt, um durch Abrüstungsverhandlungen die für sie nahezu unerträglich hohen Rüstungsausgaben senken zu können – die, kurz gesagt, nicht hauptverantwortlich für den Rüstungswahnsinn ist.



Vordringliche Aufgabe der Friedensbewegung muß es

Vordringliche Aufgabe der Friedensbewegung muß es heute sein, in Verteidigung gegen die Angriffe des Raketenkartells CDU/CSU (und mehrheitliche auch SPD/F.D.P.) die geforderte und teilweise unterstellte „Ausgewogenheit" lautstark zu verweigern.

Wenn es nicht gelingt, der Bevölkerung klarzumachen, daß der Kampf gegen den NATO-Aufrüstungsbeschluß Priorität hat, droht absehbar die Instrumentalisierung und Lähmung aller heute so hoffnungsvollen Bemühungen, die Menschheit vor einem dritten und letzten Weltkrieg zu bewahren.

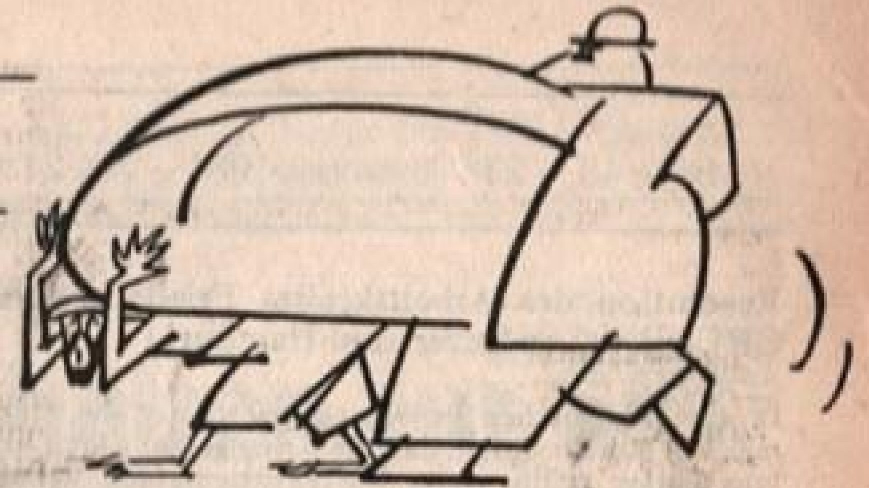
Wie oben ausgeführt, wird die „Breschnew-Demonstration" dagegen trotz aller gegenteiligen Beteuerungen den Eindruck verstärken, daß die Friedensbewegung anfinge, ihre „Einäugigkeit" abzulegen. Deswegen halten wir die Mitwirkung von Teilen dieser Bewegung an der Demonstration für einen Fehler und werden uns nicht um ein „Gelingen" der Veranstaltung bemühen.

Abschließend erscheint es uns wichtig, eine wesentliche bisherige Stärke der Friedensbewegung in unserem Land, die sich dem Inhalt nach beispielsweise auch im Aufruf der Russell-Peace-Foundation wiederfindet, hervorzuheben:

Diese Stärke besteht darin, das Schwergewicht des politischen Kampfes auf Veränderungen im eigenen Block zu legen, die Bundesregierung sowie die bürgerlichen Parteien insgesamt für ihre Unterstützung der amerikanischen Politik zur Verantwortung zu ziehen, konkrete Forderungen zu entwickeln, die sich gegen den Ausbau der BRD zur atomaren Plattform der USA wenden und mittelfristige Forderungen aufzustellen, die eine Herauslösung der Bundesrepublik aus der NATO also US-dominiertem Bündnis mit allen Implikationen sowie die Entwicklung hin zu einem atomwaffenfreien Europa beinhalten.

Dies muß unserer Meinung nach aber ausdrücklich als Prozeß einseitiger „Vorleistungen" seitens der BRD verstanden werden und darf nicht gekoppelt werden mit Forderungen, die ein bereits heute nur annäherndes Gleichgewicht der beiden militärischen Blöcke erheblich zuungunsten der Sowjetunion Verschlechtern würden.





Streit um »Türkei-Hilfe«

Ein kaum zu überbietendes Schmierentheater

Abgeordnete der bürgerlichen Parteien zeigten sich enttäuscht und empört über die Beschlagnahmung des Vermögens ihrer türkischen Bruderparteien CHP und AP durch den nationalen Sicherheitsrat („Auflösung der Parteien") und ein Urteil gegen den sozialdemokratischen Parteiführer Ecevit, der dies kritisiert hatte. Nun endlich, so der SPD-Abgeordnete Voigt und die FDP-Abgeordnete Schuchardt, müsse Schluß sein mit der Unterstützung des Evren-Regimes. Voller Solidarität mit den bürgerlichen Politikern wurde über eine vorläufige Sperre der „Türkei-Hilfe" beraten. Bis hinein in das Europäische Parlament gelangte die Empörung, an deren Spitze sich die europäischen Sozialdemokraten, pardon, die europäischen Sozialisten, stellten.

Jede Strömung fand ihren Paten für dessen Zukunft sie sich engagierte: Entrüsteten sich die Sozialdemokraten über Maßnahmen gegen ihren Kollegen Ecevit, klagten Christdemokraten über die Maßnahmen gegen die AP. Rechtzeitig kamen die begierig von „liberalen" Zeitungen aufgenommenen Kritiken vor dem Besuch Genschers beim NATO-Partner und Hilfsobjekt Türkei. Die „Frankfurter Rundschau" jubelte ihren Lesern unter, jetzt hätte man auch in Bonn endlich kapiert, daß es ein Fehler sei, das Evren-Regime zu unterstützen. Genscher würde der Junta schon die Meinung sagen („FR", 27.10.).

Abgewartet hatte Genscher die Zusammenkunft der sogenannten „Beratenden Versammlung" Ende Oktober. Insgesamt eine nicht ungeschickte Inszenierung, wenn man bedenkt, daß derartige Staatsbesuche nicht wie eine Verabredung auf ein Bier am Tag vorher vereinbart werden und Hans-Dietrich Genscher die zweifelhafte Ehre hat, der erste westliche Staatsmann gewesen zu sein, der offiziell der Junta seinen Besuch abstattete (im Sommer war ihm ein Privatbesuch von F.J. Strauß vorausgegangen, der anschließend heftig dementierte auch seinen Bekannten Türkes besucht zu haben).

Werfen wir einen kurzen Blick zurück:

Ende 1980/Anfang 1981 fanden in zahlreichen Städten der BRD Hungerstreiks von türkischen, kurdischen und westdeutschen Linken gegen die politische Verfolgung und Folter in der Türkei statt. Die Forderungen der Hungerstreikenden: Entsendung einer u n a b h ä n g i g e n Kommission in die Türkei zur Überprüfung der Vorwürfe, Einstellung der „Türkei-Hilfe". Heraus kam eine Delegation aus Abgeordneten der drei bürgerlichen Parteien, die nach ihrem Besuch in der Türkei feststellte, es gäbe keine s y s t e m a t i s c h e Folter. Folter hätte es in der Türkei schon immer gegeben, sie hätten nicht feststellen können, daß die Militärjunta dieselbe planmäßig und systematisch betreibt. Eine weitere Unterstützung der Militärs sei im Interesse der NATO und des Westens geboten. Allerdings brachte die Bundestags-Delegation die zwischenzeitlich zur Standardformel avancierte Forderung auf, die Militärs müßten einen *„Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie"* aufstellen.

Die Bundesregierung beschloß nach der Rückkehr der Delegation die „Türkei-Hilfe" im vollen Umfang fortzusetzen.

In der Folge wurden Zahlungen sowohl im Rahmen der OECD, der Weltbank, der EG und des bundesdeutschen Entwicklungs- und Militärhilfeetats vereinbart.

Anfang Mai beschloß das Türkei-Konsortium der OECD eine Finanzhilfe von knapp 1 Milliarde US-Dollar, von denen die BRD 460 Millio-
hilfe von knapp 1 Milliarde US-Dollar, von denen die BRD 460 Millio-
nen zusagte.

Mitte Mai leistete sich das Europaparlament den symbolischen Akt, die türkischen Parlamentarier auszuschließen. Symbolisch, da diese sowieso seit dem 12. September '80 ihre Funktion entsprechend des Verbots der Militärjunta nicht mehr wahrnehmen durften. Eine Woche nach diesem Akt beschloß die EG eine Finanzhilfe von 1,5 Milliarden DM.

Im **Juni**, anläßlich der Haushaltsberatungen, formulierten 22 SPD-Abgeordnete einen Antrag, die Türkei-Hilfe an Bedingungen zu knüpfen. Sie zogen ihre Forderungen zurück gegen ein Versprechen Außenminister Genschers, daß die Gelder nur nach vorheriger Verständigung mit dem Bundestag gewährt werden sollten. Gleichzeitig verabschiedeten alle Fraktionen eine Resolution, in der die türkischen Militärs aufgefordert wurden, einen Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie vorzulegen, sowie freie Betätigung für Parteien und Gewerkschaften und Überprüfung der Foltervorwürfe zu garantieren. Außerdem wird in der Resolution die Aufhebung der 90-tägigen Haftzeit ohne Haftprüfung und die Herstellung der Pressefreiheit gefordert. Entsprechend diesen „Erwartungen" wurden die Mittel vorläufig „gesperrt".

Zwischen dieser Resolution und der Freigabe dieser 590 Millionen DM (460 Millionen „Entwicklungshilfe" und 130 Millionen Militär„hilfe") am **9. September**, sozusagen als Geburtstagsgeschenk für die Militärjunta, lagen lediglich die Vorbereitungen für die „Beratende Versammlung" und die Kürzung der Haftzeit (Folterzeit) auf 45 Tage.

In diesen drei Monaten, die zwischen der Bundestagsdebatte und der Freigabe der Gelder lagen, wurden u.a. vier weitere Verurteilte hingerichtet. Am 15. September wurden dann flugs die Abkommen über die Zahlung der 590 Millionen DM an die türkische Junta unterzeichnet („FR", 17.9.81).

Eher wie ein Witz hört sich auf diesem Hintergrund geschaffener Fakten die plötzliche Ankündigung der SPD-Fraktion am **20.Oktober** an, die Türkei-Hilfe für 1981 *„solle noch einmal überprüft werden, soweit es sich nicht um rechtliche Verbindlichkeiten handele"* („FR", 21.10.). Anläßlich derartiger offensichtlicher Volksverdummung (es wird ja zumindest ein Mitglied der SPD-Fraktion bei dieser Entschließung gewußt haben, daß die entsprechenden Zahlungen schon längst zu „rechtlichen Verbindlichkeiten" gemacht worden waren) konnte man für die nun anlaufende 2. Runde der Debatte über die Türkei-Hilfe nur eine Fortsetzung des Schmierentheaters des 1. Halbjahres erwarten. Anlaß für das neuerliche „Infragestellen" der „Türkei-Hilfe" waren besagte „Auflösung der Parteien" und die Erhebung einer Anklage gegen Ecevit, der diese Maßnahme kritisiert hatte.

Und wirklich, dicke Töne spuckten die bürgerlichen Politiker anläßlich der Anklageerhebung gegen Ecevit und der „Auflösung der Parteien". CDU-Abgeordneter Schwarz, der über die Gerechtigkeitspartei gute Kontakte zu den türkischen Faschisten pflegte, behauptete gar, die Militärs hätten gezeigt, *„daß sie die Absicht haben, eine Diktatur zu errichten"*. Die Militärs hätten sich getarnt und unter dem Deckmantel der Rückkehr zur Demokratie sogar versucht, diese zu beseitigen (Schwarz im „Deutschland Union Dienst", 19.10., zitiert nach „Neue", 30.10.81).

Wenn es nicht um eine allzu ernste Angelegenheit für die türkischen und kurdischen Antifaschisten und Linken ginge, könnten einem angesichts derartiger Aussagen dicke Krokodilstränen kommen.

Im Laufe der Berichterstattung wurde tatsächlich in der Sprachregelung aus der „Auflösung der Parteien" (sprich Einziehung des Vermögens) ein *„Verbot der Parteien"* („FR", 20.10.), – verboten wurden die Parteien allerdings schon am 12. September 1980. Die aktuelle Aufregung über die Einziehung des Parteivermögens entspringt also entweder einer tief verinnerlichten Eigentumsvorstellung, nach der die Politiker erst wach werden, wenns ans Eingemachte (sprich eigenes Vermögen) geht, oder einer schlichten Public-Relation Verpackung der Genscher-Reise gegenüber der westdeutschen kritischen Öffentlichkeit. Am 26.10. war es dann wieder so weit: Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammen-
war es dann wieder so weit: Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit beschloß einstimmig (!), dem Bundestag eine Sperre der für 1982 geplanten Türkeihilfe zu empfehlen. Flugs jubelte die „Frankfurter Rundschau" über *„klare Worte"* aus Bonn („FR", 27.10.81). Helga Schuchardt, die im Frühjahr als Delegationsmitglied zu dem Fazit gekommen war, die Türkeihilfe solle im Interesse der NATO fortgesetzt werden, drückte aus, daß sie eine weitere Hilfe an das Militärregime als „Verhöhnung der demokratischen Kräfte" in der Türkei empfände (*„SZ"*, 27.10.81). Wer verhöhnt hier eigentlich wen?

Gegenüber den Jubelmeldungen der „Frankfurter Rundschau" hielt sich die Frankfurter Allgemeine" mehr an die Tatsachen: Lapidar vermerkte sie, daß die Empfehlung des Ausschusses sowieso nicht die Militärhilfe beträfe, sondern nur die Entwicklungshilfe, und: *„Die Zahlungen des laufenden Jahres sind davon ohnehin nicht betroffen"* („FAZ", 28.10.). Eher gelassen äusserte sich auch die Bundesregierung. Sie verfolge die Entwicklung in der Türkei *„aufmerksam und mit Sorge"*. Außenminister Genscher werde seinen Besuch schon dafür nutzen, diese Sorgen in Ankara deutlich zu machen ... („FR", 27.10.81).

Auch die CDU mochte nicht zurückstehen und ließ Bedenken verlauten, die der Besuch Genschers in der Türkei ausräumen sollte, und das tat er dann auch. Genscher nach seiner Rückkehr: *„Eine Sperre bis zur endgültigen Entscheidung* (kann) *durchaus angemessen sein"* („FR", 11.11.81). Genscher spricht nicht etwa von einer Sperre der Mittel für das Jahr 1982 überhaupt, sondern der Sperrung bis zur endgültigen Entscheidung, und die soll – wie jüngst verlautet – im Februar fallen. Darüberhinaus gewann Genscher den Eindruck, die türkischen Militärs würden innerhalb kürzerer Zeit zur parlamentarischen Demokratie zurückkehren ... („FR", 7.11.)

Für die CDU ist die Lage nach der Genscher-Reise klar: Sie tritt für eine Fortsetzung der Türkeihilfe ein. Im Haushaltsausschuß wurden zudem jetzt 130 Millionen DM Entwicklungshilfe für 1982 vorab freigegeben (und das mit Zustimmung aller drei Fraktionen, nach „taz", 13.11.). Nur am Rande soll vermerkt werden, daß das Europaparlament den CDU-Politiker von Hassel zur Nachbesserung seines schönfärberischen Berichts noch einmal in die Türkei schicken will. Das Europaparlament beschloß am 5.11. 7,2 Millionen DM (sowie 192,8 Millionen DM „Verpflichtungsermächtigungen") einzufrieren. Freigegeben werden soll das Geld, wenn sich die Türkei wieder auf dem Weg zur Demokratie befinde (dpa, nach „taz", 9.11.81). Hier deutet sich die 3. Runde des selben Theaters an.

Inzwischen sind auch die türkischen Generäle dahinter gekommen, welche Rolle sie in diesem Theaterstück zu spielen haben. Geschickt lancieren sie ihre vorsichtigen Ankündigungen, wann und unter welchen Bedingungen die nächsten Schritte ihrer „Demokratisierung" eingeleitet werden sollen und finden damit hierzulande offene Ohren und werbewirksame Pressemeldungen. Vor dem Europarat kündigte Außenminister Türkmen für das Frühjahr 1982 *„präzisere Hinweise"* auf die Durchführung von Wahlen an ... (*„SZ"*, 21.11.81). Es dürfte nicht überraschen, wenn aufgrund dieser „Hinweise" im Frühjahr die „Türkei-Hilfe" anstandslos Europaparlament und Bundestag passieren würden.

Relativiert werden durch diese Kampagne die tatsächlichen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Propagiert wird dadurch eine „Demokratisierung" in der Art der „Beratenden Versammlung", in der honorige Gefolgsleute der Militärs eine Karikatur eines bürgerlichen Parlaments bilden, deren Aufgabe allein darin besteht, den Maßnahmen der Junta den Anschein demokratischer Legitimation zu geben.

Verschleiert wird durch diese Kampagne jedoch vor allem die tatsächliche Rolle der westlichen Imperialisten und ihrer „Türkei-Hilfe". Nur mit Hilfe dieser Wirtschafts- und Militärhilfen (die Türkei steht an 4. Stelle der US-Wirtschaftshilfe und an 3. Stelle in der Militärhilfe) sind die Herrschenden in der Türkei seit Jahren in der Lage, ihre Herrschaft überhaupt aufrecht zu erhalten. Mit diesen Mitteln wurde seit Jahren ein System über Wasser gehalten, mit dem die imperialistischen Staaten wichtige strategische Interessen gegenüber der UdSSR und den Ölregionen verbin-
strategische Interessen gegenüber der UdSSR und den Ölregionen verbin-
den.

Nach dem Umsturz im Iran und jüngst nach dem Wahlsieg der PASOK in Griechenland forcierten die Imperialisten ihre Stützung des türkischen Regimes. Um ihre Investitionen nicht gänzlich als Verluste zur Sicherung der NATO-Interessen buchen zu müssen, haben die imperialistischen Staaten 1979 der Türkei ein wirtschaftliches Sanierungsprogramm verordnet, das selbst von bürgerlicher Seite als „Roßkur" bezeichnet wird. Diese „Roßkur" wird von der Junta verfolgt und organisiert von dem Wirtschaftsminister Özal, den die Militärs anstandslos von der Demirel-Regierung übernommen haben. Im Sinne dieser Interessen putschten die Militärs.

Von diesen Zusammenhängen müßte die Rede sein im Zusammenhang mit der „Türkei-Hilfe".

Was stattdessen passiert, ist ein gezieltes Verwirrspiel, bei dem nur noch der informierte Spezialist überhaupt in der Lage ist, die z.Z. bewilligten, gezahlten, vorläufig gesperrten, „auf Eis gelegten" oder auf andere Weise manipulierten Zahlungen zu unterscheiden – und schließlich doch genau nach Plan die Höhe der Zahlungen allein vom eigenen Interesse abhängig zu machen.

So wird die Öffentlichkeit schlichtweg verschaukelt, und statt des Terrors der Militärs heute in der Türkei stehen ihre Versprechungen für die Zukunft zur Diskussion. Daß dies von den tatsächlichen Verhältnissen in der Türkei ablenken soll, ist klar.

Daß dieses Spiel aber auch von den sich im linken Spektrum begreifenden Abgeordneten von SPD und FDP mitgespielt wird, ist mehr als nur traurig. So werden immer wieder von der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik Kampagnen im Hinblick auf die nächste Bundestags- oder Europaparlamentsdebatte ausgerichtet, Kampagnen, die so aussehen, wie der Wettlauf zwischen Hase und Igel. Noch immer werden ‚linke' SPD-Abgeordnete als Aushängeschilder für Solidaritätskomitees von antifaschistischen türkischen Organisationen begeistert gefeiert und jede kritische Äußerung von dieser Seite flugs publiziert. Obwohl auch sie sich vollständig in der Logik der Sicherung der NATO-Interessen bewegen.

S., KB/Gruppe Hamburg